

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin

18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel IX Ost
1962 bis 1989

Autoren:

Friedrich Wendtland

Gerhard Schweitzer

Überblick

Mit der Schließung der Staatsgrenzen zur BRD und zu Westberlin 1961 veränderten sich die Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitnehmerschaft in der DDR erheblich:

- Die Welt richtete sich auf ein längeres Fortbestehen der DDR ein und fand sich ab, damit veränderten sich die Beziehungen vieler Staaten zur DDR – das bedeutete auch verstärkten Warenaustausch und Ex-Importe auch für Industrierzeugnisse aus der Berliner volkseigenen Industrie.
- Die Bürger der DDR mussten erkennen, dass ein Ausbrechen aus der DDR nunmehr noch schwieriger wurde, das förderte u.a. auch das sich Einrichten in der DDR und die Akzeptanz als Bürger der DDR.
- Politisch und ideologisch wurden diese Jahre genutzt, um die Vorstellungen der SED von der „Diktatur des Proletariats“ und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft nach ihren Vorstellungen durchzusetzen und zu forcieren.
- Für die Gewerkschaften führte das zur Übergabe von immer mehr staatlichen bzw. gesellschaftlichen Aufgaben in die Verantwortung der Betriebe und der gewerkschaftlichen Organe. Das prägte einerseits die staatstragende Funktion der Gewerkschaften als „Organisation der machtausübenden Klasse“ und als „Schule des Sozialismus“ aus, vergrößerte andererseits aber auch die Handlungsfelder gewerkschaftlicher Mitbestimmung und Mitwirkung in konkreten Aufgaben. Die Einbeziehung zahlreicher Mitglieder in ehrenamtliche Arbeit und gesellschaftliche Aktivitäten wurde so auch oft zur Flucht in eine Nische, auch Hobbys wurden manchmal zu gesellschaftlicher Arbeit. Diese Entwicklung prägte vor allem die 1960er Jahre.
- Die sowohl international als auch in der DDR immer deutlicher werdenden Anforderungen an die Steigerung der Arbeitsproduktivität als Bedingung wirtschaftlicher und sozialer Verbesserungen, spiegelten sich als Losungen wie „Überholen ohne einzuholen“ und als Aufgabeständiger „sozialistischer Rationalisierung“, in Initiativen wie dem „Haushaltsbuch“ u.a. wieder und führte in den 60er Jahren zu einer Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in den Anfängen der 50er Jahre, wo unter Verweis auf kommenden Reichtum, Wohlstand und Erfolg die gesamte Wirtschaftskraft auf die Produktionsmittelindustrie und Elektronik/EDV konzentriert wurde sowie auf den Aufbau der Selbstversorgung in der vergenossenschaftlichten Landwirtschaft.
- Nach dem Bau der Mauer in und um Berlin beschleunigte und verstärkte sich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostberlin. Nach Wegfall der Risiken der „Offenen Grenze“ und damit des permanenten Misstrauens der Partei- und Staatsführung gegenüber Ostberlin und seinen Bürgern wurden zahlreiche Betriebe verstärkt entwickelt, vergrößert, modernisiert, VVB, später Kombinate, in Berlin mit ihren Kombinateleitungen angesiedelt und auch Forschungsarbeit gefördert. Das betraf besonders solche Betriebe wie Robotron, Funkwerk Köpenick, Elektropjekt und Anlagenbau, Kraftwerksanlagenbau usw.

- Die 1970er Jahre wurden bestimmt vom Bemühen der Honeckerführung, über eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Akzeptanz und Identifizierung der Bürger mit der DDR zu erhöhen. Die Menschen sollten erleben, dass sich Arbeit lohnt und die DDR eine reale Alternative zum Kapitalismus darstellt; gleichzeitig sollte sich die DDR abheben von der Situation in anderen sozialistischen Ländern (Polen, CSSR). Diese Ziele wurden festgeschrieben in der so genannten „Hauptaufgabe“ – der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik - die auch einschloss, die schnelle und tief greifende Gestaltung Berlins als Hauptstadt der DDR. Die damit verbundene so genannte Berlin-Initiative, die große Leistungskapazitäten aus anderen Teilen der DDR nach Berlin abzog und zu erheblichen Bevölkerungswanderungen führte, zeigte einerseits Erfolge für Berlin, verstärkte aber auch Widersprüche zwischen den Bürgern Berlins und den Zuziehenden sowie zwischen Berlin und dem „Rest der DDR“, der sich benachteiligt fühlte.
- Die 80er Jahre wurden dann zunehmend geprägt von Stagnation auf allen Gebieten der Gesellschaft, von sinkender Akzeptanz der Bürger gegenüber den Zielen und der Realität des Systems. Die zunehmenden, nicht mehr zu lösenden Widersprüche in allen Lebensbereichen, unmittelbar wirksam aber in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, führte zu immer illusionären Lösungsversuchen durch Partei und Staat, aber auch in den Betrieben, um Wirtschaftskraft und Lebensniveau zu erhalten.

Chronologie:

1962

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1962 wurde erst durch den Mauerbau möglich. Es verschlechterte erheblich die Arbeitskräftesituation in den Betrieben, dazu kam, dass zuerst die ältesten Wehrpflichtigen, zahlreiche qualifizierte Facharbeiter und Hoch- und Fachschulabsolventen einberufen wurden. Die Soldaten blieben Angehörige der Betriebe und wurden teilweise auch weiter sozial von ihnen betreut.

Berliner Betriebe wie das Wälzlagerwerk „Josef-Orlopp“, das Kabelwerk Oberspree und der VEB Energieprojektierung beteiligten sich an einer Wettbewerbsinitiative „Gründlich denken, wirtschaftlich rechnen, technisch verbessern, ehrlich arbeiten“, mit der eine kontinuierliche Planerfüllung mit hohem ökonomischen Nutzeffekt und Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts auf der Basis eines bilanzierten Planes erreicht werden sollte.

Zur besseren materiellen Stimulierung ökonomisch erfolgreicher Arbeit der Werktätigen in den volkseigenen Betrieben, erließ der Ministerrat eine Verordnung über die einheitliche Bildung und Verwendung von Betriebsprämienfonds, abhängig von den ökonomischen Ergebnissen. Über ihre Verwendung bestimmten die BGL, AGL und Vertrauensleute in den Betrieben weitgehend mit, auf der Grundlage von Vereinbarungen in den Betriebskollektivverträgen. In Auswertung von Beschlüssen der 15. Tagung des ZK der SED beschloss der FDGB-Bundesvorstand Richtlinien zur Verbesserung und Vereinfachung der Arbeitsweise der Zentralvorstände der IG/Gewerkschaften und der Bezirksvorstände des FDGB. Beispiele dazu sollten in Berlin und Leipzig geschaffen werden. Danach sollten vor allem die Kreisvorstände und Bezirksvorstände der IG abgeschafft werden und Strukturen an Partei- und FDGB-Strukturen angepasst werden. (Das geschah später für 2 Jahre, wurde aber auch wegen Protesten in der gewerkschaftlichen Basis wieder zurückgenommen).

Dem FDGB wurden von der Regierung Aufgaben zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr übertragen. Es entstanden in Betrieben mit BGL und in Territorien Verkehrssicherheitsaktivitäten, die sich bei Aufklärung, Schulung und bei der Fahrschulungsbildung bewährten.

Der Erlass einer Arbeitsschutzverordnung zum 1.1.63 ermöglichte eine umfangreiche Mitwirkung der Gewerkschaften, von den Arbeitsschutzleuten in den Gewerkschaftsgruppen, den Arbeitsschutzkommissionen der BGL bis zu den Arbeitssicherheitsinspektionen bei den Bezirksvorständen des FDGB, die staatliche Rechte übertragen erhielten. Vertreter von Kollektiven und Gewerkschaften erhielten das Recht, als gesellschaftliche Ankläger und Verteidiger an Strafverfahren vor staatlichen Gerichten mitzuwirken. Damit erhielten die Rechtskommissionen der BGL erweiterte Verantwortung.

1963

Der Ministerrat erließ eine Verordnung über die Konfliktkommissionen. Diese wurden als gesellschaftliche Gerichte in den Betrieben von den Arbeitnehmern unmittelbar gewählt und könnten neben Arbeitsrechtsstreitfällen auch geringfügige Straftaten und Verletzungen der „sozialistischen Moral“ verhandeln. Ihre Entscheidungen unterlagen aber immer der Prüfung durch die staatlichen Gerichte und deren Bestätigung. In der Folge gewannen diese Konfliktkommissionen hohe Wirksamkeit und gesellschaftliches Ansehen. Berliner KK wie aus dem TRO, KWO, Bergmann-Borsig, Funkwerk Köpenick u.a. setzten dabei Maßstäbe.

Die Vertrauensleutenvollversammlung (VVV) der Berliner Werkzeugmaschinenfabrik initiierte eine Wettbewerbsinitiative zur Aufholung von Planrückständen aus den harten Wintermonaten. Dieser Betrieb wurde im Laufe der Jahre zu einem der stabilsten Betriebe in der allseitigen Planerfüllung. Auf Vorschlag der Gewerkschaften beschloss die Regierung die Einführung von Nachtschichtprämien, Verlängerung von Schwangerschafts- und Wochenurlaub, leistungsabhängigen Zusatzurlaub in ausgewählten Betrieben und Erhöhung von Renten. Ausfallende Arbeitszeitkapazitäten sollten in den Betrieben durch Initiativen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden.

FDGB und FDJ vereinbarten, dass in allen Bereichen der Betriebe mit mehr als 5 Jugendlichen Jugendvertrauensleute gewählt werden. Das wurde auf dem 6. FDGB-Kongress auch in die Satzung aufgenommen. Die Verordnung über die Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften ermöglichte größeren Betrieben oder kleineren Betrieben durch Zusammenschluss Einflussnahme auf die Verbesserung der Wohnbedingungen.

Die betriebliche Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus wurde entsprechend in Betriebskollektivverträgen vereinbart.

Die gewerkschaftlichen Wohnungskommissionen erhielten starken Einfluss auf die Vergabe genossenschaftlichen Wohnraums. Bergmann-Borsig, Elektroapparatewerke Treptow, WMF „7. Oktober“ u.a. setzten hier Maßstäbe.

1964

Die Bildung des Kultur- und Sozialfonds in den Betrieben wurde auf neue Grundlagen gestellt. Die Zuführungsbedingungen wurden verändert – abhängig von der Zahl der Beschäftigten sowie des Anteils von Frauen. Die BGL kontrollierte die zustimmungspflichtige Verwendung, vereinbart im Betriebskollektivvertrag. Rechenschaftslegung erfolgte auf der Vertrauensleutenvollversammlung vor den Arbeitnehmern. Die Kulturhäuser der Betriebe unterlagen gewerkschaftlicher

Mitbestimmung. In Auswertung der Bitterfelder Konferenz sollten sie stärker Einfluss auf das geistig-kulturelle Leben in Betrieben und Wohngebieten nehmen. Enger wurden sie verbunden mit den Kultur- und Bildungsplänen der Arbeitskollektive. Arbeitertheater, Kulturgruppen, künstlerische Zirkel, organisierte Hobbys wurden hier einbezogen. Die Kulturhäuser der VEB Be-Bo, EAW, TRO, WF, KWO, BAE und BMHW wurden in Berlin bekannte Kulturzentren.

Die Frauenausschüsse, die bisher in Betrieben mit hohem Frauenanteil als selbstständige Gremien bestanden, wurden als Kommission der BGL zugeordnet. Ihre Aufgabe bei der Erarbeitung und Durchsetzung von Frauenförderungsplänen wurde verstärkt .

1965

Ein FDGB-Beschluss über die Aufgaben der Gewerkschaften zur sozialistischen Wehrerziehung verpflichtete die Betriebsgewerkschaftsorganisationen zur Unterstützung der in den Betrieben angesiedelten „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST) und zur Wehrerziehung in Schulen und Ferienlagern. Die Auseinandersetzung zu diesem Thema durchzog die Gewerkschaftsarbeit bis 1989.

Die guten Erfahrungen in den Betrieben und Ausbildungseinrichtungen der Betriebe mit den Jugendvertrauensleuten führten zur Bildung von Jugendausschüssen bei den BGL. Bei den Gewerkschaftswahlen wurden erstmals keine Kreisvorstände und kein Bezirksvorstand der IG Metall in Berlin gewählt. Da sich bald zeigte, dass der FDGB die zweigspezifische Interessenvertretung nicht leisten konnte und auf Protest zahlreicher Betriebsgewerkschaftsorganisationen, wurden 1968 wieder Kreisvorstände und Bezirksvorstände der IG Metall in Berlin gebildet. Seit 1968 bis 31.12.90 leitete Alfred Kunz als Vorsitzender die Bezirksorganisation, Kollege Friedrich Wendtland seit 1974 als stellvertretender Vorsitzender und Kollege Klaus Raedel als politischer Mitarbeiter ebenfalls von 1968-1990.

In den zuerst 8 Kreisvorständen Mitte, Friedrichshain, Lichtenberg, Prenzlauer Berg, Weißensee, Pankow, Treptow, Köpenick – später 9, mit Marzahn, wirkten vorwiegend erfahrene Gewerkschafter, zumeist ehemalige BGL-Vorsitzende als Kreisvorsitzende, davon waren 3 Frauen.

Nur in 2 Kreisvorständen konnten der IG Metall vom FDGB zwischenzeitlich Vertreter des SED-Parteiapparats als Vorsitzende „aufgedrückt“ werden. (Friedrichshain, Prenzlauer Berg)

Erstmals wurde für 1966 als Teil der betrieblichen Planung ein Planteil „Arbeits- und Lebensbedingungen“ erarbeitet, seine Verknüpfung mit den technischen und ökonomischen Leistungsbedingungen wurde für die BGL ein ständiges Konfliktpotential.

Die 3. Durchführungsbestimmung zum Jugendgesetz-Berufswettbewerb forderte eine effektive praxis- und ergebnisorientierte Ausbildung und enge Verbindung zum Wettbewerb der Arbeitskollektive. Vorbildliche Ausbildungsergebnisse erreichten immer wieder TRO, WMF „7. Oktober“.

Auf Vorschlag der Gewerkschaften beschloss die Regierung der DDR die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 bzw. bei Dreischichtarbeit auf 44 Std. und die 5-Tage-Woche für jede 2. Woche. Diese halbherzige Regelung führte zu ständigem Durcheinander bis zum Übergang zur regelmäßigen 5-Tage-Woche 1967.

1966

Bei den Rechtskommissionen der BGL wurden Rechtsberatungsstellen für Hilfe bei der Lösung von Fragen und Konflikten der Arbeitnehmer in Zusammenhang mit Rechtsproblemen gebildet. Die Verwendung der Betriebsprämienfonds wurde so qualifiziert, dass ab 1966 Jahresendprämien

(als Anteil am erarbeiteten Gewinn des Betriebes) eingeführt werden konnten. Sie wurden jeweils im Jan./Febr. des Folgejahres nach Vorliegen der Bilanzen gezahlt und betragen in der Regel zwischen 1/3 bis 1 Monatseinkommen. Falls nur weniger als 1/3 gezahlt werden konnte, gab es keine Jahresendprämie. Später führte diese Regelung zu ständigen Konflikten, weil es oft nicht vom Betrieb zu verantworten war, wie viel Gewinn erreicht wurde.

Im Juni fand in Leipzig eine Konferenz zu Fragen der Rationalisierung und Standardisierung statt. Sie unterstrich, dass die komplexe soz. Rationalisierung alle Phasen und Bereiche des Reproduktionsprozesses, alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens bis hin zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen (ALB) einschließt. Diese Aussage bestimmte zukünftig die gesellschaftliche Strategie und alle kommenden Wettbewerbsorientierungen.

Die zunehmende Schichtarbeit führte zu Regelungen, mit denen eine stabile Arbeiterversorgung für Nachtschichtarbeiter gesichert werden sollte. In Metallbetrieben Berlins betraf das vor allem Vorfertigungsbereiche und Massenfertigung an Bändern. Gewerkschaftliche Arbeiterkontrolle bezog verstärkt die Arbeiterversorgung ein.

Als Wettbewerbsorientierung in Vorbereitung des VII. Parteitages der SED wurde formuliert: „Rationeller produzieren – für Dich – für Deinen Betrieb – für unseren sozialistischen Friedenstaat.“

Ausgehend vom Funkwerk Köpenick wurde eine Initiative organisiert – „Unser Betrieb darf nicht mehr auf Kosten anderer leben“ – sie war besonders auf die Erhöhung der eigenen Verantwortung gegenüber anderen Vertragspartnern gerichtet.

1967

Die Regierung erließ eine Verordnung über Aufgaben, Rechte und Pflichten volkseigener Produktionsbetriebe, mit der u.a. die Betriebsleitungen verpflichtet wurden, die Voraussetzungen für eine ungehinderte Arbeit der Gewerkschaften in Betrieben zu schaffen.

Nach dem VII. Parteitag der SED wurden im Mai angekündigte sozialpolitische Maßnahmen beschlossen:

- Die durchgängige 5-Tage-Arbeitswoche
- 15 Tage Mindesturlaub
- Arbeitszeitverkürzungen
- Kindergelderhöhungen
- Verbesserte Leistungen der SV bei Familien mit 2 und mehr Kindern

Die damit ausfallenden Arbeitszeiten sollten weitgehend durch Verpflichtungen der Arbeitnehmer zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgeglichen werden. (Wettbewerb in Auswertung des Parteitages) u.a. WMF „7. Oktober. Der Mindestbruttolohn wurde von 220,- auf 300,- DM erhöht. Die Höhe der Kultur- und Sozialfonds wurde abhängig vom Gewinn des Betriebes gemacht.

In allen Gewerkschaften wurde ein System der Aus- und Weiterbildung der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre eingeführt. Angefangen mit regelmäßigen Seminaren in den Betrieben, über Kurse in den KV der IG und des FDGB, den Gewerkschaftsschulen des FDGB, den Zentralschulen der IG/Gew. bis zu Jahres- und 3-Jahreslehrgängen der FDGB-Hochschule und einer Qualifizierungsplanung von BGL-ZV, sollten helfen, die Gewerkschaftsarbeit wirksamer zu gestalten.

1970

Verstärkt durch den strengen Winter mit mehr als 3 Mrd. Mark Schäden und Produktionsausfällen wurden Disproportionen in der Volkswirtschaft deutlich, die zu Plankorrekturen führten und auch strategische Konsequenzen hatten. Schwierigkeiten in der Versorgung mit Konsumgütern und im Gewinn der Betriebe wirkten sich dabei vor allem auf die Bevölkerung aus.

Zur Erhöhung des materiellen Interesses der Arbeitnehmer erfolgten Anhebungen der Mindestlöhne auf 350,- DM und differenzierte Erhöhungen niedriger Löhne in der Volkswirtschaft.

1971

Die Vertrauensleute des VEB Elektroapparatewerke Berlin-Treptow (EAW) beschlossen unter der Losung „Planmäßig produzieren – klug rationalisieren – uns allen zum Nutzen“ Wettbewerbsziele zur Weiterführung der sozialistischen Rationalisierung, die Erhöhung der Produktion, die Erfüllung der Lieferverpflichtungen, insbesondere der Exportaufgaben und die rasche Entwicklung der Konsumgüterproduktion.

Im Vorfeld des VIII. Parteitages der SED trat W. Ulbricht von der Parteiführung zurück, die Macht übernahm E. Honecker. Veränderungen in der Strategie zeigten sich für die Arbeitnehmer vor allem darin, dass die unmittelbare (nicht erst zukünftige) Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Werktätigen, auf der Grundlage der Intensivierung als Hauptaufgabe offiziell Priorität erhielt.

Das im Sept. abgeschlossene vierseitige Abkommen der Siegermächte über Westberlin eröffnete für die Berliner Bürger neue Möglichkeiten für Kontakte.

Mit dem Erlass einer Neuererverordnung durch den Ministerrat wurden die Neuereraktive in den Betrieben als gewerkschaftliche Kommissionen und die Entwicklung und Stimulierung der Neuererbewegung stärker in die gewerkschaftliche Interessenvertretung der BGL einbezogen.. Etwa 20% der Berliner Metall-Beschäftigten beteiligten sich individuell oder kollektiv an Neuerervorschlägen und ihrer Realisierung.

1972

Um den volkseigenen Wirtschaftssektor zu stärken, privatkapitalistische Entwicklungen zu bremsen und die staatlichen Lenkungsmöglichkeiten zu erhöhen, wurden zahlreiche industriell produzierende Privatbetriebe und Handwerkerproduktionsgenossenschaften sowie halbstaatliche Betriebe in VEB umgewandelt. Das erfolgte vor allem durch Zwangsverkauf. Viele Inhaber blieben Geschäftsführer, für die Arbeitnehmer galten damit auch die höheren Löhne u.a. Regelungen der VEB. Bezirksvorstand und Kreisvorstände der IG Metall drängten hier zur schnellen Bildung von BGL und ihren Kommissionen, um die weitgehenderen gewerkschaftlichen Einflussmöglichkeiten der VEB bald umsetzen zu können. Erfahrene BGL übernahmen Patenschaften über die neuen.

Die Mehrzahl der neuen Betriebe (ca. 60) wurden zu 4 bezirksgeleiteten Kombinatzen zusammengeschlossen.

- VEK Rationalisierung
- VEK Technische Konsumgüter
- Industriebedarfserzeugnisse
- Camping- und Freizeitartikel

Diese Kombination der Mittel und Kräfte der vorwiegend kleineren Betriebe zu größeren Wirtschaftseinheiten erhöhte bald ihre Wirtschaftskraft und ermöglichte erhebliche Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen. Verloren ging dabei aber auch die Beweglichkeit beim schnellen Reagieren auf neue Anforderungen.

Erste sozialpolitische Maßnahmen nach dem VIII. Parteitag konzentrierten sich auf die Einbeziehung von Interhotelplätzen im FDGB-Ferendienst, auf den Neubau moderner Ferienheime, auf spürbare Verbesserungen für berufstätige Mütter mehrerer Kinder, auf die Förderung junger Ehen und auf erhebliche Mietsenkungen bei Neubauwohnungen. Sie wurden weitgehend in den Betrieben wirksam und damit Gegenstand gewerkschaftlicher Mitbestimmung.

Der 8. FDGB-Kongress fand statt. Es wurde die Intensivierung und Rationalisierung der Wirtschaft hervorgehoben. Die Aktivitäten und Initiativen in den Betrieben erreichten einen Aufschwung. Auch die Kontinuität und Planmäßigkeit in der Wirtschaft verbesserte sich. Das kulturelle und materielle Lebensniveau der Werktätigen konnte schrittweise in den folgenden Jahren verbessert werden. Die Gewerkschaftler wurden in die Planung und Leitung von Staat und Wirtschaft stärker einbezogen. Immer mehr Werktätige wurden in die Diskussion um den Plan und den sozialistischen Wettbewerb einbezogen. Es gab konkrete Planvorschläge und eine bessere Kontrolle der gefassten Beschlüsse. Das Neue, was sich in dieser Zeit zeigte war, dass die Arbeitnehmer nicht nur Mitbestimmungsrecht wahrnahmen, sondern auch Mitverantwortung in den Betrieben trugen. Die Diskussion in den Betrieben wurde lebhafter.

Zur verstärkten ideologischen Einflussnahme diente die Bildung von „Schulen der sozialistischen Arbeit“ in zahlreichen Arbeitskollektiven. Gesellschaftspolitische Themen sollten dort vermittelt und mit Erfahrungsaustausch über betriebliche Probleme der Produktion und der Verbesserung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus verbunden werden.

Manchmal zynisch als „Parteilehrjahr für Parteilose“ bezeichnet, halfen sie teilweise aber auch wirklich Kenntnisse zu vermitteln und Erfahrungen zu verbreiten. Das war so wie bei den so genannten Kultur- und Bildungsplänen der Kollektive.

Zur besseren Durchsetzung des Leistungsprinzips durch ökonomisch wirksame Lohngestaltung stimmte der FDGB der Einführung von Grundlöhnen zu, die schrittweise auf arbeitswissenschaftlicher Grundlage eingeführt wurden unter intensiver gewerkschaftlicher Mitwirkung. Diese Grundlöhne wirkten bis Mitte der 80er Jahre und mündeten dann in die Produktivlöhne und -gehälter. Zahlreiche Berliner Metallbetriebe wurden in die Erprobung der Grundlöhne einbezogen, die die Basis für Leistung und Prämienleistungslöhne bildeten.

1973

Für 1973 wurde das Werkzeugmaschinenkombinat „7. Oktober“ in neue Wettbewerbsinitiativen einbezogen, insbesondere zur Erhöhung des Exports in kap. Länder (NSW) und der Modernisierung des Maschinenparks in der DDR. Zusammen mit dem Berliner Glühlampenwerk wurden sie für hervorragende Leistungen bei der Verwirklichung der Losung „Aus jeder Mark, aus jeder Stunde Arbeitszeit, aus jedem Gramm Material einen höheren Nutzeffekt zu erzielen“ ausgezeichnet.

Erhöhte Sicherheit für die Werktätigen brachte die neue Regelung insofern, dass Unfälle bei gesellschaftlicher, kultureller und sportlicher Tätigkeit den Arbeitsunfällen versicherungsrechtlich gleichgestellt wurden.

Eine Richtlinie des FDGB regelte die Bildung, Aufgaben und Arbeitsweise der Veteranenkommissionen bei Vorständen und Leitungen der IG/Gew. und des FDGB sowie der Veteranen-Abteilungsgewerkschaftsleitungen (AGL) in den Betrieben. Ein Teil der in den Betrieben verbleibenden Rücklaufmittel aus Beiträgen und Solidaritätsbeiträgen wurde für die Veteranen-

arbeit und -betreuung festgeschrieben. Die Veteranenarbeit der IG Metall in Berlin war eine der wenigen wertvollen gewerkschaftlichen Erfahrungen, die in die Einheit mitgenommen wurden.

Der Bau des Palastes der Republik begann.

Hervorragende Leistungen bei seiner Ausrüstung erbrachten Werk­tätige aus dem Kombinat NARVA-BGW, Elektroprojekt und Anlagenbau, Lufttechnische Anlagen u.a., die am komplexen Wettbewerb zu seiner Errichtung teilnahmen.

1974

Für langjährige zuverlässige Planerfüllung wurden u.a. aus Berlin die Kombinate KWO und EAW mit dem Karl-Marx-Orden ausgezeichnet. Zu solchen Ehrungen gehörte eine bestimmte Geldsumme, die in den Betrieben zur Prämierung von Arbeitnehmern und Kollektiven genutzt wurde.

Zur Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts rückten Wettbewerbsmöglichkeiten in produktionsvorbereitenden Betrieben, bei Ingenieuren und Wissenschaftlern immer mehr in den Vordergrund. So wurden auch in Forschungs- und Entwicklungsbereichen (F/E) Berliner Kombinate und Betriebe „persönlich-schöpferische Pläne der Ingenieure“ und „erzeugnisbezogene Haushaltsbücher“ u.a. Formen erprobt und angewendet.

In der Plandiskussion wurde versucht, Vorschläge und Verpflichtungen zur Überbietung der Pläne in so genannten „Gegenplänen“ bilanzierbar zu machen. Sie sollten gesondert materiell stimuliert werden. Daraus entwickelten sich aber mit der Zeit Konflikte: Es wurde versucht, den Plan niedriger zu halten, um den Gegenplan zu erhöhen und damit mehr Mittel zur Prämierung zu bekommen. (Wie bei Versuchen des Objektlohns)

In der Wirtschaft zeichneten sich erhebliche Probleme bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität, der Modernisierung der Grundmittel, der Einsparung von Arbeitskräften/Arbeitsplätzen, des Ausbaus der Energiebasis und der Erhöhung der Exportkraft ab. Erschwerend wirkte die sprunghafte Erhöhung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Erstmals wurde deutlich, dass der RGW die Selbstständigkeit der sozialistischen Länder nicht sichern konnte. Mit Initiativeschichten, die durch Schaffung optimaler Bedingungen zeigen sollten, welche Leistungssteigerungen möglich sind, wurde versucht, Maßstäbe für Wettbewerbsinitiativen zu setzen. Sie wurden in späteren Jahren zur leeren Routine. Gleiches galt für die „Notizen zum Plan“.

1975

Die Konferenz von Helsinki bildete den politischen Höhepunkt des Jahres.

Diese internationale Konferenz, 33 Länder aus Europa sowie die USA und Kanada nahmen teil, bestätigte die territorialen und politischen Ergebnisse des 2. Weltkrieges und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung. Damit fühlten sich die DDR und ihr Regime, also auch die Gewerkschaften, anerkannt und gestärkt. Direkt, um nur ein Ergebnis zu nennen, gab es Reiseerleichterungen für DDR-Bürger. (Insbesondere Rentner) ins KA (kapitalistische Ausland).

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurde der Parteitagsbeschluss zu sozialpolitischen Maßnahmen weiter umgesetzt. Zum 1.1. traten Erhöhungen des Mindesturlaubs von 15 auf 18 Tage, für Schichtarbeiter 21 Tage, Erhöhung der Nachtschichtprämien und Trennungsgelder für Montagearbeiter in Kraft. Im April wurde von nun an alljährlich der „Tag des Metallarbeiters“ begangen. Zwei Medaillen wurden dazu gestiftet.

Im KWO entstand die Initiative des Meisters Wolfgang Schuster „Persönlich schöpferischer Plan des Meisters“. Ziel war die Erhöhung der Arbeitsproduktivität um 3,5% gegenüber dem Plan. Gleichzeitig wurde die Zielstellung in der Wirtschaft initiiert, „einen Tag im Monat mit eingespartem Material“ zu arbeiten.

Der „Tag der Metallurgen“ wurde gestiftet. In Berlin betraf das die beiden metallurgischen Betriebe „Berliner Metallhütten und Halbzeugwerke „ (BMHW) und den „Zentralen Ingenieurbetrieb der Metallurgie“ (ZIM)

1976

Das KWO erhielt den Namen „Wilhelm Pieck“.

Die Methode der „Schichtgarantie“ setzte sich in Schichtbetrieben durch, um durch Zusammenarbeit und reibungslosen Übergang zwischen den Schichten die Ergebnisse zu erhöhen. In Berlin hoben sich dabei heraus die VEB BMHW, EAW, BGW, WF.

Erstmals vereinbarten Regierung und Gewerkschaften sozialpolitische Maßnahmen über einen längeren Zeitraum (1976-1980). Lohnpolitische Maßnahmen, Renten, Arbeitszeitverkürzungen, Urlaubsverlängerungen, Mütterförderung und Sozialfürsorge. Das sollte u.a. auch zu weiteren Initiativen motivieren.

Dieses Jahr trat EAW als Wettbewerbsinitiator in die Öffentlichkeit: Die Arbeitsproduktivität sollte zusätzlich um 1% gesteigert werden, 100.000 Std. Arbeitszeit eingespart, 770 Arbeitsplätze neu zu gestalten und 450 neue Betriebsferienplätze zu schaffen. Bei der Einführung neuer Grundlöhne, die anstelle bisher 100 Tarif Tabellen jetzt auf 12 Grundlohntabellen basierten, bildeten EAW und KWO in Berlin die Vorreiter. Das es in der Berliner Metallindustrie durchaus wirksame Initiativen gab, zeigte sich auch darin, dass das WF seinen Plan der Warenproduktion 2 Tage vorfristig erfüllte und das KWO am 21.12. seinen Plan erfüllte und die restlichen Tage zusätzliche Produktion erbrachte.

1977

Schichtarbeiter erhalten einen Zusatzurlaub von 3 Tagen. Im Berliner Glühlampenwerk entstand eine neue Initiative „Jeder liefert jedem Qualität – ein Anspruch an uns alle“. Damit sollte die frühere Initiative „Meine Hand für mein Produkt“ weiterentwickelt werden. In den Arbeitskollektiven, Schulen der sozialistischen Arbeit und den Gewerkschaftsleitungen und Vorständen der IG Metall wurde der neue Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches der DDR intensiv diskutiert und zahlreiche Vorschläge dem FDGB unterbreitet.

Mit dem Inkrafttreten des AGB wurden entscheidende soziale und gesellschaftliche Grundrechte der Werktätigen weiter ausgestaltet; wie das Recht auf Arbeit, auf Gleichberechtigung der Frau, auf Schutz und Förderung der Jugend, auf Mitbestimmung und Mitgestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung, auf Lohn nach Quantität und Qualität der Arbeit, auf Bildung, auf Freizeit und Erholung, auf Schutz der Gesundheit und der Arbeitskraft, auf Teilnahme am kulturellen Leben, auf Fürsorge im Alter und bei Invalidität sowie auf materielle Sicherheit bei Krankheit und Unfällen.

Erstmals wurden arbeitsrechtliche Fragen der sozialistischen Rationalisierung und die rechtlichen Konsequenzen bei der Nichtachtung gewerkschaftlicher Mitbestimmung eindeutig bestimmt.

1978

Eine Verordnung über das Betriebsgesundheitswesen und die Arbeitshygieneinspektion regelte u.a. den weiteren Ausbau des Betriebsgesundheitswesens und die arbeitsmedizinische Betreuung der Werktätigen. Die Betriebspolikliniken der Metallbetriebe erhielten auch für die Betreuung der Wohngebiete größere Bedeutung, insbesondere in Ober- und Niederschöneweide, Köpenick, Treptow, Pankow und später in Marzahn. Im BMHW entstand eine neue Initiative zur besseren Ausnutzung der Arbeitszeit „10 Minuten von uns – 10 Min. für uns“.

Zur Einsparung von Arbeitsplätzen wurde die Initiative „weniger produzieren mehr“ kreiert.

Eine Regierungsanordnung ermöglichte eine engere Verbindung zwischen dem gewerkschaftlichen Feriendienst und dem betrieblichen Erholungswesen. Die Betriebserholungsheime, Wohnwagen, Bungalows u.a. waren Eigentum der Betriebe, wurden aus den K.u.S.-Fonds finanziert und standen allen, auch den nichtorganisierten Arbeitnehmern, zur Verfügung. Jetzt wurde ermöglicht, dass Austausche zwischen Betrieben und mit dem FDGB-Feriendienst stattfinden konnten und betrieblich nicht genutzte Plätze über den FDGB umverteilt wurden. Während FDGB-Plätze in der Regel 1:3 den Betrieben übergeben wurden, erreichten manche Betriebe incl. Ihrer betrieblichen Plätze manchmal sogar ein Verhältnis von 1:1. Einbezogen in diese Regelungen wurden auch die Plätze des betrieblichen internationalen Urlauberaustausches. Überall entschieden wesentlich die BGL mit ihren Feriendienstkommissionen .

1979

Weitere sozialpolitische Maßnahmen traten in Kraft:

- Der Grundurlaub betrug einheitlich 18 Tage
- Der arbeitsfreie Sonnabend wurde nicht mehr angerechnet
- Möglichkeiten von Zusatzurlaub wurden erhöht

Der katastrophale Winter führte zu erheblichen Produktionsausfällen. Fast alle Metallbetriebe versuchten durch Sonderschichten, Mehrarbeit u.a. die Ausfälle aufzuholen und gleichzeitig Energie und Material noch sparsamer zu verwenden.

Die Berliner Bezirksdelegiertenkonferenz der IG Metall im KWO-Klubhaus im Januar musste kurzfristig verlegt werden, da alle verantwortlichen Gewerkschafter im Einsatz waren und Verkehrsverbindungen und Heizung nicht gewährleistet werden konnte.

Zahlreiche polnische Bürger waren als Vertragsarbeiter inzwischen auch in Berliner Metallbetrieben tätig (EAW, KWO, TRO, WSSB u.a.). Ein Abkommen mit den polnischen Gewerkschaften regelte die Fragen der Gewerkschaftszugehörigkeit dieser Bürger. Es wurde später für die anderen ausländischen Werktätigen in der DDR übernommen. Bei den polnischen und ungarischen Arbeitnehmern stand vor allem die Vergrößerung des Arbeitskräftepotentials in der DDR im Vordergrund. Bei den Vietnamesen, Angolanern, Mocambiquanern, Kubanern und Algeriern ging es auch um Solidarität, nämlich um Ausbildung von Fachkräften für deren Wirtschaft.

1980

Im März 1980 fand ein Symposium des Zentralvorstandes der IG Metall in Berlin statt.

Hier gab es eine Zusammenkunft des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft über soziale und ökonomische Aspekte der Abrüstung in Berlin mit Gewerkschaftern und Wissenschaftlern aus der BRD, Frankreich, Großbritannien, der VR Polen, Portugal, UdSSR, Ungarn und

Westberlin. Es muss betont werden, dass sich die IG Metall in all den Jahren immer konsequent für die Abrüstung und Entmilitarisierung einsetzte.

Von den Vertrauensleuten des KWO ging die Verpflichtung aus, die Planvorgaben für 1980 um eine Tagesproduktion, ohne zusätzliches Material, zu überbieten. Sie wurde von fast allen Metallbetrieben übernommen, um der Volkswirtschaft etwas Luft zu verschaffen. Im Jahresverlauf erhöhten die VEB TRO und WF „7. Oktober“ diese Verpflichtung auf zwei Tagesproduktionen. Auch EAW schloss sich dem an. (Für die Motivation der Arbeitnehmer ist nicht zu vergessen, dass solche Überbietungen zu erheblichen zusätzlichen Zuführungen zum Lohnfonds, Prämienfonds und Kultur- und Sozialfonds führten).

Ausgelöst von einer Aussprache mit Vertrauensleuten im VEB Bergmann-Borsig zum Thema Ausnutzung der Arbeitszeit, Disziplin, Arbeitsmoral, die über das Fernsehen popularisiert wurde, entstand eine breite Diskussion unter dem Motto: „Mancher geht, wann er will“.

Ab 1980 entwickelte sich die Solidarnocz-Bewegung in Polen. Sie verursachte Verwirrung im offiziellen Bereich und Hoffnung für die DDR-Opposition. Die ideologischen Auswirkungen von Solidarnocz auf die Politik der Gewerkschaften in der DDR waren vorhanden, aber schwer näher zu definieren. Zumindest beeinflusste die Entwicklung in Polen die stärkere Hinwendung der Gewerkschaft der DDR zu den unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer und gleichzeitig eine verstärkte ideologische Beeinflussung der Gewerkschaftsmitglieder durch die politische Führung.

1981

Auch 1981 orientierten sich die Verpflichtungen der Betriebskollektive auf eine zusätzliche Tagesproduktion und auf 1% Überbietung ausgewählter Produktionssortimente ohne mehr Rohstoffe und Energie. Im November beschlossen u.a. die VEB Bergmann-Borsig und Berliner Glühlampenwerk neue Verpflichtungen für 1982:

- 1% Überbietung des Planes
- Nettoproduktion und Arbeitsproduktivität um 1,5% über Plan
- Zusätzliche Senkung der Grundmaterialkosten um 1%
- Überbietung der Produktion mit Gütezeichen Q um 3%

1982

Zur Sicherstellung der ökonomischen und sozialen Ziele des Jahres orientierten die Wettbewerbszielstellungen auf die Einsparung von Kosten, Material und Energie, auf die verstärkte Auslastung moderner Technik im Mehrschichtsystem und die Fondsrückgabe an den Staat. 2 Tage Planvorsprung sollten erreicht werden. Wie ernst die Lage war zeigt, dass mehrere IG/Gew. in einer großen Gemeinschaftsaktion die zusätzliche Erfassung metallischer Sekundärrohstoffe organisierten. Die Erfüllung des „Schrottplans“ wurde in der Folge Bestandteil fast aller Wettbewerbsprogramme der Metallbetriebe.

1983

Für Hoch- und Fachschulkader der Kombinate und Betriebe wurden analog der Einführung von Produktivlöhnen in der Produktion leistungsorientierte Gehälter eingeführt.

Die Erprobung in Berlin konzentrierte sich auf das Institut für Regelungstechnik (IfR) des EAW. Bei der Erarbeitung, Erprobung und Einführung dieser Löhne und Gehälter erhielten die vom BV IG Metall organisierten Konsultationen und Erfahrungsaustausche eine große Bedeutung.

1984

Die Elektrifizierung des Streckennetzes der Reichsbahn wurde über einen Komplexwettbewerb beschleunigt. Eine hervorragende Rolle spielten dabei die Kollektive des VEB WSSB und des EAB.

Von den Werktätigen in den Betrieben wurde gefordert, die geplante Steigerung der Arbeitsproduktivität um 1% zu überbieten. Es fiel immer schwerer, Ziele und materielle und personelle Bedingungen zu bilanzieren. Aus Anlass des Weltfriedenstages folgten fast alle Betriebskollektive einem Aufruf, mit einer überdurchschnittlichen arbeitstäglichen Leistung zur Erfüllung und Überbietung des Planes beizutragen. Diese „Höchstleistungsschichten“ wurden in den folgenden Jahren zur schlechten Routine.

Von der SED- und FDGB-Führung erging die Forderung nach einer noch qualifizierteren Leitungstätigkeit der Gewerkschaften in den Kombinat und Betrieben, um die Wettbewerbsführung zu verbessern und die Initiativen der Werktätigen effektiver zu nutzen. Immer mehr wurde versucht, über diesen Weg ungelöste Probleme der Planung, Bilanzierung und Leistungssteigerung den Werktätigen, ihrer Initiativen und den Gewerkschaften zu zuschieben. Besonders in den Plandiskussionen sollten nicht bilanzierte Aufgaben immer mehr über Initiativen bilanziert werden.

Das Berliner Schauspielhaus wurde wiedereröffnet. Der Bezirksvorstand der IG Metall sicherte den Berliner Metallarbeitern für jährlich 4 Konzerte 1000 Karten à 15,- DM zu, die direkt über die BGL vergeben wurden und reißenden Absatz fanden. Diese Regelung endete erst zum Jahresende 1990.

Zum Wettbewerbsinitiator für 1985/86 wurde der VEB Elektroprojekt und Anlagenbau (EAB). Im Mittelpunkt standen Fondsrückgaben und AP-Steigerung durch Wissenschaft und Technik.

1985

Für die Wettbewerbsführung wurde orientiert, dass die Arbeitsproduktivität schneller wachsen muss als die Produktion, und das Produktionswachstum bei sinkendem Material- und Energieaufwand zu erreichen ist.

Arbeitskollektive der Forschung, Entwicklung und Technologie des VEB EAW führten dazu den Wettbewerb unter dem Motto „Höchste Effekte durch neue Erzeugnisse und Technologien“. Gleichzeitig wirkten Berliner Metallbetriebe und Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit an themen- und objektbezogenen Komplexwettbewerben. So zwischen dem Institut für Nachrichtentechnik, dem KWO und der Deutschen Post zur Entwicklung der Lichtwellenleiter (Glasfaserleitungen) zusammen mit Zeiß-Jena und das Berliner Glühlampenwerk mit der Akademie der Wissenschaften bei der Entwicklung und Überleitung von Energiesparlampen.

Mit der zunehmenden Rolle der Komplexwettbewerbe in F/E (s. oben), bei der Rationalisierung der Produktion wie u.a. der Bildröhrenfertigung des WF und dem Neubau von Betrieben, wie bei Stern-Radio, wuchs auch die Verantwortung des BV IG Metall, der immer mehr in den Führungs- und Koordinationsgremien dieser Wettbewerbe mitwirkte.

1986

Der XI. Parteitag der SED beantwortete unzureichend die herangereiften gesellschaftlichen und ökonomischen Fragen, wie sie sich etwa in Zusammenhang mit dem gleichfalls stattfindenden 27. Parteitag der KPdSU stellten.

1987/1988

Diese Jahre wurden durch zunehmende Entfremdung zwischen Bevölkerung sowie der Partei- und Staatsführung geprägt. Die Nichtbeachtung und Ablehnung der sich aus Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion für uns ergebenden neuen Fragen durch die DDR-Führung und den immer deutlicher werdenden Stagnationsproblemen auf allen Gebieten des Lebens in der DDR, die offensichtliche Zementierung des Status Quo in Deutschland, wie es viele aus dem Staatsbesuch E. Honeckers in der BRD ableiteten, führten einerseits zu Resignation und Pessimismus in breiten Schichten, andererseits aber auch zu Zorn, Aufbegehren, dem Gefühl, so kann und darf es nicht weitergehen.

Das spitzte sich bis 1989 so zu, dass administrative Eingriffe der Staatsführung und die Sprachlosigkeit der Machthaber nicht mehr hingenommen wurden.

Politisch mit entscheidend waren wohl der sich ankündigende Zerfall der UdSSR und des RGW und der international wachsende Einfluss der USA und der westlichen Staaten. Die inzwischen erfolgte Anerkennung der DDR durch über 120 Staaten nutzte nicht viel.

Aber lassen wir mal einen richtigen Historiker zu Wort kommen.

Es handelt sich um Prof. Siegfried Prokop, im ND vom 27./28.2.1999: „Im Widerspruch zu Honeckers Beweglichkeit im deutsch-deutschen Verhältnis und auf dem Felde der internationalen Politik stand seine Reformfeindlichkeit, seine Starrheit im Inneren. Das politische System und die zentrale Planwirtschaft gerieten wie in der UdSSR auch in der DDR immer mehr in Widerspruch zur Dynamik der neuen Technik-Revolution im Zeichen des Computers. Die starren Produktionsverhältnisse wurden zu Fesseln. Honecker extensive Sozialpolitik geriet in einen Gegensatz zur Wirtschaftspolitik. Mangelnde wirtschaftliche Effektivität sollten Westkredite kompensieren. Mit dem Reformpotential in der SED ging Honecker ähnlich rigide um wie Ulbricht. Kritik wurde abgeblockt. Kritiker beruflich kalt gestellt, eingesperrt, ausgewiesen.

Wissenschaftler, wie der Ökonom Fritz Behrens, mussten ihre Studien versteckt halten.

Kurzum: Der DDR war es nicht gelungen, die Grenzen des autoritären Sozialismus aufzubrechen und das Tor zu einem modernen Sozialismus aufzustoßen. Deshalb ging sie gemeinsam mit den `Bruderländern´ unter. Sie war dennoch mehr als nur ein Sozialismus-Versuch.“

Material des Kollegen G. Schweitzer:

Entwicklung, Struktur und Arbeitsweise der IGM, besonders auf sozialem Gebiet in angegebene Zeitraum in Berlin-Ost

Die IGM Berlin-Ost umfasste im Jahre 1989 147 Betriebe, etwa 180.000 Arbeiter und Angestellte, bei einem Organisationsgrad von durchschnittlich 95 Prozent. Von den Betrieben waren etwa 10% nicht reine Produktionsbetriebe, sondern

- Handwerksbetriebe
- Reparaturbetriebe
- Handelsbetriebe
- Projektierungsbetriebe
- Institute
- Verwaltungseinrichtungen

Im Grundsatz war die Struktur nach dem Prinzip „Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“ vorgegeben, so wie es im Abschnitt Kapitel VII Ost 1948-1962 bereits dargestellt ist. Diese Grundform änderte sich nicht in dem Zeitraum 1962 – 1989, wie überhaupt die Arbeitsweise eine bestimmte Kontinuität demonstrierte.

Die Struktur der IGM war folgende:

Beginnend im Betrieb mit Gewerkschaftsgruppen, Abteilungsgewerkschaftsorganisationen, Betriebsgewerkschaftsorganisation (BGO) wurden entsprechend Leitungen AGL u. BGL zu Kreisvorständen, gab es entsprechend der Verwaltungsstruktur in Berlin Kreisvorstand und Bezirksvorstand Berlin, den Zentralvorstand der IG Metall der DDR.

Die leitenden Organe wurden folgendermaßen gebildet: Hauptamtliche Funktionen in den Betrieben waren ausnahmslos Wahlfunktionen. Sie wurden in den Betrieben mittels geheimer Wahl gewählt. In großen Betrieben, ab 300 Gewerkschaftsmitgliedern, war der BGL-Vorsitzende freigestellt, er wurde aus dem Rücklauf der Beiträge, entsprechend seiner vorherigen betrieblichen Tätigkeit, bezahlt.

Bei den betrieblichen Gewerkschaftswahlen, die in geheimer Abstimmung erfolgten, wurden die Delegierten für die Kreisvorstände gewählt. Ausnahme bildeten die Gewerkschaftsgruppenfunktionäre, die öffentlich gewählt wurden.

In den Kreisdelegiertenkonferenzen wurden in geheimer Wahl die Mitglieder des Kreisvorstandes sowie der Vorsitzende und sein Stellvertreter gewählt. Dieser und sein Stellvertreter waren hauptamtlich. In gleicher Form erfolgte die Wahl zu den Bezirksvorständen sowie zum Zentralvorstand. Beim Bezirksvorstand wurden Angestellte für die einzelnen Aufgabengebiete eingestellt. Also nur Vorsitzende, Stellvertreter und Sekretäre waren im Bezirks- sowie Zentralvorstand hauptamtliche Wahlfunktionäre. Die Kreisvorstände und Bezirksvorstände waren in der Struktur ähnlich der BGL. Sie hatten die gleichen Kommissionen, welche die Aufgabe hatten, die Arbeit wie Kulturarbeit, Rechtsarbeit, Frauenarbeit usw. im Kreismaßstab bzw. Bezirksmaßstab durchzuführen. Außerdem waren sie verpflichtet, die Kommissionen der BGL in den Betrieben anzuleiten und zu schulen.

Vierteljährlich wurde eine Kreisvorstandssitzung durchgeführt, wo Rechenschaftslegungen über die Arbeit der Kommissionen sowie des Sekretariats des Kreisvorstandes stattfanden und Beschlüsse für das kommende Quartal gefasst wurden.

Die Arbeit zwischen den Kreisvorstandssitzungen leitete das Sekretariat des Kreisvorstandes. Dieses setzte sich zusammen aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter sowie ehren- und hauptamtlichen Funktionären aus den Betrieben im Organisationsbereich. Die Bezirksvorstände tagten auch 1/4jährlich – auch hier erfolgte eine Rechenschaftslegung für die jeweiligen Zeiträume und Beschlussfassung für die weiteren Aufgaben. Die Arbeit zwischen den Bezirksvorstandssitzungen leitete das Sekretariat des Bezirksvorstandes. Dieser setzte sich zusammen aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und haupt- und ehrenamtlichen Funktionären des Organisationsbereiches.

In den zwischen den Sitzungen des Kreisvorstandes bzw. Bezirksvorstandes durchgeführten 14tägigen Sekretariatssitzungen fanden Berichterstattungen von Betrieben statt; z.B. Stand des betrieblichen Wettbewerbs, der Neuererbewegung, des Betriebsklimas, des Feriendienstes, der Arbeitsplatzgestaltung usw. Hier berichteten nicht nur Gewerkschaftsfunktionäre, sondern auch Betriebsdirektoren, Abteilungsleiter aus VE Betrieben zu den einzelnen Themen. Die Bindungen der Kreisvorstände zu den Betrieben und Leitungen waren eng, Funktionäre des Kreisvorstandes besuchten fast täglich die Betriebe, sprachen mit Gewerkschaftsmitgliedern, nahmen an BGL-Sitzungen und auch Mitgliederversammlungen teil. Durch den Kreisvorstand wurden auch Gewerkschaftsmitglieder vor dem Arbeitsgericht vertreten.

Der Kreisvorstand kümmerte sich um die Erledigung von Eingaben. Die BGL führten regelmäßig Mitgliederversammlungen bzw. Vertrauensleutevolllersammlungen durch und legten dort Rechenschaft ab. 14tägig fanden Beratungen der BGL statt und monatlich erfolgten Zusammenkünfte der Gewerkschaftsgruppen und Schule der soz. Arbeit. Betriebsdirektoren und Abteilungsleiter wurden zu BGL-Sitzungen eingeladen, um dort über Schwerpunktthemen zu berichten. Es wurden gemeinsame Vereinbarungen getroffen, z.B. zum Kultur- und Sozialfonds.

Im Betrieb war das gewerkschaftliche Leben so organisiert:

Die Aufgaben der BGL mit bis zu 25 Mitgliedern bestanden in der Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen. Einflussnahme auf die ökonomische Entwicklung und Leitung der Sozialversicherung. Zur Unterstützung wurden Kommissionen gebildet - in Großbetrieben bis zu 13 an der Zahl. Das waren:

- Kulturkommission
- Frauenkommission
- Sportkommission
- Wettbewerbskommission
- Rechtskommission
- Konfliktkommission
- Wohnungskommission
- Verkehrskommission
- Kommission für Sozialversicherung, Rat für SV,
- Lohn- und Gehaltskommission
- Kommission für Feriendienst
- Rentnerkommission
- Bildungskommission

Den Vorsitz einer jeden Kommission übernahm ein BGL-Mitglied, welches der BGL dafür direkt verantwortlich war. Die Aufgaben dieser Kommission gingen ziemlich eindeutig aus ihrem Namen hervor. Es war erkennbar, dass kein Lebensbereich ausgeschlossen wurde, auch nicht die außerhalb des betrieblichen Lebens bestehenden.

Natürlich hing die „Eindringtiefe“ ins Leben von der Qualität der Arbeit der BGL und ihrer Kommission ab. An dieser Stelle soll die finanzielle Belastung des Betriebes erwähnt werden, denn alle diese Gewerkschaftsfunktionäre erhielten ihren Lohn für

- Konsultationen und Beratungen während der Arbeitszeit
- Teilnahme an Schulungen und Beratungen auch außerhalb des Betriebes
- Reisen bis ins Ausland (Erfahrungsaustausche)

weiter.

Ein Betrieb mit mehr als 2500 Beschäftigten, davon gab es 1989 etwa 10 in Berlin, hatte etwa 200 Funktionäre, die ca. 160.000,- Mark für gewerkschaftliche Arbeit während der Arbeitszeit aus dem Lohnfonds erhielten. Dem stand ja keine produktive Arbeit gegenüber.

Dabei war die Gewerkschaftskasse gut gefüllt. Übrigens im Gegensatz zu den betrieblichen finanziellen Mitteln für die SED-Funktionäre, die kaum Geld aus dem Betrieb erhielten, sondern Angestellte des Apparates der SED wurden.

Die BGL des VEB RVB (Robotron Vertrieb Berlin) hatte im Durchschnitt pro Jahr 150.000,- Mark zur Verfügung. Diese Mittel entstammten dem Beitragsrücklauf von 48%. Hinzu kamen noch die Solidaritätsbeiträge. Die Solidarität stand ja nicht nur auf dem Papier, sondern wurde praktiziert. Folgende Abschweifung sei gestattet:

Es gab in der DDR ein zentrales Solidaritätskonto, die damals sehr bekannte Kontonummer 444. Von 1962 bis 1989 wurden hier 2,5 Mrd. Mark gesammelt und auch für internationale Zwecke (Länder in Afrika, Vietnam) ausgegeben.

Doch zurück zum Betrieb, zu Finanzfragen. Es gab ja noch den Kultur- und Sozialfonds des Betriebes, dessen Verwendung immer von der Zustimmung der BGL abhing. Ausgaben aus dem K.u.S.-Fonds der Betriebe im Jahre 1985:

• Arbeiterversorgung	38%
• Ferien/Erholung	14%
• Kultur/Sport/Jugend	13%
• Gesundheit, Verbesserung d. Arbeits- u. Lebensbed.	35%
	<hr/>
	100%

Im VEB RVB betrug 1976 die Zuführung zum K.u.S.-Fonds pro Kopf 468,-, also etwa fast eine Mio Mark und steigerte sich 1982 auf 616,- Mark/Pro Kopf.

So erhielt die Renten-Kommission z.B. auch hieraus Mittel. Im VEB RVB standen dieser Kommission für die Betreuung ihrer 230 Rentner 25.000,- Mark pro Jahr zur Verfügung. Da konnte man Dampferfahrten, Wanderungen, Vorträge, Besichtigungen, Weihnachtsfeiern schon gestalten. Fast jeden Monat „war etwas los“ für die Rentnerinnen und Rentner. Solidarität kam auch so zum Ausdruck, indem die noch arbeitenden Kollegen ihre Autos für gehbehinderte Rentner unentgeltlich zur Verfügung stellten. Die Verbundenheit mit dem ehemaligen Betrieb war Tatsache. Die Rentner nahmen, bis zu einem gewissen Grade, am Leben des Betriebes weiterhin teil.

Es soll aber nicht vergessen werden, dass die Renten relativ niedrig waren. Sie lagen in den sechziger Jahren bei 350,- Mark. Erst ab 1.3.1971 wurden Mindestrenten geringfügig erhöht und dann fast alle 4 Jahre. Im Allgemeinen erfolgte die Berechnung und Auszahlung der Renten unbürokratisch, nach einfachen und nachvollziehbaren Regeln. Wenn es mal nicht klappte und Fragen geklärt werden mussten, gab es die Rechtskommission oder die Kommission für Sozialversicherung. Sie halfen auch bei der Einführung der Zusatzrente, der ab 1971 jeder beitreten konnte und die sich auf die Rente erhöhend auswirkte.

Träger der gesamten Sozialversicherung wurde 1978 der FDGB.

Auch die IGM hatte in den Betrieben die Aufgabe, sich für die positive Entwicklung des Krankenstandes, der bei 8-10% lag, einzusetzen, sogar Kuren zu vergeben u. Krankengeld auszuzahlen. Zuschüsse konnten von der BGL bei Bedürftigkeit beschlossen werden. Die BGL wirkte auch mit ihrer Lohn- und Gehaltskommission unmittelbar auf den Lebensstandard ihrer Mitglieder ein.

Sie kontrollierte die leistungsgerechte Einstufung (8 Lohngruppen, div. Gehaltsgruppen) nach Qualifikation und Arbeitsaufgaben sowie die Auslastung/Einhaltung des Stellen- bzw. Arbeitskräfteplanes.

Es darf aber nicht übersehen werden, dass wesentliche Veränderungen der Entlohnung immer zentral, d.h. durch die SED, den Bundesvorstand des FDGB und dem Ministerrat erfolgten und dann in den Betriebskollektivvertrag (BKV) aufgenommen wurde, der damit durchaus den Charakter eines betrieblichen Tarifvertrages bekam.

Das 1971 „oben“ beschlossene „Sozialpolitische Programm“ schloss auch die Wohnverhältnisse, den Wohnungsbau ein. Hier gab es 1975 sogar eine reale Einschätzung der Partei- und Staatsführung:

Das Wohnungsproblem konnte aus materiellen und finanziellen Gründen für alle erst bis 1990 zufriedenstellend gelöst werden. Immerhin hatte jeder DDR-Bürger 1989 27,2 qm Wohnfläche zur Verfügung (in der BRD 35,5 qm). Die Miete und andere Preise wie Gas, Strom usw. blieben über 20 Jahre lang, von etwa 1970 bis 1989 stabil und betragen 1,00 Mark bis 1,25 Mark pro m² oder 3% bis max. 8% des Familieneinkommens. Diese niedrige Miete führte aber auch im Laufe der Jahre mit dazu, dass die finanziellen Mittel zur Instandhaltung fehlten und ganze Straßenzüge und Stadtviertel in einen bedenklichen maroden Zustand gerieten. Da konnten auch die überall aktiv arbeitenden Mietergemeinschaften wirkliche Baumaßnahmen kaum durchführen. Und der großzügige Kündigungsschutz tröstete nur etwas über schlechte Wohnbedingungen hinweg. Auch wenn monatelang keine Miete bezahlt wurde, obwohl man dazu in der Lage war, Kündigung oder sogar Rausschmiss gab es nicht.

Erwähnt werden sollen auch die betrieblichen Wohnungsbaugenossenschaften.

Im VEB TRO begann diese Einrichtung bereits 1953 mit nur 22 Werktätigen als Mitglieder. Nach 25 Jahren reger Bautätigkeit, die Genossenschaftler legten selbst Hand an bei Ausschachtungs-, Tischler- und Elektrikerarbeiten und leisteten jeder, je nach Wohnungsgröße bis zu 700 Arbeitsstunden, konnten bis 1979 2282 Wohnungen übergeben werden. Und auch auf diesem für die Lebensführung wichtigen Gebiet gab es Unterstützung im Betrieb durch die Wohnungskommission. Sie half administrative Hürden, z.B. bei Wohnungswechsel aus „der Zone“, nach Berlin zu überwinden oder bei der Zuteilung von Wohnraum. (Lt. Zivilgesetzbuch der DDR sollten 60% der Neubauwohnungen an Arbeiterfamilien vergeben werden)

Die Finanzierung von Eigenheimbauten war notwendig. 1975 lebten nur 11% der Bevölkerung der DDR in solchen Bauten.

Der Betrieb unterstützte vor allem junge Familien aus dem K.u.S.-Fonds durch zinslose Kredite oder aus der „Kasse der gegenseitigen Hilfe“, eine Kasse, die mal ausnahmsweise nicht der BGL gehörte.

Der Bau von Eigenheimen war nicht einfach. Oft fehlte es an Material. Vor allem ab 1971 wurden Rohstoffe und Energien knapp. Da konnte auch die IGM kaum helfen, es sei denn mit der Hilfe der Kollegen untereinander, wobei so manches betriebliche Material für private Zwecke verwendet wurde.

Wurde so etwas aufgedeckt, trat die Rechtskommission in Erscheinung. Bei Schäden für den Betrieb bis 1000 Mark konnte sie rechtskräftig entscheiden. Diese sehr angesehene Kommission ko-

operierte in vielen Fällen mit dem staatlichen Arbeitsgericht. Die letzte Fassung des Arbeitsgesetzbuches (AGB) wurde am 16.6.77 beschlossen und ab 1.1.78 in Kraft gesetzt. Dem ging eine breite Diskussion in den Betrieben voraus. Es soll „DDR-weit“ 39533 Vorschläge, 144 redaktionelle Änderungen und 90 inhaltliche Änderungen gegeben haben.

Eine Analyse über die Arbeit der Arbeitsgerichte ergab für den Zeitraum 1975 bis 1978, dass in rund 90% aller Streitfälle der Werktätige Recht erhielt. Auch die Konfliktkommission leistete in den IGM-Betrieben gute Arbeit. Beide Kommissionen trugen dazu bei, dass die staatlichen Gerichte entlastet wurden und sich nicht mit „Bagatellstreitigkeiten befassen mussten. Von den staatlichen Gerichten aus der Haft entlassene Bürger wurden ihrer Qualifikation entsprechend, dem dafür geeignet erscheinenden Betrieb zugewiesen. Dieser war verpflichtet, ihn aufzunehmen und zu beschäftigen.

Die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau stand auch auf der Tagesordnung des FDGB-IGM. Es wurde die volle Emanzipation angestrebt. Die Frauenkommission hatte das im realen Alltag mit zu unterstützen. Solche Aufgaben wurden erfüllt, wie:

- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- Hilfe bei der Weiterbildung bis zum Studium
- Entlastung im Haushalt
- Unterstützung bei der Kinderbetreuung

Nebenbei gesagt, kümmerte sich nicht nur die Frauenkommission um ihre Mitarbeiterinnen im Betrieb, sondern es gab in jedem Metallbetrieb noch eine Frauenvereinigung: Frauenausschuss.

Nun soll der Versuch unternommen werden, der nicht allumfassend sein kann, die ideelle und materielle Unterstützung für Frauen darzustellen.

Zur Entlastung der berufstätigen Frauen, etwa 86% aller arbeitsfähigen Frauen hatten einen Beruf, und im VEB TRO waren 1989 52% aller Werktätigen Frauen, wurde viel für die Betreuung der Kinder getan. Die Kinderkrippen nahmen schon Babys im Alter von 6 Monaten bis zu 3 Jahren auf. Dann von 3 Jahren bis zum Schulanfang in den Kindergarten, anschließend ging es in den Schulhort. Hier gab es alles! Essen, Schlafen, Unterhaltung, Spiele gegen eine geringe Gebühr, 0,35 Mark bis 1,40 Mark pro Tag.

Die wöchentliche Arbeitszeit verkürzte sich für Mütter mit einem oder mehr Kindern 1978 auf 40 Stunden.

Ab dem 1. Kind wurde das „Babyjahr“ bezahlt, nachdem vorher der Schwangerschaftsurlaub verlängert wurde. Und eine staatliche „Prämie“ von 1000 Mark bei der Geburt gab es auch. Jede Frau konnte seit 1972 bei voller sozialer Sicherheit über Schwangerschaftsvollendung oder deren Abbruch selbst entscheiden.

Im VEB TRO, dem Beschluss der SED vom 27.5.76 entsprechend, wurde für den Zeitraum 1976 – 1980 festgelegt:

- Verlängerung des Schwangerschaftsurlaubs von 18 auf 26 Wochen
- Bezahlte Freistellung von der Arbeit nach Geburt des zweiten oder jeden weiteren Kindes bis zur Vollendung des 1. Lebensjahres des Neugeborenen
- Alleinstehende und voll arbeitende Frauen erhielten monatlich einen bezahlten Hausarbeitstag

1978 besaßen 176 Frauen von 1250 im VEB TRO einen Hochschulabschluss. 1979 waren im gleichen Betrieb 55 Frauen in mittleren und leitenden staatlichen Funktionen tätig. Aber auch in diesem Betrieb gab es, leider, keine Frau auf hohem Posten und die „dicken“ Auszeichnungen erhielten fast nur die Männer.

Es soll nicht verschwiegen werden, dass die genannten sozialen Leistungen, natürlich nicht nur von den Frauen, mitunter erschwindelt wurden. Ja manche wurde gewährt, um als Notnagel Mängel, z.B. bei der Versorgung, auf die noch eingegangen wird, zu entschärfen. Und alle diese sozialen Leistungen konnten die Familie nicht vollkommen ersetzen.

Ein breites Aufgabengebiet hatte die Kulturkommission (KK). Auch hier ging es nicht ohne Jahresplan, der ein Teil des Betriebskollektivvertrages (BKV) war. Inhalt und Ziele waren so breit gefächert, das man nicht alles nennen kann. Ein Hauptanliegen war die Einbeziehung der Werktätigen nicht nur in das Spektrum der traditionellen Kulturforen, also Theater, Kino, Presse, Fernsehen, Bücher usw., sondern sie auch anzuregen, sich selbst kulturell zu betätigen. So z.B. durch

- Herstellen von Verbindungen zu namhaften Künstlerinnen und Künstlern
- Etablieren von Mal-Zeichenzirkeln
- Skatgruppen
- Ausgabe des „Kunstpreis des FDGB“

Von 1980 bis 1986 wurden geehrt: 31 Schriftsteller
25 bildende Künstler
12 Komponisten
34 Schauspieler
46 Volkskünstler und Volkskunstkollektive

Damit war natürlich eine breite Werbung verbunden. Bildung und Förderung von Chören, Singegruppen, Musik- und Tanzgruppen. Fanden diese oder ähnliche Veranstaltungen im Betrieb statt, wurden sie aus der BGL-Kasse oder dem K.u.S.-Fonds, falls überhaupt erforderlich, bezahlt. Die Eintrittspreise für Kino, Theater, Museen usw. waren niedrig. Das Bildungsmonopol war gebrochen. Der Nachteil bestand darin, dass man mitunter „anstehen“ musste für eine Theaterkarte oder überhaupt keine erhielt.

Auch der Sport kam nicht zu kurz. Die betreffende Kommission der BGL fielen Aufgaben für fast alle Gebiete des Sports zu, ob Fußball, Tischtennis, Angeln oder Schwimmen. Hier mussten die entsprechenden Gemeinschaften gebildet werden. Nicht wenige Gewerkschafter schlossen sich diesen Gemeinschaften an und waren für „politische Aufgaben“ nicht ansprechbar. Auch hier spielte Geld eine Rolle. Im BKV des VEB Kabelwerk Köpenick wurden allein für den Betriebssport 1983 von insgesamt 1645,0 TM 233,0 TM zur Verfügung gestellt.

Betriebseigene Clubs kämpften um die, allerdings mehr ideellen Auszeichnungen und Preise. Schätzungsweise nahmen 60% der IG Metaller an der einen oder anderen Organisation des Sportes teil. Naturgemäß war die Jugend am stärksten beteiligt. Vor allem im Leistungssport und bei den Sportfesten bis hin zu FDGB-Fußballpokalen im DDR-Rahmen. Zielstrebig wurde auf die Verbindung zum Militär gearbeitet. Mit der am 7.8.1952 gegründeten Gesellschaft für Sport und Technik (GST) wurde der Wehrsport entwickelt. Träger wurde die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die IGM wurde kaum einbezogen.

Erholung, Entspannung, Gesundheitsförderung gibt es nicht nur durch Sport, sondern auch durch Reisen. Hier muss gleich vorweg gesagt werden, dass die Reisewünsche nur für etwa 60% der Werktätigen erfüllt worden sind bzw. werden konnten. Ein politisches Problem höchster Brisanz waren die „Westreisen“. Die DDR hatte nicht die notwendigen Devisen und die politische Füh-

rung fürchtete den Einfluss des Westens, besonders der BRD. Aber immerhin sind 1984 35.000 DDR-Bürger im „Westen“ gewesen, lt. Statistik. Eine Doppelzählung ist wohl hier vorgenommen worden, denn Rentner der DDR besuchten mitunter zwei- oder sogar dreimal ihre Verwandten in der BRD. Die eingeschränkte Reiselust ist eine wichtige Ursache des Zusammenbruchs der DDR.

Trotzdem muss dem Slogan vom „eingemauerten DDR-Bürger“ entgegnet werden. Der Osten stand ihnen im Prinzip bis Wladiwostok offen und die DDR wurde von Ausländern besucht. Es sei auch an die Weltfestspiele der Jugend erinnert, an denen insgesamt rund eine Million ausländischer Bürger teilnahmen.

Was nun die Reisetätigkeit im eigenen Land betrifft, so gebührt dem FDGB und der IGM Anerkennung. Das Ferienwesen der Gewerkschaften arbeitete aktiv und verbesserte sein Angebot von Jahr zu Jahr. Auch die Betriebe der IG Metall verfügten z.B. über eigene Ferienhäuser und vermittelten Reiseplätze. Die Berliner Metallbetriebe besaßen 1989 54 Ferienhäuser und Erholungsheime unterschiedlicher Kapazität. Sie waren der wichtigste Träger des Reisewesens. Die Kommission für Feriendienst vergab die betrieblichen sowie die FDGB-Ferienplätze für Gewerkschaftsmitglieder und sorgte in Zusammenarbeit mit dem Betrieb für die Instandhaltung und Ausstattung. Es sei wegen der politischen Bedeutung gestattet, über den Tellerrand der IGM hinaus zu blicken.

Die Gewerkschaften, der FDGB besaßen 1982 694 Heime, 371 vom FDGB vertraglich genutzte Einrichtungen, 5 Ferienhotels – sogar Interhotels wie „Panorama“ in Oberhof oder „Neptun“ in Rostock-Warnemünde. Insgesamt standen ab 1982 130.000 Bettenplätze zur Verfügung (lt.Statist. Jahrbuch der DDR von 1987). Es gab 72 500 betriebliche Erholungseinrichtungen sowie zahlreiche Unterkünfte bei privaten Vermietern, die allerdings oft an Qualität mangelten. Auch der internationale Urlauberaustausch, nur mit Ländern des RGW, erfreute sich großer Beliebtheit. Der Clou war wohl das FDGB-Urlauberschiff „Arkona“, das aber nur vor allem für „hochdekorierte“ Werktätige.

Für die Kinder wurde viel getan. In den Ferien standen ihnen 1983 nicht schlecht ausgestattete 220 000 Ferienplätze für ein geringes Entgelt zur Verfügung. Überhaupt waren die Preise für Reisen sehr differenziert. Es gab 8 Kategorien, je nach Lage, Zeit, Betreuung, Bettenanzahl usw. Z.B. für 13 Tage, für eine Person –organisiert !- 310,- Mark ins „Neptun“. Kinder im Alter von 2 bis 10 Jahren zahlten 30 Mark und im Alter von 10-16 Jahren 80 Mark. Aber um ins „Neptun“ zu kommen, musste man schon Glück oder Beziehungen haben. Bei der Vergabe von Ferienplätzen in Form von Ferienschecks durch die Ferienkommission, kamen schon Unregelmäßigkeiten vor, dass z.B. ein hoher Funktionär zweimal im Jahr einen Scheck erhielt, der übrigens auch aus dem K.u.S.-Fonds mitfinanziert wurde. Das Gewerkschaftsmitglied bezahlte nur etwa 32% der tatsächlichen Kosten des Urlaubsaufenthaltes. Die Differenz kam aus der BGL-Kasse, dem K.u.S.-Fonds oder vom Staat. Insgesamt konnten jährlich ca. 1/3 der IGM-Mitglieder einen organisierten Urlaub erleben.

Wem diese Art von Reisen nicht gefiel, konnte auch im staatlichen Reisebüro am Alex buchen. Da war es aber etwas teurer. Eine 14-Tagesreise nach Jalta auf der Krim, in ein gutes, international anerkanntes Hotel, kostete pro Person 1200,- Mark. Der Bedarf konnte auch bei derartigen Reisen nicht gedeckt werden, ebenso wenig bei so genannten Abenteuerreisen, von der FDJ organisiert, z.B. nach Mittelasien ins Taschkenter Gebiet.

Summa Summarum wurden erhebliche Mittel eingesetzt, ohne zu einer allseits zufriedenen Erholungs-Feriengestaltung zu gelangen. Das war eine der Ursachen für die geringen finanziellen Gewinne auch der IG Metall-Betriebe in Berlin. Also zu wenig Mittel für Forschung und Entwicklung und überhaupt Investitionen.

Aber Ausnahmen bestätigen die Regel: In den 1970er Jahren vor allem wurde die Situation noch besser; es wurden viele Neubauten errichtet, z.B. im VEB TRO, VEB NARVA, VEB KABELWERK OBERSPREE.

Bei der Darstellung der Arbeit der Kommissionen soll zum Schluss die Verkehrssicherheitskommission nicht vergessen werden. Sie kümmerte sich nicht nur um den Verkehr auf und vor dem Betriebsgelände, sondern auch um die Dienstfahrzeuge, ihren Einsatz und Sicherheit.

Es gab auch Metallhandwerks- und Kleinbetriebe, die keine eigenen Grundorganisationen bilden konnten, weil weniger als 10 Beschäftigte tätig waren. Die Gewerkschaftsmitglieder wurden durch eine Ortsgewerkschaftsleitung vertreten. Je ein Mitglied wurde in den Handwerksbetrieben als Vertrauensmann gewählt. Diese wählten dann die Ortsgewerkschaftsleitungen, welche dann ebenfalls wie in den VEB ihre Kommissionen schufen, mit Ausnahme von

- Wettbewerbskommission
- Rechtskommission
- Kommission für Sozialversicherung
- Lohn- und Gehaltskommission
- Konfliktkommission
- Bildungskommission
- Sportkommission

Die Vertretung der Kollegen übernahm bei Rechtsfragen der zuständige Kreisvorstand der IG Metall. Eine derartige umfassende Betreuung, aber auch Kontrolle und Bevormundung ihrer Mitglieder dürfte wohl im Gewerkschaftsleben, auch im internationalen Maßstab, einmalig gewesen sein. Es kann gesagt werden, dass in der so genannten Basis im Betrieb die Demokratie recht gut entwickelt war. Je weiter nach „oben“, umso autoritärer wurde das Gesellschaftssystem.

Das Leben der Kolleginnen und Kollegen spielte sich natürlich nicht nur im Betrieb ab. Wie sah es also draußen aus?

Einige Aspekte wurden ja schon erwähnt, wie z.B. Urlaub, Ferien, Kinderbetreuung, Wohnung usw. Hinzugefügt werden sollen noch solche Dinge wie

- Betriebskantinenessen für ca. 1 Mark (für Schichtarbeiter umsonst)
- Betriebsverkaufsstellen in Großbetrieben (für den täglichen Bedarf)

Doch es gibt ja noch mehr materielle Dinge, die sehr stark das politische Bewusstsein prägen. Sehen wir uns also die Entwicklung der Löhne und Gehälter, Prämien und Renten an und nennen dann die Preise für Sachen des Alltags. Bei der Darstellung der Löhne, Prämien und auch der Arbeitszeit kann nicht auf jeden IGM-Betrieb eingegangen werden, Aber es war so, dass es große voneinander abweichende Entlohnungen usw. zwischen den einzelnen Betrieben kaum gab.

Die nachstehenden Angaben sind Monatsbruttolöhne für Arbeiter und Angestellte. Der Nettolohn ergibt sich nach 10 bis 15% Abzügen (Lohnsteuer usw.)

Jahr	Lohn	Jahresendprämie (JEP)
1962	602 Mark	400 Mark
1970	762 Mark	500 Mark
1971	800 Mark	700 Mark
1972/73	847 Mark	800 Mark
1975/76	895 Mark	850 Mark
1979	1020 Mark	950 Mark
1980	1039 Mark	1000 Mark
1983	1099 Mark	1000 Mark
1986	1155 Mark	1100 Mark

Haushaltsnettoeinkommen pro Monat für eine Familie mit 4 Personen (2 Erw./2 Kind.):

<u>Jahr</u>	<u>Einkommen</u>
1970	1031,- Mark
1971	1265,- Mark
1975	1543,- Mark
1980	1881,- Mark
1981	2214,-Mark
1982	2317,- Mark

Die Sparguthaben entwickelten sich im Durchschnitt bei der Bevölkerung so:

<u>Jahr</u>	<u>Guthaben</u>
1960	884,- Mark
1961	1571,- Mark
1962	2738,- Mark
1973	3455,- Mark

Bei den mehr oder weniger wichtigen Gebrauchsgütern (Lebensmittel, Industriewaren) sah es so aus:

	1970	1986
5 Kg Kartoffeln	0,85 Mark	wie 1970
1 Kg Brot	0,52 Mark	"
1 Kg Fleisch	9,80 Mark	"
1 L Milch	0,72 Mark	"
1 Kg Speck	4,00 Mark	"
0,7 L Goldbrand	14,50 Mark	"
1 Filterzigaretten	0,16 Mark	"
1 Kg Bohnenkaffee	70,00 Mark	"
50 g Tee	1,20 Mark	"
Fernseher Debüt	1.630,00 Mark	"
Fernseher Luxomat	2.050,00 Mark	"
Fernseher Colormat	4.900,00 Mark	"

Je 100 Haushalte besaßen (nicht nur in Berlin)

	<u>1970</u>	<u>1980</u>	<u>1982/83</u>	<u>1985</u>
PKW	15 Stck.	26 Stck.	42 Stck.	53 Stck.
Fernseher	69 Stck.	82 Stck.	111 Stck.	113 Stck.
Kühlschrank	56 Stck.	86 Stck.	119 Stck.	132 Stck.
Waschmaschine	53 Stck.	73 Stck.	91 Stck.	100 Stck.

Gebühren, Fahrpreise:

	<u>1970</u>	<u>1976</u>
Eisenbahn, 50 km	4,00 Mark	wie 1970
Straßenbahn, 1 Fahrt	0,20 Mark	"
" für Kinder bis 6 Jahre	0,00 Mark	"
Briefporto	0,20 Mark	"
1 KWH elektr. Strom	0,08 Mark	"
1 m ³ Gas	0,16 Mark	"

Entwicklung der Renten (Alters- und Invaliden, ohne FZR/mit FZR)

<u>Arbeitsjahre</u>	<u>bis 31.8.72</u>	<u>ab 1.12.76</u>	<u>mit FZR</u>
Bis 15	160,00 Mark	230,00 Mark	-
15 bis 20	170,00 Mark	240,00 Mark	
20 bis 30	170,00 Mark	260,00 Mark	
30 bis 40	170,00 Mark	280,00 Mark	
40 bis 45	170,00 Mark	300,00 Mark	
ab 1986 mit FZR	436,90 bis 500,51 Mark/Monat		

Bei der Entwicklung dieser Daten muss unbedingt beachtet werden:

Parallel zur Lohngestaltung wurde die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kontinuierlich gesenkt. Es gab auch Arbeitslose/Arbeitsunwillige, die in keiner DDR-Statistik ausgewiesen waren. Man schätzte diese Rate auf 1 bis 2% ein.

Bei der Versorgung der Bevölkerung gab es sogar in den offiziellen Darstellungen zahlreiche Hinweise auf Mangelerscheinungen auf allen Lebensgebieten. Angefangen, wie bereits dargestellt, beim Erholungsurlaub-Ferienwesen, bis hin zu Südfrüchten (Apfelsinen, Bananen).

Von den Menschen wurde der Ausdruck „Bückware“ geprägt. Also für Privilegierte oder zahlungskräftige Käufer wurden Waren unter dem Ladentisch verkauft. Ein besonderes Kapitel stellten die Intershop-Läden dar, die Erzeugnisse für Westgeld verkauften. Oder einen „Trabi“ erhielt man erst mitunter nach 10jähriger Anmeldung. Alle diese Dinge führten zu Unzufriedenheit und waren auch eine Ursache des Zusammenbruchs der DDR.

Quellen:

Geschichte des FDGB

Chronik des FDGB 1945-1986

Verlag Tribüne Berlin

Eigene Erinnerungen F. Wendtland u. G. Schweitzer

**100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin**

18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel X West

1962 bis 1989

Autoren: Mitglieder der AG Chronik

Vorbemerkungen

Für das vorliegende Kapitel X zur Chronik „100 Jahre Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall“ wurden die aufschlussreichen Geschäftsberichte der Verwaltungsstelle Berlin zur Beschreibung des Zeitraumes 1962 bis 1989 genutzt. In ihnen findet der interessierte Leser detaillierte Ausführungen zu Sachgebieten und Ereignissen.

Die Gliederung des Kapitel X wurde entsprechend den Berichtszeiträumen der Verwaltungsstelle Berlin wie folgt vorgenommen:

Zeitraum	Unterkapitel	Autoren
1962-1965	X.1	Gerhard Schweitzer
1966-1974	X.2	Friedrich Wendtland
1975-1980	X.3	Waldemar Mertins
1981-1989	X.4	Helmut Wichert

1962-1965 X.1 Gerhard Schweitzer

Den Zeitraum 1962 bis 1965 ohne den Bau der Berliner Mauer durch die DDR am 13.8.1961 darzustellen, wäre sicherlich verantwortungslos. In einer Quelle¹⁾ aus der IG Metall Westberlins wird das so kommentiert: „Das einschneidendste Ereignis der letzten Jahre. Die Mauer machte die Sowjetzone und Ostberlin zu einem riesigen KZ, mehr als 5.000 Mitglieder sind seit dem 13. August von uns getrennt.“

Die offiziell vollzogene Spaltung Deutschlands in BRD und DDR führte zu einer gewissen Isolierung Westberlins und damit auch zu einer der IG Metall. Jedoch hat sich die IG Metall Verwaltungsstelle Berlin-West nicht abgeschottet von der Bundesrepublik Deutschland, sondern war in den Grundzügen und im Detail so aufgebaut wie die westdeutschen Verwaltungsstellen.

Das kommt auch zum Ausdruck in der vollinhaltlichen Kongruenz mit dem Düsseldorfer Grundsatzzprogramm von 1963. D.h. also weg von Sozialisierungsplänen, hin zu gewerkschaftlichen Nahzielen mit gesellschaftlichen Reformvorschlägen. Die waren sicherlich erforderlich, um, wie z.B. 1965 in der Konferenz von Oberhausen bekräftigt und dann auf dem 8. Ordentlichen Gewerkschaftstag im gleichen Jahr in Bremen bestätigt, die zweite industrielle Revolution in der BRD nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer allein zu überstehen. Und das war nicht einfach.

Schon allein der Mangel an Arbeitskräften in Westberlin machte sich negativ bemerkbar. Waren doch in den Jahren zuvor, von 1949 bis 1961 etwa 2,6 Millionen Menschen von Ost nach West gezogen. Auch die etwa 60.000 „Grenzgänger“ sollen nicht vergessen werden, die ihren Wohnsitz im Osten behielten und täglich im Westen Berlins arbeiteten. Durch den Zuzug von Ausländern in den Westen sollte diese Kalamität zum Teil ausgeglichen werden. Diese Lage stellte auch an die Gewerkschaft hohe Anforderungen. Mussten doch diese neuen Arbeitnehmer/innen voll integriert werden, auch in die Gewerkschaft, um akzeptable Leistungen für sich und andere zu erbringen. Und die Gewerkschaften mussten ihre Kampfkraft noch stärken. Die Streiks z.B. 1951 in Hessen, 1953 in Bremen und 1954 in Bayern hatten keine besonderen Erfolge, um nicht zu sagen „Es waren Niederlagen“. Einen enorm wichtigen Vorteil hatte aber Westberlin in den ganzen Jahren: Die „Berlin-Hilfe“. Komplexe Zahlen in DM sind nicht bekannt, aber sicher flossen Milliarden DM nach Westberlin um Investitionen zu tätigen, soziale Härtefälle zu beseitigen und um eben die politische Stimmung zu heben.

Die Entwicklung der Wirtschaft in Westberlin im o.g. Zeitraum lässt sich so darstellen:

Im Jahre 1962 ist die Entwicklung in den einzelnen Gebieten der Wirtschaft (Verbrauchsgüter, Bekleidungsindustrie, Produktionsmittel, Elektroindustrie usw.) unterschiedlich gewesen. Sowohl positiv als auch negativ. Aber das Brutto-Sozialprodukt übertraf das Jahr davor (1961) um etwa 5,5 Prozent.

Ende 1962 wurde eingeschätzt, dass das gesamtwirtschaftliche Produkt 1963 um 3 bis 4 Prozent steigen wird. Eine erfreuliche Tendenz, die sich dann auch bewahrheitete.

Die Westberliner Metallindustrie mit rund 187.000 Beschäftigten war der größte Industriezweig. Umsatzsteigerungen zwischen 9,3% und 23,2% gab es bei Produktionsmitteln, im Stahlbau, in der Elektroindustrie und im Maschinenbau. Hervorzuheben ist die positive Entwicklung der Produktivität in den Jahren 1962-65, die stärker als die Verdienste stieg. Das Verdienstniveau lag in Westberlin um etwa 9% unter dem von Hamburg, und es gab Hinweise, wonach einige Großunternehmen in der BRD die Berliner Fertigungsstätten lediglich als verlängerte Werkbänke für Billiglöhner nutzten.

Nun einige Bemerkungen zur sozialen Lage der Arbeitnehmer/innen in Westberlin.

Die noch 1962 vorhandenen 8.000 Arbeitslosen reduzierten sich bis 1965 auf 6.000. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von nicht einmal 1 Prozent! Diese positive Entwicklung wird et-

was geschmälert durch das Ansteigen der Preise für die Lebenshaltung um 11%. Aber auch die Brutto-Wochenverdienste stiegen bei den Industriearbeitern von 125 DM 1962 auf 170 DM im Jahre 1965. Es ergab sich bei dem Arbeiter-Stundenverdienst eine Steigerung von 3,34 DM 1962 auf 3,91 DM 1965 (siehe Quelle ²⁾, Seite 46).

Eine andere Statistik besagt:

Die Stundenlöhne in der Metallindustrie müssen getrennt nach Männer und Frauen ausgewiesen werden, da dort erhebliche Unterschiede bestehen.

Die nachstehenden Angaben erfolgen in Dpf.

Männer	ges. Industrie	Maschinenbau		Elektrotechnik	
	(einschl. Bau)		dar. Facharb.		dar. Facharbeiter
1962	345	359	382	331	340
1963	377	383	406	339	358
1964	405	393	417	365	383
1965	460	445	469	412	434
<u>Frauen</u>					
1962	235	242		241	
1963	253	261		254	
1964	274	266		274	
1965	306	303		306	

Wer Arbeit hatte, konnte also relativ gut leben. Schlechter sah es bei den aus dem Arbeitsleben ausgeschiedenen Personen aus, besonders bei den Rentnern. Leider sind in den Geschäftsberichten keine absoluten Werte dargestellt, nur eine Statistik von 1960 (siehe Quelle ¹⁾, Seite 80) liegt mit folgenden Daten vor:

Rentenhöhe in DM/monatl.	- in von Hundert aller Fälle -		
	Männer	Frauen	Witwen
bis 129,90	23,69	87,28	50,72
bis 299,90	29,68	2,52	12,86
bis 399,90	17,92	0,17	0,23
ab 400,00	3,28	0,02	-

Überhaupt wird in den Berichten den Rentnern wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Bekannt ist, dass in einigen Großbetrieben es eine Art Rentnerbetreuung gab und dass die Renten im Laufe der Jahre etwas gestiegen sind.

Der IGM kann bestätigt werden, dass sie auf der Grundlage des Aktionsprogramms von 1965 gute Erfolge für die arbeitenden Menschen, nicht nur für ihre Mitglieder erstritt. So die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich und den tariflichen Anspruch auf bezahlten Urlaub. Auch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde er kämpft. 1956 begann in Schleswig-Holstein ein Streik, der 16 Wochen währte. Aber es dauerte, bis endlich 1969 ein Bundesgesetz die damalige Forderungen der Gewerkschaft erfüllte.

Diese waren:

- Einführung der flexiblen Altersgrenze
- Betriebsrentengesetz
- Arbeitsstättenverordnung
- Jugendarbeitsschutz
- Betriebsärzterverordnung und das Spätförderungsgesetz.

Vorher bekamen die Gewerkschaften jedoch die Macht der Unternehmer zu spüren. So wurden z.B. 1963 in Baden-Württemberg fast 300.000 im Streik befindliche Metalller/innen ausgesperrt. Die Kampfkraft der IG Metall konnte aber dadurch auch in Westberlin nicht gebrochen werden. Die IGM in Westberlin hatte eine befriedigende, sich ziemlich konstant entwickelnde Mitgliederanzahl und damit Stabilität in ihrer Kasse. Dazu folgender Überblick lt. Quelle²⁾, Seite 196:

Jahr	Jahresbeitrags-Durchschnitts-		Mitglieder per 31.12.	Mitglieder Jahres- durchschn.
	aufkommen in DM	beitrag voll alle		
1962	4.179.169,25	1,46 1,42	76.658	71.760
1963	4.407.330,75	1,60 1,44	75.277	69.117
1965	4.481.274,95	1,69 1,51	72.933	67.185

Es darf daran erinnert werden, dass die Ortskasse ab II.Quartal 1964 ein Viertel ihrer Finanzmittel aus der Hauptkasse erhielt. (nachstehende Zahlen aus der Quelle²⁾, S. 183)

1962 verfügte die Ortskasse über rund 200.000 DM, dieser Betrag sank 1965 auf etwa 170.000 DM. Das war den steigenden Kosten für Gehälter, Mieten, Bürobedarf usw. geschuldet.

Die IGM konnte und kann für sich in Anspruch nehmen, eine Organisation auf demokratischer Basis zu sein. Auch bei Beachtung des Grundsatzes „Ein Betrieb, eine Gewerkschaft“ waren und sind freie Wahlen von ausschlaggebender Bedeutung. In den Betrieben wurden zwei Gremien gewählt, der Vertrauenskörper und der Betriebsrat. Dann folgten die leitenden Organe wie Stadtteilgruppen, Verwaltungsstellen, Bezirksleitungen und schließlich der DGB. Die Vertrauensleute, als unmittelbare Interessenvertretung der gewerkschaftlich und auch nicht-gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer/innen, haben eine lange Entwicklung hinter sich. Bereits am 17.08.1890, also unmittelbar nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, riefen sie zu einer Gewerkschaftskonferenz auf, die dann am 16. und 17.11.1890 stattfand. Später, im Jahre 1920 wurde das erste Betriebsrätegesetz geschaffen.

Jedoch sind die gesetzten Ziele noch nicht erreicht worden, sollten doch in jedem Betrieb, in jeder Abteilung, jeder Werkstatt, in jedem Büro mindestens je ein Vertrauensmann vorhanden sein. So waren 1964 in 18 Betrieben in Westberlin mit 500 und mehr Beschäftigten kein Vertrauensmann tätig. 1964 gab es „nur“ 110 Betriebe mit 1672 Vertrauensleuten, von denen 94,4 % Arbeiter waren. Gegenüber 1962 waren es 106 Vertrauensleute mehr.

Die Wahlperiode der Betriebsräte wurde von 2 Jahre auf 3 verlängert. Hier ist hervorzuheben, dass ein Betriebsrat (BR) nicht unbedingt Mitglied der IGM sein muss.

Nun wieder einige Zahlen zur BR-Wahl 1965 (siehe Quelle²⁾, Seite 110):

Es gab eine Wahlbeteiligung von 74,8 % und 2535 Betriebsräte wurden gewählt, davon 76,3 % Arbeiter und 23,4 % Angestellte. Auch 329 weibliche Betriebsräte kamen ins Amt. Fast 90 % aller in Westberlins Metallindustrie Beschäftigten waren in Betrieben tätig, in denen gewählt wurde. An der Wahl beteiligten sich 57.671 IGM-Mitglieder aus 431 Betrieben mit einer Anzahl von 168.994 Beschäftigten.

Nun kamen auf einen Funktionär (Vertrauensmann oder Betriebsrat) im Schnitt 51 Beschäftigte. Das war noch zuviel.

Aber auch gegenüber anderen Gewerkschaften (DAG z.B. oder Christliche) und den Unorganisierten stand die IGM im Organisationsverhältnis der Betriebsratsmitglieder an der absoluten Spitze mit 78,8 %, die DAG hatte 15,5%.

Die Finanzierung der IGM erfolgte zu über 95% aus den Beiträgen ihrer Mitglieder.

Die Höhe dieser Beiträge wurde im Statut festgelegt. Die Kassierung erfolgte im Berichtszeitraum durch den Verkauf von Beitragsmarken. Im Jahre 1965 kamen so 4.481.275,- DM zusammen. Die Mitgliederanzahl betrug im Jahresdurchschnitt 67.185, mithin pro Mitglied 67 DM und damit weniger als 1 % des Durchschnittslohnes.

Die Ausgaben waren vielfältig. Die größte Ausgabe der Hauptkasse waren die 25 % für die Ortskasse und die Unterstützungen für Krankheit, Notfälle, Invalidität. Die Ortskasse wurde belastet durch Gehälter, Büro, Agitation und Zahlungen an die Beitragskassierer (!), die ihre Arbeit anscheinend nicht ehrenamtlich machten.

Die angeführten Daten befinden sich in der Quelle²⁾, Seite 189.

Nun genug des Geldes. Zwei Personengruppen wurden bisher noch nicht ausdrücklich erwähnt. Es sind die Frauen und die Jugendlichen.

Alle Ursachen aufzudecken, die der Problematik „Frauen und Gewerksarbeit“ dient, würde den Rahmen dieser Chronik sprengen. In der Quelle²⁾ sind auf den Seiten 139 bis 164 ausführliche Analysen nachzulesen. Nur soviel soll gesagt werden, dass einige und erfolgreiche Aktivitäten der IGM zur Verbesserung der Lage der Frauen erfolgte.

Die Beschäftigtenstruktur zeigt, dass die IGM Berlin mit 37,0 % weiblicher Arbeitnehmerinnen weit über den Bundesdurchschnitt liegt, jedoch nur einen Organisationsgrad von 26 % aufweist, bei Männern beträgt er 40 %. Mängel sind zu sehen in der unzureichenden Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen, beim organisieren von Teilzeitarbeit, in der Lohnpolitik, bei der Qualifizierung, in der Arbeitsplatzgestaltung und auf dem Sektor des Mutterschutzes. Auf all diesen Gebieten konnten dank der Arbeit der IGM einige Verbesserungen erzielt werden. Von der völligen Emanzipierung der Frauen kann in dieser Zeit noch nicht die Rede sein.

Das Verhalten des größeren Teiles der Jugend zur Notwendigkeit der Gewerkschaften kann als positiv gedeutet werden. Die Anzahl der jugendlichen Mitglieder betrug 1965 18.316. In der Westberliner Metallindustrie ist aus den verschiedensten Gründen kein Mangel an Lehrlingen zu verzeichnen. Das lag auch an der Arbeit der IGM, die sich z.B. sehr aktiv mit der Durchsetzung des Jugendarbeitsschutzes (Sonnabendarbeit, Arbeitspausen, unter 40-Stunden-Arbeitswoche) befasste und gute Erhöhungen der Lehrlingsentlohnung durchsetzte.

Fakten zur Lehrlingsvergütung aus Quelle²⁾, Seite 167 :

Zum 1.11.1964 gab folgende Erhöhung der Vergütung:

1. Lehr- (Anlern-) jahr	von	DM	85,00	auf	100,00 DM
2. Lehrjahr	“	DM	100,00	“	120,00 DM
3. “	“	DM	120,00	“	145,00 DM
4. “	“	DM	145,00	“	170,00 DM

Diese Erhöhungen treffen auch sinngemäß auf das Urlaubsgeld zu.

Die IGM kümmerte sich nicht nur um die bisher erwähnten Probleme, sondern auch um die Berufsausbildung und die Berufsschulen und sogar um die ausgesprochen politische Schulung. Den jungen Mitgliedern sollte ein kritisches Verhältnis zu Staat und Gesellschaft vermittelt werden. So fanden 1965 5-Tagekurse mit 146 Teilnehmern/innen statt. Auch an Kursen des DGB Berlin nahmen Jugendfunktionäre teil. Es wurden ebenfalls Studienreisen in ferne Länder organisiert, so nach Israel gefahren und Gedenkstätten in Polen und der ehem. Tschechoslowakei, in Lyon und Paris besucht. Diese Arbeit wurde aber auch durch Mittel der Bundes- und Landesbehörden unterstützt.

1966-1974 X.2 Friedrich Wendtland

Die Tarifpolitik im Berichtszeitraum 1966 bis 1974 war vorwiegend gekennzeichnet durch die krisenhafte konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 1966/67 sowie durch die zunehmende Verlagerung der Tarifbewegung in der deutschen Metallindustrie auf die zentrale Ebene.

Obwohl durch den Rückschlag infolge der Rezession große Schwierigkeiten bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen auftraten, wurde festgestellt, dass während des Berichtszeitraumes tarifpolitische Fortschritte erzielt wurden, und das Realeinkommen der Arbeitnehmer gestiegen war. Die allgemeinen Arbeitsbedingungen als auch der Schutz des Arbeitnehmers vor den Folgen der technischen Entwicklung wurden verbessert.

Die Ergebnisse gewerkschaftlicher Tarifpolitik waren - gemessen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten - ein Aktivposten gewerkschaftlicher Arbeit.

Zur tarifpolitischen Situation in Berlin wurde Stellung bezogen unter Bezugnahme auf die wirtschaftliche Lage dieser Stadt.

Bekanntlich bestanden in Berlin aufgrund der politischen und geographischen Verhältnisse auch besondere wirtschaftliche Sorgen, die gekennzeichnet waren durch die vielfältigen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung seitens der politischen Instanzen als auch durch die Tatsache der ständigen Diskussion um die wirtschaftliche Existenzfähigkeit dieser Stadt am Rande der EWG und ohne Hinterland.

Die Berliner Wirtschaft konnte einen Teil des großen Abstandes, der hinsichtlich der Produktionsleistung als auch der Investitionen bestand, bis zum Eintritt der Rezession überwinden, aber die besondere Lage Berlins wurde deutlicher sichtbar, als die Konjunktur der „Talsohle“ zusteuerte. Während dieser Zeit nahm die Zahl der Beschäftigten in der Industrie, besonders in dem für Berlin maßgebenden Bereich der Metall- und Elektroindustrie, erheblich ab.

Produktion und Aufträge sanken vorübergehend stärker ab als in der übrigen Bundesrepublik. Strukturelle Probleme traten hier mehr in Erscheinung als anderswo. Viele verantwortliche Personen und Institutionen in unserer Stadt - auch die IG Metall waren in Sorge über das zukünftige Schicksal unserer Wirtschaft. Niemand wagte, optimistische Prognosen abzugeben. Umso erstaunlicher war für alle Beteiligten der relativ schnelle Anschluss an die aufgrund der Maßnahmen der großen Regierungskoalition zur Überwindung der Rezession neu eingeleiteten Konjunktur im Jahre 1968.

Besonders die Investitionsgüterindustrien konnten Auftragseingänge, Produktion und Produktivität erheblich steigern. Der Anschluss an die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik war Mitte 1968 wieder erreicht.

Die vorliegenden Berichte von Senat, Banken, Industrie, Konjunkturinstituten usw. zeichneten ein positives Bild für die nahe Zukunft der Berliner Wirtschaft. Optimismus beherrscht die Szene, kritische Töne wurden deshalb leicht überhört. Die Berliner Wirtschaft war aber - langfristig betrachtet - noch längst nicht über den Berg.

Die Deutsche Industrie musste, um mit anderen großen Industrienationen (vor allem den USA) konkurrieren zu können, den Investitions-, Forschungs- und Entwicklungsaufwand erheblich erhöhen, zur weitgehenden Kooperation bereit sein und moderne Führungsmethoden einführen. Sie machte große Anstrengungen, um ihre Stellung auf dem Weltmarkt behaupten. Dieser Prozess wurde eingeleitet, hat sich aber zum Nachteil der Berliner Industrie entwickeln.

In Berlin fehlten viele Voraussetzungen für eine langfristig günstige Entwicklung, teilweise durch die politische und geographische Lage, zum Teil aber auch durch die traditionelle Wirtschaftsstruktur und durch das Verhalten der Unternehmer selbst bedingt.

Die Berliner Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften erwarteten, dass sich die für das wirtschaftliche Geschehen in dieser Stadt Verantwortlichen ständig der Aufgabe bewusst sind - auch über das Jahr 2000 hinaus - die Existenz Berlins als bedeutende Industriestadt Europas zu wahren. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Situation Berlins wurde das tarifpolitische Geschehen betrachtet. Berlin brauchte zukunftssträchtige Industrien; Berlin brauchte auf Grund seiner Altersstruktur junge Zuwanderer, die hier in der Produktion als Arbeitnehmer tätig werden sollten. Die Attraktivität der Arbeits- und Lebensbedingungen, d.h. moderne Arbeitsplätze und hohe Löhne, waren entscheidend.

Diesen Widerspruch sollte die Tarifpolitik lösen helfen. Die Tarifpolitik wurde von manchen Kreisen verantwortlich gemacht für das bestehende Lohngefälle gegenüber wirtschaftlichen Ballungsgebieten Westdeutschlands. Untersuchungen im Auftrage des Berliner Senats bestätigten im Ergebnis das Gefälle. Das Durchschnittseinkommen betrug in Berlin 99,4% des Bundesdurchschnitts und 88,6 % des Hamburger Durchschnitts.

Ungünstiger war es in der Metallindustrie. Die Berliner Metaller erreichten nur 93,1% des Bundesdurchschnitts und nur 87% des Hamburger Durchschnitts.

In Berlin wurden strengere Maßstäbe bei der Entlohnung angewendet. Die tariflichen Bestimmungen wurden meist korrekt eingehalten.

Die für die gesamte Metallindustrie der Bundesrepublik verfolgten zentralen Lohn- und Gehaltsbewegungen im Berichtszeitraum sicherten eine parallele Fortentwicklung der Einkommensvoraussetzungen, aber nicht die Annäherung an die Spitzenstellung in der Tarifskala.

Die konjunkturelle Entwicklung in Berlin stand im Berichtszeitraum im Gleichklang mit dem Bundesgebiet.

Die Tarifbewegung ab Ende 1965 führte unter Protest der Arbeitgeber zur Kündigung der Tarifvereinbarungen am 29.11.1965.

Am 3. März 1966 erfolgte die Tarifierung eines neuen Abkommens mit folgendem Ergebnis:

- Einführung der 40-Stunden-Woche ab 1.1.1967
- Tariflohn-Erhöhung um 6% ab 1.1.1966
- um weitere 5% ab 1.1.1967
- Laufzeit: 18 Monate

Mitte 1967 hatten die Auswirkungen der Rezession ihren Höhepunkt erreicht. Die Arbeitnehmer wehrten sich entschieden gegen Lohnabbau, Entlassung und Kurzarbeit. Nun galt es den gemeinsamen Kampf um Lohnabsicherung und den Erhalt der Arbeitsplätze zu führen.

Am 7. November 1967 wurden Verhandlungskompromisse über

Grundloohnerhöhung um 5 %

Einführung von Leistungszulagen in Höhe von 11%

Einbeziehung der Zeitlöhnerzulage (5%) in die Leistungszulage

Reduzierung des Akkordzuschlages auf 10%

Vereinbarung zur Verhinderung von Lohnabbau erzielt.

1968 war das „Rationalisierungsschutzabkommen“ Schwerpunkt der Tarifbewegung.

Das „Bad Nauheimer Abkommen“ wurde am 27.5.1968 als Ergebnis der Schlichterverhandlung fixiert. Für Berlin wurden Lohn- und Gehaltsregelungen eingebracht.

1969, ein Jahr der Gegensätze, brachte den Unternehmern traumhafte Zuwachsraten, den Arbeitnehmern der stahl- und eisenerzeugenden Industrie stagnierende Einkommen durch langfristige Tarifgebundenheit. Tarifliche Ergebnisse waren bescheiden, jedoch konnte die Ausklammerung des arbeitsfreien Sonnabends aus dem Urlaubsanspruch erzielt werden. Diese Regelung führte ab 1.1.1970 zu einer Urlaubsverlängerung in drei Schritten.

„Vermögenswirksame Leistungen“, ein Ergebnis gewerkschaftlichen Kampfes aus dem Jahre 1970, sichert den Arbeitnehmern monatlich 26,00 DM (heute in Euro umgerechnet) zur Anlage auf einem Konto nach dem Vermögensbildungsgesetz.

Tarifliche Nachverhandlungen im Oktober 1970 offenbarten, dass qualifizierte Arbeitnehmer höherer Lohngruppen nicht unbedingt bereit waren, für eine Tarifkorrektur zugunsten bisher Unterbezahlter eine etwas geringere Erhöhung hinzunehmen.

Erstmals wurde 1971 für Berlin ein Schlichtungsverfahren erforderlich; Arbeitsniederlegungen in Berliner Betrieben gingen dem voraus. Lohn- und Gehaltserhöhungen wurden tariflich vereinbart. Auftretende betriebliche Probleme bei der Realisierung der Tarifabschlüsse forderten gewerkschaftliche Aktivitäten der Verwaltungsstelle Berlin.

Die im Berichtszeitraum verabschiedeten rechtlichen Regelungen, wie

Arbeitsförderungsgesetz (AFG)

Lohnfortzahlungsgesetz

2. Krankenversicherungsänderungsgesetz ,

waren Gegenstand umfangreicher Beratungstätigkeit der Rechtsabteilung.

Fragestellungen zu „Arbeitskräfte-Verleihfirmen“, Beratung ausländischer Arbeitnehmer, Information über neue Gesetze (Betriebsverfassungsgesetz, Schwerbehindertengesetz, Konkursausfallgesetz usw.) forderten hohes Engagement der Kollegen/innen der Rechtsabteilung.

In 178 Berliner Metallbetrieben wurde die Vertrauensleutewahl 1967 organisiert und durchgeführt. Wirtschaftsflaute und brutale Maßnahmen der Unternehmer ließen die Arbeitnehmer zusammenschließen und die Wahl zu einem Erfolg werden.

1973 erfolgte die Neuwahl der Vertrauensleute in nur 106 Betrieben. Die Anzahl der Vertrauensleute stieg aber von 2.173 (1970) auf 2.747 (1973).

Aufwendige organisatorische Vorbereitungen forderte die Betriebsratswahl des Jahres 1968.

Bereits im September 1967 wurden Arbeits- und Terminplan durch die Ortsverwaltung erarbeitet.

Eine Broschüre als Richtlinie folgte. Im Januar 1968 wurde die Zielstellung der Wahl festgelegt.

Ergebnisse der Betriebsratswahl 1968:

Wahlbeteiligung	74 %
gewählte BR-Mitglieder	2.453 Kollegen/innen
erstmalig gewählte BR-Mitg.	994 “
weibliche gewählte BR-Mitg.	333 Kolleginnen

Die Rundfunksender RIAS und SFB informieren über das Wahlergebnis.

Die Betriebsratswahl 1972 wurde nach dem neuen Betriebsverfassungsgesetz von 1972 durchgeführt. In 423 Betrieben wurden 2.724 Betriebsratsmitglieder gewählt. Der Betreuungsaufwand für die BR in 515 Betrieben wurde von der Ortsverwaltung erweitert.

Aktivitäten und Ereignisse in Kurzfassung über den Berichtszeitraum 1969 bis 1975:

März 1969	1. Vertreterversammlung der Wahlperiode 1969/1971
April	Frauen-Konferenz der IGM Berlin
Mai	Betriebsrat / Fa. Gillette-Roth-Büchner vereinbart Lohnfortzahlung bei Krankheit Delegation der Fa. Aritma (Prag) besucht Berlin 300 Lehrlinge des Handwerks demonstrieren vor der Handwerks-Kammer
Juni	40 Kinder nach Schliersee verschickt Forderung nach Abschaffung des Sonnabends als Urlaubstag 9. Jugendkonferenz der IGM Berlin Besuch von Metallgewerkschaft CSSR in Berlin
Juli	IGM-Protest gegen Verlagerung Fa. Defag De-Vilbiss
August	Tarifkommissionen billigen Tarifverträge sowie Urlaubsabkommen Lohntarifvertrag im Handwerk gekündigt NPD-Verbot gefordert
September	OV-Besuch im Skoda-Werk /Pilsen Metall-Berlin brandmarkt Leiharbeitsfirmen als Skavenhändler Gewerkschaftsdelegation der Skoda-Werke in Berlin Tarifkommissionen beschließen Kündigung Manteltarifvertrag
Oktober	Neuer Tarifvertrag für AZUBI's IGM gegen Militär-Junta in Griechenland Dank des Reg. Bürgermeisters, K. Schütz; an IGM Berlin wegen Entschließung zur Nichteinführung des „Weissen Kreises“
Nov.	Tarifkommissionen billigen IGM-Forderungen WEMA/ zuständige Innungen schließen neuen Tarifvertrag ab, erstmals „vermögenswirksame Leistungen“
Dezember	OV Berlin übergibt der Presse Tariflohn-Vergleich
Jan. 1970	DGB-Landesbezirk Berlin richtet Ausländerberatungsstelle ein Neuer Urlaubstarif abgeschlossen
Februar	Auftaktveranstaltung zur Vertrauensleute-Wahl Fa. Borsig GmbH informiert über Schließung der Gießerei 1. Arbeitssicherheitstagung der Berliner IGM
März	IGM Berlin deckt Mietwucher gegenüber Arbeitnehmern auf IGM-Protest gegen Berliner Schulpolitik
Mai	IGM-Dokument „1945 - 1970 - Die Ergebnisse gewerkschaftlicher Tarifpolitik in der Berliner Metallwirtschaft“ Wahl der Vertrauensleute in den Berliner Metallbetrieben
Juni	Arbeitsniederlegung durch jugoslawische Arbeiter/innen bei AEG-Telefunken Kinder-Verschickung von Berliner IGM-Mitgliedern IGM-Forderung: Verlängerte Banköffnungszeiten
Juli	IGM-Forderung an Fa. Bekum: Betriebsratswahl ermöglichen! Tarifvertrag für Auszubildende abgeschlossen Arbeitgeberverband der Berliner Metallindustrie tritt dem Streikfonds von Gesamtmetall bei Abgeordnetenhaus Berlin beschließt die Einführung des Jugendbildungsurlaubs

Aug. 1970	Firma Linnhoff entlässt 330 Arbeitnehmer Konzern Babcock & Wilcox kauft Fa. Borsig
September	Reg. Bürgermeister, Klaus Schütz, unterstützt IGM-Forderung nach Anschluss der Tariflöhne und -gehälter an Tarifgebiet Bundesgebiet Funktionärsversammlung unterstützt Lohn-/Gehaltsforderung (15 %) neuer Lohn- und Gehaltstarifvertrag für M-Industrie wird abgeschlossen neuer Tarifvertrag für Handwerk abgeschlossen
Oktober	Brandanschlag auf das IGM-Haus Fa. Daimon gibt Schließung des Berliner Betriebes bekannt neuer Lohntarifvertrag für Heizungs-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik abgeschlossen neuer Tarifvertrag für Auszubildende abgeschlossen (+33%) am 29.10. Erich Galle verstorben
November	Delegation der Berliner IGM-Jugend besucht Polen
Dezember	Wahl des neuen Arbeitsausschusses der Leiter der Vertrauenskörper
Januar 1971	neuer Tarifvertrag für Büromaschinenmechaniker abgeschlossen IGM-Rahmentarif-Entwurf für Auszubildende in Industrie
Februar	19. Verhandlung mit AVBM: Abschluss Manteltarifvertrag für Industrie Tarifkommission der Arbeiter billigt Manteltarifvertrag Vertreterversammlung berät über den Entwurf des neuen Betriebsverfassungsgesetzes
März	IGM übergibt Zukunftsfragen an AEG-Telefunken Otto Brenner spricht im Rathaus Schöneberg über internationale Gewerkschaftsfragen Fa. Schmalbach-Lubeca verlagert Betrieb nach Westdeutschland
April	neuer Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Berliner Metallindustrie tritt in Kraft Abschluss Manteltarifvertrag für Angestellte der Berliner Metallindustrie Arbeitgeberverband lehnt o.g. Manteltarifvertrag ab neue Verhandlungen zum Manteltarifvertrag mit Abschluss
Mai	neuer Manteltarifvertrag für Angestellte tritt in Kraft Mai-Veranstaltung im Sendesaal des SFB Senator für Arbeit und Soziales, Harry Liehr, macht Antrittsbesuch bei IGM
Juni	Vertreterversammlung wählt 12 Delegierte zum 10. Gewerkschaftstag in Wiesbaden, --> 6 Entschlüsse, 27 Anträge Einladung für Berliner Kinder nach Usseln IGM-Protest gegen Verlagerung der Fa. Adrema Fa. Dürener Metallwerke gibt Walzwerkschließung bekannt
Juli	IGM gibt mehrsprachige Tarif-Information heraus Arbeitgeberverband fordert Hinausschiebung der Angleichung
August	IGM-Ehrung der Maueropfer am 13.08. Neue IGM-Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhung (+11 %)
September	IGM kündigt Tarifverträge im Handwerk IGM kündigt Tarifvertrag für Auszubildende, Forderung +85 DM/Jahr Mehrere Jugendgruppen werden anerkannt

Okt. 1971	Vertreterversammlung erhält Bericht über Gewerkschaftstag Fa. Küster-Hartmann wird von Siemens an Krupp verkauft, anschließend soll der Betrieb geschlossen werden. IGM-Intervention erfolglos. Fa. Pahlitzsch schließt den Betrieb
November	IGM-Protest gegen das provokatorische Angebot der Arbeitgeber Schlichtungsverfahren für Berlin eingeleitet Fa. Daimler Benz AG, Werk Marienfelde, sperrt noch während der Friedenspflicht die Arbeiter illegal aus
Dezember	neuer Lohn-/Gehaltstarifvertrag (+7,5%) abgeschlossen mehr als 10.000 Arbeitnehmer legen in Berlin die Arbeit nieder neuer Tarifvertrag für Heizungs-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik abgeschlossen
März 1972	1. Vertreterversammlung der Wahlperiode 1972/75
April	Berliner IGM vereinbart für die Auszubildenden im Bereich Heizungs-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik einen Tarifvertrag mit Spitzenvergütung
Mai	Mai-Veranstaltung des DGB im Sportpalast Forderung der 10. Frauenkonferenz: Abschaffung Lohngruppe 0 2. Vertreterversammlung, Forderung nach Ratifizierung der Ost-Verträge 10. Jugendkonferenz
Juni	Kampf um Arbeitsplatz-Erhalt bei Fa. Klöckner-Humboldt-Deutz Siemens gibt Werksverlagerung, Bereich Medizintechnik, bekannt
Juli	Mit Sozialplan wird Schließung der Fa. Küster-Hartmann besiegelt Fa. Klöckner-Humboldt-Deutz beschließt Werksschließung in Berlin IGM-Protest gegen Entlassungen von Jugendvertretern
August	Kranzniederlegung an der Symbolischen Mauer in der Straße des 17. Juni Vereinbarung mit AVBM nach 8 Verhandlungen, Ecklohnanhebung
Oktober	Neuabschluss Manteltarifvertrag für Arbeitnehmer des Metallhandwerks Protest der Arbeiter von Klöckner-Humboldt-Deutz gegen Schließung
November	IGM-Vorschläge an AVBM zur Eingruppierung von Berufsausbildern DGB Berlin bildet Arbeitsausschuss für Fragen ausländischer Arbeitnehmer Handwerks-Konferenz der Berliner IGM Demonstration von Linksextremisten vor IGM-Haus gegen Ausschlussverfahren Tarifkommission der Berliner Metallindustrie beschließt Kündigung der Lohn und Gehaltstarife, Forderung: +11%
Dezember	IGM/AVBM-Vereinbarung über Vorweganhebung der Meistergehälter
Januar 1973	Neuabschluss Tarifverträge, Berlin wird Spitzentarifgebiet Modelllehrgang „Ausbildung der Ausbilder“
Februar	Auftaktveranstaltung zur Vorbereitung der Vertrauensleutewahlen Frauen-Mitgliederversammlung, 15 Delegierte für Bundesfrauenkonferenz
März	OV-Protest gegen Einstellung der Erstattung der VISA-Gebühren erfolgreich OV gibt Ausschluss von 11 Mitgliedern wegen gewerkschaftsschädigenden Verhaltens bekannt 136 Berliner Kinder von IGM-Mitgliedern verbringen zweiwöchigen Ferientaufenthalt in Usseln
Mai	Mai-Veranstaltung des DGB in der Messehalle am Funkturm

- Juni 1973 IGM-Beteiligung an Arbeitstagung über Probleme ausländischer Arbeitnehmer
IGM prangert Berliner Preissteigerungen an
- Juli IGM bedauert AVBM-Verweigerung und lehnt Verantwortung für das Betriebsgeschehen ab
Schlichtungsverfahren bleibt für Auszubildende ohne Ergebnis
- August Demonstration von etwa 500 Jugendlichen vor dem Haus des AVBM
Sozialplan für Beschäftigte der Fa. Telefonbau und Normalzeit
Vertreterversammlung beschließt neue Kassierungsform --> zeitgemäß
Arbeitsniederlegung in der Berliner Kupferraffinerie wegen Teuerungszulage
Tarifkommissionen der IGM beschließen Kündigung der Urlaubstarifverträge
Erneuter Protest gegen zahlreicher werdende Entlassungen von Jugendvertretern
IGM-Vorschlag an AVBM zur Entfristung der Tarifverträge wegen Teuerungswelle, Ablehnung durch AVBM
IGM-Protest an türkische Regierung wegen Verhaftung von Ibrahim Güzelce
- Oktober Tarifschiedsgericht entscheidet zugunsten urlaubbeanspruchender Auszubildender
Fragebogenaktion im Jugendmonat 1973 „Rote Zange“
Tarifschiedsgericht erklärt den Tarifvertrag für Auszubildende für nichtig
- November Weitere Eckloohnerhöhung wird wirksam, Berlin wird Spitzentarifgebiet
Tarifkommissionen der Berliner IGM beschließen Kündigung der Tarifverträge und fordern +15% Lohn- und Gehaltserhöhung sowie 6 Wochen Urlaub bis 1979 und Abschaffung der Lohngruppe 0
Vertreterversammlung fordert einen Mindestbeitrag von 8 DM
- Dezember Schriftsteller Günter Wallraff und Bernt Engelmann diskutieren anlässlich des IGM-Jugendmonats
Metallhandwerk erhält neuen Tarifvertrag
Kfz-Innung verlässt die Tarifgemeinschaft des metallverarbeitenden Handwerks
Neubau-Einweihung der Porsche-Oberschule als Berufsschule des Kfz-Handwerks
Unterschriftensammlung in Betrieben zur Reform des § 218 StGB
- Januar 1974 Erste Tarifverhandlung für Beschäftigte der Berliner Metallindustrie ohne Ergebnis
- Februar Fa. Sobanski KG geht in Konkurs
IGM erklärt Tarifverhandlungen für gescheitert. AVBM ruft Schlichtungsstelle
Ausschluss weiterer Gewerkschaftsgegner aus IGM
- März Neuabschluss eines Tarifvertrages für Berliner Metallindustrie
Vertreterversammlung diskutiert Satzungsentwurf der IGM
- April IGM vertritt 182 Kollegen/innen der Fa. Sobatski vor dem Arbeitsgericht
Ausländische Funktionäre der Berliner Verwaltungsstelle wählen Arbeitsausschuss
Für 87 Beschäftigte der Fa. Bellows-Valvair erfolgt Sozialplan-Abschluss
- Mai Bezirkskonferenz, Thema „Gegen Unternehmerwillkür, mehr Demokratie“
50. Sitzung der Ortsverwaltung der Berliner IG Metall
IGM-Beschuldigung gegenüber AVBM wegen Hetzkampagne
Bundeskanzler Helmut Schmidt sprach bei seinem ersten Berlin-Besuch vor Arbeitnehmern der Fa. AEG-Telefunken Röhrenwerk
- Juni Im WEMA-Bereich wird Tarifvertrag (mit 28 Urlaubstagen ab 1977) wirksam
- Juli Vizepräsident der amerik. Automobil-Gewerkschaft, Pat Greathouse,
und Vizepräsident der Maschinenarbeiter-Gewerkschaft, Sal Iachio,
besuchen die Berliner Verwaltungsstelle

Aug. 1974	IGM-Liste über 37 ausgeschlossene ehem. Mitglieder Feststellung der OV, trotz Facharbeitermangel ist Flaute in Metallgewerbe --> Entlassungen, Kurzarbeit
September	Gruppe Ausbilder, Betriebsräte und Jugendfunktionäre in Paris OV distanziert sich von Beschlüssen des Jugendausschusses Heinz Voigt wurde erneut Vorsitzender der Vertreterversammlung der AOK
Oktober	Fa. Fuess gibt Produktionseinstellung zum 31.12.1974 bekannt OV-Forderung nach rechtzeitiger Vorbereitung auf Betriebsratswahl 1975 IGM-Beteiligung an 2. Arbeitstagung des DGB zur Integration ausländischer Arbeitnehmer/innen
November	Tarifkommission fordert +12% für metallverarbeitendes Handwerk. ITT-Konzern beschließt Schließung der Alfred Teves GmbH Berlin Siemens gibt Schließung der Maschinen-Eisen-Gießerei bekannt Arbeitsniederlegung bei Bandstahl Berlin, Grund: Weihnachtsgeldhöhe Tarifkommissionen beschließen Kündigung der Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten: Forderung +11% IGM-Vorwurf an Fachsekretär der DAG : „Profilneurose“
Dezember	Vertreterversammlung, Themen: - Wirtschaftliche Lage Berlin - Lehrstellenmangel, Berufsausbildung
Januar 1975	Neuer Tarifvertrag im metallverarbeitenden Handwerk, +8% IGM beschuldigt Unternehmer der Angstverbreitung
Februar	OV-Diskussion mit Bundeswissenschaftsminister Rohde OV-Forderung an Beschäftigte der Berliner Metallwirtschaft, Chaoten eine Abfuhr bei den Betriebsratswahlen zu erteilen Neuabschluss eines Tarifvertrages für Berliner Metallindustrie +6,8% Bundesminister für Arbeit, Walter Arendt, spricht vor dem Arbeitskreis „Arbeits-sicherheit“
März	Zu den Wahlen des Berliner Abgeordnetenhauses und den Bezirksverordnetenversammlungen kandidieren 25 Mitglieder der IGM

1975-1980 X.3 Waldemar Mertins

Die Jahre 1975 bis 1980 waren für die IGM-Verwaltungsstelle Berlin gezeichnet durch aktive lohn- und sozialpolitische Verbesserungen der bestehenden Verträge.

In der Berliner Metallindustrie organisierten die Kollegen bereits Warnstreiks und Demonstrationen für bessere Tarifverträge. Die Leitung der Verwaltungsstelle erkannte die Lage, denn die Tarifpolitik ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaft. Durch sie sollen die Arbeitnehmer/innen einen möglichst gerechten Anteil vom Sozialprodukt zur Sicherung ihrer Existenz erhalten.

Die Tarifauseinandersetzungen 1977/1978 waren die härtesten seit Kriegsende. Schon im September 1977, bevor die IG Metall die Tarifverträge gekündigt hatte, wurden von den Spitzenverbänden der Arbeitgeber Anleitungen zur Aussperrung an die Arbeitgeber versandt. Die IGM kündigt zum 31.12.1977 die Lohn- und Gehaltstabelle und die Ausbildungsvergütungen und übermittelte den Arbeitgebern ihre Forderungen.

In Berlin wurde, wie schon im Vorjahr, neben der Anhebung der Löhne und Gehälter um 7,5% sowie der Ausbildungsvergütung um 50 DM für jedes Ausbildungsjahr, die zusätzliche Anhebung der Lohngruppen I und II um weitere 2 % gefordert.

Das deutet darauf hin, dass es um die Durchsetzung der geforderten Tarifabkommen eine harte Auseinandersetzung geben würde. Zumal eine negative wirtschaftliche Lage vorhanden war. In vielen Betrieben war bereits Kurzarbeit eingeführt und Arbeitskräfte entlassen worden. Etwa 25 Betriebsschließungen gab es ebenfalls schon. Produktionsverlagerungen sowie weitere Betriebspleiten folgten. In Berlin gab es 1977 etwa 40.000 arbeitslose Personen; und weitere 5.000 waren angekündigt. Diese Situation bestand bei einer großzügigen „Berlin-Förderung“ von etwa 7,4 Mrd. DM durch Westdeutschland. Zu dieser Geschenksomme können noch lt. Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses von 1978 ein Jahresbetrag in Höhe von bis zu 415 Mio. DM und weitere steuerliche Entlastungen hinzugerechnet werden.

Die Tarifkommission der IG Metall stellte folgende Forderungen:

1. Die Tariflöhne und -gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen werden ab dem 1.1.1978 um 5% erhöht.
2. Dieser Tarifvertrag ist mit einer Frist von einem Monat zum Monatsende, erstmalig zum 31.12.1978, kündbar.
3. Die Löhne der Lohngruppe I werden ab dem 1.7.1978 um weitere 6 Dpf. und die der Lohngruppe II um weitere 7 Dpf. erhöht.
4. Der Lohn der Lohngruppe I wird ab 1.07.1979 um ein weiteres Prozent auf Basis des dann geltenden Tariflohnes erhöht.
5. Die Regelung der Punkte 3 und 4 ist mit Monatsfrist - erstmalig zum 31.12.1979 - kündbar.
6. Erklärungsfrist: 17.4.1978, 17 Uhr

Dieses Tarifergebnis ist deshalb als gut zu bewerten, weil in der gesamten Bundesrepublik und in Berlin die Löhne, Gehälter und in Berlin zusätzlich die Lohngruppen I und II nach einem Stufenplan erhöht werden.

Insgesamt befanden sich 30,6% aller Arbeiter in den Lg. I und II.

Der Frauenanteil in der Gruppe I betrug 65,2% und 16,6% in der Lohngruppe II. Durch diese zusätzliche Anhebung erhalten auch sie mehr Lohn.

Wesentliche Arbeitsschwerpunkte der Verwaltungsstelle Berlin zeigt folgende Aufstellung:

Mai 1978	Tarifrunde 1978 abgeschlossen, + 5,9% im Kfz-Handwerk
Juni	Sozialplan für Arbeitnehmer des Opti-Werkes
Juli 1978	Informationsreise für Ausbilder nach England TU-Veranstaltung „Rationalisierung - Gefahr oder Notwendigkeit?“
August	IGM-Forderung nach Ausweisung faschistischer, türkischer Anführer
September	IGM-Information an Senat über Mannesmann AG
Oktober	Ausbildungsvergütungen im Metallhandwerk erhöht
November	Tarifkommissionen beschließen Lohnforderungen Loewe Opta gibt Werksschließung bekannt Berliner Verwaltungsstelle in Völklingen
Dezember	IGM kündigt Tarife, neue Forderungen Ortsverwaltung informiert durch Sonderausgabe „Metall-Berlin“ Sozialpläne bei DIAG
Januar 1979	Loewe Opta schließt (mit Sozialplan) Tarifabschlüsse im Metallhandwerk --> +4,8 bzw. 4,9% Vereinbarung in Metallindustrie über 6 Wochen Urlaub ab 1982
Februar	Absicherungsvertrag mit ABVM Im Kfz.- und Büromaschinen-Handwerk --> +4,5 bzw. 4,8% Philips entlässt 170 Arbeitnehmer Stahlform informiert über Schließung Frauenmitgliederversammlung, Thema „Bessere Chancen für Frauen“
März	Vertrauensleutewahlen in Betrieben
April	IGM-Zahlen über Rechtsschutz 1978: > 2 Mio. DM erstritten
Mai	Prometheus informiert über Verlagerung Protestversammlung bei DVG Solex wegen beabsichtigter Entlassungen
Juni	AK der Schwerbehinderten-Vertrauensleute zu Besuch bei Förderkreis Krupp informiert zum Verkauf „Kesselwerk“ IGM errichtet Innovationsberatungsstelle in Berlin
Juli	Ehrung Gewerkschaftsveteranen Arbeitsniederlegung in Krupp's Kesselfabrik
August	Protest bei Flohr-Otis wegen beabsichtigten Personalabbau
September	FIAT schließt Berliner Werk
Oktober	Innensenator Peter Ulrich besucht die Verwaltungsstelle SOLEX-Entlassungen abgewendet
November	Im Handwerk werden Tarifforderungen beschlossen
Dezember	Funktionärsversammlung bei AEG gegen Arbeitsplatzabbau Rieth & Sohn entlässt 351 Arbeitnehmer
Januar 1980	Ford will Kunststofffabrik errichten Tarifabschluss im Metallhandwerk --> +6,8 bzw. 6,9 %
Februar	Metallindustrie --> +6,8 % Rechtabteilung erstritt 1979 3.466.802,- DM Manteltarifvertrag im Bereich HKS-Technik Protest IGM gegen Strompreiserhöhung
April	IGM gegen Gaspreiserhöhung

Mai 1980	IGM/DGB organisiert Demonstrationzug Gespräch mit AEG-Vorstand
Juni	AEG erfüllt Forderung nach kostenloser Stellung von Arbeitskleidung
Juli	Ortsverwaltung tagt mit Landesverband der Polizeigewerkschaft
August	Straßenfest anlässlich 50 Jahre Gewerkschaftshaus Alte Jakobstr. IGM-Protest gegen Senats-Preispolitik AEG-Betriebsräte gegen Vorwürfe der SEW „Rüstungsproduktion“ Kallmeyer schließt Berliner Werk
September	13. Ordentlicher Gewerkschaftstag in Berlin
Oktober	Herbst-Fete im Jugendmonat in der Jugendbildungsstätte Pichelssee IGM-Info an Wirtschaftssenator über Arbeitsplatzabbau
November	MAN schließt Permutit GmbH mit Sozialplan Neuer Tarifvertrag für Auszubildende im Büromaschinen-Handwerk Orenstein & Koppel gibt mit Sozialplan Waggonbau ab Veranstaltung zum Thema „Krankenstand in Berlin“ Tarifkündigung im Handwerk Tarifabschlüsse für Berliner Handwerk --> +5,9 bzw. 5,8% Forderung für Metallindustrie: 8 %
Januar 1981	Draloric Elektronik schließt Berliner Werk Auftaktveranstaltung zur Betriebsratswahl
Februar	1. Tarifverhandlung mit Arbeitgeberverband , Angebot 2,5% Protestveranstaltung im Kfz-Bereich --> Tarifvereinbarung --> +5,3% Philipps reduziert auf 150 Arbeitsplätze, verkauft Berliner Werk
März	Forderung an Arbeitgeberverband nach verhandlungsfähigen Angebot Am 5. März Beginn von Warnstreiks und Demonstrationen Arbeitgeber-Angebot: 3,0%

Das Mitwirken ehrenamtlicher Funktionäre im beschriebenen ereignisreichen Zeitraum wird ausdrücklich im Geschäftsbericht 1978/1980 anerkennend benannt.

1981-1989 X.4 Helmut Wichert

Die Ortsverwaltung Berlin der IG Metall ordnete ab Mai 1981 ihre Struktur neu und sicherte durch eine Veränderung der Aufgabenteilung nach Sachgebieten eine effektivere Organisationsarbeit auf den unterschiedlichen Sachgebieten.

Territoriale Neuordnungen und Aufgabenspezifizierung haben wesentlichen Anteil an der rationellen Bearbeitung von Problemen gehabt.

Die aus der vergangenen Epoche herüberreichende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise in Berlin kennzeichnete auch die Arbeit der Verwaltungsstelle. Die sich anbahnende Massenarbeitslosigkeit, die Strukturveränderungen in der Wirtschaft mit folgender Arbeitsplatzreduzierung, der Einzug neuer Technologien in Produktion und Verwaltung sowie die Stagnation in der Tarifpolitik wurden zur Grundlage von beginnenden Arbeitskämpfen.

Zur Absicherung und Verbesserung der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer in der Metallindustrie und im metallverarbeitenden Gewerbe begannen von der Verwaltungsstelle Berlin organisierte Kampfdemonstrationen, Kundgebungen und Arbeitsniederlegungen. Die gewerkschaftliche Ankündigung von Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung von Tarifforderungen bewirkte kompromissgestützte Tariferfolge im Zeitraum 1981 bis 84.

Die zunehmende Veränderung der Produktionsprozesse durch Einsatz von CNC-Maschinen und die Rationalisierung der Verwaltungsarbeit durch Nutzung von Personalcomputer (PC's) setzte neue Maßstäbe der Qualifikation an die Arbeitnehmer. Die Verwaltungsstelle Berlin richtet 1979, gezielt auf diese neuen Anforderungen an die Arbeitnehmer, eine Innovations- und Technologie-Beratungsstelle ein. Diese führte ihre Arbeit auch in den Jahren 1981/84 fort und hielt enge Verbindungen mit wissenschaftlichen Forschungs- und Bildungseinrichtungen, um den organisierten Arbeitnehmern und den Betriebsräten aktuelles und wichtiges Wissen für ihre Arbeit zu vermitteln.

Ungeachtet der Einführung neuer Technik und Verwaltungsorganisation in der Industrie belegen zwei Untersuchungen, dass die Branchen Maschinenbau und Elektroindustrie in Berlin erheblichen Nachholbedarf in der zeitgemäßen Gestaltung und Ausstattung der Arbeitsplätze haben.

Im Geschäftsbericht 1981 - 1984 werden im Einzelnen die Aktivitäten, Notwendigkeiten, Erfolge und Probleme zu allen definierten Bereichen aufgezählt und detailliert dargestellt. In allen Darlegungen tritt die besondere politische und wirtschaftliche Situation Berlins hervor, wird Berlin-West mit der Bundesrepublik verglichen und das Gemeinsame fixiert:

- Herstellung der sozialen Gerechtigkeit
- Sicherung und Vermehrung der Arbeitsplätze auch unter neuen technologischen Bedingungen
- Abwendung tendenzieller Missstände in den Bereichen Tarifarbeit, Berufsausbildung, Ausländereinbindung, Frauen-Gleichberechtigung, Mitbestimmung, Arbeits- und Sozialrecht, Behindertenintegration.

Chronologisch werden folgende Schwerpunkt-Aktivitäten aufgezeichnet:

- | | |
|----------|--|
| Mai 1981 | 78.000 Arbeitnehmer beteiligen sich Warnstreiks und Demonstrationen.
Erfolg ==> Tarifabschluss in der Metallindustrie
1. Bevollmächtigter (H.Wagner) --> Teilnahme am Weltkongress des IMB |
| Juni | AEG-Telefunken beschließt Stilllegung der Fabrik Schwedenstr. |

- August 1981 Einigungsstelle schafft Sozialplan bei Firma Berthold
Klausurtagung der Ortsverwaltung in Königsutter
- Sept. Antikriegskundgebung mit Info-Ständen unterstützt
Betriebsratswahlen
- Okt. Unterschriften-Aktion „Frieden durch Abrüstung“
- Nov. Bezirkshandwerkskonferenz
Vertreterversammlung
Allchinesischer Gewerkschaftsbund in Berlin auf Besuch
- Dez. Besuch der Ortsverwaltung bei der ständigen Vertretung der
Bundesrepublik in Ostberlin
Tarifkommission erstellt Forderungen für 1982
Arbeitslosenzahl in Westberlin steigt auf 60.000
- Januar **1982** Protestkundgebung gegen Arbeitslosigkeit in Berlin
Tarifabschluss im metallverarbeitenden Handwerk (+4,7%)
- Februar Vertreterversammlung
Abbruch der Tarifverhandlungen durch AVBM
- März Nach Warnstreik und Schlichtung ==> +4,2% in der M+E-Industrie
IGM-Unterstützung gegen Aufhebung der Mietpreisbindung
Einleitung Betriebsratswahl bei Ford-Kunststoffwerk
- April Vorschläge zur Verbesserung des Ausbildungsplatz-Angebotes
- Mai DGB-Kundgebung am 1. Mai auf dem „Platz der Republik“
Isophon-Werk im Konkurs
- Juni Brasilianische Metallgewerkschafter in Berlin
5.000 Arbeitnehmer der Berliner AEG demonstrieren für Erhalt
ihrer Arbeitsplätze
- Juli Scharfe Proteste gegen beschlossene Preissteigerungen des Senats
In 8 Monaten 6,5 Mio. DM für Mitglieder erstritten
- August Arbeitstagung zu NC-Maschinen
11.000 Arbeitsplätze der AEG in Gefahr. Unterschriften-Aktion
- September DGB-Demonstration gegen Rüstungswahnsinn
„Aus“ für große Teile der AEG-Fabriken ==> spontaner Streik
IGM-Protestkundgebung
- Oktober Abschluss der Vertrauensleutewahlen
Angestellten-Fragebogenaktion der IGM
Jugendmonat mit Info-Feten und Theatertournee
- November Besuch der Innovationsberatungsstelle durch ausländische Gäste
Vertreterversammlung als Kampfplatz gegen Arbeitsplatzvernichtung
Grundsteinlegung für den Neubau der Berliner Bildungsstätte der IGM
- Dezember Tarifkommissionen-Entscheid: Keine Lohnpause
Arbeitnehmer-Protest gegen Prometheus-Schließung
Sozialplan bei Fa. Delbag vereinbart
- Januar **1983** LAG-Berlin: Warnstreiks sind zulässig
Mitglieder-Werbeaktion
- Februar 1983 Spendensammlung für arbeitslose amerikanische Gewerkschafter
Schließungen: Prometheus, Lindner
Entlassungen bei Fa. F. Werner, Fa. R. Stock

März 1983	Tarifkonflikt in der Metallindustrie ==> viele Aktionen Heizungs-/Sanitärhandwerk +3,5% Lohn Spendenbetrag für amerikanischen Automobil-Gewerkschaft: 32.000 DM	
April	Metallindustrie: ab 1.02. ==> +3,2% Senat subventioniert zwei neue AEG Fabriken, 2.600 Entlassungen	
Mai	50.000 Teilnehmer an Mai-Kundgebung, Forderung nach 35-h Woche 2.05.: Gedenkveranstaltung im IGM-Haus, vor 50 Jahre Ns-Besetzung	
Juni	Podiumsdiskussion: Arbeitsplatz- und Ausbildungssituation Foto-Wettbewerb „Arbeit - Leben“	
Juli	Protestaktion der Rohrleger gegen Tarifblockade des Arbeitgeber-Verb. „Max-Urich-Straße“ als Ehrung des 1. Bevollmächtigten (1919-1933)	
August	Israelische Gewerkschafter bei IGM Erster gemeinsame Manteltarifvertrag für Arbeiter u. Angestellte Protestdemonstration gegen Schließung der Gießerei F. Werner	
September	Anti-Kriegskundgebung des DGB in Berlin Umfrage der IGM zur 35-Stunden-Woche in Metallbetrieben Manteltarifvertrag der Industrie gekündigt	
Oktober	14. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in München Belgisches Theaterkollektiv bei Eröffnung des Jugendmonats	
November	Abgeordneten-Debatte zu Fa. F. Werner und Waggon-Union Ausbildungsvergütungen im metallverarbeitenden Handwerk erhöht	
Dezember	Ausstellung „100 Jahre Zeitung METALL“ im IGM-Haus Wissenschaftskonferenz zur 35-Stundenwoche Tarifforderungen für Handwerk beschlossen 1. Tarifverhandlung zur Arbeitszeitverkürzung	
Januar 1984	Einleitung der Neuwahl der Vertreterversammlung Info-Stände zur 35-Stunden-Woche	
Februar	5 Kulturveranstaltungen mobilisieren für 35-Stundenwoche Betriebsvereinbarung durch BR der Fa. Berthold zu Bildschirmarbeitsplätzen Solidaritätsbekundung von 10 Bundestagsabgeordneten zur 35-Stunden-Woche	
März	Ende der Friedenspflicht in der Metallindustrie Warnstreiks beginnen, Demonstrationen der Arbeitnehmer	
Anlagen:	Geschäftsbericht 1981-1983	Seite 30
	ebenso	Seite 31, Graphik Arbeitsmarkt
	ebenso	Seite 50
	ebenso	Seite 93, Teil Sozialrecht , Teil Richter
	ebenso	Seite 171

Weitere interessante Informationen in Text und Bild befinden sich im o.g. Geschäftsbericht.

Die Aktivitäten der Ortsverwaltung Berlin im Zeitraum **1987 bis 1990** waren geprägt von anhaltender Massenarbeitslosigkeit, wobei 1988 die Zahl der in der Berliner Metallindustrie beschäftigten Personen nur noch 102.000 betrug. Unter den Bedingungen rücksichtsloser Rationalisierung, Flexibilisierung, Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten und des unternehmerischen Angriffs auf das freie Wochenende konnte die IG Metall einen eigenen Erfolg im Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37 Stunden verzeichnen.

Nicht nur das Unternehmertum war in diesen Auseinandersetzungen um Beschäftigung und Humanisierung der Arbeit Kontrahent, auch die Bundesrepublik mit ihrer auf den Berliner Senat übergreifenden konservativen-liberalen Politik trug zur Verschärfung der sozialpolitischen Krise der Gesellschaft in unserer Stadt bei. Die Front der Gegner von sozialen Veränderungen wurde breiter, hinzu kamen sich ankündigende ändernde Rahmenbedingungen durch den Zerfall des DDR-Regimes 1989(siehe Geschäftsbericht 1987/1989, Seite 31).

Die gesellschafts-politischen Prozesse forderten auch vorrangig von der Verwaltungsstelle Berlin unter Leitung des Ersten Bevollmächtigten, Kollegen Manfred Foede, die Bewältigung neuer Aufgaben, in deren Mittelpunkt die Übernahme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen und Arbeitnehmer aus dem ehemaligen „Osten“ Berlins in **die** IGM stand.

Die bewährte Aufgabenteilung für die Geschäftsleitung nach Sachgebieten war für die Lösung der zunehmenden Probleme förderlich.

Schwerpunkte des Wirkens der Verwaltungsstelle Berlin waren

- | | |
|--------------------|--|
| März 1987 | Organisieren zahlreicher Warnstreiks in den Metallbetrieben
Tarif-Verhandlungen am 23. März
SEL kündigt an, dass über 1.000 Arbeitsplätze vernichtet werden |
| April | Bei den Volta-Werken droht die Schließung
Kera-Bedarf meldet Konkurs
In der Berliner Metallindustrie finden Warnstreiks statt
29.04. ==> Erfolg; Tarifvertrag für 105.000 Beschäftigte der Metallindustrie
stufenweise Einführung der 37-Stundenwoche
Lohn- und Gehaltserhöhung um 3,7% |
| Mai | 1. Mai - Kundgebung , Motto „Achtet den Menschen, ächtet die Aussperrung“
Osram will Arbeitsplätze abbauen
DGB-Ausstellung in ehem. AEG-Fabrik Ackerstr.
Erster Tarifvertrag in Deutschland „Berufsbezogene Weiterbildung“ |
| Juni | 90 Jahre Verwaltungsstelle Berlin |
| Juli | Protest gegen Arbeitsplatzreduzierung bei Siemens-AG
Appell an Betriebsräte: Mehr Ausbildungsplätze für Schulabgänger |
| August | Adler vernichtet 400 Arbeitsplätze |
| September | Anti-Kriegstag
Spandauer Gewerkschaftsmarkt
IGM-Beteiligung an „Woche des ausländischen Mitbürgers“ |
| Oktober | die Verwaltungsstelle führt ihre 1. Bezirks-Ausländerkonferenz durch
Jugendabteilung: Rockkonzert gegen §116 AFG |
| November | Ehrung von 313 Mitgliedschafts-Jubilaren
SEL entlässt 600 Arbeitnehmer |
| Dezember | Solidaritätsaktion der Berliner Thyssen Bandstahl für Kollegen in Rheinhausen |
| Dez. 1987 | Bezahlte Waschzeiten erkämpft bei Fa. Hugo Reinz |
| Januar 1988 | IGM beklagt hohen Arbeitsplatzabbau in der Elektroindustrie
Wolgograder Gewerkschaftskollegen bei der IGM |
| Februar | Eröffnung „Pichelsseer Abendschule“ durch Hans Preiss
TeDeWe kündigt 200 Entlassungen an --> Protest der IGM
Fa. Sonnenschein kündigt 300 Entlassungen an.
Es wird der 1. Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte unterschrieben |

	BBC-Übernahme durch ASEA-Konzern , Folge: - 50 Arbeitsplätze in Berlin 6%-Quote für Behinderten-Beschäftigung wird nicht eingehalten
März	Arbeitsplätze bei Fa. Fritz Werner in Gefahr IGM-Positionspapier zur Situation in der Fernmeldeindustrie Schauspieler-Solidarität mit Rheinhausen Tarifvertragliche Vereinbarung über 37-Stunden-Woche für das metall- verarbeitende Handwerk
April	Für die Metallindustrie tritt die 37,5-Stundenwoche in Kraft Über 7.000 Berliner beim Solidaritätsfest in der Deutschlandhalle
Mai	Große Maikundgebung AEG-Konzern kündigt umfangreiche Vernichtung von Arbeitsplätzen an Das Werk Elektrolux schließt seinen Berliner Betrieb Bei Mefra sind 170 Arbeitsplätze in Gefahr
Juni	IGM Berlin führt Fachkonferenz über Situation in der Kabelindustrie durch IGM Berlin organisiert 3. Fußballturnier in Tempelhof
Juli	Die Innung „Bürotechnik“ will keine Verträge mehr mit der IGM abschließen Siemens vermeldet die baldige Vernichtung von 400 Arbeitsplätzen Gemeinsamer Tarifvertrag für Arbeiter und Angestellte in Kfz-Betrieben 28 USA-Professoren bei der IGM in Berlin zur Information
August	IGM-Position zur Sonntagsarbeit bei Sozialsenator dargelegt Flugblattaktion gegen „Blüm’sche Gesundheitsreform“ Fa. Tresser in Konkurs
September	IGM-Protest gegen den Senat wegen Verzicht auf Berlin-Präferenz Sozialplan vom Betriebsrat Triumph Adler für Stilllegung des Werkes mit über 200 Beschäftigten IGM-Protest gegen beabsichtigte Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes BEKUM kündigt Produktionsverlagerung in die Bundesrepublik an Zehlendorfer Metaller begehen Fest, Motto: Ausländer und Deutsche gemeinsam“
Oktober	Gespräch mit Bundestagsabgeordnete über Änderung des BvG IGM-Protest gegen Missbrauch des Beschäftigungsförderungsgesetzes bei der Robert Bosch-AG IGM-Jugend gegen Apartheid
November	Gillette Berlin erpresst Arbeitnehmer zur Samstagarbeit Aktion bei TEDeWe zum Werkserhalt in Rendsburg IGM-Arbeitsmarktbilanz: Durch 37,5 Stunden-Woche wurden 1.500 Arbeitsplät- ze in Berlin geschaffen bzw. gesichert SEL startet Modell zur Weiterbildung der Kolleginnen in Lohngruppe 1 Gillette-Kollegen aus Frankreich als Gäste in Berlin; Geschäftsführung des Berliner Werkes verweigert ihnen den Zutritt zum Werk.
Dezember	IGM-Protest gegen Privatisierung der DIAG Veranstaltung der IGM-Jugend mit der Münchener Lach- und Schießgesellschaft
Januar 1989	Pressekonferenz der IGM zur Berliner Situation und Absichten Fa. Kroschu will schließen, -->Folge: - 80 Arbeitsplätze Wahlkampf in Berlin
Februar	Betriebsratserfolg: Bosch will Neueinstellungen vornehmen SEL: über 1.000 Arbeitnehmer legen ihre Arbeit nieder im Kampf für ihre Arbeitsplätze

Januar 1990	<p>Der 1. Bevollmächtigte der Berliner IGM trifft sich mit Vertretern des Bezirksvorstandes der IGM Berlin-Ost</p> <p>Über 500 Funktionäre der Berliner IGM fordern „kein Tarifvertrag ohne 35-Stunden-Woche“</p> <p>Fachkonferenz zur Struktur- und Arbeitsmarktpolitik in Berlin</p> <p>IGM-Forderung: Siemens/Nixdorf soll den Bereich Informationssysteme in Berlin ansiedeln</p> <p>Verhandlungskommission AVBM/IGM trifft sich zu Tarifverhandlungen</p> <p>IGM-Protest gegen Senatsvorlage zum „Bildungsurlaubsgesetz“</p>
Februar	<p>IGM führt regelmäßige Informationsveranstaltungen für Ostdeutsche Gewerkschafter durch</p> <p>Kontakte zwischen Betriebsräten und Mitgliedern der Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL'n) verstärken sich</p> <p>Protestaktion bei Siemens-Endgeräte-Werk gegen Vernichtung von 500 Arbeitsplätzen</p> <p>Betriebsschließung bei Richard Jahre, 180 Arbeitsplätze weg</p> <p>Über 1.000 neugewählte gewerkschaftliche Interessenvertreter und Mitglieder der IGM aus der DDR informieren sich am „Tag der offenen Tür“ bei der IGM in der Alte Jakobstraße</p>
März	<p>INFO-Stände zur Tarifrunde in allen Stadtgebieten</p> <p>IGM-Solidarität zum Kita-Streik</p> <p>DGB-Solidarität zur 35-Stunden-Woche, gemeinsame INFO-Stände</p> <p>Beginn des tariflosen Zustandes</p>
April 1990	<p>Fahrradkorso aus allen Berliner Stadtteilen für die „35“ zum Reichstag</p>

Quellenverzeichnis zu Kapitel X:

- 1) **Geschäftsbericht** 1961/1962 der IGM Verwaltungsstelle. Berlin 1963
- 2) **Geschäftsbericht** 1963/1965 der IGM Verwaltungsstelle. Berlin 1966
- 3) **100 Jahre Metall im Bild**
Vorstand IG Metall, Bund-Verlag, Köln 1991
- 4) **Geschäftsbericht** 1981/1983 der IGM Verwaltungsstelle. Berlin [1983]
- 5) **Geschäftsbericht** 1987/1989 der IGM Verwaltungsstelle. Berlin [1989]
- 6) **Geschäftsbericht** 1978 / 1980 der IGM Verwaltungsstelle. Berlin [1980]

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel XI Ost
1989 bis 1990

Autor: Friedrich Wendtland

Die Unruhe im Organisationsbereich der IG Metall in Berlin hatte bereits im Frühjahr 1989 begonnen:

- Das Verbot der Zeitschrift „Sputnik“ hatte in zahlreichen Arbeitskollektiven zu kollektiven Protesten und schriftlichen Eingaben geführt. Die offiziellen Antworten stellten weder die Gewerkschaftsfunktionäre noch die Kollektive zufrieden. Disziplinierungsversuche durch Vertreter des Partei- und Staatsapparates fanden keine gewerkschaftliche Unterstützung mehr. Hervor traten in diesem Zusammenhang Kollektive in WSSB, EAW, EAB und TRO.
- Die Plandiskussion für 1990 musste auf Forderung zahlreicher Betriebsgewerkschaftsorganisationen und mit Unterstützung des BV Berlin und des ZV der IG Metall im Juli 1989 unterbrochen werden. Es wurde gefordert, dass Planvorgaben zu überarbeiten sind, um realistische Vorgaben zu erhalten und die Bilanzierung zu ermöglichen. Zahlreiche BGL lehnten in ihren Stellungnahmen die Planentwürfe rundweg wegen illusionärer Vorgaben und völlig fehlender Bilanzierung ab, auch die Arbeitskollektive weigerten sich, mit ihren Vorschlägen und Initiativen fehlende Bilanzierungen ersetzen zu sollen. Eine beabsichtigte Neuauflage der Plandiskussion kam durch die Ereignisse des Herbstes 1989 nicht mehr zustande.
- Offene Briefe der Vertrauensleute und Abteilungsgewerkschaftsleitungen der VEB Bergmann-Borsig und Transformatorenwerk K.L. an Harry Tisch, als Vorsitzenden des FDGB, leiteten im Sept. die Auseinandersetzungen über die Rolle des FDGB in der gewerkschaftlichen Interessenvertretung ein. In den Briefen forderten die Kollektivvertreter eine offene Auseinandersetzung zu den drängenden Problemen der Menschen in der DDR, ehrliche Antworten auf die Fragen der Fluchtbewegung und mehr Einsatz der Gewerkschaften beim Schutz der Interessen der Arbeitnehmer; gefordert wurde auch schon der Abbau von Privilegien und die Beseitigung der formalen führenden Rolle der SED.

Im Oktober und November 1989 entwickelte sich die Wendebewegung auch in den Betrieben rasant.

Der Drang, das Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen, führte zu starker Bewegung in der betrieblichen Interessenvertretung. In zahlreichen Betrieben wurde die personelle Zusammensetzung der Abteilungsgewerkschafts- aber vor allem der Betriebsgewerkschaftsleitungen geändert. Zahlreiche BGL-Vorsitzende, die feststellten, dass sie keinen Rückhalt bei der Belegschaft hatten, traten zurück u. a. im WF, KWO, TRO, DEB, EAB, EAW u. a., viele wurden aber auch von den Mitgliedern in ihren Funktionen bestätigt.

In mehreren Betrieben entstanden aus Frust gegen den FDGB alternative betriebliche Interessenvertretungen, entweder als betriebliche gewerkschaftlich „unabhängige Leitung“ oder auch schon als spontaner „Betriebsrat“.

Im Industriegebiet Schöneweide gab es Versuche alternativer Gewerkschaftsgründungen; da sie aber in ihren Zielen, Forderungen und Methoden betriebs- und realitätsfern und sehr stark politisch agierten, erhielten sie keine Basis. Gleichzeitig verschlechterte sich im November/Dezember 1989 bereits die Lage der Arbeitnehmer in den Betrieben. Zahlreiche „ehemalige sozialistische Leiter“ begannen spontan mit Rationalisierungsmaßnahmen, vor allem Entlassungen und der Kontaktaufnahme mit BRD-Konzernen und weigerten sich, die gesetzlich vorgesehenen Betriebskollektivverträge vorzubereiten und abzuschließen. Gleichzeitig gab es in Berlin und der DDR insgesamt weder funktionierende Arbeitsämter noch richtige Arbeitslosenunterstützung.

In dieser Situation hatten wir in Berlin den Vorteil, dass die Mehrheit unserer Kreisvorstände und unser Bezirksvorstand ihre Arbeitsfähigkeit behielten und in den Betrieben Gehör fanden. Dazu gehörte auch, dass wir einen gewissen Vorlauf in der Auseinandersetzung über echte gewerkschaftliche Interessenvertretung hatten, weil bereits im Sept./Oktober mit der Absetzung des von der SED ausgewählten IG Metall-Vorsitzenden Nennstiel und der Wahl des neuen Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall, Koll. Bugiel sowie einigen kurzfristig realisierten personellen Veränderungen auch dort ein neuer Wind zu wehen begann.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass gerade in schwierigster Zeit auf gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht verzichtet werden kann und wir die Gewerkschaftsmitglieder nicht allein lassen dürfen mit ihren Problemen, organisierte der Bezirksvorstand seine weitere Arbeit auf 2 Vorstandssitzungen:

Am 14.11.89 erhielten Sekretariat, Vorsitzender und stellv. Vorsitzender das Mandat für die weitere Arbeit auf der Basis folgender Grundgedanken:

- nur noch den Mitgliedern verpflichtet zu arbeiten,
- parteipolitisch unabhängig in den Entscheidungen,
- Haltungen zu übergeordneten Leitungen von den realen Mitgliederinteressen bestimmt und nicht von blindem Gehorsam,
- als Person so lange weiter arbeiten in der Gewerkschaft, solange die Mitglieder das mit Wahlen geheim demokratisch akzeptieren.

Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Überarbeitung eines auf der Tagung vorgelegten Positionspapiers gebildet sowie eine AG für die Erarbeitung neuer, den Anforderungen IG-gemäßer Gewerkschaftsarbeit entsprechenden Leitungsstrukturen.

Bereits am 5.12.89 fand die nächste Vorstandssitzung statt, auf der das überarbeitete Positionspapier (siehe Anlage 1) bestätigt wurde und eine Arbeitsgruppe für die Kontaktaufnahme mit der IG Metall Westberlin gebildet und beauftragt wurde. Sie bestand aus Brigitte Schmidt und Wolfgang Friedlicher als BGL-Vorsitzenden, Alfred Engel als Kreisvorsitzender Köpenick und unserem Vorsitzenden Koll. Kunz.

Am 6. Dezember 1989 unterzeichneten Franz Steinkühler, Vorsitzender der IG Metall der BRD, und der am 26. November 1989 neu gewählte Vorsitzende der IG Metall der DDR, Hartwig Bugiel, ein Sofortprogramm, um die praktische und partnerschaftliche Kooperation zwischen den beiden Organisationen auszubauen. Das Programm sah folgende Schwerpunkte vor:

- 1. Zwischen den Belegschaftsvertretern vergleichbarer Betriebe in der BRD und der DDR werden Betriebspartnerschaften angestrebt.**
- 2. Es finden gemeinsame Schulungen und Lehrgänge zu konkreten betriebsbezogenen Themen statt.**
Zwischen den beiden Gewerkschaften werden Experten ausgetauscht zu Fragen der Organisationspolitik wie beispielsweise der Finanzhoheit, der Mitgliederbetreuung, des Beitragswesens und der Qualifizierung hauptamtlicher Funktionäre.
- 3. Von besonderem Interesse sind Fragen der Tarifpolitik. Zu diesem Zweck findet im Januar 90 eine Expertentagung statt.**
- 4. Die IG Metall für die BRD bietet eine Traineeprogramm für Vertreter und Vertreterinnen der IG Metall aus der DDR an. Dieses Programm ist ein erster Einstieg zur konkreten Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitnehmerorganisationen. Im Lichte dieser Erfahrungen und vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung der DDR soll dieses Programm weiterentwickelt und konkretisiert werden.**

Die Umsetzung dieser programmatischen Vorschläge gestaltete sich jedoch vor allem deshalb schwierig, weil die in dieser historisch völlig neuen Situation notwendige politische Diskussion gewerkschaftsintern beidseitig nicht vermittelt wurde - „mit Frankfurt war Funkstille“ - und daher auch dezentral kaum stattfand. In welchen Strukturen die Arbeit ablaufen sollte, blieb ebenfalls unbeantwortet; ebenso Fragen der Personalausstattung und der Finanzierung. Diese Defizite beklagten die Hauptamtlichen der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin, die sich aufgrund ihrer besonderen Lage bereits frühzeitig und hautnah mit einer Fülle von Problemen konfrontiert sahen, für die sie – notfalls auch ohne den „Elfenbeinturm Frankfurt“ – Lösungen finden mussten.

Um den Prozess der konkreten Zusammenarbeit beider Organisationen in Bewegung zu bringen, begannen die Hauptamtlichen in Berlin schon vor dem 6. Dezember autonom zusammenzuarbeiten. Probleme stellten sich auf mehreren Ebenen:

- Wie konnte man den Informations- und Beratungsbedürfnissen der Ost-Mitglieder und Funktionäre gerecht werden?
- Wie sollte die Kooperation mit dem Bezirksvorstand der IG Metall Ostberlin aussehen?
- Wie waren die Kontakte auf betrieblicher Ebene zu organisieren?

Inhaltlich konzentrierten sich die Überlegungen auf die für 1990 anstehenden tarifpolitischen Forderungen bzw. Auseinandersetzungen, die Westfunktionäre mit den Menschen in der DDR gemeinsam entwickeln wollten.

Auf der Ostberliner Seite erarbeitete der Bezirksvorstand der IG Metall unabhängig von den Plänen des FDGB, den die meisten Mitglieder kritisch „als eine Zwangsorganisation“ gesehen haben - sie waren mehr ihrer Industriegewerkschaft zugeneigt – in seinen beiden ersten Sitzungen nach der Wende ein Positionspapier und vereinbarte die Bildung einer Arbeitsgruppe Zusammenarbeit mit der IG Metall Berlin-West.

Dazu der damalige Bezirksvorsitzende Berlin der IG Metall der DDR: „Zunächst war das große Schweigen. Wie verhalten wir uns dabei? Und dann kam das Drängen der Mitglieder: Na, was hat denn die IG Metall nun eigentlich zu sagen? Und da haben wir eine Vorstandssitzung gemacht... und ein Positionspapier, damals noch unter dem Gesichtspunkt, die DDR wird als gewandeltes Wesen weiter bestehen.“

Kernpunkte dieses Positionspapiers vom 5. Dezember 1989:

- Die bisherige Arbeit ist konstruktiv in Frage zu stellen
- Errungenschaften des Sozialismus und der Organisation werden bewahrt und ausgestaltet
- Die Einheit der Gewerkschaften bleibt erhalten
- In ihrer Tätigkeit lässt sich die Organisation von keinen Partei- bzw. Staatsorganen sowie wirtschaftsleitenden Organen einschränken oder behindern
- Um die Unabhängigkeit der Gewerkschaft zu wahren, können Vorsitzende und andere verantwortliche Funktionäre gewerkschaftlicher Leitungen und Vorstände nicht Mitglieder gewählter Gremien von Parteien sein
- Uneingeschränkte Offenheit und Rechenschaftspflicht gegenüber den Mitgliedern und die Durchsetzung von Vertrauen aus Kompetenz sollen helfen, die gewerkschaftlichen Aufgaben demokratisch und mit Sachkunde zu erfüllen und so Eigenständigkeit zu erwerben
- Die Vorschläge des Zentralvorstandes der IG Metall zu größere Eigenständigkeit (gegenüber dem FDGB) werden unterstützt
- Mit dem Mandat des Vorstandes ausgestattet wurde außerdem eine Delegation bestimmt, den Kontakt mit der IG Metall-West aufzunehmen

Noch im Dezember 1989 fand eine erste Flugblattaktion der IG Metall in der gesamten DDR statt. Mit der Verteilung von 1 Mio Flugblättern, die in Frankfurt a. M. hergestellt wurden und damit ein erstes Ergebnis konkreter Zusammenarbeit waren, meldete sich die IG Metall der DDR mit ihren wichtigsten Programmpunkten erstmals nach der Wende öffentlich zu Wort. (Siehe Anlage 2)

Am 18. Januar 1990 trafen die IG Metall Westberlin und der Berliner Bezirksvorstand der IG Metall der DDR die Vereinbarung, in wichtigen Fragen der Gewerkschaftsarbeit zusammenzuarbeiten. Vorgesehen waren Betriebspartnerschaften, gegenseitige Informationsangebote, gemeinsame Schulungen und Betriebskontakte. **Die Westberliner IG Metall wollte „ihrer Schwesterorganisation in der DDR mit Rat und Tat zur Seite stehen.“**

Gleichzeitig begannen bereits Konsultationsveranstaltungen mit neuen BGL bzw. wiedergewählten Betriebsfunktionären in der Verwaltungsstelle-West; sie wurden ab Febr. 1990 von dort in die Ostberliner Wallstraße verlegt, in der der Bezirksvorstand der IG Metall Berlin der DDR sein Büro hatte. Diesem wurde ein hauptamtlicher Westfunktionär zur Beratungsunterstützung beigegeben. Mit dieser Lösung war ein effektives Arbeiten möglich. Die interessierten Ostkolleginnen hatten vor allen Dingen nicht ständig das Gefühl, erst in den Westteil der Stadt fahren zu müssen, um sich bestimmte Fachkenntnisse aneignen zu können. In den Veranstaltungen wurden folgende Themen behandelt:

- Betriebsrat und BGL, AGB und BetrVG
- Tarifpolitik
- Rechtsschutz
- Personengruppenarbeit

Die regelmäßig einmal wöchentlich stattfindenden Informations- und Beratungsveranstaltungen hatten einen enormen Zulauf und reichten weit in das Jahr 1990.

Ebenfalls im ersten Vierteljahr 1990 nahmen Vertreter des Bezirksvorstandes der IG Metall Berlin-Ost regelmäßig an zahlreichen Versammlungen und Konferenzen der Verwaltungsstelle-Westteil; dazu gehörte auch die teilnehmende Beobachtung an den Tarifverhandlungen West.

Die Notwendigkeit, sich verstärkt in den Reformprozess der IG Metall der DDR einzumischen, erkannte der IGM-Vorstand der BRD Anfang Februar 1990. Zu diesem Zeitpunkt rückte die Deutsche Einheit als politische Perspektive immer deutlicher in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion, und die IG Metall gab ihre bis dahin eher abwartende Haltung auf und favorisierte die Einmischung in die Erfordernisse der realpolitischen Entwicklung.

Diese neue Politik begründete Franz Steinkühler in einem Kommentar für die Mitglieder-Zeitung METALL mit folgenden Worten:

Gewerkschaftliche Interessenvertretungen in der DDR haben einen fundamentalen Vertrauensverlust erlitten. Arbeitnehmer in der DDR haben in großen Teilen kein Vertrauen darauf, dass die alten Institutionen ihre Interessen vertreten und wirksam durchsetzen. ... Die Herausbildung einer parteiunabhängigen und staatsfreien Gewerkschaft, die allein vom Mitgliederwillen getragen ist, Tarifverträge durchsetzt und streikfähig ist, ist für die betriebliche und gesellschaftliche Interessenvertretung von Arbeitnehmern sowohl in der DDR wie in der BRD schon gegenwärtig von zentraler strategischer Bedeutung.

Eine Woche später bereits, am 27. Februar 1990, verabschiedeten die Vorsitzenden beider Gewerkschaften eine „*Gemeinsame Erklärung*“, in der zum ersten Mal von einer „einheitlichen Interessenvertretung“ der Beschäftigten in der Metallindustrie für ganz Deutschland gesprochen wurde. In dieser Erklärung unterstützte die IG Metall die Erneuerungsbestrebungen der IG Metall der DDR; zugleich kündigte sie die Einrichtung von acht Informations- und Beratungsbüros in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt, Rostock und Magdeburg an.

Anfang März 1990 berieten Vertreter der Verwaltungsstelle Berlin-West der IG Metall und des Bezirksvorstandes der IG Metall Ostberlin über die weitere Zusammenarbeit, im Mittelpunkt stand die Vorbereitung der Regionalarbeit in Berlin-Brandenburg. Als Ergebnis dieser Beratungen bildete die Verwaltungsstelle Berlin-West zusammen mit den Bezirksleitungen der IG Metall der DDR aus Berlin-Ost, Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus einen Regionalausschuss. Als gleichberechtigte Vorsitzende wurden Manfred Foede (IG Metall Berlin-West) und Alfred Kunz (IG Metall Berlin-Ost) gewählt. Der gewerkschaftliche Regionalausschuss wurde ausdrücklich als eine zeitlich begrenzte Einrichtung definiert. Es war der Versuch, sich auf regionaler Ebene Arbeitsstrukturen zu schaffen, um die gewerkschaftlichen Aktivitäten zu koordinieren und insbesondere zu tarifpolitischen Fragen gemeinsame Positionen festzulegen; ein Dokument also, wie die Zusammenarbeit in Zukunft aussehen sollte.

Durch die politischen Ereignisse – Volkskammerwahlen am 18. März 1990 und die zum 1. Juli 1990 anstehende Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion – gerieten beide Verbände unter enormen Zeitdruck.

Die durch die bevorstehenden Tarifverhandlungen anfallende Tagesarbeit nahm breiten Raum ein und ließ kaum Zeit für den unbedingt notwendigen politischen Diskussionsprozess bzw. dessen Vermittlung in die Betriebe hinein.

Die IG Metall-Vorstände in Berlin hatten sich schon früh auch für eine gemeinsame 1. Mai-Demonstration mit den Westberliner Kollegen ausgesprochen. Das fand sowohl beim FDGB als auch beim ZV der IG Metall der DDR wenig Zustimmung, die „Eigenständigkeit“ sollte gewahrt bleiben, das ging bis zu Drohungen, die Berliner Bezirksfunktionäre abzulösen. Vorstand und Sekretariat ließen sich nicht beirren, es kam zu einem gemeinsamen 1. Mai Flugblatt und zum gemeinsamen Handeln, wie es alle wollten.

Klar war von Anfang an, dass die IG Metall der DDR, wollte sie ihre Aufgabe erfüllen, auf allen Ebenen eine neue demokratische Legitimation, neue Menschen und auch neue Strukturen brauchte. Dabei gingen fast alle Aktivisten in der IG Metall davon aus, dass noch eine längere Zeit Zweistaatlichkeit herrschen würde, aber eine gemeinsame bzw. einheitliche Gewerkschaftsbewegung unausweichlich ist. Noch im Rahmen der Reformversuche des FDGB entstand kurz vor den Märzwahlen ein „Gewerkschaftsgesetz“, das von der neuen CDU/SPD-Regierung der DDR nach dem 18.3. wieder außer Kraft gesetzt wurde. An einem eigenen neuen Betriebsverfassungsgesetz wurde gearbeitet, und schon im Dezember 1989 wurde die FDGB-Fraktion in der Volkskammer und in anderen Volkvertretungen aufgelöst.

Die IG Metall der DDR beschloss, im 1. Halbjahr 1990 Gewerkschaftswahlen entsprechend der neuen Satzung und Wahlordnung durchzuführen. In der Berliner Organisation wurden von den mehr als 100 000 Mitgliedern ca. 14.000 Vertrauensleute in knapp 100 Betrieben gewählt. AGL wurden kaum noch, selbstverständlich aber auch 100 BGL, alle in geheimer Personenwahl gebildet. Gleichzeitig erhielten in den Betrieben die Delegierten für die Delegiertenversammlungen der Gebietsgeschäftsstellen (bisher Kreisvorstände) und auch für die Bezirksgeschäftsstelle ihr

Direktmandat. In 4 der 9 Gebietsgeschäftsstellen wurden neue Leiter gewählt, in 5 die bisherigen bestätigt. Ihnen zur Seite standen gewählte Beiräte aus betrieblichen Vertretern. Da sich das Tempo der Vereinigung auf allen Gebieten dramatisch beschleunigte, wollten die zentralen Vorstände der IG Metall der BRD und der DDR in den Bezirken keine Wahlen mehr durchführen.

Die Delegierten der Berliner Organisation beschlossen trotzdem die geheime Wahl des Beirates sowie des Vorsitzenden und seines Stellvertreters noch am 30.6.1990.

So hatten die Koll. Kunz und Wendtland damit ein wirkliches demokratisches Mandat und konnten sich auf das Vertrauen der Bezirksorganisation stützen. Das erleichterte erheblich die Lösung der sich überstürzenden Aufgaben. In diesem 1. Halbjahr 1990 hatten sich Charakter und Struktur gewerkschaftlicher Interessenvertretung bereits grundsätzlich geändert. Während bis zu den Märzwahlen noch die Umgestaltung des Volkseigentums und die sozialverträgliche Rationalisierung der Betriebe und ihrer Überführung in die Marktwirtschaft innerbetrieblich und überbetrieblich eine große Rolle spielten und aktive Gewerkschafter bei der Ausarbeitung und Diskussion eines Gewerkschaftsgesetzes und eines Betriebsverfassungsgesetzes mitwirkten, gewann danach die Schutzfunktion eine immer größere Bedeutung.

Sicherung der Arbeitsplätze, Kündigungsschutz, sozialverträgliche Gestaltung des Abbaus von Personal, richtige Eingruppierung und Lohnzahlung und Tarifkampf bestimmten zunehmend betriebliches und überbetriebliches Handeln der IG Metall. Dazu kam die Verteidigung von Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechten gegen staatliche und politische An- und Übergriffe.

In dieser Zeit verschwand vor allem in den Betrieben die auf sozialpolitische Aufgaben gerichtete Kommissionsarbeit der BGL; die vorgerichtliche Rechtsarbeit in Rechts- und Konfliktkommissionen musste zunehmend durch gewerkschaftliche Rechtsberatung und Vertretung vor Arbeitsgerichten ersetzt werden. Dieser Aufgabe stellte sich vor allem der Bezirksvorstand der IG Metall Berlin mit der Konzentration der Rechtsberatung und Vertretung bei ihm.

Mit Unterstützung der IGM Verwaltungsstelle Berlin-West baute er eine umfangreiche Rechtsabteilung mit mehreren Juristen und Mitarbeitern auf.

Während der ursprüngliche gewerkschaftspolitische Kurs einer gleichwertigen Kooperation durch die Vorstandsbeschlüsse bereits abgebrochen war, setzten die Berliner Gremien beider Metallgewerkschaften ihre Zusammenarbeit fort. Neben den regelmäßigen Sitzungen des Regionalausschusses Metall zeugen die erfolgreichen tarifpolitischen Aktivitäten von einem hohen Maß an Übereinstimmung.

Anfang Juli, nach Abbruch der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie in der DDR, begannen in Berlin-Brandenburg die ersten Tarifrämpfe.

Mit zahlreichen Kundgebungen, Warnstreiks und anderen Aktionen unterstützten Hunderttausende die Tarifforderungen der Metaller. Nach einem „Tarifmarathon“ in Berlin vom 9.-13. Juli 1990 wurde der erste Tarifvertrag am 13. Juli 1990 abgeschlossen. Wichtige Regelungen waren:

- Kündigungsschutz (Qualifizierung statt Entlassung) bis 30. Juni 1991
- 250,- bzw. 300,- DM Pauschalbetrag zusätzlich zum bisherigen Bruttoverdienst ab 1.7.1990 (gefordert waren 440,-DM)
- 20 Tage Grundurlaub
- 40 Stunden-Woche ab 1.10.1990 bei vollem Lohnausgleich

Tarifkämpfe

- 4.7.1990 Treffen mit allen amtierenden Betriebsratsvorsitzenden aus Berlin und Brandenburg im Kulturhaus des Betriebes Bergmann Borsig zum Auftakt der ersten Tarifkämpfe in Berlin und Brandenburg gemeinsam mit Koll. Foede und Berger
- 5./6.7.1990 Kundgebungen und Aktionen in ganz Brandenburg (120 000) davon 60 000 in Berlin zur Unterstützung der Tarifforderungen der Metallerrinnen und Metaller. Auftreten von Manfred Foede auf einer Großkundgebung im Industriegebiet in Oberschöneweide/Köpenick, Kollegen Wolfgang Berger in Pankow sowie der Leiter der Bezirks- und Gebietsgeschäftsstellen auf weiteren territorialen und betrieblichen Kundgebungen.
- 9.7.1990 Kundgebung (3000) vor dem Kongreßzentrum am Märkischen Ufer (Ort der Tarifverhandlungen in Berlin) zur Unterstützung der Verhandlungskommission mit Manfred Foede, Dr. Klaus Lang und weiteren.
- 9.7.-13.7.90 „Tarifmarathon“ im Kongreßzentrum mit Manfred Foede, Klaus Lang, Herrmann Unterhenninghofen, Gerd Schulz und der Verhandlungskommission der IG Metall mit der Verhandlungsdelegation des Unternehmensverbandes und Abschluss des 1. Tarifvertrages
- Kündigungsschutz
 - 250,- bzw. 300,- DM Pauschale
 - 20 Tage Grundurlaub
 - 40-Stundenwoche ab 01.10.1990
- 16.7.1990 Auswertung der Tarifergebnisse mit den amtierenden Betriebsräten aus Berlin und Brandenburg erneut im Klubhaus von Bergmann Borsig und zur Arbeit mit dem Tarifergebnis (Erläuterungen des stellv. Leiters der Tarifkommission Bernd Thiele und M. Foede, Ausgabe von 120 000 Flugblättern als Tariffinformation)
Während der Tarifgespräche in Vorbereitung der Verhandlungen in Berlin wurde gemeinsam mit Kollegen Wolfgang Berger ein erster Autocorso zur Unterstützung der Tarifgespräche in Henningsdorf organisiert und durchgeführt, an dem sich etwa 40 Fahrzeuge beteiligten.
- 17.7.1990 Durchführung von Tarifverhandlungen im Betrieb TGA-Berlin zum Abschluss des ersten Tarifvertrages für den Industrie- und Innungsbereich „Heizung-Klima-Sanitär“
(Koll. Manfred Foede/Alfred Kunz)

Es folgten Schulungsveranstaltungen zum Tarifergebnis gemeinsam mit dem Tarifsekretär der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin. Parallel dazu begann eine Serie von Ganztagschulungen der IG Metall Bezirks-Geschäftsstelle mit Unterstützung der IG Metall-Verwaltungsstelle zur Vorbereitung und Durchführung von Betriebsratswahlen.

Dieser erste Tarifvertrag wurde von allen befragten Hauptamtlichen positiv bewertet. Das „*Berliner Ergebnis*“, wie es selbstbewusst genannt wurde (vor allem der Kündigungsschutz bis zum 30.6.1991 war ein Erfolg), kam nach Auffassung der Funktionäre nur dadurch zustande, dass bei-

de Seiten bereits frühzeitig begannen, die entscheidenden Aufgabenfelder gemeinsam vorzubereiten; damit konnte das „Zusammenwachsen durch Zusammenarbeit“ erfolgreich umgesetzt werden.

Dieses Beispiel blieb jedoch eine Minderheitenposition in der IG Metall. Auf der IGM-Vorstandsebene wurde eine Fusion der beiden Metallgewerkschaften weiterhin abgelehnt; vielmehr sollte es einen Beitritt der Mitglieder der DDR-IG Metall bei deren gleichzeitiger Auflösung geben.

Die IG Metall der DDR beschloss unter diesem massiven Druck am 5./6. Oktober auf ihrer letzten **a.o. Zentraldelegiertenkonferenz** die Auflösung der Gewerkschaft zum 31. Dezember 1990. Dabei forderten die Delegierten in einem offenen Brief die Mitglieder auf, spätestens im November ihren Übertritt zur IG Metall des geeinten Deutschlands zu erklären.

Im Juni 1990 begann die neue Mitgliederregistrierung der IG Metall der DDR.

Die unbürokratische Hilfe aus dem Vorstand der IG Metall der BRD in Frankfurt/Main machte eine schnelle Erfassung, einschließlich der Übergabe neuer Mitgliedsausweise von über 103.000 IG Metall-Mitgliedern in Berlin-Ost möglich.

Illusionen einiger zentraler Funktionäre der IG Metall über einen weiteren eigenen Weg, auch nach der bevorstehenden deutschen Vereinigung führten leider dazu, dass diese Mitgliedererfassung nicht mit der Bereitschaftserklärung zum Übertritt in die IGM der BRD verbunden wurde. So mussten wir ab Sept./Oktober 1990 erneut Beitrittserklärungen, jetzt zur IGM der BRD, organisieren, dabei erreichten wir in Berlin – Ost noch mehr als 70.000 Mitglieder.

Trotz größter Widerstände aus der Politik gelang es den Gewerkschaften beider deutscher Staaten im letzten Augenblick vor der Währungsunion durchzusetzen, dass demokratisch gewählte Betriebsgewerkschaftsleitungen auch nach dem 1.7. 1990 bis zum 31.12.1990 die neuen Aufgaben nach dem Inkrafttreten der Betriebsverfassungsgesetze auf dem Gebiet der DDR wahrnehmen durften. Das wurde möglich durch die wirklich demokratisch erfolgten Gewerkschaftswahlen und die engagierte und wirksame Arbeit der dort gewählten neuen gewerkschaftlichen Leitungen.

Jetzt galt es, noch vor dem 31.12.1990 in den Betrieben Vertrauenskörperleitungen zu wählen und 4 Vorsitzende von VKL für den Vertrauenskörperausschuss der ab 1.1.91 zuständigen IGM Verwaltungsstelle Berlin-West zu gewinnen.

Im 2. Halbjahr erfolgten die ersten Betriebsratswahlen nach dem ab 1.7.90 geltenden Betriebsverfassungsgesetz.

Weitgehend wurden die neu gewählten BGL als Kandidaten für die BR-Wahl aufgestellt, aber auch in gewerkschaftlich nicht starken Betrieben gab es nur Einheitslisten-Personenwahl.

Bei allen zu lösenden Aufgaben und auftretenden Problemen hatte sich eine kameradschaftliche und effiziente Zusammenarbeit mit den Kollegen der IGM Verwaltungsstelle Westberlin entwickelt. Das erleichterte sowohl der Bezirksorganisation als auch den BGL/BR die praktische Arbeit. Auch die Bildungsarbeit erhielt damit eine neue Qualität. So wurden z. B. die Wahlvorstände für die BR-Wahlen auf 3 Seminaren gründlich geschult.

Das so entstandene Vertrauensverhältnis bewährte sich auch bei dem trotz aller Einsicht bitteren Prozess, die Arbeit der eigenen Organisation abzuschließen und sie aufzulösen. Bis zum 19.12.90 blieb die ganze Berliner IG Metall-Organisation arbeitsfähig im Interesse der Mitglieder; die Mitgliederübertritte wurden bis Ende Febr. 1991 sichergestellt.

Alle BGL (die in der DDR ja über ca. 40 % der Beiträge verfügt hatten) die neun Gebietsgeschäftsstellen und die Bezirksgeschäftsstellen konnten ordnungsgemäß finanziell und materiell entlastet werden.

Zu nennen ist auch, dass 13 hauptamtliche Mitarbeiter bzw. Funktionäre der ehem. IG Metall der DDR aus Berlin nach dem 1.1.91 ein Arbeitsverhältnis bei der IGM-Verwaltungsstelle Berlin erhielten.

Der Regionalausschuss für Berlin und Brandenburg, der mit seiner Philosophie des „*Zusammenwachsens durch Zusammenarbeiten*“ so positive Erfahrungen gemacht hatte, beschloss auf seiner letzten Tagung am 15. November 1990 die Beendigung seiner Tätigkeit. Die Begründung lautete:

Die Tätigkeit des Regionalausschusses hat sich mit der Herausbildung der Strukturen für das Land Berlin-Brandenburg erfüllt. Seine koordinierte Funktion war dabei für die Herausbildung von Arbeitsinhalten und Strukturen auf dem bisherigen Weg zur Gewerkschaftseinheit nützlich und sollte auf der abschließenden Sitzung des Regionalausschusses so dargestellt und gewürdigt werden.

Mit dem Einsatz der Büroleiter in Vorbereitung der Territorialstrukturen in Berlin-Brandenburg und deren konkreter Zusammenarbeit mit den Bezirks- und Gebietsgeschäftsstellen in den einzelnen Territorien erübrigt sich hier eine koordinierende Arbeit aller Gebietsgeschäftsstellen.

In Berlin konnten 80.000 Mitglieder aus Ostberlin neu in die IGM der BRD unter Anrechnung ihres bisherigen Mitgliedschaft in der DDR neu aufgenommen werden – nach Einschätzung der befragten Funktionäre, die Folge ihrer praktizierten Politik des „*Zusammenwachsens durch Zusammenarbeit*“. Dass es sich bei der Mitgliedergewinnung bzw. dem Beitritt in den meisten Fällen nicht um einen bürokratischen Akt, sondern eine bewusste politische Entscheidung der Metal-lerinnen und Metaller handelte, zeigt u. a. die Tatsache, dass diese Mitgliederzahlen bis 1993 in etwa konstant geblieben waren.

Anlage 1

Seite 1

Bezirksvorstand
-IG Metall-

Berlin, 5.12.1989

Standpunkt des Bezirksvorstandes Berlin der IG Metall zu aktuellen Aufgaben gewerkschaftlicher Interessenvertretung

Mit der Neubestimmung des Inhaltes und der Formen der Arbeit innerhalb der Bezirksorganisation Berlin der IG Metall wollen wir dem Wort der in der IG Metall organisierten Berliner Metallarbeiter die ihm zukommende Geltung verschaffen.

Wir stützen uns dabei auf den Standpunkt und das Arbeitsprogramm des ZV der IG Metall vom 27.11.1989 für das Handeln der IG Metall in unserer Dachorganisation dem FDGB.

Wir wollen die Chance des gesellschaftlichen Aufbruchs nutzen, um mit unseren Mitgliedern den Weg der Erneuerung auch in unserer Arbeit zu finden. In unserer Vorstandsarbeit werden wir sichern, das alles bisherige konstruktiv in Frage gestellt wird. Errungenschaften und bewährte Werte des Sozialismus und unserer Organisation werden wir bewahren und weiter ausgestalten.

Wir setzen uns ein, dass die Einheit der Gewerkschaften erhalten bleibt und ihre Unabhängigkeit auf der Grundlage der Verfassung hergestellt und gewährleistet wird. Grundlage gewerkschaftlicher Arbeit sind für uns die Betriebe und ihre gewerkschaftlichen Grundorganisationen.

Wir wollen unsere gewerkschaftliche Arbeit als Interessenvertretung aller Mitglieder auf dem Boden des Sozialismus für das Wohl der Mitglieder und für unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten. Dabei geht es uns um den Schutz und die Verwirklichung der politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und rechtlichen Interessen der Mitglieder im Arbeitsprozess.

Wir gestalten unsere Arbeit auf der Grundlage der Gesetze. In unserer Tätigkeit lassen wir uns von keinen Partei- bzw. Staatsorganen sowie wirtschaftsleitenden Organen einschränken und behindern.

Wir fordern die baldige Schaffung eines Gewerkschaftsgesetzes, das die Möglichkeiten, Rechte und Pflichten der Gewerkschaften ausgestaltet und ein Instrumentarium zur Lösung von Arbeitskonflikten bis zum Streikrecht beinhaltet.

Um die Unabhängigkeit der Gewerkschaften zu wahren, können Vorsitzende und andere verantwortliche Funktionäre gewerkschaftlicher Leitungen und Vorstände nicht Mitglieder gewählter Gremien von Parteien sein.

Anlage 1

Seite 2

Staatliche Leiter sollten in ihrem Verantwortungsbereich keine gewerkschaftlichen Funktionen ausüben.

Wir unterstützen das in der Regierungserklärung vorgelegte Konzept zur Überwindung der politischen und ökonomischen Krise und zur Herstellung von Stabilität und sind bereit, die Mitglieder der IG Metall für seine Realisierung zu gewinnen.

Wir sind für die Mitarbeit der Gewerkschaften in gewählten Volksvertretungen und für die Verantwortlichkeit der FDGB-Abgeordneten gegenüber unseren Mitgliedern.

Uneingeschränkte Offenheit und Rechenschaftspflicht gegenüber unseren Mitgliedern und die Durchsetzung von Vertrauen aus Kompetenz sollen helfen, unsere gewerkschaftlichen Aufgaben demokratisch und mit Sachkunde zu erfüllen und so Eigenständigkeit zu erwerben.

Wir nutzen die unzähligen kritischen Vorschläge und Hinweise aus der Plandiskussion, die in diesen Tagen und Wochen in Mitgliederversammlungen, Vertrauensleutenvollversammlungen und vielfältigen Gesprächen mit den Mitgliedern von ihnen unterbreitet wurden sowie jene, die seit langem bekannt sind, aber bisher nicht verwirklicht wurden.

Die Vorbereitung und Durchführung der unmittelbar bevorstehenden Gewerkschaftswahlen nutzen wir für die Erneuerung unserer Bezirksorganisation der IG Metall als Vertreter der individuellen und kollektiven Interessen der Berliner Metallarbeiter und für die Formierung einer einheitlich handelnden und starken Bezirksorganisation.

Vorrangig konzentrieren wir uns auf die Direktwahl der Delegierten zum außerordentlichen FDGB-Kongress und die Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung von Neuwahlen der Funktionäre und Leitungen in den gewerkschaftlichen Grundorganisationen.

Wir unterstützen die Vorschläge unseres Zentralvorstandes der IG Metall zu größerer Eigenständigkeit.

Zur Ausgestaltung dieser Eigenständigkeit bezieht unser Bezirksvorstand folgende Position:

Der Bezirksvorstand unterstützt die Erarbeitung eines eigenen Status der IG Metall und die Forderung nach mehr Eigenverantwortung in der Finanzarbeit.

Die Industriegewerkschaft Metall entscheidet eigenständig über Kaderfragen innerhalb ihres Organisationsbereiches entsprechend der Willensbildung ihrer Mitglieder.

Der Schwerpunkt gewerkschaftlicher Interessenvertretung liegt im Betrieb. Das muss sich auch in der Verteilung der Kader widerspiegeln.

Der Einsatz freigestellter Kader ist abhängig von der zu leistenden Arbeit und von der Finanzierbarkeit. Dabei ist den BGO mehr Selbstständigkeit in der Finanzarbeit zu geben.

Die gewerkschaftliche Kontrolltätigkeit ist wirksamer zu gestalten. Die Revisionskommissionen sind zu stärken, ihre Einflussmöglichkeiten zu erhöhen; und die Übersichtlichkeit und Öffentlichkeit ihrer Arbeitsergebnisse ist zu erhöhen.

Die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterkontrolle ist neu zu bestimmen.

Neu zu bestimmen ist der Gegenstand gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Abzugeben sind alle Aufgaben, die wir u. a. anstelle von Leitern bzw. Staatsorganen übernommen haben. Daraus ergibt sich auch die Bestimmung, welche gewerkschaftlichen Aufgaben in der Arbeitszeit zu leisten sind.

Wir unterstützen die Forderung von BGO, bei der Neu- bzw. Umgestaltung von RKV und anderen zentralen Vereinbarungen, den Betrieben größere Freiräume zu geben.

Für Schwerpunkte unserer Einflussnahme halten wir weiterhin:

1. Wir fordern von den Leitern die Schaffung von Bedingungen für kontinuierliches ergebnisreiches Arbeiten, denn die volle Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens und des vorhandenen Leistungswillens der Metallarbeiter ist und bleibt eine Lebensfrage unserer weiteren gesellschaftlichen Entwicklung und hat Priorität für die Befriedigung der sozialen Bedürfnisse der Werktätigen. Die betrieblichen gewerkschaftlichen Leitungen und die Kollektive sollten gemeinsam mit den Leitern beraten, wie die 1989er Aufgaben bestmöglich erfüllt werden können und wie die Anforderungen des Planes 1990, insbesondere zur Sicherstellung der betrieblichen Fonds, realisiert werden. Die Abarbeitung und Realisierung der VHK, besonders zu den ALB ist unter Kontrolle zu nehmen.
2. Wir sind für die Förderung von Initiativen aus den Kollektiven heraus, die ohne Formalismus einem Ziel dienen, einem hohen Gebrauchswert und einer hohen ökonomischen Effektivität der Arbeit und des Betriebes für das Wohl der Menschen.
3. Von den Leitern verlangen wir auf jeder Ebene eine schonungslose, offene und ehrliche Information zur ökonomischen Lage des Betriebes.

In Vorbereitung der Wirtschaftsreform und der Entwicklung der Eigenverantwortlichkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte, Organisationen und Institutionen ist das Verhältnis der Gewerkschaft zur Beziehung Plan – Wettbewerb neu zu bestimmen.

Innerbetriebliche, kollektive und individuelle Initiativen sind ausschließlich auf ökonomische Effekte zu orientieren. Zu bewerten sind nur die Ergebnisse.

Der Abschluss der Wettbewerbsführung 1989 erfolgt entsprechend dem BKV aber auf erneuter Abrechnungsgrundlage. Es sind nur Kennziffern der ökonomischen Aufgabenstellungen zu verwenden, d. h. keine soziologischen bzw. gesellschaftlichen Kennziffern und keine Kennziffern, die von den entsprechenden Kollektiven/Bereichen nicht beeinflussbar sind.

Bei allen ökonomischen Maßnahmen der Betriebe muss die Effektivitätsentwicklung (u. a. zur Sicherung der Bildung der erforderlichen Fonds) und die Erhaltung des Rechts auf Arbeit gesichert werden.

Gleichzeitig ist der Inhalt der abzuschließenden BKV neu zu bestimmen. Unabhängig von bevorstehenden Entscheidungen sind unbedingt zu vereinbaren:

- die Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen, Abbau von Erschwernissen und Gefährdungen
- die Verwendung des Lohnfonds u. a. zur Leistungsdifferenzierung und zur Überwindung von Disproportionen
- die Verwendung des Prämienfonds
- die Bildung und Verwendung des Kultur- und Sozialfonds
- Urlaubsvereinbarungen

Bei der Verwendung des geplanten Lohnfonds sind alle Möglichkeiten für seine volle leistungswirksame Nutzung mit den Leitern zu vereinbaren. Wie beim Lohnfonds fordern wir auch für den Leistungsfonds, dass er auf Folgejahre übertragen werden kann.

Bei der Verwendung des Prämienfonds sind keine starren, über mehrere Jahre geltenden Festlegungen zu treffen. Der Anteil Prämienfonds für JEP und für Prämierungen im laufenden Jahr ist selbstständig zu vereinbaren.

Die Fondsanteile für Sofortprämierungen sind von den Bereichs-Direktoraten selbstständig nach Zustimmung durch die zuständigen gewerkschaftlichen Leitungen zu verwenden.

Der Kampf um den Titel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ sollte zum Jahresende 1989 abgeschlossen werden. Die im Prämienfonds bzw. in anderen Fonds dafür vorgesehenen Mittel sind den Kollektiven nach Zustimmung der zuständigen gewerkschaftlichen Leitung zur Verfügung zu stellen.

4. Wir treten für einen BKV ein, der für die Belegschaft des Betriebes die Einheit von Leistungsentwicklung und sozialer Entwicklung mit Realität sichert.
5. Wir bekennen uns dazu, das Leistungsprinzip überall durchzusetzen und werden in Arbeitsgruppen des Zentralvorstandes der IG Metall durch eigene Vorschläge zur Erarbeitung von praktischen Lösungen beitragen. Das betrifft 3 Schwerpunkte:

- Durchsetzung des Grundsatzes „*Gleicher Lohn für gleiche Arbeit*“;
 - Umgehende Inangriffnahme der Lösung einer verantwortungs- und leistungsgerechten Entlohnung der Meister;
 - Wirksamere Anerkennung von Spitzenleistungen von Hoch- und Fachschulkadern durch ergebnisabhängige Gehälter.
6. Wir nehmen Einfluss auf die Neufassung der Rahmenkollektivverträge (u. a. Vereinheitlichung von arbeitsbedingtem Zusatzurlaub und Abgeltung von Arbeiterschwernissen im RKV Maschinenbau und Elektrotechnik/Elektronik).
 7. Wir schließen uns der Forderung an, das Steuerrecht zu überarbeiten und damit u. a. eine einheitliche Regelung im Arbeitseinkommen zu erreichen.
 8. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik richten wir die Anstrengungen darauf, bei den Leitern durchzusetzen, dass bestehende Arbeiterschwernisse entschieden schneller beseitigt werden und verhindert wird, neue Erschwernisse durch Wissenschaft und Technik hervorzubringen; die Ursachen für bestehende Ausnahmegenehmigungen nach seiner durch die zuständigen Leiter kontrollierbar gestalteten Rangfolge zu beseitigen; das Defizit an Kücheneinrichtungen, Klimatechnik, Dachinstandsetzung und bei Flurgeräten sowie Kleinwerkzeugen endlich zu überwinden (Minister/Zentralvorstand).
 9. Wir erwarten auf sozialpolitischem Gebiet, dass der Zentralvorstand der IG Metall seinen Vorschlag gegenüber der Regierung durchsetzt, dass in allen Betrieben die Erarbeitung, Verteidigung und Durchführung eines rechtsverbindlichen Sozialprojekts als Bestandteil der Entwicklungskonzeption der Betriebe und Kombinate, 1990 beginnend, verwirklicht wird.
 10. Wir fordern, dass alle Parteien, Organisationen und Institutionen ihre Kapazitäten für Urlaub und Erholung für alle Bürger unseres Landes zur Verfügung stellen.

Ein großer Teil unserer Vorschläge und Forderungen wurde bereits in den Entwurf des Diskussionsmaterials des Bundesvorstandes FDGB „Was sind, was wollen die Gewerkschaften in unserer Zeit“ sowie in die Entwürfe der Satzung und der Wahlordnung aufgenommen.

Die Diskussion dieser Materialien ist eng mit der praktischen Gewerkschaftsarbeit in den Gewerkschaftsgruppen und Leitungen in den Betriebsgewerkschaftsorganisationen zu verbinden.

Jeder weitere Hinweis und Vorschlag ist gefragt. Wir bitten, Vorschläge an die beim BV IG Metall in Vorbereitung des außerordentlichen Kongresses gebildete Antragskommission zu richten.

Qellenverzeichnis zu Kapitel XI –Ost-

- 1) Beschlüsse, Referate und Protokolle der Bezirksvorstandssitzungen und Bezirksdelegiertenkonferenzen des Bezirksvorstandes bzw. der Bezirksgeschäftsstelle Berlin der IG Metall der DDR vom 14.11.1989 bis 19.12.1990
- 2) Spurensicherung – Der DGB und seine Gewerkschaften in den neuen Bundesländern (Fichter/Kurbjuhn-H.B.-Stiftung)
- 3) persönliche Erinnerungen der Koll. A.Kunz und F. Wendtland

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin

18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel XII West

1989 bis 1991

Autor: Manfred Foede

Die IG Metall-Verwaltungsstelle Berlin begann das Jahr 1989 im Januar mit einer Pressekonferenz zur Arbeitsmarktlage in Berliner Metallbetrieben und beabsichtigten Produktionseinschränkungen. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die trotz konjunktureller Belebung und bei wachsenden Unternehmensgewinnen noch immer bei rund 100.000 Menschen in Berlin verharrte, stand im Mittelpunkt.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen nahm weiterhin zu. Der konservativ-liberale Senat von Berlin hat auf der Grundlage der durch die Bundesregierung vorgegebenen Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik mit dazu beigetragen, die sozialpolitische Krise unserer Gesellschaft zu verschärfen. Trotz eines langanhaltenden ökonomischen Wachstums ist die Existenz von Hundert-tausenden in Berlin bedroht. Die Ausgrenzung von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern aus dem öffentlichen Bewusstsein und dem gesellschaftlichen Wohlstand scheint weitestgehend vollzogen.

In dieser Pressekonferenz wurde weiter betont, dass die IG Metall ihre Politik der Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt und dabei trotz starker Widerstände weitere Erfolge errungen hat. Rücksichtslose Rationalisierung, Flexibilisierung, die Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten und nicht zuletzt der Angriff auf das freie Wochenende wurde jedoch gleichzeitig zu immer stärkeren Herausforderungen für gewerkschaftliche Politik.

Die Wahlen im Januar 1989 zum Berliner Abgeordnetenhaus und zu den Bezirksverordnetenversammlungen wurden begleitet durch die vom DGB herausgegebenen Wahlprüfsteine, die Anlass für viele Diskussionen in Betriebsversammlungen und Vertrauensleuteversammlungen waren.

Was vor dem 29. Januar, dem Wahltag, kaum jemand für möglich gehalten hatte, ist Wirklichkeit geworden, in Berlin gibt es einen neuen Senat. Auf der Basis einer Koalitionsvereinbarung zwischen der SPD und der Alternativen Liste wählte am Donnerstag, dem 16. März das Abgeordnetenhaus von Berlin einen neuen Senat, auf Vorschlag der SPD-Fraktion wurde der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Horst Wagner zum Senator für Arbeit, Verkehr und Betriebe gewählt.

Auf Vorschlag der Alternativen Liste wurde die langjährige, stellvertretende GEW-Landesvorsitzende Sybille Volkholz zur Senatorin für Schulwesen und Berufsbildung in den Senat gewählt.

Mit der politischen Wende, die mit dem Wahlergebnis im Januar 1989 eingeleitet wurde und zur Bildung des SPD/AL-Senats führte, sah die IG Metall eine Chance für unsere Stadt, eine neue Politik für die hier lebenden und arbeitenden Menschen durchzusetzen. Die hohen Erwartungen der IG Metall an diesen Senat, ihre „Vorschläge zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik“ zu berücksichtigen, müssen immer wieder auf dem Prüfstand gestellt werden.

Unabhängig von den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus wurden die Tarifaueinandersetzungen in der Verwaltungsstelle geführt. Nachdem in mehreren Betrieben Warnstreiks stattgefunden haben, konnte ein Ergebnis erzielt werden.

Ab 1. April 1989 die 37- Stunden-Woche

Ab 1. April 1989 wird die Arbeitszeit von 37,5 Stunden um eine halbe Stunde auf 37 Stunden bei vollem Lohnausgleich reduziert, Löhne und Gehälter und Ausbildungsvergütungen wurden um 2,5 Prozent angehoben. Die Verwaltungsstelle forderte die Betriebsfunktionäre auf, den Erfolg betrieblich so umzusetzen, dass bestehende Arbeitsplätze erhalten und nach Möglichkeit neue geschaffen werden. Darüber hinaus ist es wichtig, unseren Kolleginnen und Kollegen deutlich zu machen, dass wir uns angesichts der über hunderttausend offiziell registrierten Arbeitslosen in Berlin auf die Tarifrunde 1990 vorbereiten müssen, in der es dann darum geht, die 35 Stunden mit vollem Lohnausgleich zu erreichen.

Die politische Wende in Berlin hatte auch zu Veränderungen in unserer Verwaltungsstelle geführt. Der erste Bevollmächtigte Horst Wagner, der in den Senat wechselte, trat als erster Bevollmächtigter zurück.

Am 07. April 1989 wählte die Vertreterversammlung als neuen ersten Bevollmächtigten, Manfred Foede und zum neuen zweiten Bevollmächtigten Volker A. Fiebig .

Die erste Pressekonferenz des neuen Bevollmächtigten hatte zum Thema

" Arbeitsplatzsituation in Berlin "

- Tausende von Arbeitsplätzen in der Berliner Metall- und Elektroindustrie in Gefahr-.

Auf dieser Pressekonferenz erläuterte der erste Bevollmächtigte der Berliner IG Metall, Manfred Foede, die Situation. Eine erste Bestandsaufnahme habe ergeben, dass bei sieben Firmen die Betriebsschließung akut bevorstehen könnte. So unter anderem bei Kroschu Kabelwerke, der Richard Klinger GmbH und der Elektro Thermit GmbH sowie der Lenz Leise-Gang Umwelttechnik GmbH. Damit, so Foede, schließen mittelständische Unternehmen, die zum Teil über größere Muttergesellschaften in der Bundesrepublik verfügen, ihre Tore in Berlin.

Kritik äußerte Foede aber auch an den Großfirmen Siemens und AEG, die nach seiner Auffassung Firmen-Konzepte verfolgen, ihre Forschung und Entwicklung noch stärker an die Muttergesellschaften in der Bundesrepublik zu binden. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, würden die Betriebe in Berlin nur noch zu verlängerten Werkbänken degradiert werden.

Große Sorgen bereitet der IG Metall auch die aktuelle Situation bei der Firma Rotaprint. Hier würden bei einer geplanten Reduzierung nur noch wenige Mitarbeiter von den 500 für Garantiearbeiten verbleiben.

Abschließend verwies Foede darauf, dass bei allen Gesprächen mit den Verantwortlichen in den einzelnen Unternehmen deutlich geworden ist, dass die beabsichtigten Schließungen und der Arbeitsplatzabbau nicht im Zusammenhang mit dem Regierungswechsel stünden, sondern schon vorher beschlossen oder durch aktuelle wirtschaftliche Entwicklungen beeinflusst seien.

Die Themen Arbeitslosigkeit und Andere standen auch im Mittelpunkt der 1. Mai Feier 1989.

50000 kamen und beteiligten sich an den Demonstrationen der Gewerkschaften und der Kundgebung des DGB Berlin auf dem Platz der Republik.

Bei strahlendem Sonnenschein wurde für Arbeitsplätze, für eine Beseitigung der Wohnungsnot, ein freundschaftliches Zusammenleben aller Bürger unserer Stadt und für eine Zukunft in Frieden demonstriert. Im Demonstrationenzug der IG Metall sah man Transparente für das Wahlrecht für Ausländer unter dem Motto: „Gemeinsam leben, gemeinsam entscheiden, für eine gewerkschaftliche Zusammenarbeit in Europa" sowie Transparente und Plakate, die auf die Arbeitsplatzvernichtung in den verschiedenen Berliner Metallbetrieben hinwiesen.

Der DGB-Landesbezirksvorsitzende Michael Pagels verwies in seiner Rede auf die Situation in Berlin. Mehr als 100 000 Arbeitslose, mehr als 160 000 Sozialhilfeempfänger und 100 000 fehlende Wohnungen. Er forderte eine neue Politik für Berlin und machte deutlich, dass Schönfärberei den Arbeitnehmern in unserer Stadt nicht weiterhilft.

Das anschließende 1. Mai-Fest der Gewerkschaften fand wieder viel Anklang. Bei der IG Metall präsentierten Vertrauensleute und Betriebsräte der Firmen AEG Westinghouse, Daimler-Benz AG, Flohr Otis Siemens AG UB-IC/N SRL und Ford mit Infoständen.

Viele Gäste

Zum IG Metall-Pressetreff kamen viele Journalisten und Politiker, unter anderem der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper, Justizsenatorin Jutta Limbach, Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-See1, Innensenator Erich Pätzold, Wirtschaftssenator Peter Mitscherling, Bausenator Wolfgang Nagel und, nicht zu vergessen, Arbeitssenator Horst Wagner.

Für gute Unterhaltung auf der IG Metall-Bühne sorgten der IG Metall-Chor, Sidney's Blues Band mit New-Orleans-Jazz sowie die Rock'n'Roll-Band Petticoat.

Der gewerkschaftliche 1. Mai war wieder eine gute Verbindung von politischer Demonstration mit anschließender gemeinsamer Entspannung und Unterhaltung.

Vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit und stark steigender Produktivität, bekräftigten die Vertreterversammlung und die Tarifkommission die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Die Arbeitgeber wollten keine weitere Arbeitszeitverkürzung aber sie wollten den Samstag und Sonntag zum Regelarbeitstag machen. Die Position der Verwaltungsstelle war eindeutig, in einer breiten Umfrage unter allen Beschäftigten der Berliner Metall- und Elektroindustrie, gab es ein eindeutiges Votum: 94 Prozent der Berliner Metallerinnen und Metaller sprachen sich gegen Wochenendarbeit aus.

Aus Anlass des in Berlin stattfindenden Gewerkschaftstages vom 22. bis 28.10.1989 wurden zwei Doppelstockbusse mit dem Emblem der 35-Stunden-Woche lackiert, diese Busse fuhren als Werbung für die 35-Stunden-Woche durch Berlin.

Zum dritten Mal fand ein ordentlicher Gewerkschaftstag in Berlin statt, unsere Berliner Metallerinnen und Metaller begrüßten die Delegierten des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall und feierten gemeinsam mit den Delegierten unter dem Titel " IG Metall Open " eine riesige Veranstaltung in der Deutschlandhalle.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages wählten Manfred Foede, erster Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle, in den Vorstand der IG Metall und in das Präsidium des Gewerkschaftstages.

Die neu gewählte Ortsverwaltung, die gerade erst sieben Monate im Amt war, wollte nach dem Ende des Gewerkschaftstages in Berlin in mehreren Klausurtagungen die Arbeit für 1990 planen. Doch die Ereignisse überschlugen sich.

Am 11. September 1989 öffnet Ungarn seine Grenzen für alle DDR-Bürger. In der DDR finden in immer mehr Städten die Montagsdemonstrationen statt. Am 9. Oktober 1989 findet in Leipzig die größte Demonstration in der DDR seit dem Volksaufstand vom 17. 6. 53 statt. Die Menschen fordern eine demokratische Erneuerung: „Wir sind das Volk - keine Gewalt ".

Am 18. Oktober tritt der Staatschef Erich Honecker zurück und Egon Krenz wird zum neuen Generalsekretär des ZK der SED gewählt. Auf dem Gewerkschaftstag vom 22. bis 28. Oktober 1989 verabschiedet die IG Metall der Bundesrepublik Deutschland eine Resolution, in der sie die Hilfe beim Aufbau demokratischer Gewerkschaften anbietet.

Am 4. November demonstrieren fast eine Million Menschen in Ost-Berlin für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie für freie Wahlen.

In der Nacht vom 9. bis zum 10. November wurde die Mauer geöffnet und es entstand eine völlig neue politische Situation für Berlin (Bundesrepublik).

Von diesem Tag an herrschte fast an allen Tagen in der Verwaltungsstelle Berlin der Ausnahmezustand.

Die Berichterstattung zur gewerkschaftlichen Einheit in Berlin konnte nur unter den Umständen erfolgen, dass vorab der gewerkschaftliche Einigungsprozess aus der Sicht des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall dokumentiert wird (**Anlage 1**).

Tarifberichte (Auszüge) aus den Jahren 1990 und 1991 (neue Bundesländer)

Tarifbewegung 1990

Im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion und der sich anschließenden Wiedervereinigung fanden im Mai und Juni 1990 sowohl zwischen IG Metall Vorstand und Gesamtmetall als auch zwischen dem Zentralvorstand der IG Metall der DDR und den Unternehmensverbänden Metall- und Elektroindustrie der DDR Tarifgespräche statt.

Gegenstand dieser Tarifgespräche war:

1. Tarifstrukturen und Tarifverhandlungen in der DDR
2. Beschäftigungssicherung in der Metallwirtschaft unter Nutzung der Möglichkeiten des Arbeitsförderungsgesetzes für die DDR
3. Angleichung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen und der Tarifstrukturen an die Bundesrepublik Deutschland
4. Forderungen für die Übergangszeit ab dem 01.07.1990 bis zum Inkrafttreten neuer Tarifstrukturen

Es gab zwar auf Seiten der Arbeitgeber Bereitschaft, um zu Vereinbarungen zu kommen. Diese blieben jedoch hinter den Vorstellungen der IGM zurück, so dass die zentralen Ge-spräche am 28.06.1990 abgebrochen und regionale Verhandlungen aufgenommen wurden.

Forderungen

In allen Tarifgebieten - Berlin/Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen wurden regional Forderungen aufgestellt, die im wesentlichen folgenden Inhalt hatten:

- Beschäftigungssicherung und Qualifizierung
- Arbeitgeber-Zuschuss zum Kurzarbeitergeld
- Pauschale Anhebung der Löhne und Gehälter um DM 500,-brutto
- Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Arbeitnehmer zum 01.08.1990
- 20 Tage Jahresgrundurlaub für alle
- Übernahme der Tarifstrukturen der Partnerbezirke
- Lohnausgleich für alle.

Nach massiven Warnstreiks wurden in den einzelnen Tarifgebieten Verhandlungsergebnisse erzielt, die im Wesentlichen folgenden Inhalt hatten:

- Übernahme der Tarifstrukturen zum 1.4.1991
- Vereinbarung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden mit vollem Lohnausgleich
- Vereinbarung des Jahresgrundurlaubs auf mindestens 20 Arbeitstage für alle
- Vereinbarung über Kündigungsschutz und Qualifizierung bei Umstrukturierungsmaßnahmen (Kündigungsschutz bis 30.6.1991, betriebliche und regionale Qualifizierungskommissionen, Zuschuss zum Unterhaltsgeld- bzw. Kurzarbeitergeld auf 85 bzw. 90% des Nettoarbeitsentgelts)
- Vereinbarung einer Pauschale für *Arbeiter und Angestellte*, jeweils monatlich brutto, ab 1.7.1990 von DM 250,00, ab 1.10.1990 von DM 300,00; für *Auszubildende* ab 1.7.1990 von DM 125,00, ab 1.10.1990 von DM 150,00;

Laufzeit: 31.12.1990

- Anerkennung der Tarifverträge nach Auflösung der IG Metall der DDR
- Maßregelungsklausel

Berlin/Brandenburg - 10./12.7.1990
3. Tarifverhandlung

Mecklenburg-Vorpommern - 13.7.1990
3. Tarifverhandlung

Sachsen - 18.7.1990
3. Tarifverhandlung

Sachsen-Anhalt - 13./14.7.1990
4. Tarifverhandlung

Thüringen - 16./17.7.1990
3. Tarifverhandlung

Im Herbst 1990 fanden Tarifverhandlungen zur Übernahme der Tarifstrukturen (insbesondere der Entgeltstrukturen) statt. Dabei wurden die lohn- und gehaltsbildenden tarifvertraglichen Regelungen der Partnertarifgebiete übertragen.

Tarifbewegung 1991

(neue Bundesländer)

Die Tarifvereinbarungen über Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen waren zum 31.12.1990 kündbar. Gleichzeitig stand die Übertragung der Rahmenregelungen zur Verhandlung.

Forderungen

In allen Tarifgebieten wurde eine Forderung nach Anhebung des materiellen Tarifniveaus auf 65% der Partnertarifgebiete und eine Übertragung der noch offenen Tarifbestimmungen gestellt.

Ablauf der Tarifbewegung

In der 5. Tarifverhandlung für Mecklenburg-Vorpommern legten die Arbeitgeber ein Angebot zur Angleichung der Löhne und Gehälter in einem Stufenplan bis 1994 vor.

Dieses Angebot wurde von der Tarifkommission abgelehnt. In der 8. Verhandlung am 28.02.1991 für Mecklenburg-Vorpommern kam es zu folgendem Ergebnis :

Löhne

ab 01. 04. 1991	DM 1.455,00 (62% der Lohngruppe 6)
ab 01. 04. 1992	71%
ab 01. 04. 1993	82%
ab 01. 01. 1994	82%
ab 01. 04. 1994	100%

Anbindung an das Lohnniveau des Tarifgebiets Schleswig-Holstein

Gehälter

ab 01. 04. 1991	DM 1.532,00 (58,6% der Gehaltsgruppe 4)
- Anfangsgehalt	
ab 01. 04. 1992	69%
ab 01.04. 1993	80%
ab 01. 04. 1994	80%
ab 01.04. 1994	100%

Anbindung an das Gehaltsniveau des Tarifgebiets Schleswig-Holstein

Ausbildungsvergütungen ab 01. 04. 1991

1. Ausbildungsjahr 420,00 DM
2. Ausbildungsjahr 470,00 DM
3. Ausbildungsjahr 520,00 DM
4. Ausbildungsjahr 570,00 DM

ab 01.04.1992	69 %
ab 01.04.1993	80 %
ab 01.04.1994	80 %
ab 01.04.1994	100 %

Anbindung an die Ausbildungsvergütungen des Tarifgebiets Schleswig-Holstein

Laufzeit der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen bis 31.03.1995 Besitzstandsicherung

Leistungszulagen Arbeiter

ab 01.04.1991	5%
ab 01.04.1992	7%
ab 01.04.1993	10%
ab 01.04.1995	16%

Leistungszulagen Angestellte

ab 01.04.1993	2%
ab 01.04.1994	4%
ab 01.04.1995	6%

Leistungslohnabsicherung 115% Übernahme der Manteltarifvertragsbestimmungen

Arbeitszeit

01.04.1994	39 Stunden
01.10.1996	38 Stunden

Urlaub

1992	24 Arbeitstage
1993	26 Arbeitstage
1994	27 Arbeitstage
1995	29 Arbeitstage
1996	30 Arbeitstage

Urlaubsgeld

ab 01.01.-1995 50% je Urlaubstag

Laufzeit: 31.12.1998

Betriebliche Sonderzahlungen:

	Dauer der Betriebszugehörigkeit	Arbeiter/ Angestellte	Auszubildende (*)
ab 01.01.1991	6 Monate	20%	20%
ab 01.01.1992	6 Monate	20%	30
	12 Monate	30%	
ab 01.01.1993	6 Monate	20%	40%
	12 Monate	30%	
	24 Monate	40%	
ab 01.01.1994	6 Monate	20%	50%
	12 Monate	30%	
	24 Monate	40%	
	36 Monate	50 %	

eines Monatsverdienstes

(*) Für Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis mindestens 3 Monate besteht, sind betriebliche Vereinbarungen über eine Sonderzahlung anzustreben.

Laufzeit: 31.12.1998

Verhandlungsverpflichtungen:

Kurzarbeit, Kündigungsschutz und Verdienstsicherung für ältere Arbeitnehmer.

Förderung von Umschulung, Qualifizierung und Arbeitsbeschaffung.

Revisionsklausel

Die Tarifvertragsparteien können nach dem 01.01.1993 Verhandlungen über die Durchführbarkeit der Vereinbarungen aufnehmen.

Für die übrigen Tarifgebiete wurden auf der Grundlage dieses Ergebnisses ebenfalls Verhandlungsergebnisse erzielt und zwar

Berlin/Brandenburg - 09./10.03.1991
6. Tarifverhandlung

Mecklenburg-Vorpommern - 28.02.1991
8. Tarifverhandlung

Sachsen - 06.03.1991
5. Tarifverhandlung

Sachsen-Anhalt - 06.03.1991
6. Tarifverhandlung

Thüringen - 08.03.1991
5. Tarifverhandlung

Zeittafel

- 11.09.1989 Ungarn öffnet seine Grenze für alle DDR-Bürger
- 19.09.1989 Das „Neue Forum“ beantragt die offizielle Zulassung.
- 07.10.1989 Sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet.
- 09.10.1989 Auf dem Karl-Marx-Platz in Leipzig kommt es zur größten Demonstration in der DDR seit dem Volksaufstand vom 17.6.1953. Die Menschen fordern eine demokratische Erneuerung: „Wir sind das Volk - keine Gewalt“.
- 18.10.1989 Rücktritt von Staatschef Erich Honecker und Wahl von Egon Krenz zum neuen Generalsekretär des ZK der SED.
- 22.10. -
28.10.1989 Im Rahmen ihres 16. ordentlichen Gewerkschaftstages verabschiedete die IG Metall eine Resolution, in der die neue Entwicklung in der DDR begrüßt und Hilfe für den Aufbau demokratischer Gewerkschaften angeboten wurde. „Die nach dem Industrieprinzip organisierte Einheitsgewerkschaft ist kein Weitmodell. Aber wir werden unsere Erfahrungen und unsere Vorstellungen dort zur Verfügung stellen, wo sie von Nutzen sein können.“
Ort: Frankfurt/M.
- 04.11.1989 Etwa 1 Million Menschen demonstrieren in Ost-Berlin für Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie für freie Wahlen.
- 09.11.1989 Die DDR öffnet die Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin.
- 06.12.1989 Franz Steinkühler und der am 26.11.1989 neu gewählte Vorsitzende der IG Metall der DDR, Hartwig Bugiel, unterschreiben ein Sofortprogramm, um die praktische und partnerschaftliche Kooperation zwischen den beiden Organisationen auszubauen. Dieses Programm ist ein erster Einstieg zur konkreten Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitnehmerorganisationen. Vorgesehen werden Betriebspartnerschaften, gegenseitige Informationsangebote, gemeinsame Schulungen und Austauschprogramme
Ort: Berlin
- 06.12.1989 Egon Krenz (SED) tritt als Partei- und Staatsratsvorsitzender zurück.
Ort: Berlin / DDR
- 09.12.1989 Die Mitglieder des FDGB-Bundesvorstandes treten gemeinsam zurück. Die provisorische Leitung übernimmt ein Komitee, das die Einberufung eines außerordentlichen Kongresses vorbereiten soll.
Ort: Berlin / DDR

- 10.12.1989 Das neu konstituierte Vorbereitungskomitee des FDGB verabschiedet eine „Erklärung für eine grundlegende Erneuerung des FDGB als Gewerkschaftsbund freier und unabhängiger Industriegewerkschaften und Gewerkschaften in der DDR“. Nach einer kurzen Analyse der Unfähigkeit des FDGB, wirksame Reformen zu verwirklichen, benennt die Erklärung drei Ziele für die künftige Entwicklung der Gewerkschaftsarbeit:
Die Bildung von autonomen Industriegewerkschaften, ihr Zusammenschluss in einem föderativen Dachverband und die Verankerung von Gewerkschaftsrechten in einem Gewerkschaftsgesetz.
Ort: Berlin / DDR
- 31.01. -
01.02.1990 Außerordentlicher Kongress des FDGB. Zu den wichtigsten Beschlüssen zählt die Entscheidung, autonome Industriegewerkschaften zu bilden.
Darüber hinaus verabschieden die Delegierten die Forderung nach einem Gewerkschaftsgesetz und wählen einen neuen Bundesvorstand.
Ort: Berlin / DDR
- 12.02.1990 Der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB beschließt die Einrichtung einer Verbindungsstelle in Berlin.
Ort: Düsseldorf
- 20.02.1990 Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall verabschiedet ein Positionspapier „Weiterentwicklung der Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Gewerkschaftliche Perspektiven der Vereinigung der beiden deutschen Staaten“. Darin wird der Prozess der deutschen Vereinigung als Ausdruck des Selbstbestimmungsrechts der Menschen begrüßt. Dennoch wird die sofortige Verwirklichung der Währungsunion wegen des bestehenden Produktivitätsgefälles abgelehnt. Die IG Metall fordert Stall dessen einen Umbau der DDR-Wirtschaft unter Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretung.
Ort: Frankfurt/M.
- 27.02.1990 Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der IG Metall der Bundesrepublik und der IG Metall der DDR. Die IG Metall unterstützt die Reformbemühungen der IG Metall in der DDR. Zugleich kündigt sie die Einrichtung von Informations- und Beratungsbüros in Berlin, Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle, Erfurt, Rostock und Magdeburg an.
Ort: Frankfurt/M.
- 28.02.1990 Der geschäftsführende Bundesvorstand des DGB beschließt die Bereitstellung von 2 Millionen DM aus dem Solidaritätsfonds zur Finanzierung deutsch-deutscher Gewerkschaftskontakte. (Vgl. 12.2.90)
Ort: Düsseldorf
- 06.03.1990 Gewerkschaftsgesetz in der Volkskammer der DDR verabschiedet.
Ort: Berlin / DDR

- 07.03.1990 Der Bundesausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes verabschiedet eine EntschlieÙung zur deutschen Einheit. Darin erklärt der DGB seine Bereit-schaft, den Aufbau freier und unabhängiger Gewerkschaften in der DDR fortzusetzen und zu intensivieren.
Ort: Düsseldorf
- 09.03.1990 Gemeinsame Erklärung des DGB und der BDA zu einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialordnung in beiden deutschen Staaten.
Ort: Düsseldorf
- 18.03.1990 Wahlen zur Volkskammer der DDR. Dabei entfallen auf die CDU 40,8 %, auf die SPD 21,8 % und auf die PDS 16,4 % der abgegebenen Stimmen, bei einer Wahl-beteiligung von 90,4 %. Von den kleinen Parteien und Wählergruppen erhalten Deutsche Soziale Union (DSU) 6,4 %, Bund Freier Demokraten - Die Liberalen (BFD) 5,3 %, Bündnis 90 2,3 % und Demokratischer Aufbruch (DA) 0.9 %. Ei-ne Koalitionsregierung unter Beteiligung von CDU, SPD, DSU, DA und BFD wird gebildet, als Ministerpräsident wird Lothar de Maizière gewählt.
- 05.04.1990 Der FDGB und seine Gewerkschaften veranstalten mehrere GroÙkundgebungen, um gegen einen beabsichtigten Umtausch der DDR-Mark im Verhältnis 2:1 zu protestieren. Nach eigenen Angaben nehmen mehr als eine Million Gewerkschaf-ter und Gewerkschafterinnen daran teil.
Ort: Ost-Berlin, Leipzig, Dresden, Rostock, Frankfurt/Oder
- 18.04.1990 Der DGB-Bundesvorstand fasst einen Beschluss „Aufgaben des DGB im Zusam-menhang mit dem deutschen Einigungsprozess“, in dem die grundsätzliche Ziel-setzung der EntschlieÙung des DGB-Bundesausschusses vom 7. März 1990 kon-kretisiert wird.
Ort: Düsseldorf
- 08.05.1990 Der DGB-Bundesvorstand veröffentlicht eine Erklärung zur Neuordnung des Pro-duktivkapitals in der DDR. Darin wird das Prinzip der Vielfalt von Eigentumsfor-men hervorgehoben.
Ort: Düsseldorf
- 08.05.1990 In einem umfassenden Memorandum des Vorstandes der IG Metall zur sozialen Ausgestaltung des Prozesses der Einigung der beiden deutschen Staaten wird er-klärt, dass „die weiteren organisations-politischen Entscheidungen und organisato-rischen Schritte zur Schaffung einer einheitlichen Interessenvertretung auf den Zu-sammenschluss der IG Metall der DDR mit der IG Metall der BRD zielen, wobei die Erfahrungen und Kenntnisse der Arbeitnehmer der Metallwirtschaft in der DDR für den Aufbau einer starken und geeinten Gewerkschaft in Deutschland un-erlsslich sind.“ Ferner lehnt die IG Metall ein Gewerkschaftsgesetz ab, da freie und unabhängige Gewerkschaften keiner staatlichen Zwangsschlichtung unterwor-fen werden dürfen.
Ort: Frankfurt/M.

- 09.05.1990 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften im FDGB beschließen die Auflösung des FDGB. Zugleich bilden sie einen Sprecherrat, der die Vertretung der Gewerkschaften bis zur förmlichen Auflösung des FDGB übernimmt.
Ort: Berlin/DDR
- 27.05.1990 Die Vorstände der Metallgewerkschaften der Bundesrepublik und der DDR treffen eine Vereinbarung mit dem Ziel, die Gewerkschaftseinheit zum 1. Januar 1991 zu verwirklichen. Eine gemeinsame Kommission zur Durchführung der organisatorischen Vereinigung wird eingerichtet. Die IGM der DDR wird sich im September 1990 auflösen und ihre Mitglieder zum Eintritt in die IGM auffordern. Die IGM wird die notwendigen Satzungsänderungen auf einer außerordentlichen Konferenz im November beschließen.
Ort: Hamburg
- 28.05.1990 Der 14. ordentliche Bundeskongress des DGB verabschiedet einen Initiativantrag zur deutschen Einheit, in dem der DGB aufgefordert wird, die Mitgliedergewerkschaften in ihren Vereinigungsbemühungen in der DDR kräftig zu unterstützen.
Ort: Hamburg
- 11.06.1990 Der DGB-Bundesvorstand beschließt „Schritte zur Wahrnehmung von Aufgaben des Gewerkschaftsbundes im geeinten Deutschland“, insbesondere die Einrichtung von Regionalbüros in der DDR.
Ort: Düsseldorf
- 27.6.1990 Gemeinsame Erklärung des Parlamentarischen Staatssekretärs im Amt des Ministerpräsidenten, des Parlamentarischen Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit und Soziales und des Sprecherrates der Gewerkschaften zur Inkraftsetzung des Betriebsverfassungsgesetzes in der DDR.
Ort: Berlin/DDR
- 28.06.1990 Gewerkschaftsgesetz in der Volkskammer der DDR aufgehoben. (Vgl. 06.03.1990)
Ort: Berlin/DDR
- 02.07.1990 Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales der BRD veranstalten der Deutsche Gewerkschaftsbund die Deutsche Angestelltengewerkschaft sowie die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände einen Kongress „Qualifizierung für den Deutschen Arbeitsmarkt“.
Ort: Berlin
- 20.07.1990 Der Bundesvorstand des DGB legt seine sozialpolitischen Forderungen für den deutschen Einigungsprozess vor.
Ort: Düsseldorf
30. 07. 1990 Der Bundesvorstand des DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften der DDR legen ihre Forderungen an dem Einigungsvertrag vor.
Ort: Düsseldorf

- 13.08. -
12.10.1990 Auf der Grundlage des Bundespersonalvertretungsgesetzes der BRD finden Personalratswahlen in den fünf Ländern der DDR statt.
- 16.08.1990 Frauen in führenden Positionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik und der DDR sowie führende Politikerinnen der DDR fordern gesetzliche Absicherungen von Frauenrechten im Einigungsvertrag.
Ort: Berlin/DDR
- 20.08.1990 Der DGB und der Sprecherrat der Gewerkschaften und Industriegewerkschaften der DDR veröffentlichen eine Stellungnahme zum 1. Entwurf eines Vertrages zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertrag).
Ort: Düsseldorf
- 23.08.1990 Der Sprecherrat der 21 Industriegewerkschaften und Gewerkschaften der DDR wendet sich in Schreiben an die Volkskammerpräsidentin Bergmann-Pohl und den Ministerpräsidenten de Maiziere gegen die Gesetzesinitiative der DSU, das unter Regierungs-Treuhand stehende Vermögen von Parteien und gesellschaftlichen Organisationen zu enteignen.
Unabhängig davon hatte der Sprecherrat bereits Beschlüsse über das Gewerkschaftsvermögen gefasst, die den Kongressdelegierten am 14. September zur Bestätigung vorgelegt werden sollen.
Ort: Berlin/DDR
- 24.08.1990 Franz Steinkühler protestiert im Namen der Gewerkschaften gegen den Gesetzesentwurf der DSU-Fraktion in der Volkskammer, in dem das Vermögen des FDGB zur Enteignung freigegeben wird.
Ort: Frankfurt/Main
- 18.09.1990 Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz legen der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Meyer, und der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Murmann, eine Erklärung beider Organisationen „Für mehr Beschäftigung in der DDR“ vor.
Ort: Bonn
- 19.09.1990 Auf einem Symposium des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer, eine neue, vom Volk gebilligte Verfassung für Deutschland, in der Volksbegehren und Volksentscheid, Recht auf Arbeit, Umweltschutz und kommunales Wahlrecht für Ausländer verankert sind.
Ort: Düsseldorf
- 03.10.1990 Auflösung der DDR und Beitritt der fünf Länder zur Bundesrepublik Deutschland.
- 05.10.1990 Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft dazu auf, das vereinigte Deutschland sozial zu gestalten.
Ort: Düsseldorf

- 05.10. -
06.10.1990 Eine außerordentliche Zentraldelegiertenkonferenz der Industriegewerkschaft Metall (DDR) beschließt die Auflösung der Gewerkschaft zum 31. Dezember 1990. Die Delegierten fordern in einem offenen Brief die Mitglieder auf, „spätestens im November ihren Übertritt zur IG Metall des geeinten Deutschlands zu erklären“.
Ort: Bogensee
- 01.11. -
02.11.1990 Die IG Metall schafft auf ihrem zweiten außerordentlichen Gewerkschaftstag die notwendigen Satzungsgrundlagen für ihre Ausdehnung auf die fünf neuen Länder in Deutschland. Danach können Mitglieder der Industriegewerkschaft Metall der DDR und anderer DDR-Gewerkschaften ihren Beitritt zur IG Metall frühestens mit Wirkung ab 1. Januar 1991 erklären. Grundsätzlich wird die bisherige Mitgliedschaft in einer DDR-Gewerkschaft anerkannt. In Abweichung von der bis dahin geltenden Regelung haben die zuständigen Ortsverwaltungen bis zum 31. Dezember 1991 die Möglichkeit, die Aufnahme von Mitgliedern zu verweigern oder rückgängig zu machen. Neue, nicht übergetretene Mitglieder können auf Beschluss des Vorstandes in Bezug auf die Gewährung von Leistungen, die Ausübung von Rechten und die Übernahme von Wahlämtern den übrigen Mitgliedern gleichgestellt werden. Darüber hinaus wird der Vorstand der IG Metall ermächtigt, für die neu errichteten Verwaltungsstellen Geschäftsführer einzusetzen. „die bis zur Arbeitsaufnahme der von der Vertreterversammlung gewählten und vom Vorstand bestätigten geschäftsführenden Bevollmächtigten und Kassierer beziehungsweise Kassiererinnen deren Aufgaben wahrnehmen“.
- 04.12.1990 Der Bundesvorstand des DGB beschließt ein Handlungs- und Kampagnenkonzept für das Jahr 1991 mit dem Titel „Die soziale Einheit gestalten“.
Ort: Düsseldorf
- 04.12.1990 Der Bundesvorstand des DGB fasst auf seiner Sitzung den Beschluss, Sekretariate am Sitz der jeweiligen Landesregierung in den neuen Bundesländern einzurichten. Eine Entscheidung über die Einrichtung von Landesbezirken wird vertagt.
Ort: Düsseldorf
- 31.12.1990 Zum Jahresende meldet der Deutsche Gewerkschaftsbund einen Mitgliederstand von 7,9 Millionen in den alten Bundesländern. Für die neuen Bundesländer wird geschätzt, dass ca. 3,6 Millionen Beschäftigte einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt hätten oder bereits aufgenommen worden sind.
Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von ca. 11,5 Millionen. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft konnte ca. 550 000 Mitglieder gewinnen und der Deutsche Beamtenbund ca. 1 Million.
Ort: Berlin
- 01.01.1991 Beim Aufbau der IG Metall in den neuen Bundesländern werden zwei neue Bezirke und voraussichtlich 35 Verwaltungsstellen entstehen. Zum IG Metall-Bezirk Hamburg wird Mecklenburg/Vorpommern zugeordnet, zum Bezirk Hannover das Land Sachsen-Anhalt und für Thüringen ist der Bezirk Frankfurt am Main zuständig. Die Verwaltungsstelle Berlin und das Land Brandenburg bilden den neuen Bezirk Berlin, ebenso wird in Sachsen ein neuer Bezirk gebildet. Darüber hinaus

gibt die IG Metall bekannt, dass sie die ca. 600 hauptamtlichen Funktionäre der IG Metall in der DDR nicht übernehmen werde.

10.01.1991 Auf seiner Neujahrspressekonferenz lehnt der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer den Vorschlag seines Stellvertreters, Ulf Fink, ab, ein Prozent der Löhne und Gewinne für den Aufbau in den neuen Bundesländern zu verwenden. Ebenso äußerten sich die Gewerkschaften ÖTV und IG Metall in Stellungnahmen.
Ort: Düsseldorf

05.06.1991 Der Beirat der Industriegewerkschaft Metall schließt die Ausdehnung der Organisation auf das Territorium der ehemaligen DDR durch die Erweiterung des Vorstandes ab. Sechs neue ehrenamtliche Mitglieder aus den neuen Bundesländern, darunter eine Frau, werden in das Gremium hinein gewählt.
Ort: Frankfurt/M.

Die Entwicklung in Berlin

Nach dem Mauerfall gingen die Uhren in der Verwaltungsstelle Berlin etwas anders als die beim Vorstand in Frankfurt am Main.

Nachdem Hunderte ja, Tausende von Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil Berlins und aus Brandenburg in die Verwaltungsstelle kamen um sich Material zu holen, aber auch um Rat und Hilfe zu bekommen, mussten die Kolleginnen und Kollegen in den Gängen, auf dem Hof vor dem Eingang warten, das IG Metall Haus in der alten Jakobstraße war an vielen Tagen überfüllt.

Die Verwaltungsstelle musste die ehrenamtlichen Funktionäre um Hilfe bitten, denn anders war der Massenansturm nicht zu bewältigen.

Das gewerkschaftliche Zusammenwachsen der Mitglieder, d. h. der Basis, begann auch ohne dass Beschlüsse von irgendwelchen Gremien gefasst wurden.

Die Meinungen der IG Metall waren geteilt, wie das Zusammenwachsen organisiert werden sollte, aber auch wie die politischen Unterschiede egalisiert werden könnten.

In der DDR und im Ostteil Berlins wurde die Diskussion noch geführt, sollte es zwei IG Metalls in Deutschland geben, die zusammenarbeiten oder sollte es nur eine IG Metall geben, auf der Basis der Bundesrepublik Deutschland.

Die Ortsverwaltung diskutierte diese Situation ausführlich, mit dem Ergebnis, dass wir erste Kontakte mit Mitgliedern des Bezirksvorstandes der IG Metall Berlin-Ost knüpften.

Im November, Dezember 1989 gründete der DGB Landesvorstand mit dem FDGB-Vorstand Berlin einen Regionalausschuss, um die anstehenden Probleme gemeinsam zu erörtern.

In der ersten Sitzung lernten sich die Kollegen Manfred Foede, erster Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Berlin und Alfred Kunz, Vorsitzender der IG Metall Ostberlins kennen.

In Übereinstimmung stellten beide fest, dass die Diskussion im Regionalausschuss des DGB/FDGB zu weit weg von der Basis seien und zur besseren Koordinierung der Zukunft es richtiger wäre, einen Regionalausschuss für die IG Metall zu gründen, auf der Basis der Kolleginnen und Kollegen aus Brandenburg/Ost-Berlin und eben der Verwaltungsstelle Berlin.

Ein erstes vorbereitendes Treffen, das mit Delegierten von beiden Seiten besetzt war, fand am 11. Januar 1990 statt. Damit die Arbeit in den einzelnen Regionen nicht gegen die Gewerkschaftseinheit läuft, wurde der Regionalausschuss mit Vertretern der IG Metall Berlin-West, Ost, Potsdam, Frankfurt-Oder und Cottbus zur Koordinierung der zukünftigen Arbeit gegründet. Als paritätische Vorsitzende wurden die Kollegen Manfred Foede und Alfred Kunz gewählt. Ergebnis dieser ersten Sitzung war, wir wollen die Gewerkschaftseinheit.

Zur Unterstützung des Reformprozesses und zur Vorbereitung der angestrebten einheitlichen Interessenvertretung richtete die IG Metall mobile Informations- und Beratungsbüros zunächst in acht Städten der ehemaligen DDR ein. Einer dieser Bürobusse wurde in Ost-Berlin eingesetzt. Von unseren Sekretären stellte die Verwaltungsstelle Berlin den Kollegen Wolfgang Berger als Büroleiter für Ost-Berlin ab.

In Frankfurt wurde noch lange diskutiert, wie man neue Strukturen aufbauen könnte, ohne dass sie von "alten Seilschaften" beeinflusst werden. Den Ergebnissen vorwegnehmend haben wir in der Verwaltungsstelle mit den Kollegen in Ost-Berlin so getan als wenn die Einigung schon beschlossen sei. Die Kollegen aus dem Ostteil der Stadt hatten wir überall dort beteiligt, wo es die Regularien erlaubten.

Ein Ergebnis dieser Arbeit war, dass zum Jubiläum „100 Jahre 1. Mai“ in Berlin viele Kolleginnen und Kollegen aus weiten Teilen Brandenburgs und Ostberlins aktiv teilnahmen, wie z. B. die Sänger aus Finsterwalde. Dieser hundertste 1. Mai, an dem wir wieder gemeinsam, Ost- wie Westberlin, demonstrieren konnten, hatte für uns besondere Bedeutung bei der Vereinigung von Berlin.

Die Verwaltungsstelle Berlin beteiligte sich aktiv an den ersten Tarifverhandlungen der IG Metall-Ost.

Die neue IG Metall-Ost führte nunmehr die ersten freien Tarifverhandlungen, die neuen Arbeitgebervertreter der ehemaligen DDR gebärdeten sich schlimmer als ihre Lehrmeister aus dem Westen. In Ost-Berlin und Brandenburg mussten deshalb erste Warnstreikaktionen organisiert werden. Wir hatten aus diesem Anlass alle Betriebsratsvorsitzenden/BGL-Vors. aus Berlin und Brandenburg ins Kulturhaus von Bergmann Borsig zum Auftakt der ersten Tarifikämpfe eingeladen. Manfred Foede, der Erste Bevollmächtigte, vertrat seine alte Meinung und immer wieder die alte Tarifweisheit: Wir erhalten keine Tarifprozente, keine Zehntel wegen unserer guten Argumente. Jedes Zehntel, jede gute Vereinbarung wird durch die Geschlossenheit, die Stärke, die wir als Organisation zeigen, erkämpft. Diese Botschaft ist bei den Betriebsräten angekommen und wurde auch umgesetzt, bei der zweiten Tarifverhandlung demonstrierten erstmals aus Berlin und Brandenburg über 30.000 Metallerrinnen und Metaller in Ludwigsfelde am Ort der Verhandlung. Ein Tarifergebnis war noch außer Sicht und die Warnstreiks und Kundgebungen mussten verstärkt werden. Allein am 5. und 6. Juli 1990 beteiligten sich 120.000 an den Aktionen, davon 60.000 im Ostteil unserer Stadt. Die größte Kundgebung war im Industriegebiet Oberschöne-weide/Köpenick.

Diese Aktionen und die über 3000 Gewerkschafter am Verhandlungsort am 9. Juli 1990 vor dem Kongreßzentrum in Berlin beeindruckten die neuen Arbeitgeber der DDR.

In einem Tarifmarathon nach fünfzig Stunden Verhandlung, teilweise mussten Mitglieder der Kommission ausgetauscht werden, wird ein Ergebnis erzielt.

Manfred Foede musste in der eigenen Kommission viele Diskussionen führen, um unseren Mitgliedern klarzumachen, dass Kündigungsschutz eine höhere Priorität haben muss als Lohn- und Gehaltserhöhungen, denn zukünftig einen Arbeitsplatz zu haben ist wichtiger als arbeitslos zu sein. Die Diskussionen wurden deshalb geführt, weil das Wort Arbeitslosigkeit für unsere Kollegen aus der DDR ein Fremdwort waren und sie bis dahin keine Vorstellung hatten, was Arbeitslosigkeit im Leben von Menschen bedeuten kann.

Das Ergebnis konnte sich sehen lassen, es wurde ein Kündigungsschutz vereinbart für 12/18 Monate und 21 Monate bei Qualifizierung, Lohn- und Gehaltserhöhung, Einführung der 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich und andere Einzelheiten wurden festgeschrieben. Am 16. Juli diskutierten mehr als 500 BGL'er und Betriebsratsmitglieder über dieses Verhandlungsergebnis und stimmten ihm mit großer Mehrheit zu.

Unsere Beteiligung als Verwaltungsstelle Berlin an dem Tarifikampf und mit dem Ergebnis hat das Ansehen der IG Metall in der DDR gestärkt. Nur mit wenigen Ausnahmen sind alle IG Metallmitglieder Ost der IG Metall West beigetreten.

Am 19. Dezember 1990 hatte wir über 70.000 IG Metall-Mitglieder aus dem Ostteil für den Übertritt in die IG Metall-West überzeugt.

Um Rechtssicherheit zu haben, musste jedes Mitglied zweimal unterschreiben, zum ersten bestätigen Sie Ihre Noch-Mitgliedschaft in der IG Metall-Ost, beim zweiten Mal unterschrieben Sie den Übertritt in die IG Metall-West; die Experten in Frankfurt/Main verordneten diese Vorgehensweise, denn nur so sei sichergestellt, dass die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland nicht die Nachfolgewerkschaft für den FDGB oder die IG Metall-Ost ist. Diese Vorsichtsmaßnahme wurde nötig, weil keiner mögliche Folgekosten zu diesem Zeitpunkt absehen konnte, auch wollte die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland nicht automatisch die Pensionen der bisher hauptamtlich Beschäftigten übernehmen. Auch waren die Folgekosten aus den FDGB-Heimen so unabsehbar, dass sich die IG Metall entschied, nicht Nachfolgeorganisation zu werden.

Die Position der Ortsverwaltung, mit der Vereinigung eine neue Vertreterversammlung wählen zu lassen und die daraus resultierenden Wahlen für Ortsverwaltung, Bevollmächtigte, etc. neu zu gestalten, wurde vom Vorstand in Frankfurt abgelehnt. Dort bestand die Angst, dass die Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil der Stadt mehr Delegierte auf Grund ihrer Mitgliederzahl von 70.000 hätten als die Westberliner mit 50.000 Mitglieder und demzufolge einen neuen Bevollmächtigten Ost wählen könnten und andere; und demzufolge musste die IG Metall-Verwaltungsstelle ihr Ortsstatut ändern und 250 zu den bestehenden 250 hinzuwählen.

Auch allen anderen Gremien wurde die doppelte Anzahl verordnet, d. h. überall wurde noch mal die gleiche Zahl aus dem Ostteil hinzugewählt.

Wie der Ablauf sich im einzelnen zur Vereinigung der beiden IG Metall Gewerkschaften aus dem Ost- und Westteil vollzogen hat, kann der nachstehenden Chronologie des Leiters der IG Metall-Ost, Alfred Kunz, entnommen werden:

Mit der Wende begann in der IG Metall Berlin (Ost) ein Prozess intensiver, den Mitgliedern zugewandter Arbeit. In vielen Auseinandersetzungen wurde die Haltung entwickelt, nicht mit vielen Worten und nur in Diskussion an Fragen der Bewältigung von Bisherigem heranzugehen, sondern durch Arbeit in der Gewerkschaft, durch sich offen stellen und nach vorn gerichtetes Handeln.

Davon ausgehend entstand der Grundsatz und das Handlungsmotiv:

Künftighin bedarf es für die Interessenvertretung der Metallerrinnen und Metaller einer starken IG Metall; deshalb helfen wir, den Mitgliedern verpflichtet, eine neue Kampfkraft zu schaffen.

Auf dem Wege in die Einheit Deutschlands wird ein kräftiger Beitrag für die Gewerkschaftseinheit getan.

Die von der IG Metall der Bundesrepublik Deutschlands und ihrer Verwaltungsstelle Berlin (West) dabei von Anfang an gebotene Hilfe und Unterstützung wurde genutzt und selbst aktiv gesucht. Nachfolgend sind einige, nach unserer Meinung, wichtige Arbeitsabschnitte und Einzelaktivitäten dieses Weges niedergeschrieben. (siehe Anlage 2)

Auch im Vereinigungszeitraum bis zum 31.12.1990 ging die Arbeit für den Westteil weiter. Auch im Westteil Berlins stand die Tarifpolitik, d.h. die Auseinandersetzung um die Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich im Mittelpunkt der Arbeit der Verwaltungsstelle Berlin.

In einer großen Funktionärskonferenz mit 500 Teilnehmern wurde der Beschluss gefasst, kein Tarifvertrag ohne das Festschreiben der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Vorausgegangen war in dieser Konferenz die Berichterstattung der Funktionäre aus den einzelnen Betrieben, die immer wieder beklagten, dass Entlassungen vorgesehen waren, Teile der Betriebe geschlossen werden sollten, bis hin dass einige Betriebsräte berichteten, dass Ihr Betrieb geschlossen oder verlagert werden soll, in die Bundesrepublik oder ins Ausland.

Die wirtschaftlichen Kenndaten und Prognosen für Berlin und die Berichterstattung der Betriebsräte aus den Betrieben veranlasste die Verwaltungsstelle Berlin, eine Konferenz zur Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik in der Metropole Berlin zu veranstalten. Zu dieser Konferenz kamen u. a. Heinz Dürr, damalige Vorstandsvorsitzender bei AEG, Dr. Peter Mitscherling, Senator für Wirtschaft in Berlin und viele andere, die über den Standort Berlin Aussagen machen konnten.

Die Positionen der Verwaltungsstelle Berlin sind in dem Einleitungsreferat des ersten Bevollmächtigten Manfred Foede auf dieser Konferenz hervorgehoben worden. (Anlage 3)

Die Tarifverhandlungen im Westteil der Stadt wurden fortgesetzt. Nach dem die erste Verhandlung ohne Ergebnis unterbrochen wurde, hatte die Verwaltungsstelle Berlin mit Info-Ständen, beginnend im März 1990, die Öffentlichkeit miteinbezogen und mit weiteren Flugblattaktionen auch die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben informiert.

In einer zentralen Konferenz zur 35-Stunden-Woche in Frankfurt, erklärten sich dann auch die anderen DGB-Gewerkschaften solidarisch mit der IG Metall, denn nur sie konnte Vorreiter für die 35-Stunden-Woche in Deutschland sein.

Das hatte auch in Berlin seine Auswirkungen, an den Info-Stand-Aktionen und weiteren Flugblattaktionen nahmen danach auch die anderen DGB-Gewerkschaften in Berlin teil.

In Berlin endete die Friedenspflicht am 31. März und gleich am folgenden 1. April radelten die Berliner Metallerinnen und Metaller in einer Fahrrad-Sternfahrt zum Platz der Republik, dort wurde der große Heißluftballon mit der Aufschrift der 35-Stunden-Woche gestartet. Diese Aktion fand viel Anklang bei der Bevölkerung, denn sie war umweltfreundlich.

Auch auf dem hundertsten 1. Mai lautete die zentrale Forderung der IG Metall, 35-Stunden-Woche jetzt.

Trotz vieler Warnstreiks in den Betrieben und Demonstrationen vor den Betrieben und auf Marktplätzen gab es in der 7. Verhandlung kein Ergebnis, die IG Metall hat die Verhandlungen nach wenigen Minuten abgebrochen, weil die Arbeitgeber kein verhandlungsfähiges Angebot unterbreitet hatten.

Daraufhin wurden die Warnstreiks und Demonstrationen/Kundgebungen verstärkt fortgesetzt und die Verwaltungsstelle Berlin organisierte ein großes Solidaritätsfest, um einen weiteren Höhepunkt in dieser Tarifaueinandersetzung zu setzen und den zu erwartenden Streiks eine gute Basis zu geben.

Zwei Tage vor dem Solidaritätsfest kam es dann doch noch auf dem Verhandlungsweg zu einem Ergebnis und dieses sah erstmalig in einem Tarifvertrag die Festschreibung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich in einem Stufenplan ab 1. Oktober 1995 vor.

Außerdem erhielten alle Beschäftigten eine sechsprozentige Lohn-, Gehalts- und Ausbildungsvergütungserhöhung.

Die Verwaltungsstelle hat dann das Solidaritätsfest genutzt, um allen, die zu dem Tarifergebnis beigetragen hatten, zu danken und stellte dieses unter das Motto „Das Wochenende bleibt frei - mehr Zeit für uns“.

Den Zweiten Höhepunkt für den Westteil der Stadt war die Auseinandersetzung um den Erhalt bzw. gegen den Abbau der Berlin-Förderung in Berlin.

Erstmals führte die Verwaltungsstelle Berlin im Herbst 1990 eine Betriebsrätekonferenz unter Beteiligung der Arbeitgeberverbände und Vertreter von einzelnen Geschäftsführungen aus den Berliner Betrieben durch. Es wurde eine gemeinsame Position erarbeitet, die Berlin-Förderung muss für Arbeitnehmer und Betriebe erhalten bleiben.

Nur kurze Zeit hielt diese gemeinsame Strategie, denn die Arbeitgeberverbände und die Geschäftsführungen der einzelnen Betriebe engagierten sich nicht mehr für den Erhalt der Berlin-Förderung.

Die Verwaltungsstelle Berlin organisierte noch Unterschriftenaktionen in den Betrieben und an Info-Ständen, aber sie musste feststellen, das Echo, auch bei den Arbeitnehmern, war geteilt. Erst später merkten die Arbeitnehmer, dass ihnen acht Prozent am Geld fehlt, da war es aber zu spät und es gab keine Möglichkeiten, diese Entscheidung der Regierung rückgängig zu machen.

Am 9. Oktober 1990 wählte der Vorstand der IG Metall in Frankfurt/Main zwei neue Bezirksleiter für die neuen Bezirke Sachsen und Berlin/Brandenburg.

Damit stand fest, dass die Verwaltungsstelle Berlin ab 1. Januar 1991 ihren Bezirkscharakter verliert und nunmehr die Tarifpolitik und andere Fragen von der Bezirksleitung koordiniert werden.

Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin beschloss im Herbst, dass an allen Veranstaltungen, Auseinandersetzungen, Demonstrationen, Kundgebungen nicht mehr nach Ost und West zu unterscheiden ist, sondern immer alle Funktionäre, Mitglieder, Kolleginnen und Kollegen, wo es möglich ist, einzuladen und als einheitliche Verwaltungsstelle draußen zu erscheinen.

In mehreren Protestveranstaltungen, unter anderem auch vor der Treuhandanstalt am Alexanderplatz, unter dem Motto „Betriebe sanieren - Arbeitsplätze sichern“, statt „Privatisierung und Arbeitsplatzvernichtung“, ging die Verwaltungsstelle an die Öffentlichkeit und hier waren erstmalig IG Metallfrauen und IG Metall aus beiden Teilen der Stadt beteiligt.

Die Verwaltungsstelle Berlin forderte Kanzler Kohl und Wirtschaftsminister Waigel auf, die paritätische Mitbestimmung in den Betrieben der Treuhandanstalt einzuführen und der Sanierung den eindeutigen Vorrang zu geben.

Die letzte Pressekonferenz im Dezember 1990 der Verwaltungsstelle Berlin zum Thema „Arbeitsplatzvernichtung im Ost- und Westteil der Stadt“ fand in der Presse hohe Beachtung.

Die Verwaltungsstelle Berlin wagte die Prognose, dass mindestens 38 Prozent der bestehenden Arbeitsplätze bedroht sind. Die Arbeitgeberverbände und die Politik bezeichneten die IG Metall als Schwarzmalerei und sie würde mit solchen Äußerungen Polemik betreiben und Unruhe in die Belegschaft bringen. (Nur drei Jahre später wurde die IG Metall bestätigt. Es waren weit mehr als 38 Prozent der Arbeitsplätze im Ostteil der Stadt vernichtet).

Die am 9. Mai 1990 neu gewählte Ortsverwaltung nahm ihre Arbeit am 19.6.1990 auf. Die Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Berlin hat die organisatorischen Voraussetzungen für die Arbeit in der Verwaltungsstelle diskutiert, hierzu gehörten die schwierigen Entscheidungen in der Personalpolitik.

Auch die Stadtteilarbeit musste neu für den Zeitraum ab 1.1. 1991 organisiert werden. Die Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall hatte nach dem Zweiten Weltkrieg das Stadtteilgruppenkonzept im Ortsstatut verankert.

Im Zuge der Vereinigung des West- und Ostteils der Stadt Berlin konnte deshalb diese bewährte Organisationsstruktur die Grundlage für eine Neustrukturierung bilden. Die 22 (Stadt-) Bezirke Berlins wurden zum 1.1.1991 in zehn Stadtteilgruppen zusammengefasst, von denen jeweils zwei eng zusammenarbeiten (Schaubild). Dieses Partnerschaftsprinzip spiegelte sich innerhalb der Stadtteilgruppenarbeit in Betriebspartnerschaften wieder; jede Stadtteilgruppe wird von einer Stadtteilgruppensekretärin/Sekretär betreut.

Eine so große Verwaltungsstelle wie Berlin mit über 100.000 Mitgliedern im Jahre 1991 kann nicht nur zentral verwaltet werden. Sie bedarf der aktiven Mitarbeit ihrer Funktionärinnen und Funktionäre und sie bedarf einer dezentralen Meinungs- und Willensbildung, dafür sind die Stadtteilgruppen das geeignete Forum.

Die Arbeit in der vereinigten Verwaltungsstelle begann im Januar 1991 wieder mit Tarifaufeinandersetzungen.

Die Verwaltungsstelle Berlin ist die einzige Verwaltungsstelle, in der alle Tarifkämpfe, ob für Tarifgebiet I (Alt West) oder im Tarifgebiet II (Alt Ost) stattfanden und noch stattfinden.

Die Tarifrunde Ost wurde mit der Forderung eingeleitet: 65 Prozent vom Westgehalt.

Im Februar wurde für den Westteil die Forderung nach einer zehnprozentigen Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen gestellt.

Nachdem für Tarifgebiet II nach drei Verhandlungen und dem Auslaufen der Friedenspflicht kein Ergebnis erzielt wurde, haben mehrere tausend Beschäftigte in Berlin-Oberschöne-weide für die Forderungen demonstriert.

Durch den Druck der Demonstrationen und Warnstreiks wurde am 10. März 1991 für das Tarifgebiet II ein Verhandlungsergebnis erzielt:

- Angleichung auf 100% der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütung auf das West-Niveau ab 1994
- Annäherung der Leistungszulagen auf West-Niveau (Tarifgebiet I)
- Sonderzahlungen und Urlaubsgeld werden angehoben und
- die Arbeitszeit wird ab 1996 auf eine 38-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich verkürzt.

Dieser Tariferfolg wurde von den Funktionären und Mitgliedern als großer Erfolg der IG Metall gewertet. Nur 14 Tage später wurden die Verhandlungen für das Tarifgebiet I (West) aufgenommen. Auch hier waren Warnstreiks, Demonstrationen und Kundgebungen notwendig. Durch den Druck von über 4000 Beschäftigten aus zwölf Betrieben, die an Warnstreikaktionen teilgenommen hatten, kam ein Tarifergebnis zustande. Dieses sah unter anderem Pauschalzahlungen, 6,7% mehr Lohn und Gehalt und die weitere Anhebung der unteren Lohngruppen vor.

Durch diese Tariferfolge und durch Neuaufnahmen, insbesondere aus dem Ostteil der Stadt, wurde die IG Metall Verwaltungsstelle Berlin zur mitgliederstärksten Verwaltungsstelle in Deutschland.

Um die Mitglieder betreuen zu können und die Strukturen aufzubauen musste das Personal in der Verwaltungsstelle drastisch angehoben werden (siehe Schaubild), von 41 auf 72 Beschäftigte. Jetzt kam es in der Verwaltungsstelle darauf an, die Gewerkschaftsarbeit in den neuen Betrieben im Ostteil der Stadt zu organisieren. So ging es um die Wahl der Betriebsräte und Vertrauensleute sowie um die Schulung und Anleitung der neu gewählten Funktionäre. Zur Bewältigung dieser Aufbauarbeit wurden weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Dem absehbaren Beschäftigungsrückgang und dem Mitgliederverlust Rechnung tragend, mussten erstmals befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Im Rechtsschutz gab es zeitweise 5 Zeitverträge. Mitte 1991 verzeichnete die Verwaltungsstelle Berlin die bislang höchste Beschäftigtenzahl (72 Beschäftigte). Die Mitgliederzahl und die Zahl der zu betreuenden Betriebe erreichte ebenfalls ihren vorläufigen Höchststand.

Betriebe mit Betriebsräten waren:

Handwerksbetriebe Ost
Handwerksbetriebe West

Industriebetriebe Ost
Industriebetriebe West

Beschäftigtenentwicklung Ost/West
1989 - 1992

Personalentwicklung in der IGM-Verwaltungsstelle Berlin
1989 - 1991

Bereich	30.6.1989	31.12.1990	31.12.1991
Gewerkschaftsführung	3	3	3
Gewerkschaftssekretäre u.-innen	9	11	19
Sekretariat, Büros, Empfang	12	13	16
Personalsachbearbeitung	1	1	1
MIDA	5	4	10
Buchhaltung, Kasse	3	--	4
Druckerei, Fahrer Hausmeister	3	3	4
Hausreinigung	5	6	7
Sonderkräfte	-	--	8
gesamt (incl. Teilzeitbeschäftigte)	41	45	72

Zum Jahresanfang 1991 formulierte der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Berlin Kollege Manfred Foede:

**Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,**

das Jahr 1991 wird in der Geschichte unserer Organisation von zwei wesentlichen Daten geprägt sein.

Die IG Metall wird ihr 100jähriges Bestehen feiern und dies zum Anlass nehmen, über Erfolg, aber auch Misserfolge der organisierten Arbeiterbewegung in würdigem Rahmen nachzudenken. Das Jahr 1991 wird auch für die jetzt einheitliche IG Metall, nach über 40 Jahren Trennung, historische Bedeutung haben. Seit dem 1. Januar 1991 haben wir eine einheitliche Verwaltungsstelle Berlin. Wir wollen jetzt gemeinsam die Zukunft Berlins gestalten.

Die politischen Veränderungen aufgrund der letzten Wahlen stellen nicht nur den neuen Senat, sondern auch uns als Organisation vor große Herausforderungen.

Auch wenn wir oft von den politisch Verantwortlichen der Schwarzmalerei bezichtigt werden, werden wir uns auch in diesem Jahr nicht scheuen, die Wahrheit über die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Situation öffentlich darzustellen.

Berlin droht nicht nur im Ostteil, wie wir in einer repräsentativen Umfrage in Metall- und Elektrounternehmen festgestellt haben, eine Arbeitsplatzvernichtung in einem bisher ungeahnten Ausmaß, auch der Westteil von Berlin wird hiervon nicht verschont bleiben.

So sollen im Ostteil Berlins von den befragten Metall- und Elektrounternehmen, bei denen heute schon 20 Prozent weniger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als am 30. Juni 1990 tätig sind, bis zum 30. Juni 1991 weiteren 38 Prozent dieser Beschäftigten gekündigt werden. Die damit verbundenen sozialen Konflikte werden die erste Bewährungsprobe des neuen Senats sein.

Die IG Metall wird die Forderung zum Erhalt der Berlin-Förderung, zum Erhalt der industriellen Arbeitsplätze und des sozialen Besitzstandes in einem struktur- und wirtschaftspolitischen Forderungspaket der Öffentlichkeit vorzustellen.

Wir werden unsere Aufgabe, die sozialen Besitzstände unserer Mitglieder zu sichern, in den vor uns liegenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen bewältigen. Damit uns dies gelingt, ist Eure Unterstützung in diesem Kampf, wozu auch die Werbung neuer Mitglieder gehört, notwendig. Wir haben gemeinsam viel erreicht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

ich wünsche uns allen für das vor uns liegende Jahr Kraft, die Zukunft menschlich, offen und gerecht zu gestalten.

Mit freundlichen Grüßen

Euer Manfred Foede

In der Verwaltungsstelle fand 1991 die erste Vertreterversammlung nach dem neuen Ortsstatut statt. An ihr nahmen 500 Kolleginnen und Kollegen teil, ein Großteil der neuen Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Ostteil hinzu gewählt wurden, wollten auch das Wort ergreifen, so dass diese Vertreterversammlung aufgrund der Größe und der Zeitdauer dem von Gewerkschaftstagen nahe kam.

In dieser ersten Vertreterversammlung wurden acht weitere Beisitzer in die Ortsverwaltung gewählt und ebenfalls fanden andere Wahlen statt, damit alle Gremien die doppelte Zahl haben, d. h. die Hälfte West-, die andere Hälfte Ostkolleginnen und Kollegen.

Der 1. Mai 1991 war wieder ein Höhepunkt in der Arbeit der Verwaltungsstelle, trotz Regenschauer beteiligen sich mehrere tausend an dem Demonstrationzug vom IG Metall Haus erstmalig durch das Brandenburger Tor zum Platz der Republik (vor dem Reichstag). Erstmals führte die Demonstrationsroute wieder durch den Stadtbezirk Mitte.

Die Verwaltungsstelle Berlin bereitete sich für die 100 Jahrfeier intensiv vor.

Wochen und Monate vor dem Geburtstag wurden die Betriebsfunktionäre informiert, mit der Aufforderung sich an dieser Feier vor dem IG Metallhaus in Berlin zu beteiligen. Unter anderem auch mit dem Aufruf in der Zeitung "Metall".

„Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

die IG Metall feiert in diesem Jahr ihr 100jähriges Jubiläum. Wenn wir als Verwaltungsstelle Berlin diesen Zeitraum betrachten, so ist die Geschichte der IG Metall unmittelbar mit der Geschichte Berlins verbunden.

Seit Beginn der ersten industriellen Revolution, am Ende des vorigen Jahrhunderts, haben sich Metallerinnen und Metaller in ihrer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der Vorläuferorganisation der IG Metall, zusammengeschlossen. Ohne Euch Mitglieder und Funktionäre wären viele Erfolge, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, von damals über 50 Stunden, auf heute 37 Stunden, wie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle, ein Betriebsverfassungsgesetz und vieles mehr, das heute die Arbeits- und Lebensbedingungen beeinflusst, nicht möglich. Wir können auf unsere Erfolge, insbesondere in diesem Jahr, wo wir die einheitliche Interessenvertretung der IG Metall hergestellt haben, stolz sein. Natürlich konnten in diesen 100 Jahren nicht alle Ziele, die wir uns gesetzt haben, erfüllt werden.

Gerade heute, wo wir uns mit einem Arbeitsplatzabbau in der Berliner Metall- und Elektroindustrie auseinandersetzen müssen, ist Geschlossenheit gefordert. Ich möchte Euch alle, Eure Lebensgefährten, Freunde und Bekannten zu unserem Familienfest am 29. September 1991, aus Anlass des 100jährigen Geburtstages der IG Metall, einladen. Es wird viele Gelegenheiten geben, miteinander zu reden, sich zu informieren und gemeinsam auf eine bessere Zukunft anzustoßen.

Euer Manfred Foede“

Über 10.000 Besucherinnen und Besucher feierten am Sonntag den 29. September 1991 rund um das IG Metall Haus das große Familienfest zum hundertsten Geburtstag der IG Metall.

Über 1.700 Jubilare begingen im Rahmen der Jubiläumsveranstaltung der Verwaltungsstelle Berlin ihr persönliches Jubiläum, ihre 40-, 60-, 65-, 70- oder 75jährige Mitgliedschaft in der IG Metall. Zur Unterhaltung sorgt ein umfangreiches Kulturprogramm.

Die Arbeit der Treuhandanstalt beschäftigte die Verwaltungsstelle Berlin immer wieder.

Mit Empörung nahmen die Betriebsräte aus dem Ostteil der Stadt zur Kenntnis, dass die Treuhandanstalt ihren Betrieben untersagt hat, sich an Beschäftigungsgesellschaften zu beteiligen. Die Folge war, dass alle Beschäftigten, die in derartige Gesellschaften überführt wurden, vorher entlassen werden mussten und demzufolge später keine Ansprüche in Richtung Sozialplan o. ä. hätten.

Die Arbeit der Treuhandanstalt und der Politik in Bonn stand ebenfalls erneut in der Kritik.

In einer Betriebsrätekonferenz im Oktober 1991 stellte die IG Metall Verwaltungsstelle Berlin die " Darmstädter Thesen ", die IG Metall Position zur solidarischen Finanzierung und sozialen Gestaltung der deutschen Einheit vor. Unsere Vorstellung: In einer Treuhandholding sollen alle Betriebe eingebracht werden. Die Treuhandanstalt soll 25 Prozent der Anteile und die ehemalige Bevölkerung der DDR (Volkseigene Betriebe) soll 50 Prozent der Anteile erhalten. Die weiteren 25 Prozent sollten durch Fonds an gut verdienende über eine Sonderabgabe "Aufbau Ost" vergeben werden. Durchschnittsverdiener sollten die Möglichkeit haben ebenfalls Anteile zu erwerben. Die Regierung sollte eine Mindestverzinsung garantieren, die Verwaltungsstelle Berlin wollte über diesen Weg verhindern, das Westkonzerne die Betriebe in der ehemaligen DDR aufkaufen und sie nicht sanieren und sie kaputtmachen um Konkurrenten auszuschalten. Diese Thesen wurden von der Regierung als zweite Verstaatlichung abqualifiziert. Später wusste die Verwaltungsstelle warum: Die Lobby der Großindustrie hat gesiegt, denn das, was die IG Metall befürchtete, ist eingetreten. Die Betriebe wurden mehrheitlich aufgekauft um sie nicht zu sanieren, sondern um sie abzuwickeln und als Konkurrenten auszuschalten.

Anlage 1 - zu Kapitel XII -

1991 formulierte unser damaliger Vorsitzender, Kollege Franz Steinkühler:

„Im Jahre ihres hundertjährigen Jubiläums konnte die IG Metall den Aufbau einer freien, vom Mitgliederwillen abhängigen demokratischen Gewerkschaft in den fünf neuen Bundesländern abschließen. Damit ist eine entscheidende Voraussetzung für die wirkungsvolle Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft Deutschlands geschaffen - die einheitliche Industriegewerkschaft Metall.“

Auch die IG Metall ist auf ihrem 16. ordentlichen Gewerkschaftstag in Berlin von der Dramatik der Ereignisse in der DDR überrollt worden. Der vollständige Legitimationsverlust nahezu aller gesellschaftlicher Einrichtungen ließ dieses System innerlich zusammenbrechen. Die Demokratiebewegungen haben durch ihre friedliche Überwindung von Unterdrückung und Bespitzelung historische Verdienste erworben. Die FDGB-Gewerkschaft spielte in diesem Umbruch keine positive Rolle. Das ökonomische Desaster und die ökologischen Katastrophen, die zurückgeblieben sind, machen den Umbauprozess zu einer langfristigen Aufgabe von besonderem Gewicht.

Die Hypothek des „real existierenden Sozialismus“ und die zusätzliche Verschärfung der Lage durch falsche Weichenstellungen seitens der Bundesregierung machen das gemeinsame Handeln einer starken und durchsetzungsfähigen Gewerkschaft unverzichtbar.

Die Menschen in den fünf neuen Bundesländern, unsere rund 850.000 Mitglieder dort, haben einen Anspruch auf die Erfahrungen, die sich die IG Metall in der Bundesrepublik hat aneignen können.

Orientiert an den Grundwerten von Demokratie, Solidarität und Freiheit haben wir eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation für die Metallwirtschaft in Deutschland aufgebaut. Dies war nur möglich durch selbstloses Engagement von vielen Kolleginnen und Kollegen in den alten und neuen Bundesländern.

Die klare und eindeutige Entscheidung für eine auf diesen Grundwerten aufbauende gewerkschaftliche Organisation hat sich als richtig und zukunftsweisend erwiesen.

Durchsetzungsstark und mobilisierungsfähig ist die IG Metall nur dann, wenn sie das Vertrauen ihrer Mitglieder hat.

Eine demokratische und zugleich einheitliche Organisationsstruktur hat in der Einheitsgewerkschaft eine gute Tradition. Sie lebendig werden zu lassen, auch im geeinten Deutschland, ist Verpflichtung und Tagesaufgabe aller Mitglieder unserer Organisation.

Eine marktradikale und ideologisch verblendete Privatisierungspolitik hat Wunden geschlagen, die für die einheitliche IG Metall im Osten wie im Westen eine zentrale Herausforderung sind. Mit unseren Initiativen zur Sanierung der ostdeutschen Industrie, mit unseren Tarifverträgen, dem Aufbau betrieblicher Interessenvertretungen haben wir Beiträge und Vorschläge für die Gestaltung der sozialen Einheit geleistet.

Diese Zeit stellt ein historisch einmaliges Lehrstück dar. Den Aufbau einer freien, nur dem Mitgliederwillen verantwortlichen Gewerkschaft. Auch hierfür gibt es kein Beispiel.

Nachdem in gemeinsamer Kraftanstrengung durch unsere ost- und westdeutschen Mitglieder die IG Metall aufgebaut wurde, muss sich diese Organisation in der konkreten Interessenvertretung bewähren.

Der Aufbau einer freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in den neuen Bundesländern war nach 1989 die größte organisationspolitische Herausforderung für die Industriegewerkschaft Metall seit 1945. Dabei musste allen Beteiligten bewusst sein, dass es vom Gelingen dieses einmaligen organisationspolitischen Kraftaktes abhängen würde, ob die Voraussetzungen für eine wirksame Interessenvertretung sowohl in den fünf neuen Bundesländern wie auch in der alten Bundesrepublik gewahrt blieben.

Die Freude über die staatliche Einheit blieb nicht ungetrübt. In den neuen Bundesländern sind viele Hoffnungen, die zum Teil durch ein unverantwortliches Politikgerede ins Irreale verstärkt wurden, angesichts massenhafter Erfahrung von wirtschaftlicher Talfahrt, Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit zerbrochen.

Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion wurde nicht nur die D-Mark eingeführt, sondern das gesamte wirtschaftliche und soziale Regelungsinstrumentarium der Bundesrepublik Deutschland wurde auf das Gebiet der ehemaligen DDR übertragen. Sonderregelungen und Übergangsbestimmungen sollten dabei den Anpassungsprozeß erleichtern.

Es ist vielfältig darauf hingewiesen worden, dass es für die Transformation einer realsozialistischen Kommandowirtschaft hin zu einer sozial verfassten Marktwirtschaft kein historisches Beispiel gibt. Dies gilt ohne Einschränkung auch für die Transformation einer Gewerkschaftsbewegung, die sich als Planerfüllungshilfe einer Staatspartei verstanden hat, hin zu einer freien und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation, die konsequent und konfliktfähig Mitgliederinteressen vertritt.

Im Umbauprozess wurde der Aufbau einer wirkungsvollen und konfliktfähigen Gewerkschaft, die frei und unabhängig nur dem Mitgliederwillen verpflichtet ist, zu einer entscheidenden Voraussetzung für die Verwirklichung sozialer Einheit.

Die Menschen in den fünf neuen Bundesländern wurden einem historisch nie da gewesenen Experiment schlagartiger Marktöffnung zu Weltmarktbedingungen ausgesetzt. Die ökonomisch, technologisch und ökologisch maroden Industriestrukturen brachen in kürzester Frist zusammen, weil sich die unter realsozialistischen Sonderbedingungen entwickelten Produkte und Produktionsstrukturen in der harten Konkurrenz nicht behaupten konnten. Die Politik verschärfte die Tendenzen des Zusammenbruchs, weil sie im wirtschaftlichen Bereich hauptsächlich auf Privatisierung setzte, und damit den Zusammenbruch sanierungsfähiger Strukturen und Kerne beschleunigte.

In dieser Situation musste eine Gewerkschaft aufgebaut werden, die elementare Schutzfunktionen durch Tarifvertrag, durch die Organe der Betriebsverfassung, durch eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung im Betrieb, Unternehmen, Region und im Bereich der politischen Auseinandersetzungen verbinden konnte und abgestimmt organisierte.

Dabei wurde schnell offensichtlich, dass es in diesem dramatischen Umstellungsprozess ausgeschlossen war, den Menschen in den fünf neuen Bundesländern alte Strukturen, alte Kader als Interessenvertretungen zuzumuten. Der FDGB hatte ein Vertrauen bei den Arbeitnehmern verspielt. Die DDR-Gewerkschaften hatten sich im System des real existierenden Sozialismus als Herrschaftsinstrumente der SED verstanden und missbrauchen lassen.

Den breiten rechtlichen Möglichkeiten, die das DDR-System formal bot, waren sie in der Praxis ihrer interessenpolitischen Arbeit nicht gefolgt. Da die Gewerkschaften bis zuletzt unmittelbar in den Herrschaftsapparat von Staat und Partei einbezogen waren, kam aus dem Bereich der Gewerkschaften für die Wende und Erneuerung in der ehemaligen DDR kein nachhaltiger Impuls. Erst als sich im Zuge der Wendemanöver in der Staatsführung in den letzten Monaten Umbruchprozesse abzeichneten, mehrten sich endlich auch die Stimmen im FDGB, die auf Erneuerung setzten. Diese Anpassung an neues Denken hatte opportunistischen Charakter und ähnelte damit dem immer nachfolgenden Gehorsam, der an alte Zeiten erinnerte.

Gleichzeitig wurden Rufe aus den Betrieben stärker, die im Zuge der Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion die konsequente und bedingungslose Übernahme der gewerkschaftlichen Erfahrungen und Strukturen aus dem Westen Deutschlands forderten. Von der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland ging eine hohe Attraktivität aus, weil sie im Urteil von Betroffenen als durchsetzungsstark, konfliktfähig und erfolgreich gilt. Nicht der Abklatsch des alten wurde gefordert, die Menschen wollten an den historischen, politischen und gesellschaftlichen Erfahrungen einer erfolgreichen Gewerkschaft im sozialstaatlich temperierten Kapitalismus teilhaben. Dies war nur durch die Übertragung der gewerkschaftlichen Strukturen möglich, die in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in nahezu 100jähriger Gewerkschaftsgeschichte bei der Auseinandersetzung mit der Kapitaleseite, bei der Herausbildung von Schutz- und Gestaltungsnormen, bei der Ausgestaltung des Sozialstaates entwickelt worden sind. Dies bedeutete, dass es aus der Sicht der IG Metall keine Vereinigung im Sinne der Verbindung unterschiedlicher Strukturen geben konnte.

Zugleich bedeutete dies, dass angesichts der heftigen und unmissverständlichen Reaktionen aus den Betrieben auch eine Übernahme des Personals aus dem FDGB undenkbar war.

Diese Einsichten führten zu der prinzipiellen politischen Entscheidung, dass die IG Metall den Geltungsbereich ihrer Satzung auf die neuen Bundesländer ausdehnte. Damit eröffnete sich die Möglichkeit, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Metallwirtschaft der IG Metall beitraten. Die Wahl von Vertreterversammlungen und Ortsverwaltungen, die Wahl der Bevollmächtigten waren wichtige zentrale Punkte in diesem Gewerkschaftskonzept, das die demokratische Selbstbestimmung mit der Übernahme der historisch gewachsenen und erfolgreichen Strukturen verband.

Es war also nicht das hohe Tempo des Einigungsprozesses auf der staatlichen Ebene, sondern die Einsicht in erwartete inhaltliche Aufgaben und reale Forderungen aus den Betrieben, die zur Übernahme der Satzung und der Strukturen der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland führten. Dabei darf nicht übersehen werden, in welcher vielfältigen, teilweise überlagernden Anforderung sich der Aufbau der IG Metall im Osten Deutschlands vollzog. Es mussten gleichzeitig Vertretungsaufgaben wahrgenommen werden, auch wenn flächendeckend die Strukturen gewerkschaftlicher Interessenvertretung noch nicht aufgebaut und demokratisch legitimiert waren, die eine solche Politik effektiver machen.

Die Ereignisse und Anforderungen überschlugen sich. Mit der Übertragung der Arbeitsrechtsordnung der Bundesrepublik durch den ersten Staatsvertrag vom 18. Mai 1990 wurden völlig neue individuelle und kollektive Grundlagen gelegt. Es war ein ungeheurer personeller und organisatorischer Einsatz erforderlich, um den Beteiligungserfordernissen der Arbeits- und Sozialordnung zu entsprechen und gleichzeitig die gewerkschaftliche Organisation aufzubauen. Der rasche Aufbau einer leistungsfähigen Sozialversicherung und Arbeitsverwaltung machte die unverzügliche

Benennung von Vertreterinnen und Vertretern erforderlich. Die Tarifrunde musste beispielhaft die elementaren Lebensgrundlagen sichern, eine verlässliche Zukunftsperspektive ausweisen. Im Vergleich der unterschiedlichen Gewerkschaften zeigte sich, dass verschiedene Gewerkschaften, verschiedene Konzepte der Annäherung zu den FDGB-Organisationen und des einheitlichen Gewerkschaftsaufbaus verfolgt haben. Hierbei waren sowohl unterschiedliche organisationspolitische und strukturelle Rahmenbedingungen ausschlaggebend wie auch differenzierte politische Einschätzungen bedeutsam. Einschätzung und Ausgestaltung der Gewerkschaftseinheit waren nicht Resultat eines eindimensionalen historischen Prozesses in der Meinungs- und Willensbildung.

Sowohl Geschwindigkeit als auch Dramatik der Entwicklungsprozesse haben immer wieder eine kritische Reflexion und Überprüfung der organisationspolitischen Kursbestimmung erzwungen. In diesem Sinne ist auch der organisationspolitische Aufbau in den fünf neuen Bundesländern Ergebnis eines Lernprozesses, der im Folgenden unter den Gesichtspunkten seiner zentralen Ergebnisse aus der Sicht des Vorstandes der IG Metall dargelegt wird. In den Dokumenten wird deutlich, dass die prinzipielle Wertbindung an ein Gewerkschaftsverständnis leitend war, das die freie und unabhängige Interessenvertretung in den Vordergrund stellte. Zugleich wird deutlich, wie sehr die Positionen immer auch von den sich überschlagenden Ereignissen von manchen stark aktualitätsbedingt geprägten Strömungen beeinflusst waren. Dieses enge Verhältnis von Grundsatzorientierung einerseits, aktuellem Zeitbezug andererseits, prägen auch die hier vorgelegten Dokumente.

Am 22. November 1989, nur wenige Tage nach der Öffnung der DDR-Grenzen, wurde in Frankfurt, anlässlich der Fortsetzung des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages vom Oktober 1989 in Berlin eine Resolution verabschiedet, in der die IG Metall die neue Entwicklung in der DDR begrüßte und Hilfe anbot.

„Wir erhoffen von der Entwicklung in der DDR eine Stärkung des Gedankens der gesellschaftlichen Demokratie. Der Kampf der Menschen in der DDR für eine neue Wirtschaftsordnung, für Meinungsfreiheit und umfassende Mitbestimmung auf allen Ebenen hat auch für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in Europa erstrangige Bedeutung. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie in der DDR muss von uns unterstützt und gleichzeitig bei uns und in Europa der Verwirklichung näher gebracht werden. Die IG Metall will ihre Erfahrungen einbringen. Sie will gleichzeitig lernen und ihre eigenen Vorstellungen weiterentwickeln. Ihre Unterstützung für den Fortschritt in der DDR ist dann am stärksten, wenn auch bei uns eine Bewegung für sozialen Fortschritt in Europa entsteht.

Wir fordern eine Stärkung des Prinzips der freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, einschließlich des Streikrechts. Wer in der DDR dieses kollektive Grundrecht einfordert, der kann die offene und schleichende Einschränkung dieses Rechts bei uns nicht billigen.“

Die folgenden Materialien dokumentieren den Aufbau der IG Metall in den neuen Bundesländern

16. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

Berlin, 22. bis 28. Oktober 1989

Resolution zur Entwicklung in der DDR

Wir sind Zeugen des wohl tiefsten Einschnitts in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die bisherige, auf Unfreiheit und Bevormundung, auf Zwang und die Missachtung elementarer Menschenrechte beruhende Ordnung in der DDR ist durch den geschlossenen, gewaltfreien Widerstand der Bevölkerung weitgehend zum Einsturz gebracht worden. Zu welcher neuen Ordnung

diese Entwicklung (wobei die Reisefreiheit für DDR-Bürger nur ein erstes Synonym ist) führen wird ist gegenwärtig kaum absehbar.

Der 16. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Metall wendet sich gegen die zahlreichen Versuche, vor allem von konservativen DDR-Bürgern, von außen Vorstellungen für Ihr politisches und wirtschaftliches System aufdrängen zu wollen oder sie mit ökonomischen umsetzen zu wollen.

Gleichzeitig verbinden die Delegierten mit der Demokratiebewegung in der DDR Hoffnungen und Erwartungen.

Diese sind auch für die Verhältnisse bei uns und in Europa von Bedeutung.

Wir erwarten entscheidend verbesserte Voraussetzungen für Frieden, Entspannung und Abrüstung in Mitteleuropa. Dies könnte endlich zu einer deutlichen Reduzierung der Waffenpotentiale und zum Verzicht auf neue Rüstungsprogramme führen, wie es von den Gewerkschaften seit Jahren gefordert wird.

Die IG Metall will mit Arbeitnehmern und Gewerkschaften, mit gesellschaftlichen Gruppen und Parteien über Vorstellungen und Erfahrungen im Bereich der Umstellung von Rüstungsproduktion auf sozial sinnvolle Produktion diskutieren.

Wir erhoffen uns von der Entwicklung in der DDR eine Stärkung des Gedankens der gesellschaftlichen Demokratie. Der Kampf der Menschen in der DDR für eine neue Wirtschaftsordnung. Für Meinungsfreiheit und umfassende Mitbestimmung auf allen Ebenen hat auch für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik und in Europa erstrangige Bedeutung. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie in der DDR muss von uns unterstützt werden.

Die IG Metall will ihre Erfahrungen einbringen. Sie will gleichzeitig lernen und ihre eigenen Vorstellungen weiterentwickeln. Unsere Unterstützung für den Fortschritt in der DDR ist dann am stärksten, wenn auch bei uns eine Bewegung für sozialen Fortschritt in Europa entsteht.

Wir fordern eine Stärkung des Prinzips der freien und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, einschließlich des Streikrechts. Wer in der DDR dieses kollektive Grundrecht einfordert, der kann die offene und schleichende Einschränkung dieses Rechts bei uns nicht billigen.

Die nach dem Industrieprinzip organisierte Einheitsgewerkschaft ist kein "Weltmodell". Aber wir werden unsere Erfahrungen und unsere Vorstellungen dort zur Verfügung stellen, wo sie von Nutzen sein können.

Denjenigen Bürgern der DDR, die sich entschließen, in der Bundesrepublik zu bleiben, bieten wir die Hilfe und den Schutz unserer gewerkschaftlichen Organisation. Die Entwicklung in der DDR wollen wir überall dort begleiten und unterstützen, wo sie zu mehr sozialer Demokratie und zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer beiträgt.

Die Delegierten des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages begrüßen die Bewegung, die die Menschen in der DDR von den starren Fronten der alten Politik weggebracht hat. Diese Bewegung muss auch auf weitere Länder übergreifen. Kleinmütige Ängste vor Änderungen des Bestehenden, Hoffnungen der Konservativen auf sozialen Rückschritt, wollen wir durch Verstärkung der Kontakte mit Kolleginnen und Kollegen der DDR und anderen osteuropäischen Ländern, durch Verstärkung der Information unserer Mitglieder und verstärkte Propagierung der gemeinsamen Ziele, begegnen.

Aus: Protokoll des 16. ordentlichen Gewerkschaftstages:

Sofortprogramm

Die Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland und die Industriegewerkschaft Metall der DDR haben folgende Formen der Zusammenarbeit vereinbart:

1. Zwischen den Belegschaftsvertretern vergleichbarer Betriebe in der Bundesrepublik und der DDR werden Betriebspartnerschaften angestrebt. In einem ersten Schritt werden 25 Partnerschaften gegründet. Ziel ist ein gegenseitiger Erfahrungsaustausch und konkrete praktische Hilfe für die Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR.
2. Es finden gemeinsame Schulungen und Lehrgänge zu konkreten betriebsbezogenen Themen statt. Gewerkschaftsvertreter und Gewerkschaftsvertreterinnen aus der Metallwirtschaft der DDR erhalten die Möglichkeit, an Seminaren der IG Metall in der Bundesrepublik teilzunehmen. Außerdem werden Seminare entwickelt, die den spezifischen Bedürfnissen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR Rechnung tragen. Die IG Metall in der Bundesrepublik wird die Möglichkeiten schaffen, dass Belegschaftsvertreter der DDR an Seminaren zur Arbeitsgestaltung (z.B. REFA-Lehrgängen) und anderen Lehrgängen teilnehmen können.
3. Zwischen den beiden Gewerkschaften werden Experten ausgetauscht zu Fragen der Organisationspolitik, wie beispielsweise der Finanzhoheit, der Mitgliederbetreuung, des Beitragswesens und der Qualifizierung hauptamtlicher Funktionäre.
4. Von besonderem Interesse sind Fragen der Tarifpolitik. Zu diesem Zweck findet im Januar 1990 eine Expertentagung statt.
5. Die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland bietet ein Trainerprogramm für Vertreter und Vertreterinnen der IG Metall aus der DDR an. In dieses Programm werden alle Ebenen der beiden Organisationen einbezogen.
6. Bei Lehrgängen in der IG Metall-Bildungsstätte Pichelssee (Berlin-West) werden künftig Lehrgangsteilnehmer zu Betriebsbesuchen in Metallbetriebe der DDR eingeladen. Dieses Programm ist ein erster Einstieg zur konkreten Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den beiden Arbeitnehmer-Organisationen. Im Lichte dieser Erfahrungen und vor dem Hintergrund der weiteren Entwicklung in der DDR soll dieses Programm weiter entwickelt und konkretisiert werden.

Berlin / Frankfurt, den 6. Dezember 1989

METALL PRESSEDIENST

12. Dezember 1989 - XXXVII / 203

IG Metall-Ost und -West vereinbaren Zusammenarbeit

Frankfurt (mpd) - Eine enge Zusammenarbeit haben die IG Metall der Bundesrepublik und die Metall-Gewerkschaft der DDR vereinbart. Vorgesehen sind Betriebspartnerschaften, gemeinsame Schulungen, der Austausch von Organisationsexperten und ein Trainer-Programm für Funktionäre der DDR-IG Metall. Hilfe für die Menschen in der DDR liege auch im wohlverstandenen Eigeninteresse der IG Metall-West, sagte IG Metall-Vorsitzender Franz Steinkühler am Dienstag in Frankfurt vor dem Beirat seiner Organisation bei der Vorstellung eines entsprechenden Abkommens mit der IG Metall-Ost. Steinkühler: „In jedem Betrieb, in dem mit deutschem Kapital Joint-Venture gebildet werden, wollen wir vor den Unternehmern da sein.“ Die IG Metall wolle, dass westdeutsche Unternehmen in der DDR auf starke, freie und unabhängige Gewerkschaften mit Tarifautonomie und Streikrecht treffen.

Die IG Metall der Bundesrepublik biete ihrer Schwesterorganisation in der DDR „Rat und Tat“ an, damit diese zu einer wirksamen gewerkschaftlichen Interessenvertretung, frei von parteipolitischer und staatlicher Bevormundung werden. Steinkühler berichtete von einem Gespräch mit dem neu gewählten Vorsitzenden der DDR-IG Metall, Hartwig Bugiel, der in einer Kampfabstimmung direkt aus einem Betrieb an die Spitze seiner Gewerkschaft gewählt worden sei, weil er ein überzeugendes Konzept für freie und unabhängige Gewerkschaften vorgelegt habe. Aus diesem und aus weiteren Gesprächen in DDR-Betrieben habe er die Erkenntnis gewonnen, dass *die* Arbeitnehmer der DDR konkrete Hilfen zur Gestaltung ihres betrieblichen Alltags erwarten. Die IG Metall der Bundesrepublik wolle, dass die Veränderungen in der DDR nicht an mangelnder Unterstützung scheitern. Steinkühler: „Deshalb tun wir als IG Metall mehr, als nur darüber zu reden, was getan werden könnte.“

Im Mittelpunkt der künftigen Zusammenarbeit stehen Partnerschaften zwischen Belegschaftsvertretern aus Metallbetrieben der Bundesrepublik und der DDR. Mit einem ersten Schritt sollen 25 Partnerschaften zwischen Betrieben mit einer vergleichbaren Produktionsstruktur und ähnlicher Betriebsgröße gebildet werden. Die bundesdeutsche IG Metall will nach Angaben Steinkühlers dabei ihre Erfahrungen mit Betriebsräten, Wirtschaftsausschüssen, Aufsichtsräten, Lohn- und Akkord-Kommissionen sowie ihre Erfahrung aus der täglichen Produktion anbieten. Außerdem wird die IG Metall ihre Seminare für Arbeitnehmer aus DDR-Betrieben öffnen, bei Bedarf eigene Seminare für die spezifischen Bedürfnisse der DDR-Arbeitnehmer entwickeln und Belegschaftsvertretern aus DDR-Betrieben die Möglichkeit eröffnen, weitere praxisbezogene Bildungsangebote in der Bundesrepublik wahrzunehmen.

Da die IG Metall der DDR erklärtermaßen zu einer selbstständigen Gewerkschaft mit Tarifautonomie, Finanzhoheit, eigenen Schulen und Publikationen werden wolle und dies notfalls auch in einem harten Konflikt mit dem FDGB durchzusetzen beabsichtige, werde ihr die bundesdeutsche IG Metall die erforderliche Beratung anbieten, beispielsweise durch den Austausch von Organisationsexperten und durch die Ausbildung haupt- und ehrenamtlicher Funktionäre in der Bundesrepublik, sagte Steinkühler.

Die bundesdeutsche IG Metall wolle sich bei diesem Sofortprogramm keineswegs pharisäerhaft als Samariter aufspielen, sondern handle im wohlverstandenen eigenen Interesse. Steinkühler: "Wir möchten nicht, dass die DDR zum Billig-Lohnland in Europa wird."

Die IG Metall wolle auch nicht, dass die DDR zur verlängerten Werkbank westdeutscher Konzerne und zum politischen Hinterland der Bundesrepublik wird. Auch dürften die Arbeitnehmer in der DDR nicht für Lohndrückerei und die Verschlechterung des Sozialstandards im Westen missbraucht werden.

Gemeinsame Erklärung

Am 27. Februar 1990 trafen sich der 1. Vorsitzende der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Franz Steinkühler und der Vorsitzende der IG Metall für die DDR, Hartwig Bugiel zu intensiven Beratungen in Frankfurt/Main. In Fortentwicklung des Sofortprogramms der beiden Metallgewerkschaften vom 6. 12.1989 erzielten sie Übereinstimmung in folgenden Punkten:

1. Beide Gewerkschaften unterstützen den Prozess der staatlichen Einheit Deutschlands. Sie darf jedoch nicht überhastet erfolgen, sondern muss sozial verträglich gestaltet werden. Die soziale Einheit Deutschlands muss parallel zur staatlichen und wirtschaftlichen Einheit ausgebaut werden. Die Einheit Deutschlands hat dem Wohl der Menschen zu dienen und ein friedliches Zusammenleben mit unseren Nachbarn zu ermöglichen. Die polnische Westgrenze ist unantastbar. Die Einheit Deutschlands ist nur denkbar, wenn sie in einen gesamteuropäischen Einigungsprozess eingebettet ist, der auch die Völker Osteuropas mit einschließt.
2. Ein geeintes Deutschland braucht starke, unabhängige, freie und geeinte Gewerkschaften. Im Zuge der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands wird eine einheitliche Interessenvertretung der Beschäftigten in der Metallwirtschaft angestrebt.
3. Neben den bereits arbeitenden Expertengruppen zu Fragen der Tarif-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit richten die beiden Metallgewerkschaften Arbeitsausschüsse zu folgenden Themen ein:
 - Satzungs- und Organisationsfragen
 - betriebliche Interessenvertretung
 - gewerkschaftliche Positionen zum staatlichen Einigungsprozess
4. Die IG Metall der DDR wird ihren begonnenen Reformprozess zu demokratischen, freien, unabhängigen Gewerkschaften mit Finanzhoheit, Tarifautonomie und Streikrecht fortsetzen. Auf allen Ebenen werden demokratisch legitimierte Vertreter gewählt.
5. Zur Unterstützung dieses Reformprozesses und zur Vorbereitung der angestrebten einheitlichen Interessenvertretung richtet die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland Informations- und Beratungsbüros zunächst in folgenden Städten ein:
 - Berlin
 - Leipzig
 - Dresden
 - Karl-Marx-Stadt
 - Halle
 - Erfurt
 - Rostock
 - Magdeburg
6. Wir bitten die Menschen in der DDR, ihr Land nicht zu verlassen, sondern am demokratischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der DDR mitzuwirken.

Der materielle Wohlstand und das Niveau der sozialen Sicherheit in der Bundesrepublik ist nicht das automatische Ergebnis einer nach marktwirtschaftlichen Prinzipien funktionierenden Ökonomie. Es ist vor allem das Resultat einer seit über 40 Jahren währenden Auseinandersetzung starker Gewerkschaften um sozialen Fortschritt, um Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und Einkommenserhöhung. Marktwirtschaft ist nur dann sozial, wenn sie durch den Sozialstaat und durch freie, unabhängige und starke Gewerkschaften begrenzt und ausgestaltet wird.

Wir fordern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR auf, den Gewerkschaften nicht den Rücken zu kehren, sondern sich aktiv am demokratischen Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung in der DDR zu beteiligen.

Frankfurt/Main, den 27. Februar 1990

METALL PRESSEDIENST
28. Februar 1990 - XXXVIII22

IG Metall eröffnet acht Büros in der DDR

Frankfurt (mpd) - Die IG Metall wird in acht Städten der DDR eigene Büros eröffnen. Wie der IG Metall-Vorsitzende, Franz Steinkühler, am Mittwoch nach einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der IG Metall-Ost, Hartwig Bugiel, mitteilte, will die bundesdeutsche Metallgewerkschaft damit den Reformprozess in den DDR-Gewerkschaften unterstützen und die angestrebte einheitliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer vorbereiten.

„Ein geeintes Deutschland braucht starke, unabhängige, freie und geeinte Gewerkschaften“, heißt es in einer von Steinkühler und Bugiel unterzeichneten Erklärung. Im Zuge der wirtschaftlichen und staatlichen Einheit Deutschlands werde eine einheitliche Interessenvertretung der Beschäftigten in der Metallwirtschaft angestrebt.

Die rund 2,7 Millionen Mitglieder starke bundesdeutsche IG Metall hat außerdem mit der rund 1,8 Millionen Mitglieder starken DDR-IG Metall Arbeitsausschüsse für Satzungs- und Organisationsfragen, betriebliche Interessenvertretung und zur Erarbeitung gewerkschaftlicher Positionen zum staatlichen Einigungsprozess verabredet. Bugiel hat nach Angaben Steinkühlers versichert, die DDR-IG Metall werde ihren begonnenen Reformprozess zur demokratischen, freien, unabhängigen Gewerkschaft mit Finanzhoheit, Tarifautonomie und Streikrecht fortsetzen. Auf allen Ebenen der DDR-Gewerkschaft würden demokratisch legitimierte Vertreter gewählt.

Steinkühler und Bugiel forderten die Arbeitnehmer in der DDR auf, den Gewerkschaften nicht den Rücken zu kehren, sondern sich aktiv am demokratischen Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung zu beteiligen, auch in der Bundesrepublik seien der materielle Wohlstand und das Niveau sozialer Sicherheit nicht das automatische Ergebnis einer nach marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierten Wirtschaft, sondern vor allem das Resultat einer seit 40 Jahren währenden Auseinandersetzung starker Gewerkschaften um sozialen Fortschritt, Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und höhere Einkommen.

Franz Steinkühler: Grußwort auf der zentralen Delegiertenkonferenz der IG Metall der DDR am 8. und 9. April 1990 in Bernau

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich bin heute zu Euch gekommen als der sichtbare Ausdruck von 2,7 Millionen Metallerinnen und Metallern aus der Bundesrepublik, die aus Solidarität aber auch aus wohlverstandem Eigeninteresse Euch Hilfe und Unterstützung anbieten.

Ich bin gekommen, um Euch zu sagen, dass die Arbeiter und Angestellten in einem geeinten Deutschland eine vereinte IG Metall brauchen.

Viele Menschen in der DDR fühlen sich um 40 Jahre ihres Lebens, um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Jetzt geht es darum zu verhindern, dass die Menschen in der DDR mit der Einführung der Währungsunion ein zweites Mal betrogen werden.

Deshalb unterstützen wir entschieden die Forderung nach einem Umtauschkurs von 1:1 nach vorne, also für Renten, für Löhne und andere Einkommen.

Die Menschen in der DDR meinen es ernst mit der Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie haben am 18. März 1990 in freien und geheimen Wahlen ein neues Parlament gewählt.

Die Wahlen sind zu respektieren, auch wenn ich nicht verhehle, dass ich mir ein anderes Ergebnis gewünscht hätte. Aber, dass diese Wahlen so ausgefallen sind, hat viel damit zu tun, dass die Menschen Hoffnungen setzen in die rasche Einheit der beiden deutschen Staaten und in die schnelle Einführung der DM.

Die Wähler in der Bundesrepublik wissen nach 40 Jahren Erfahrung, dass Wahlversprechen und konkrete Regierungspolitik häufig zwei Paar Stiefel sind.

Auch die Wähler der DDR müssten wissen, dass die Halbwertszeit von Politikerversprechen kurz ist.

Die Wähler in der DDR jedoch glaubten an das Wahlversprechen der Bonner Regierung und der Allianz-Parteien. Wer dieses Versprechen bricht, der enttäuscht sicherlich große Teile der Bevölkerung der DDR. Das wäre kein guter Start in die Demokratie in diesem Lande.

Aber die Wähler als solche dürfen auch in der DDR nicht erwarten, dass Gewerkschaften die Folgen ihres Wahlverhaltens korrigieren. Wir haben die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten, die natürlich auch Wähler waren bzw. sind.

Die Arbeiter und Angestellten in der DDR sind nicht fauler und nicht dümmer als die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Sie sind genauso fleißig und arbeiten genauso hart wie die Menschen bei uns. Sie dürfen jetzt nicht dafür bestraft werden dass sie in einer demokratischen und friedlichen Revolution das alte Regime zum Einsturz brachten.

Und es wird keinem verständlich zu machen sein, dass es den Arbeitnehmern nach der Revolution noch schlechter gehen soll als vorher.

In der DDR werden große Hoffnungen in die Einführung der Marktwirtschaft gesetzt. Ich will diese Hoffnungen niemandem nehmen, immerhin hat dieses Wirtschaftssystem bei uns unter anderen auch den höchsten Lebensstandard der Bevölkerung und vergleichbarer Industrienationen hervorgebracht. Aber ich weise darauf hin, dass der Wohlstand der Bundesrepublik und das zwar Lächer aufweisende aber alles in allem stabile soziale Netz nicht automatisches Ergebnis der Marktwirtschaft sind, sondern Resultat sozialer, vor allem gewerkschaftlicher Kämpfe.

Wenn Ihr die 100jährige Geschichte der Gewerkschaften betrachtet - beinahe 60 Jahre davon haben wir immerhin gemeinsam erlebt - dann musste jeder soziale Fortschritt in teilweise harten Auseinandersetzungen dem Kapital abgerungen werden. Der notwendige Abbau planwirtschaftlicher Hemmnisse darf nicht dazu führen, dass sich die wirtschaftlichen Kräfte hemmungslos ent-

fallen können. Zur Marktwirtschaft gehört auch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, die Verhinderung wirtschaftlicher Konzentration. Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie.

Marktwirtschaft wird erst dann sozial, wenn starke Gewerkschaften verhindern können, dass die dem Kapitalismus innewohnende Eigendynamik umschlägt in Unternehmerwillkür und Kapitalherrschaft.

Deshalb werden Gewerkschaften in der DDR zukünftig nicht weniger wichtig, sondern sie sind geradezu eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit und für einen Wohlstand, der für die Mehrheit der Menschen da ist und nicht nur eine Minderheit von Privilegierten.

Gerade die Diskussion um die Währungsunion zeigt: Die Interessen der Arbeiter und Angestellten werden weder von den Unternehmern noch von der Regierung wahrgenommen.

Dies müssen Arbeitnehmer schon selbst tun und dafür brauchen sie starke Gewerkschaften.

Ich weiß, dass viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der DDR dies noch nicht so klar erkannt haben. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass dem FDGB und seinen Gewerkschaften noch mit großen Vorbehalten, ja mit Misstrauen und zum Teil Ablehnung begegnet wird. Und ich kann das auch verstehen.

Diese in der Vergangenheit begründeten Vorbehalte abzubauen und dieses Misstrauen auszuräumen, ist vor allem Eure Aufgabe.

Dies kann nur gelingen, wenn die Gewerkschaften frei und unabhängig sind, wenn sie konsequent die Interessen der Arbeiter und Angestellten vertreten. Das Mitglied muss im Zentrum Eures Denkens und Handelns stehen.

Gewerkschaftliche Stärke begründet sich noch lange nicht aus einem hohen Organisationsgrad und ordentlichen Mitgliedsbeiträgen. Gewiss - dies alles ist unabdingbare Voraussetzung. Aber stark wird eine Bewegung erst, und das muss eine Gewerkschaft sein, wenn sich möglichst viele Mitglieder mit ihren persönlichen Zielen, Wünschen und Hoffnungen in dieser Gewerkschaft wieder finden, sich mit ihren Zielen und Aktionen identifizieren.

Dies bedeutet, Ihr müsst dort hingehen, wo die Mitglieder sind, in die Betriebe und in die Verwaltungen, in die Büros und an den konkreten Arbeitsplatz. Dort müsst Ihr die Sorgen aufgreifen, dort müsst Ihr Euch der Diskussion stellen und dort müsst Ihr Vertrauen erringen. Das heißt aber auch, dass sich Gewerkschaften durch nichts und niemanden aus den Betrieben drängen lassen dürfen.

Bei Euch wird zurzeit sehr intensiv die Frage diskutiert, was denn besser sei - BGL oder Betriebsräte. Ich halte dies nicht für die entscheidende Frage.

Viel wichtiger ist es doch zu fragen, welche Kompetenzen hat die betriebliche Interessenvertretung und wie ist der gewerkschaftliche Einfluss sicherzustellen.

In der Bundesrepublik sind Betriebsrat und Gewerkschaften de facto siamesische Zwillinge. Der eine ist ohne den anderen nicht denkbar. Die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte sind zugleich auch Vertrauensleute der Gewerkschaft im Betrieb. Im Bewusstsein vieler Belegschaftsangehöriger sind Betriebsrat und IG Metall ein und dasselbe.

Natürlich versucht die konservative Bundesregierung Standesorganisationen, Spalter und Splittergruppen durch eine Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes zu bevorzugen. In der Praxis ist es ihnen jedoch noch nie gelungen. Auch die gerade abgelaufenen Betriebsratswahlen wurden von der IG Metall mit um die 90 Prozent der BR-Mandate haushoch gewonnen.

Deshalb sage ich, ob BGL oder Betriebsrat, entscheidend ist das Vertrauen, dass die Belegschaften in die IG Metall setzen.

Im Übrigen: Ich gehe davon aus, dass das Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik relativ bald auch in der DDR gelten wird. Zumindest hat die SPD dies unter anderem zur Bedingung ihrer Regierungsbeteiligung gemacht.

Um so notwendiger ist es, dass Ihr den begonnenen Reformprozess konsequent fortsetzt und in den Betrieben und Verwaltungen Vertrauen erwerbt, damit Ihr die künftigen Betriebsratswahlen gewinnen könnt. Dabei könnt Ihr selbstverständlich damit rechnen, dass Euch die IG Metall der Bundesrepublik mit all unseren Erfahrungen nach Kräften unterstützen wird.

Die Erneuerung des Gewerkschaftswesens in der DDR kann nur über die Industriegewerkschaften von unten nach oben erfolgen. Eine wichtige Etappe habt Ihr bereits hinter Euch. Ihr habt Euch von der politischen und organisatorischen Vormundschaft des FDGB und damit der SED befreit.

Die IG Metall stand an der Spitze dieser Bewegung der Industriegewerkschaften nach Unabhängigkeit und Autonomie. Es war nicht zuletzt auch das ganz persönliche Verdienst von Hartwig Bugiel, dass Euch dies so schnell gelungen ist.

Ihr dürft jetzt nicht innehalten, sondern müsst mit gleicher Energie Euren eigenen Apparat erneuern und reformieren. Diese Zentraldelegiertenkonferenz ist die Wiedergeburt der IG Metall als autonome Gewerkschaft in der DDR.

Gewiss, man darf bei einer etwas mehr als eintägigen Konferenz die Erwartungen nicht zu hoch schrauben. Aber zumindest den zweiten Schritt Ihr machen. Dazu gehört die Verabschiedung eines Statuts, quasi Eurer Geburtsurkunde und die Wahl einer demokratisch legitimierten Führung.

Beides braucht Ihr, um handlungsfähig zu sein, um die schweren Aufgaben, die vor Euch liegen, zu bewältigen.

Die Wählerinnen und Wähler haben sich am 18. März 1990 für die deutsche Einheit entschieden. Es gibt wohl niemanden mehr in Ost und West, der daran zweifelt, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen wird.

Und ich denke, es gibt auch niemanden, der dann noch zwei Metallgewerkschaften in einem Deutschland für denkbar und wünschenswert hält.

Jetzt geht es darum, die Bedingungen, nicht zuletzt auch die sozialen Konditionen zu formulieren, unter denen dieser Prozess der Vereinigung der beiden deutschen Staaten stattfinden soll.

Deutsche Einheit muss mehr sein als die Vereinigung von Konzernen und Kombinat.

Deutsche Einheit muss die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen verbessern.

Deutsche Einheit darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hüben wie drüben gehen.

Deutsche Einheit darf nicht zur Entstehung eines vierten Reiches führen.

Deshalb muss die deutsche Einheit in den Prozess der europäischen Einigung eingebunden sein und deshalb muss auch die polnische Westgrenze ein für alle Mal anerkannt werden.

In einem vereinten Deutschland kommen auf die Arbeiter und Angestellten ganz neue und gravierende Herausforderungen zu.

Bei Euch geht es um Erhalt und Steigerung der Einkommen, um den Schutz vor Entlassungen und um die soziale Absicherung des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Bei uns geht es darum, Lohndrückerei und Deregulierung zu verhindern, dafür zu sorgen, dass es keinen sozialen Stillstand oder gar Sozialabbau gibt.

Aktuell kämpft die IG Metall in einer sehr schwierigen Tarifrunde um die Einführung der 35-Stunden-Woche, um den Erhalt des freien Wochenendes und um Lohn- und Gehaltssteigerungen. Wir hoffen, dass es doch noch zu einem Kompromiss am Verhandlungstisch kommt, aber die Blockadehaltung der Arbeitgeber macht einen Streik von Tag zu Tag wahrscheinlicher. Vom Ausgang dieser Auseinandersetzung wird es auch abhängen, wie stark die Gewerkschaften in einem vereinten Deutschland sein werden.

Um diesen Gefahren und Herausforderungen begegnen zu können, um die gewerkschaftlichen Schutz- und Gestaltungsaufgaben wirksam wahrnehmen zu können, ist die Vereinigung der beiden IG Metalls notwendig.

Ich kenne Eure Haltung hierzu und ich weiß um die Stimmung in den Betrieben. Dort will man die gewerkschaftliche Einheit möglichst bald.

Hier gibt es zwischen uns keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten, auch wir wollen die Einheit der beiden Metallgewerkschaften so schnell wie möglich. Aber ich füge hinzu: Wir wollen sie auch so gründlich wie möglich. Wir wollen die gewerkschaftliche Einheit nicht im Hopp-lahopp-Verfahren, wir wollen sie aber auch nicht künstlich verzögern.

Vordringlicher als die Diskussion in Vorstandsgremien um Satzungs- und Beitragsfragen ist mir die Gemeinsamkeit bei der Stärkung der betrieblichen Interessenvertretung, bei der Entwicklung von Lösungskonzepten für konkrete Probleme, sei es bei der Umstrukturierung von Kombinatn bei der Durchführung von Betriebsratswahlen oder der Führung von Tarifverhandlungen.

Die Arbeiter und Angestellten mussten bereits vor der formalen Einheit spüren, was einheitliche Interessenvertretung bedeutet, wo und wie die IG Metall der Bundesrepublik konkret helfen kann und wo auch unsere Kräfte nicht ausreichen. Auch dies gehört zu den gewerkschaftlichen Erfahrungen.

Deshalb haben wir auch den Schwerpunkt unserer Unterstützung auf die dezentrale Ebene gelegt, auf die Betriebspartnerschaften und auf die Einrichtung von Informations- und Beratungsbüros.

Dies heißt nicht, dass wir nicht auf der Ebene des Vorstandes helfen und beraten wollen. Das haben wir in der Vergangenheit bereits praktiziert und dies werden wir nach dieser Zentraldelegiertenkonferenz noch intensivieren.

Ich habe noch keine konkrete Zeitvorstellung bis wann die formale Einheit hergestellt sein wird. Der Fahrplan hängt auch ein Stück weit davon ab, wie schnell es mit der staatlichen Einheit vorangeht.

Ich habe aber einen Wunsch: Vom 2. bis 4. Juni 1991 feiern wir unser 100jähriges Bestehen. Ich möchte, dass wir dieses Jubiläum vereint und gemeinsam feiern können.

**Beschluss des Vorstandes der IG Metall für die Gewerkschaftseinheit.
Außerordentliche Vorstandssitzung am 24. Mai 1990 in Hamburg**

1. Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland unterstreicht im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ost und West die Notwendigkeit einer starken Einheitsgewerkschaft in einem Vereinten Deutschland. Angesichts der bevorstehenden Einführung der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zum 1. Juli 1990 muss dieses Ziel um so dringlicher verfolgt werden.

Die Gewerkschaftseinheit soll durch einen Beitritt der Mitglieder der IG Metall der DDR in die IG Metall der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden.

2. Der Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland erwartet, dass die IG Metall der DDR alle Voraussetzungen schafft, die einen Beitritt ihrer Mitglieder in die IG Metall für die Bundesrepublik ermöglichen. Dazu gehört auch die Neugliederung der Organisationsstruktur, unter Beachtung personeller und finanzieller Gesichtspunkte, die in Abstimmung mit der IG Metall der Bundesrepublik erfolgen soll.

Notwendig ist eine vollständige Übersicht über Finanz- und Personalsituation, Mitgliederbestand und -struktur und über die politische Situation der IG Metall der DDR.

Der Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland geht davon aus, dass die IG Metall der DDR keine Maßnahmen ergreift, die einen Beitritt erschweren oder behindern.

3. Der Vorstand beauftragt den 1. Vorsitzenden, den 2. Vorsitzenden und den Kassierer unverzüglich mit der IG Metall der DDR über Modalitäten und Zeitplan eines Beitritts ihrer Mitglieder Gespräche aufzunehmen.

Der Vorstand beauftragt die Vorgenannten, mit der IG Metall der DDR hierüber eine Vereinbarung auszuhandeln und dem Vorstand zur Beschlussfassung vorzulegen. Zur Unterstützung der Verhandlungskommission werden zur Vorklärung von Sach- und Fachfragen Unterkommissionen unter Beteiligung des Vorstandes, der Bezirke und Verwaltungsstellen gebildet.

4. Der Vorstand der IG Metall der Bundesrepublik beabsichtigt, für Herbst 1990 einen außerordentlichen Gewerkschaftstag einzuberufen, der die satzungsgemäßen Voraussetzungen für einen Beitritt schafft.

Er geht davon aus, dass die IG Metall der DDR ihrerseits auf einer Zentraldelegierten-Konferenz die Voraussetzungen für den Beitritt ihrer Mitglieder in die IG Metall der Bundesrepublik schafft.

5. Die IG Metall der Bundesrepublik wird die Informations- und Beratungstätigkeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft der DDR verstärkt fortsetzen, um den Prozess zur gewerkschaftlichen Vereinigung im Interesse aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirkungsvoll zu unterstützen.

Zentralvorstand der IG Metall
Außerordentliche zentrale Delegiertenkonferenz
5./ 6. Oktober 1990

Beschluss Nr.1
zur Auflösung der IG Metall der DDR

Die Einheit Deutschlands ist vollzogen.
Damit ist dem Willen der übergroßen Mehrheit der Bürger der ehemaligen DDR entsprochen.
Die Entwicklung des geeinten Deutschlands in einer gesamteuropäischen Atmosphäre des friedlichen Miteinanders unter Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen unserer Nachbarländer und der Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze braucht starke, unabhängige und freie Gewerkschaften. Für die soziale Gestaltung der Auswirkungen der Marktwirtschaft, das hat die 40jährige Geschichte der Bundesrepublik bewiesen, ist kontinuierliche Interessenvertretung durch erfahrene und starke Einzelgewerkschaften unabdingbar.

Die Verwirklichung der Gewerkschaftseinheit ist zwingend notwendig, um die einheitliche Interessenvertretung der Metallerrinnen und Metallerr zu sichern und keine Spaltung und damit Schwächung der Gewerkschaftsarbeit durch die Existenz von zwei Industriegewerkschaften Metall in Deutschland zuzulassen.

In mehr als 40 Jahren erfolgreicher Auseinandersetzungen um sozialen Fortschritt, Mitbestimmung, Arbeitszeitverkürzung und Einkommenserhöhung hat die IG Metall für die Bundesrepublik viele große Erfolge errungen, die den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der Metallwirtschaft der ehemaligen DDR zu Gute kommen werden.

Interessen der Mitgliedschaft sind nur dann durchsetzbar, wenn sich die Mitglieder selbst dafür engagieren.

Auch das ist eine Erfahrung der IG Metall für die BRD.

In Realisierung des Grundsatzantrages Nr.4 der 12. Zentraldelegiertenkonferenz und der Hamburger Vereinbarung der Vorstände der IG Metall für die BRD und der IG Metall der DDR vom 25. Mai 1990 beschließt die außerordentliche Zentraldelegiertenkonferenz gemäß Statut § 17 die Auflösung der IG Metall der DDR zum 31.12.1990, 24.00 Uhr.

Ab 1. Januar 1991 gibt es nur eine IG Metall in Deutschland!

Beschluss Nr.2

Mit der Auflösung der IG Metall der DDR zum 31.12.1990 darf es kein Vakuum bei der Interessenvertretung der Metallerrinnen und Metaller geben.

Die weitere Mitgliedschaft in der künftigen IG Metall des geeinten Deutschlands muss gesichert sein.

Die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland wandte sich deshalb an die Mitglieder der IG Metall auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, durch ihren persönlichen Übertritt die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie gleichberechtigt mit den 2,7 Mio. Mitgliedern in der Bundesrepublik ab 1. Januar 1991 an der Willensbildung der gemeinsamen Organisation teilnehmen können.

Diesen Aufruf begrüßen die Delegierten der außerordentlichen Zentraldelegiertenkonferenz und beauftragen alle gewählten Gewerkschaftsvertreter, die Gewinnung unserer Mitglieder für den Übertritt zur IG Metall des geeinten Deutschlands wirksam zu unterstützen und den gewollten Übertritt bis zum 1. Dezember 1990 zu sichern.

Beschluss Nr.3
zur Auflösung und Abwicklung des Vermögens der IG Metall der DDR

Zur Wahrung aller vermögensrechtlichen Interessen der IG Metall, insbesondere der treuhänderischen Verwaltung und Verfügung über dieses Vermögen, beschließen die Delegierten der Zentraldelegiertenkonferenz:

1. Die Liquidation erfolgt durch ein aus drei Personen bestehendes Gremium, zu dessen Mitgliedern
 - Hartwig Bugiel
 - Michael Blank-Abel
 - Gerhard Hörmannbestellt werden.

Bei Ausfall eines Liquidators haben die verbleibenden Liquidatoren und der Beirat einen neuen Liquidator mit Stimmenmehrheit zu benennen

2. Zur Kontrolle der Liquidatoren wird ein aus 5 Personen bestehender Beirat geschaffen, dessen Mitglieder für den Zeitraum der Abwicklung von der Zentraldelegiertenkonferenz gewählt werden.

Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu wählen. Die Liquidatoren sind verpflichtet unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen dem Beirat Bericht über die Abwicklung zu geben.

Der Beirat tritt mindestens 4mal im Jahr unter Einhaltung der 21 -kalendertäglichen Einladungspflicht zusammen.

Der Beirat wählt nach jeder Änderung seiner Zusammensetzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden, der den Beirat nach außen vertritt.

Der Beirat entscheidet mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Im übrigen, regelt der Beirat seine innere Ordnung durch eine Geschäftsordnung.

Die Mitglieder des Beirates haben Anspruch auf den Ersatz ihrer Auslagen.

3. Zu den Mitgliedern des Beirates werden für
 - Berlin/Brandenburg Schmidt, Brigitte
 - Mecklenburg/Vorpommern Klein, Rüdiger
 - Sachsen/Anhalt Milde, Lothar
 - Thüringen Sommerfeld, Romanbestellt.

Zu Ersatzmitgliedern werden für

- Berlin/Brandenburg Otto, Jürgen
 - Mecklenburg/Vorpommern Reinke, Hans-Dieter
 - Sachsen/Anhalt Ostermann, Monika
 - Sachsen Rühle, Klaus
 - Thüringen Wiegand, Hans-Werner
- bestellt.

4. Zum 31. Dezember 1990 ist eine Schlussbilanz nebst Aufwands- und Ertragsrechnung zu erstellen, die von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen und mit dem Testat des Prüfers zu veröffentlichen ist. Ferner haben die Liquidatoren zum Ende jedes folgenden Jahres einen Jahresabschluss zu erstellen und durch den Abschlussprüfer prüfen zu lassen.
5. Das Vermögen und die Verbindlichkeiten und alle heute und zukünftig damit verbundenen Rechte der Industriegewerkschaft Metall für die DDR werden treuhänderisch auf die Vermögensverwaltung der IG Metall GmbH (IGM) übertragen. Damit ist auch die Verfolgung und Durchsetzung der Rechte gegenüber dem in Liquidation befindlichen Freien Deutschen Gewerkschaftsbund die Wahrnehmung der Rechte in der Gewerkschaftlichen Vermögensverwaltungsgesellschaft „Märkisches Ufer“ mbH umfasst.
6. Nach Erfüllung der Verbindlichkeiten sind die verbleibenden Vermögenswerte gewerkschaftlicher Nutzung zuzuführen, insbesondere sind Immobilien zu erhalten, soweit dies für die gewerkschaftlichen Interessenvertretung der Arbeitnehmer der Metallwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erforderlich ist.
7. Bei Beendigung der Abwicklung ist das verbleibende Reinvermögen der ab 1. Januar 1991 auch für das Gebiet der ehemaligen DDR zuständigen IG Metall im Deutschen Gewerkschaftsbund zuzuführen.

Änderungen des Statuts der IG Metall der DDR auf der außerordentlichen Zentraldelegiertenkonferenz am 5./6. Oktober 1990 beschlossen:

1. § 2 Abschnitt 10

Statt: „Sie arbeitet mit allen im Dachverband der Gewerkschaften ... zusammen.“ neu:
„Sie arbeitet mit allen im DGB vereinigten bzw. ihm beitretenden IG/Gew. zusammen.“

2. § 5 - Überschrift

Statt: „Die Grundorganisationen der IG Metall“

neu: „Gewerkschaftliche Vertrauenskörper der IG Metall im Betrieb“

- Abschnitt 1: ersatzlos streichen

- Abschnitt 2: an Stelle des 1. Absatzes

neu: „Der Betrieb wird in Wirkungsbereiche eingeteilt.

Anzahl und Umfang der Wirkungsbereiche richten sich nach den betrieblichen Gegebenheiten. Die Größe des Wirkungsbereiches ist so zu bemessen, dass eine systematische und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit ermöglicht wird. Bestimmend ist die Zahl der Beschäftigten. Fünf Beschäftigte gelten in der Regel als unterste und 20 als oberste Grenze. Die Vertrauensleute werden von den Mitgliedern gewählt. Sie sind die Interessenvertreter und Sprecher...”

- Abschnitt 4:

neu: Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute eines Betriebes bilden den gewerkschaftlichen Vertrauenskörper. Sie wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, den Stellvertreter und weitere Mitglieder als Leitung des Vertrauenskörpers. Die Größe der Vertrauenskörperleitung wird im Einvernehmen mit der Gebietsgeschäftsstelle festgelegt;

Die Vertrauenskörperleitung hat insbesondere den Erfahrungsaustausch der Vertrauensleute sicher zustellen;

- mit den Vertrauensleuten Probleme und Mängel gewerkschaftlicher Interessenvertretung zu diskutieren und Arbeitsschwerpunkte zu entwickeln;
- über die Arbeit der Gebietsgeschäftsstellen zu informieren;
- die Arbeit des Vertrauenskörpers und der Vertrauensleute in ihren Wirkungsbereichen zu unterstützen und zur Verbesserung dieser Arbeit beizutragen; die Vertrauensleute bei der Mitgliederwerbung zu unterstützen sowie die satzungsgemäßen Beitragsleistungen aller Mitglieder sicherzustellen.

- Abschnitt 5 und 6; ersatzlos streichen.

3. § 6 - Abschnitt 7

- alt: „In allen ... arbeiten die Geschäftsstellen der IG Metall mit denen des Gewerkschaftsdachverbandes im Territorium zusammen.“
- neu: „In allen ... arbeiten die Geschäftsstellen der IG Metall mit den im DGBN vereinten bzw. ihm beitretenden IG/Gew. in den Territorien zusammen.“

4. § 9 - Abschnitt 2 c.

- neu: „Er arbeitet mit allen Zentralvorständen bzw. ihm beitretenden Industriegewerkschaften und Gewerkschaften in Fragen gesamtgewerkschaftlicher Interessenvertretung eng zusammen.“

Abschnitt 2 h: ersatzlos streichen, da das Erscheinen des Publikationsorgans „IG Metall“ eingestellt wird.

5. § 16 ersatzlos streichen

6. Durchgängig ist für „DDR“ zu formulieren: „... auf dem Gebiet der ehemaligen DDR“

Offener Brief

Ab 1. Januar 1991 gibt es in Deutschland nur eine IG Metall.

Diese Vereinbarung trafen die Vorstände der IG Metall der DDR und der BRD im Rahmen des Vereinigungsprozesses Deutschlands.

Alle unsererseits erforderlichen Voraussetzungen für die Gewerkschaftseinheit hat die Zentraldelegiertenkonferenz der Ost-IG-Metaller am 5./6. Oktober 1990 beschlossen.

Die 12. ZDK beschloss im April 1990 mit dem Statut die Bildung einer freien, unabhängigen Gewerkschaft zur Interessenvertretung der Metallertinnen und Metaller.

In der kurzen Zeit haben wir gemeinsam eine Organisation aufgebaut, die ihre erste Bewährungsprobe in den Tarifverhandlungen erfolgreich bestanden hat.

Uns stehen weitere soziale Kämpfe um unsere Interessen in einem geeinten Deutschland bevor. Erfolgreich zu bestehen, bedarf es einer einheitlichen IG Metall im geeinten Deutschland.

Die Delegierten der außerordentlichen Delegiertenkonferenz der IG Metall rufen alle Mitglieder auf, spätestens im November ihren Übertritt zur IG Metall des geeinten Deutschlands zu erklären.

Arbeitnehmer, Jugendliche und Auszubildende in der Metallbranche, die noch kein Mitglied einer Gewerkschaft waren, sollten diese Chance nutzen.

Die IG Metall für die BRD hat 40 Jahre erfolgreich die Interessen ihrer Mitglieder wahrgenommen.

Ab 1.1.1991 gelten für alle Mitglieder der IG Metall Deutschlands die gleichen Rechte und Pflichten.

Im Ostteil sind die Arbeitnehmer durch die Umstellung auf die Marktwirtschaft einer besonderen Belastungsprobe ausgesetzt.

Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit, niedrigere Löhne und Gehälter und wachsende Sozial- bzw. Steuerabgaben sowie längere Arbeitszeiten und weniger Erholungsurlaub als im Westen des vereinigten Deutschlands bestimmen unseren Alltag.

Der Kampf um gewerkschaftliche Rechte, um das Recht auf Arbeit, um bessere Tarifverträge und Mitbestimmung gewinnt immer mehr an Bedeutung für jeden einzelnen.

Die engagierte Arbeit unserer Vertrauensleute und ihrer betrieblichen Vertrauenskörperleitungen sind und bleiben wichtigste Voraussetzung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Positionen.

Ohne Gewerkschaften kein soziale Fortschritt!
Stärkt die IG Metall!

bildet eine starke Einheitsgewerkschaft für alle Beschäftigten der Metallwirtschaft!

6. Oktober 1990 Hartwig Bugiel

Auszug aus der Satzung der IG Metall

Beschlossen auf dem 16. ordentlichen Gewerkschaftstag in Berlin und Frankfurt und ergänzt durch Beschlüsse des 2. außerordentlichen Gewerkschaftstages in Bonn:

§35

Übergangsregelungen für die Ausweitung des Organisationsbereichs auf das Gebiet der ehemaligen DDR

Bis zum nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag gelten folgende Übergangsregelungen für den Bereich der ehemaligen DDR:

1. Wirtschaftszweige in der ehemaligen DDR gehören ungeachtet abweichender Bezeichnungen zum Organisationsbereich der IG Metall gemäß § 3 Ziffer 1 der Satzung, wenn es sich der Sache nach um einen der dort genannten Wirtschaftszweige handelt.
2. Mitglieder der IG Metall der DDR und anderer DDR-Gewerkschaften können durch Erklärung gegenüber dem Vorstand bzw. dessen Beauftragten ihren Beitritt zur IG Metall frühestens mit Wirkung ab 1.1.1991 erklären.
3. Die Absätze 3 bis 5 Ziffer 5 gelten mit der Maßgabe, dass die Frist, innerhalb derer die zuständige Ortsverwaltung die Aufnahme von Mitgliedern verweigern oder rückgängig machen kann, bis zum 31.12.1991 verlängert wird.
4. Soweit die Gewährung von Leistungen, Ausübung von Rechten und die Übernahme von Wahlämtern eine bestimmte Dauer der Mitgliedschaft in der IG Metall oder einer anderen Gewerkschaft und satzungsgemäßen Beitragsleistung während dieser Zeit voraussetzt, kann auf Beschluss des Vorstandes davon abgewichen werden.
5. Der Vorstand setzt für die neu errichteten Verwaltungsstellen beauftragte Geschäftsführer ein, die bis zur Arbeitsaufnahme der von der Vertreterversammlung gewählten und vom Vorstand bestätigten geschäftsführenden Bevollmächtigten und Kassierer bzw. Kassiererinnen deren Aufgaben wahrnehmen. Die Entscheidung hierüber kann bereits vor dem 1.1.1991 mit Wirkung ab diesem Zeitpunkt getroffen werden.
6. Der Vorstand beschließt für die zu bildenden Verwaltungsstellen ein vorläufiges Ortsstatut, das für die Wahlen der ersten Vertreterversammlung zugrunde zu legen und der ersten gewählten Vertreterversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen ist.
7. In Verwaltungsstellen, deren Zuständigkeit sich auf die Bereiche der ehemaligen DDR erweitert, ist das Ortsstatut anzupassen. Die Zahl der Beisitzer bzw. Beisitzerinnen in der Ortsverwaltung kann für die Dauer der laufenden Wahlperiode oder unbefristet erhöht werden. Nach Genehmigung des Ortsstatuts durch den Vorstand werden in dem Bereich der ehemaligen DDR Vertreter und Vertreterinnen und Beisitzer bzw. Beisitzerinnen nach Maßgabe des Ortsstatuts nachgewählt. Die Wahlvorschläge erfolgen durch die im Bereich der ehemaligen DDR organisierten Mitglieder.
8. Die erstmaligen Bezirkskonferenzen in den neuen Bezirken sind bis zum 31. Mai 1991 abzuhalten. Sie haben vorrangig folgende Aufgaben wahrzunehmen:

- Bestätigung der Mitglieder der Tarifkommissionen (§17 Ziffer 3f);
 - Wahl der vom Bezirk in den Beirat zu entsendenden Beiratsmitglieder (§17 Ziffer 3g);
 - Wahl der Bezirkskommission (§17 Ziffer 3g);
 - Vorschläge für Nachwahlen zum Vorstand (§18 Ziffer 1, Abs. 5);
 - Vorschläge für Nachwahlen zum Kontrollausschuss, sofern aus dem Bezirk noch kein Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss erfolgt ist (§ 21 Ziffer 3).
9. Die ordentlichen Bezirkskonferenzen in bestehenden Bezirken, die um Bereiche der ehemaligen DDR erweitert werden, sind ebenfalls bis zum 31. Mai 1991 abzuhalten. Diese Bezirkskonferenzen haben vorrangig die Aufgaben nach Ziffer 8 mit der Maßgabe wahrzunehmen, dass die Wahl der zusätzlichen Beiratsmitglieder und der Wahlvorschlag für die erforderlichen Nachwahlen zum Vorstand durch die im Bereich der ehemaligen DDR organisierten Mitglieder erfolgt.

In diesen Bezirken wird die Bezirkskommission um ein Mitglied erweitert. Dabei haben die Verwaltungsstellen in dem Bereich der ehemaligen DDR ein Vorschlagsrecht.

10. Die Amtszeit bzw. das Mandat in allen Wahlämtern endet nach dem nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag entsprechend den an das Inkrafttreten der neuen Satzung geknüpften Wahlvorschriften.
11. Die Zahl der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder beträgt 25. Die neu zu wählenden Vorstandsmitglieder werden vom Beirat auf Vorschlag der Bezirkskonferenzen gem. Ziffer 8 und 9 gewählt.
12. Die Zahl der Beisitzer des Kontrollausschusses beträgt 7. Das nachzuwählende Kontrollausschussmitglied wird vom Beirat auf Vorschlag der Bezirkskonferenz gewählt, aus deren Bezirk noch kein Wahlvorschlag für den Kontrollausschuss erfolgt ist.
13. Die Nachwahlen durch den Beirat gemäß Ziff. 11 und 12 erfolgen bis zum 30. Juni 1991.

Diese Übergangsregelungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Sie treten mit dem nächsten ordentlichen Gewerkschaftstag außer Kraft.

Rundschreiben des Vorstands Nr. 11/90

An die Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen!

Betreff: Einteilung der neuen Bundesländer in Bezirke und Verwaltungsstellen

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Auf der Grundlage der Beschlüsse des 2. außerordentlichen Gewerkschaftstages unserer Organisation hat der Vorstand in seiner Sitzung am 10. Dezember 1990 beschlossen, die neuen Bundesländer folgenden Bezirken zuzuordnen bzw. folgende Bezirke neu zu bilden:

Bezirk Berlin	Bundesländer Berlin und Brandenburg
Bezirk. Dresden	Bundesland Sachsen
Bezirk Frankfurt	Bundesland Thüringen
Bezirk Hamburg	Bundesland Mecklenburg-Vorpommern
Bezirk Hannover	Bundesland Sachsen-Anhalt

Innerhalb der neu geschaffenen bzw. neu geordneten Bezirke werden vorläufig folgende Verwaltungsstellen gebildet:

Bezirk Berlin

Verwaltungsstelle 651/671	Berlin
Verwaltungsstelle 672	Cottbus
Verwaltungsstelle 673	Eberswalde
Verwaltungsstelle 674	Finsterwalde
Verwaltungsstelle 675	Frankfurt/Oder
Verwaltungsstelle 678	Ludwigsfelde
Verwaltungsstelle 676	Oranienburg
Verwaltungsstelle 677	Potsdam

Bezirk Dresden

Verwaltungsstelle 871	Bautzen
Verwaltungsstelle 872	Chemnitz
Verwaltungsstelle 874	Döbeln-Grimma
Verwaltungsstelle 873	Dresden
Verwaltungsstelle 875	Leipzig
Verwaltungsstelle 878	Pirna
Verwaltungssteile 877	Riesa-Meißen
Verwaltungsstelle 876	Zschopau
Verwaltungsstelle 879	Zwickau

Bezirk Frankfurt

Verwaltungsstelle 271	Eisenach
Verwaltungsstelle 272	Erfliert

Verwaltungsstelle 273	Gera
Verwaltungsstelle 274	Jena
Verwaltungsstelle 275	Nordhausen
Verwaltungsstelle 276	Saalfeld
Verwaltungsstelle 278	Sonneberg
Verwaltungsstelle 277	Suhl

Bezirk Hamburg

Verwaltungsstelle 474	Neubrandenburg
Verwaltungsstelle 471	Rostock
Verwaltungsstelle 472	Schwerin
Verwaltungsstelle 473	Stralsund

Bezirk Hannover

Verwaltungsstelle 572	Aschersleben
Verwaltungsstelle 571	Dessau
Verwaltungsstelle 576	Halberstadt
Verwaltungsstelle 573	Halle
Verwaltungsstelle 574	Magdeburg
Verwaltungsstelle 575	Schönebeck

Schreiben Franz Steinkühler und Horst Klaus vom 24. August 1990:

An die Geschäftsleitungen der Betriebe der Metallwirtschaft in der DDR.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit dem 1. Juli 1990 gelten die betriebsverfassungs- und unternehmensrechtlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland auch für alle Betriebe, Unternehmen und Konzerne der Deutschen Demokratischen Republik.

Mit diesen gesetzlichen Regelungen werden die Rechtsverhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber neu gestaltet.

Die gemeinsame Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb wird im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 durch Betriebsräte erfolgen. Auf Unternehmensebene werden Arbeitnehmervertreter, die nach den Bestimmungen des Montanmitbestimmungsgesetzes 1951, des Mitbestimmungsgesetzes 1976 und des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt werden, Arbeitnehmerinteressen in den Aufsichtsräten wahrnehmen.

In allen diesen Gesetzen sind gewerkschaftliche Rechte festgeschrieben. Eine konstruktive Umsetzung dieser und anderer rechtlicher Regelungen liegt im Interesse aller Beteiligten in den Betrieben.

Nach der Verordnung zu Übergangsregelungen bis zur erstmaligen Wahl der Betriebsräte nach dem Betriebsverfassungsgesetz des Ministerrats der DDR vom 11. Juli 1990 müssen spätestens bis zum 30.6.1991 Betriebsräte auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Bis zur Wahl eines Betriebsrats nehmen Betriebsräte oder betriebliche gewerkschaftliche Interessenvertretungen, die nach demokratischen Grundsätzen in geheimer Abstimmung von der Mehrheit der Belegschaft vor dem 31. Oktober 1990 gewählt worden sind, die den Betriebsräten zustehenden Rechte und Pflichten wahr.

Seitens der Industriegewerkschaft Metall haben wir alle Maßnahmen ergriffen, um die erstmalige Wahl von Betriebsräten nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes korrekt vorzubereiten und durchzuführen. Dazu gehört die umfassende Information der Wahlberechtigten als auch die Schulung der Mitglieder von Wahlvorständen zur Betriebsratswahl.

Nach § 20 des Betriebsverfassungsgesetzes hat der Arbeitgeber die Kosten der Wahl zu tragen. Sachliche Mittel des Wahlvorstandes (z.B. Gesetzestexte und Kommentare, Formularmappen, Räume, Ausstattung von Wahllokalen usw.) gehören ebenso dazu, wie die Regel, das Versäumnis von Arbeitszeit, die zur Ausübung des Wahlrechts, zur Bestätigung im Wahlvorstand oder zur Tätigkeit als Vermittler (§18 a BetrVG) erforderlich ist ..." nicht zur Minderung des Arbeitsentgeltes führen darf.

Eine der ersten wichtigen Aufgaben, die der Wahlvorstand zur Betriebsratswahl zu bewerkstelligen hat, ist die Erstellung der Wählerliste. Um diese Wählerliste erstellen zu können benötigt der Wahlvorstand eine Liste aller Arbeitnehmer des Betriebes, unterteilt nach Arbeiter, Angestellten und leitenden Angestellten. Arbeitnehmer, die z. Z. noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, sind auf einer gesonderten Liste (unterteilt nach Arbeitern und Angestellten) aufzuführen. Eine entsprechende Systematisierung nach Familienname, Vorname, Geburtsdatum und innerhalb der Gruppen in alphabetischer Reihenfolge, ggf. auch nach anderen Kriterien, ist erforderlich.

Wir bitten Sie, die Erstellung dieser Listen zu gewährleisten, damit der Wahlvorstand nach Bildung unverzüglich seine Tätigkeit aufnehmen kann. Für Ihre Unterstützung der Betriebsratswahl, von der wir ausgehen, bedanken wir uns sehr herzlich.

Schreiben von Horst Klaus vom 24. August 1990:

An alle Arbeitnehmervertretungen in den Metallbetrieben der DDR

Betriebsratswahl 1990 in der DDR

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

auf der Grundlage des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 sind in den nächsten Tagen und Wochen in den Betrieben in der DDR Betriebsräte zu wählen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen sind die Wahlvorstände in den einzelnen Betrieben zuständig. Die Abwicklung der erstmaligen Betriebsratswahl nach der ziemlich komplizierten Wahlordnung des Betriebsverfassungsgesetzes ist für die Kolleginnen und Kollegen, die sich für diese verantwortungsvolle Tätigkeit zur Verfügung stellen, keine leichte Aufgabe. Wir wollen dabei helfen, diese korrekt zu erfüllen.

Dazu stellen wir Euch in diesen Tagen einige Materialien zur Verfügung, die Euch bei der argumentativen Vorbereitung der Betriebsratswahlen helfen sollen. Zunächst erhaltet Ihr die Materialien DDR - B 90-1 bis DDR - B 90 -3. Das Material bis zur Bestellnummer DDR - B 90 -13 wird Euch ebenfalls in einer bestimmten Größenordnung direkt zur Verfügung gestellt. Weitere Materialien können mit dem beiliegenden Formular zur Bestellung von Wahlmaterialien von unseren Informations- und Beratungsbüros in der DDR kostenlos angefordert werden.

Mit dem zweiten Bestellformular könnt Ihr für die Wahlvorstände beim Bund-Verlag in Köln ein Wahlhilfepaket mit Formular-Mustermappen und Arbeitshilfen für die Betriebsratswahl beziehen. Die Kosten dafür hat der Arbeitgeber zu erstatten (§ 20 BetrVG).

Über den Erfolg der Betriebsratswahlen werden die Kolleginnen und Kollegen im Betrieb bei der Wahl entscheiden.

Aber Erfolge müssen gut vorbereitet werden. Dazu gehört neben der Information der Wähler u.a. auch die rechtzeitige Beratung über Kandidaturen von Kolleginnen und Kollegen aus den besonderen Zielgruppen.

Zum Beispiel Frauen

Solidarische Interessenvertretung im Betrieb erfordert das gemeinsame Handeln von Männern und Frauen. Wir müssen dafür sorgen, dass Frauen in der Betriebsratsarbeit nicht unterrepräsentiert sind. Ihre Anliegen und ihre Lösungsvorschläge sind stärker in unsere gemeinsame Arbeit einzubringen.

Frauen sollen entsprechend ihrem betrieblichen Beschäftigtenanteil auf dem Wahlvorschlag der IG Metall berücksichtigt werden.

Zum Beispiel Angestellte

Zu den erklärten Zielen der IG Metall gehört die Intensivierung der Gewerkschaftsarbeit im Angestelltenbereich. Angestellte und Arbeiter haben die gleichen Interessen, wenn es um die Durchsetzung ihrer Rechte geht. Deshalb gilt es, frühzeitig qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Betriebsratswahl zu nominieren und überzeugend für eine gemeinsame Wahl einzutreten.

Zum Beispiel junge Arbeitnehmer und ausländische Kolleginnen und Kollegen

Die jüngere Generation muss in den Betriebsräten, besonders in den größeren Betrieben vertreten sein; wir brauchen den Nachwuchs zur Sicherstellung der Kontinuität von Betriebsratsarbeit. In den Betriebsräten müssen auch die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine angemessene Vertretung haben, solidarische Interessenvertretung darf nicht an Nationalität oder Sprachbarrieren scheitern.

Deshalb gehören junge ausländische Kolleginnen und Kollegen auf den Wahlvorschlag der IG Metall.

Zum Beispiel kleinere Betriebe

Gerade in Kleinbetrieben gilt es Mitglieder aus den Reihen der IG Metall zu ermuntern, für den Betriebsrat zu kandidieren.

Bei der Kandidaten-Nominierung die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft wahren

Die Einheitsgewerkschaft ist eine historische Leistung der Deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg. Zu ihren wesentlichen Elementen gehört die Unabhängigkeit gegenüber Regierungen, Unternehmern, Konfessionen und politischen Parteien. Sie ist ebenso wie das Prinzip „Ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ nicht nur eine aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung gewachsene Organisationsstruktur, sondern auch Grundlage gewerkschaftlicher Erfolge.

Bei der Betriebsratswahl begründen politische, weltanschauliche oder religiöse Bindungen weder ein Privileg für eine Kandidatur, noch sind sie ein Grund, jemanden von einer Kandidatur auszuschließen. Entscheidendes Kriterium für die Nominierung ist aktives Handeln für die Arbeitnehmer auf der Grundlage unserer gewerkschaftlichen Zielsetzung.

Angesichts der besonderen Herausforderung für die IG Metall in dieser Betriebsratswahl ist es eine selbstverständliche Verpflichtung, unterschiedliche Auffassungen unter Berücksichtigung der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft zu integrieren und darauf hinzuwirken, dass diese auf dem Wahlvorschlag der IG Metall angemessen berücksichtigt werden.

„Starke Betriebsräte - nur mit einer erfolgreichen Gewerkschaft“

Die IG Metall-Kandidatinnen und Kandidaten sind in den Betrieben die Repräsentanten einer Gewerkschaft mit tarifpolitischen Erfolgen, mit einem Konzept aktiver gewerkschaftlicher Betriebspolitik und überzeugenden Vorstellungen für eine andere, bessere Zukunft.

Die Betriebsratswahlen werden umso eher ein Erfolg für die IG Metall sein, je besser es uns gelingt, die Belegschaft umfassend über diesen Zusammenhang zu informieren.

In diesem Sinne wünschen wir Euch eine erfolgreiche Betriebsratswahl.

[Ende Anlage 1]

Anlage 2 zu Kapitel XII

Inhalt:

- Einleitung
- Arbeitsabschnitte und Aktivitäten
- 1.) Arbeitsetappen des alten Bezirksvorstandes Berlin der IG Metall im Prozess der Wende
- 2.) Die Aufnahme der ersten Kontakte mit der IG Metall in Berlin-West
- 3.) Die weitere Unterstützung durch die IG Metall der Bundesrepublik Deutschlands - Verwaltungsstelle Berlin-West und die Herausbildung von kontinuierlichem Zusammenwirken
- 4.) Die Teilnahme an Konferenzen der IG Metall (Verwaltungsstelle Berlin-West) durch Vertreter des Bezirksvorstandes der IG Metall bzw. der Geschäftsstelle Berlin-Ost
- 5.) Die Bildung und Arbeit des Regionalausschusses der IG Metall für Berlin/Brandenburg
- 6.) Die „Grünheider Seminare“
- 7.) Die ersten Tarifikämpfe in Berlin und Brandenburg
- 8.) Die „Donnerstagskonsultationen“ mit der Verwaltungsstelle und dem Büroleiter für Berlin-Ost im Haus der Industriegewerkschaften Wallstraße
- 9.) Die Durchführung von verschiedenen gemeinsamen Schulungsveranstaltungen
- 10.) Die Durchführung von zwei, die Mitglieder erfassenden Aktionen.

1.) Die Arbeit des alten Bezirksvorstandes Berlin der IG Metall im Prozess der Wende bis zur Wahl der Geschäftsstelle

- 14.11.1989 Erste Vorstandssitzung der IG Metall nach der Wende (es galt aus eigener Kraft die gewerkschaftliche Sprachlosigkeit zu überwinden.)
Harte, kontroverse und emotionsgeladene Auseinandersetzung.
Zustimmung schließlich zu der einleitend genannten Grundposition
Erster Entwurf eines Positionspapiers.
Bildung von Arbeitsgruppen des Vorstandes zur Überarbeitung des Positionspapiers, das in der ersten Fassung vom Vorstand noch verworfen wurde. Bildung einer Arbeitsgruppe Struktur. Bestätigung der Weiterarbeit des Sekretariats.
- 5.12.1989 Zweite Vorstandssitzung nach der Wende
Bestätigung des Positionspapiers und Bildung einer Arbeitsgruppe Zusammenarbeit mit der IG Metall Berlin-West.
Mitglieder, Brigitte Schmidt, Alfred Kunz, Alfred Engel, Wolfgang Friedricher
- 25.1.1990 Dritte Vorstandssitzung
Abrechnung darüber, wie die Arbeit mit den Mitgliedern aufgenommen wurde und wie sie im Sinne der aufgestellten Grundsätze inhaltlich und strukturell gestaltet wurde. Erste Berichterstattung über die Kontaktaufnahme in Berlin-West IG Me-

tall Alte Jakobstraße. Erste gemeinsame Konsultations- und Informationsveranstaltungen

- 31.5.1990 Vierte Vorstandssitzung
Auflösung des Bezirksvorstandes und des Sekretariats, nachdem zuvor die 9 basisdemokratisch gewählten Gebietsvorsitzenden als Arbeitsausschuss durch den Vorstand als Arbeitssekretariat bestätigt wurde. Der bisherige Vorsitzende und sein Stellvertreter wurden in offener Abstimmung beauftragt, die Geschäfte bis zur Neuwahl zu führen (Neuwahl bedeutete nach Statut der ZDK basisdemokratisch 52 Delegierte aus Betrieben zu wählen und daraus Vorsitzenden, Stellvertreter und Beirat auf BDK)
- 30.6.1990 Beginn der regelmäßigen wöchentlichen Beratungen des Beirates der Geschäftsstelle Berlin der IG Metall mit Unterstützung des Koll. Wolfgang Berger, besondere Beschlüsse aus der Arbeit:
- Organisierung des Mitgliederübertritts
 - Finanzarbeit
 - Rechtsarbeit
 - Bildungsarbeit
- 11.7.1990 Delegiertenberatung der Bezirksorganisation Berlin der IG Metall.
Wahl des Vorsitzenden, Koll. Kunz, des Stellvertreters, Koll. Wendtland; durch direkte und geheime Wahl. Wahl der Beiratsmitglieder - alle 9 basisdemokratisch gewählten Gebietsvorsitzenden - durch offene Abstimmung. Teilnahme Koll. Manfred Foede und Wolfgang Berger, Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall für die BRD (Wahl des Vorsitzenden und Stellvertreters der nun geschaffenen Bezirksgeschäftsstelle Berlin der IG Metall aus Betrieben heraus, über Gebietsdelegiertenkonferenz als Bezirksdelegierte)
- 2.) Die Aufnahme der ersten Kontakte mit der IG Metall in Westberlin**
- Dez. 1989 Erstes Zusammentreffen mit dem 1. Bevollmächtigten der Verwaltungsstelle Berlin-West der IG Metall für die BRD, Kollegen Manfred Foede und Alfred Kunz, auf einer Beratung des Landesvorstandes Berlin des DGB - Koll. Michael Pagels.
11. Jan. 1990 Erstes Zusammentreffen in der Verwaltungsstelle Berlin-West der IG Metall mit Kollegen Manfred Foede, Wolfgang Berger, Detlef Kuchenbecker und die auf der zweiten Vorstandssitzung der IG Metall in Berlin-Ost gewählten Delegation, Brigitte Schmidt, Alfred Kunz, Alfred Engel und Wolfgang Friedlicher.
Thema: die praktische Gestaltung der Zusammenarbeit durch Konsultationen
- Januar 1990 Erste unterstützende Presseveröffentlichung (Tribüne) durch ein Interview mit Kollegen Wolfgang Berger zum Thema Betriebsrat und BGL.

3.) Die weitere Unterstützung durch die IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Berlin-West, und die Herausbildung von kontinuierlichem Zusammenwirken

Dezember 1989 Erste Flugblattaktion zur Verteilung von insgesamt 1 Mio. Stück Flugblätter in der gesamten DDR, die in Frankfurt am Main hergestellt worden waren. So meldete sich die IG Metall der DDR mit ihrem Programm mit Unterstützung der IG Metall der BRD erstmals nach der Wende öffentlich zu Wort.
(100 000 Stück in Berlin verteilt, TRO z. B.)

Jan./Febr. 1990 Beginn der Konsultationsveranstaltungen der IG Metall für die BRD, Verwaltungsstelle Berlin-West in der Alten Jakobstraße, Koll. Manfred Foede mit neuen BGL bzw. Wiedergewählten aus Betrieben Berlin-Ost.

15.2.1990 Teilnahme als Gast an den Tarifverhandlungen Berlin-West (Hotel Kempinski)

ab Febr.1990 Überleitung der Konsultationen aus der Alten Jakobstraße in die Wallstraße als regelmäßige Donnerstagsveranstaltung (17.00-19.00) zu solchen Themen wie
- Betriebsräte und BGL, AGB und Betriebsverfassungsgesetz
- Tarifarbeit
- Rechtsarbeit
- Personengruppenarbeit

7.3.1990 Beratung der Kollegen Manfred Foede und Koll. Ziems mit dem Sekretariat und allen Kreisvorsitzenden des Bezirksvorstandes Berlin der IG Metall (Ost) Berlin in der Wallstraße zur weiteren Zusammenarbeit und zur Vorbereitung der Regionalarbeit in Berlin-Brandenburg.

19.3.1990 2. Teilnahme an Tarifverhandlungen in Berlin-West vor dem Hotel „Palace“

24.4.1990 Zweite Berlin und Brandenburg weite gemeinsame Flugblattaktion mit „Metall Extra“ und zur Verteilung des gemeinsamen Mai-Aufrufs 1990 für die gemeinsame Maidemonstration.

1. Mai 1990 Höhepunkt 100. Jahrestag 1. Mai, erstmalige Teilnahme an der gemeinsamen Maidemonstration von der Verwaltungsstelle - Alte Jakobstraße - aus in einem gemeinsamen Demonstrationszug zum Platz vor dem Reichstag.
Erste Beteiligung mit einem Informationsstand der IG Metall.

4.5.1990 Teilnahme an der Beratung der Tarifkommission in der Alten Jakobstraße zur Auswertung der Tarifverhandlungen in der BRD und Berlin-West.

12.5.1990 Teilnahme an einem Hoffest der IG Metall in der Alten Jakobstraße (Ausklang der Tarifikämpfe IG Metall Berlin-West)

21.6.1990 Gemeinsame Tagung der Arbeitsgruppe Angestellten der Verwaltungsstelle Berlin-West mit Angestellten aus Berlin und Brandenburg in der Wallstraße

4.) Die Teilnehmer an Konferenzen der IG Metall (Verwaltungsstelle Berlin-West) durch Vertreter des Bezirksvorstandes der IG Metall bzw. der Geschäftsstelle Berlin-Ost

- 20.1.1990 Teilnahme an der Auftaktveranstaltung zu den Tarifikämpfen der IG Metall in Berlin-West, Kindelsäle Hermannstraße.
- 14.2.1990 Erste Teilnahme an einer Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle der IG Metall Berlin-West Gropius-Stadt, mit Grußadresse und Diskussionsbeitrag von Alfred Kunz.
- 9.5.1990 Teilnahme an einer Vertreterversammlung Verwaltungsstelle zur Wahl des 1. und 2. Bevollmächtigten der IG Metall Berlin-West sowie des Kassierers und der Ortsverwaltung in der Gropiusstadt
- 16.6.1990 Teilnahme an einer Funktionärskonferenz der Verwaltungsstelle Berlin-West in den Kindelsälen mit Kollegen Klaus Zwickel, Vorstandsmitglied der IG Metall Frankfurt mit einem Diskussionsbeitrag von Alfred Kunz.
- 30.8.1990 Teilnahme an der 3. Vertreterversammlung Gropiusstadt
- 6.11.1990 4. Teilnahme an der Vertreterversammlung der Ortsverwaltung Berlin in Auswertung des 2. außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall am 1. und 2. November in Bonn.
Beschluss der Vertreterversammlung über das neue Ortsstatut. Wichtiger Teil dazu die Schaffung der Möglichkeit der Aufnahme von 250 gewählten Vertreterinnen und Vertretern der IG Metall aus dem Ostteil der Stadt für die Vertreterversammlung der IG Metall Berlin sowie die Wahl von 8 Mitgliedern der Ortsverwaltung durch sie.

5.) Die Bildung und Arbeit des Regionalausschusses der IG Metall für Berlin – Brandenburg

- 20.3.1990 Bildung des Regionalausschusses der IG Metall für Berlin/Brandenburg aus Vertretern der IG Metall Berlin-West, Berlin-Ost, Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus zur Koordinierung von gewerkschaftlichen Aktivitäten in diesem Raum besonders auch in Vorbereitung der Tarifarbeit. Als paritätische Vorsitzende wurden gewählt Koll. Manfred Foede und Kollege Alfred Kunz.
- 30.4.1990 2. Tagung des Regionalausschusses in der Alten Jakobstraße
- Verabschiedung der Vereinbarung über die Tätigkeit des Regionalausschusses
 - letzte Vorbereitung der Maidemonstration
- 16.5.1990 3. Tagung des Regionalausschusses in der Wallstraße

- 15.6.1990 4. Tagung des Regionalausschusses in der Alten Jakobstraße zu Bildungsfragen
- 15.11.1990 5. und letzte Tagung des Regionalausschusses zur Auswertung der außerordentlichen ZDK der IG Metall und des außerordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall des geeinten Deutschlands zu den konkreten weiteren Aufgaben auf dem Weg der Gewerkschaftseinheit.
Beschlussfassung über die Beendigung der Tätigkeit des Regionalausschusses, der seine Aufgaben für die Koordinierung von gewerkschaftlichen Aufgaben in Berlin und Brandenburg zur Interessenvertretung auf dem Wege zur Gewerkschaftseinheit erfüllt hat.

6.) Die „Grünheider Seminare“

- 8./9.6.1990 1. Seminar aller neugewählten von Berlin und Brandenburg in der Gewerkschaftsschule HBV mit Kollegen Manfred Foede und Wolfgang Berger zu Fragen der künftigen Berliner und Brandenburger Gewerkschaftsstruktur sowie zu konkreten Aufgaben und zur Arbeit mit dem Betriebsverfassungsgesetz
- 13./14.7.1990 2. Grünheider Seminar zu Fragen der Gewerkschaftseinheit und zur Vorbereitung der Wahl der Vertrauenskörperleitungen
- 31.8.1990 3. Grünheider Seminar
VKL-Arbeit, Betriebsratswahlen, Mitgliederübertritte zur Gewerkschaftseinheit

7.) Die ersten Tarifikämpfe in Berlin/Brandenburg

4. 7.1990 Treffen mit allen amtierenden Betriebsratsvorsitzenden aus Berlin und Brandenburg im Kulturhaus des Betriebes Bergmann-Borsig zum Auftakt der ersten Tarifikämpfe in Berlin und Brandenburg gemeinsam mit Koll. Foede und Berger
- 5./6.7.1990 Kundgebungen und Aktionen in ganz Brandenburg (120.000), davon 60.000 in Berlin zur Unterstützung der Tarifforderungen der Metallerrinnen und Metaller. Auftreten von Manfred Foede auf einer Großkundgebung im Industriegebiet in Oberschöneweide/Köpenick; Kollege Wolfgang Berger in Pankow sowie der Leiter der Bezirks- und Gebietsgeschäftsstellen auf weiteren territorialen und betrieblichen Kundgebungen.
- 9.7.1990 Kundgebung (3000) vor dem Kongreßzentrum am Märkischen Museum (Ort der Tarifverhandlungen Berlin-Brandenburg) zur Unterstützung der Verhandlungskommission mit Manfred Foede, Dr. Klaus Lang, Bernd Thiele und weiteren.
- 9.7.-13.7.1990 „Tarifmarathon“ im Kongreßzentrum mit Manfred Foede, Klaus Lang, Herrmann Unterhenninghofen, Bernd Thiele, Gerd Schulz und der Verhandlungskommission der IG Metall mit der Verhandlungsdelegation des Unternehmensverbandes und Abschluss des 1. Tarifvertrages am 13.7.1990

- Kündigungsschutz („Qualifizierung statt Entlassung“)
- 250,- bzw. 300,- DM Pauschale
- 20 Tage Grundurlaub
- 40-Stundenarbeitswoche ab 1.10.1990

16.7.1990 Auswertung der Tarifergebnisse mit den amtierenden Betriebsräten aus Berlin und Brandenburg erneut im Klubhaus von Bergmann Borsig und zur Arbeit mit dem Tarifergebnis (Erläuterungen des stellv. Leiters der Tarifkommission Bernd Thiele und Manfred Foede, Ausgabe von 120 000 Flugblättern als Tariffinformation)
Während der Tarifgespräche in Vorbereitung der Verhandlungen in Berlin wurde gemeinsam mit Kollegen Wolfgang Berger ein erster Autocorso zur Unterstützung der Tarifgespräche in Henningsdorf organisiert und durchgeführt, an dem sich etwa 40 Fahrzeuge beteiligten.

Ende Juli 90 Schulungsveranstaltung zum Tarifergebnis der Gebietsgeschäftsstellen mit dem Tarifsekretär der Verwaltungsstelle Kollegen Siegfried Stirba.

Sept./Okt./
Nov. 1990 Weiterführung der gemeinsamen Arbeit durch die Verwaltungsstelle -Kollegen Foede mit der Tarif- und Verhandlungskommission der IG Metall - Berlin-Ost zur Durchsetzung des Tarifvertrages und zur Vorbereitung der Anpassung der Tarifstrukturen sowie der Tarifarbeit auf dem Gebiet des Handwerks. Herausgabe der „Tarifinfos 1-4“

8.) Die „Donnerstagskonsultationen“ mit der Verwaltungsstelle und dem Büroleiter für Berlin-Ost im Haus der Industriegewerkschaften Wallstraße

seit Febr. beginnend:

Jeweils am Donnerstag wurden ab 17.00 Uhr im „Hermann-Schlimme-Saal“ in der Wallstraße, für alle Mitglieder zu allen Themen offen, Konsultationen durchgeführt, die durch Kollegen Wolfgang Berger geleitet und durch Kollegen der Geschäftsstelle unterstützt werden.

ab Okt. 1990 Alle 14 Tage donnerstags Durchführung einer thematischen Anleitungs- und Schulungsveranstaltung mit den amtierenden Betriebsräten zur Sicherung eines kurzen, wechselseitigen Informationsweges. Herausgabe von schriftlichen aktuellen Informationsmaterialien (Geschäftsstelle und Büro gemeinsam)

9.) Die Durchführung von verschiedenen weiteren gemeinsamen Schulungsveranstaltungen

1990 Eröffnung einer gemeinsamen Schulungsreihe mit der Verwaltungsstelle in der Wallstraße zu Themen wie Bildungsarbeit, Tarifarbeit, Angestelltenarbeit, Betriebsverfassungsgesetz. Unterstützt haben als Referenten diese Schulungsreihe

insbesondere Koll. Manfred Foede, Volker Fiebig, Karl Röhrig und Burkhard Bundt.

Juli 1990 Beginn einer Serie von Ganztagschulungen (Juli, August, September) in der Wallstraße mit Unterstützung der Verwaltungsstelle (Referenten) zur Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen (Anleitung zur Arbeit von künftigen Wahlvorständen)

22.10.1990 Erste Beratung mit gewählten Vorsitzenden von Vertrauenskörperleitungen aus Metallbetrieben (ehemals Berlin-Ost) und geheime Wahl von 4 Vorsitzenden von Vertrauenskörperleitungen für den „Ausschuss der Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitungen“ der Verwaltungsstelle - Alte Jakobstraße -

10.11.1990 Teilnahme von neugewählten Leitern von Vertrauenskörperleitungen von Berlin-Ost an einem ersten gemeinsamen Tagesseminar von Vertrauensleuten aus Metallbetrieben im Westteil und Ostteil von Berlin in der Bildungsstätte Pichelssee der IG Metall.

10.) Die Durchführung von zwei gemeinsamen, die Mitglieder insgesamt erfassende Aktionen

Mai bis

Okt. 1990 Die unterschriftliche Erfassung des Mitgliederbestandes der IG Metall Berlin-Ost durch statistische Mitgliederübersichten (103 000 wurden erfasst)

Oktober bis

Dez. 1990 Die Organisierung der Mitgliederübertritte der Mitglieder der IG Metall Berlin-Ost in die Industriegewerkschaft Metall (Redaktionsschluss bis 12.11.1990; 36 000 Mitglieder in die Industriegewerkschaft übergetreten)

14.12.1990 Abschlussveranstaltung der MitarbeiterInnen der Geschäftsstelle Berlin der IG Metall der DDR. VertreterInnen der Verwaltungsstelle Berlin-West nahmen teil und bedankten sich für die auf dem Weg in die Gewerkschaftseinheit der IG Metall geleisteten Arbeit.

19.12.1990 Am 19.12.1990 fand die letzte Beratung der Delegiertenversammlung der IG Metall Berlin/Ost in der Wallstraße statt.

Auf der Delegiertenversammlung wurde mit einem Bericht Rechenschaft über die seit dem 30. 6. 90 geleistete Arbeit und die dabei erreichten Ergebnisse gelegt. Der Bericht und der auf dieser Delegiertenversammlung gefassten Beschlüsse sind der „Chronologischen Übersicht“ beigefügt.

Mit dem 19.12.1990 löste sich die bisherige Struktur der IG Metall Berlin/Ost auf und der noch bis zum 31.12.1990 zur Vorbereitung der letzten Schritte zur Gewerkschaftseinheit weiterbestehende Beirat, arbeitete bis zu diesem Zeitpunkt. Mehr als 75 000 Mitglieder der IG Metall Berlin/Ost gingen durch Übertritt in die Gewerkschaftseinheit.

Anlage

Protokoll von der Delegiertenversammlung
Berlin der IG Metall (Ost) am 19. 10. 1990

Geschäftsstelle Berlin
der IG Metall

Berlin, 20.12.1990

Protokoll der 3. Tagung der Delegiertenversammlung Berlin der IG Metall (Ost) am 19.12.1990

Die 3. Tagung der Delegiertenversammlung fand von 16.00 bis 18.30 Uhr statt.

Als Gast nahm Kollege Wolfgang Berger, Büroleiter Berlin der IG Metall teil.

Auf der Tagung wurde in Durchführung der Beschlüsse der außerordentlichen Zentraldelegiertenkonferenz der IG Metall (Ost) vom 6. Oktober in Realisierung des Grundsatzantrages Nr. 4 der 12. ZDK und der Hamburger Vereinbarung des Vorsitzenden der IG Metall für die (ehem.) BRD und (ehem.) DDR vom 25. Mai 1990 (die IG Metall zum 31.12.1990 aufzulösen) eine abschließende Bilanz der Arbeit seit der Wahl am 30.6.1990 gezogen.

Die Bilanz war zuvor am 19.12.1990 im Beirat der Geschäftsstelle bestätigt worden.

Mit den Tagungen des Beirates und der Delegiertenversammlung beendeten die nach der Wende demokratisch gewählten Gremien ihre Tätigkeit am 19.12.1990.

Die Arbeit der Geschäftsstelle wird bis zum 31.12.1990 weitergeführt und abgeschlossen.

A. Kunz

Anlage 3 zu Kapitel XII

„Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zu unserer Fachkonferenz "Region Berlin - Zukunft der Arbeit in der Berliner Metall- und Elektroindustrie" begrüße ich Euch sehr herzlich.

(...)

Wir, die IG Metall, stehen mit Beginn der Neunzigerjahre vor einer schwierigen Tarifaueinandersetzung.

Unsere alte Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche muss allen Widerständen zum Trotz endlich Wirklichkeit werden, und ich denke, sie wird auch zur Wirklichkeit!

Dennoch soll die Tagesaktualität dieser Forderung nicht im Mittelpunkt unserer heutigen Diskussion stehen.

Wir alle wissen: Allein durch Arbeitszeitverkürzung ist das gesellschaftliche Skandalthema Nummer 1, die Massenarbeitslosigkeit, nicht zu beseitigen.

Wir wissen aber auch, allein durch Arbeitszeitverkürzung entstehen keine qualifizierten und humanen Arbeitsplätze oder gar umweltverträgliche Produktionsabläufe und Produkte.

Arbeitszeitverkürzungen können ihre Gestaltungskraft für eine lebenswerte Zukunft besonders dann entfalten, wenn sie in langfristige politische Strategien eingebunden sind.

Politische Strategien, die auf die Qualität der Produktion, die Qualität der Arbeit, kurz: auf eine lebenswerte Zukunft der Menschen in dieser Stadt ausgerichtet sind.

Die vorherrschende Maxime für die Industriepolitik in Berlin – schlechte Arbeitsplätze sind besser als keine Arbeitsplätze – kann von uns nicht akzeptiert werden.

Schon deshalb nicht, weil schlechte Arbeitsplätze immer sehr unsichere Arbeitsplätze sind.

Wir brauchen daher neben unserer Tarifpolitik zur Arbeitszeitverkürzung Vorstellungen über Entwicklungsrichtung von Arbeit und Industriestruktur in Berlin.

Nicht abstrakt, sondern konkret!

Hier und Heute für Berlin !

Ausgehend von den Bedingungen in den Betrieben und den Lebensbedürfnissen in unserer Stadt. Eingebettet in die historischen Umbruchprozesse in der DDR und den osteuropäischen Nachbarländern.

Eingebettet in die Entwicklung des europäischen Binnenmarktes.

Keiner dieser historischen Entwicklungsprozesse, Kolleginnen und Kollegen, wird uns hier in Berlin automatisch eine goldene Zukunft schenken.

(...)

1960 gab es in der Berliner Metallindustrie noch 202.000 Arbeitsplätze. Heute sind es noch etwa 102.000.

Deutlicher kann der strukturpolitische und arbeitsmarktpolitische Bedeutungsverlust dieser Schlüsselindustrien kaum zum Ausdruck kommen.

Daran ändern auch die positiven Konjunkturdaten nichts, die im Moment die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe nach oben schnellen lassen.

Umsatzsteigerungen, die nur sehr unzureichend auf die Arbeitsplatzentwicklung durchschlagen.

Wenn daher heute in der allgemeinen politischen Euphorie die Floskel von der "Metropole Berlin" Hochkonjunktur hat, dann möchte ich hier ausdrücklich feststellen:

Ein Blick auf die Industriestruktur zeigt - sie ist in ihrem gegenwärtigen Zustand kein tragfähiges Fundament für eine "Metropole Berlin".

Dazu bedarf es einer Neuorientierung der Industriepolitik. Dazu bedarf es aber auch eines entsprechenden regionalen Entwicklungskonzeptes mit klaren Zielvorstellungen.

Beides gibt es bis heute nicht. Weder in der Industrie noch vom Berliner Senat.

(...)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Notwendigkeit eines Umbaus der Berliner Industriestruktur ergibt sich auch aus der Öffnung der Grenzen der DDR.

Es ist durchaus denkbar, dass das Schwergewicht zukünftiger Industriekooperationen zwischen bundesdeutschen Unternehmen und der DDR gerade in Bereichen reiner Fertigungsstätten, also der verlängerten Werkbänke liegt. Das ist zwar nicht wünschenswert, aber denkbar.

Für Berlin besteht damit die Gefahr weiterer industrieller Abwanderungsverluste. Wir haben also allen Grund, eine industriepolitische Offensive für Berlin zu fordern.

Eine derartige Offensive hätte sich nach meiner Auffassung an folgenden Zielpunkten zu orientieren:

1. Entwicklung einer ausgewogenen Branchenstruktur zwischen Industrie, privaten und öffentlichen Dienstleistungen mit engen Kooperationsbeziehungen und stabilen Zuliefer- und Abnehmerbeziehungen.
In der Konsequenz heißt das, in erster Linie eine gezielte Förderung Berlins als Industriestandort.
2. Entwicklung eines industriellen Umbaukonzeptes für Branchen und Betriebe.
Dies meint einerseits die Ansiedlung vollständiger Produktionslinien von Forschung und Entwicklung bis Marketing und Vertrieb sowie der strategischen Unternehmensführung.
Das meint aber auch eine stärkere ökologische Ausrichtung von Produktionsprozessen und vom Produkt. In diesem Zusammenhang ist eine zunehmende Integration von betrieblichem Arbeitsschutz sowie betrieblichem wie überbetrieblichem Umweltschutz von Bedeutung.
3. Eine stärkere Ausrichtung der Industrieproduktion am regionalen Bedarf des Umweltschutzes sowie allgemein am Bedarf der Menschen nach humaner Lebensqualität. Dazu gehört eine gute Versorgung mit sozialen und privaten Dienstleistungen ebenso wie Wohn- und Freizeitqualität.
4. Aufbau und Förderung einer Industrieproduktion, die die Entwicklungsbedürfnisse des regionalen Umfeldes der Stadt sowie der osteuropäischen Länder im allgemeinen unterstützt.
Wir wollen nicht, Kolleginnen und Kollegen, dass die DDR das Billiglohnland des bundesrepublikanischen Kapitals wird.

Wir wollen gleichwertige Wirtschaftsstrukturen hier wie dort, die auf Dauer auch zu vergleichbaren Einkommens- und Sozialleistungen führen.

5. Entwicklung einer Industriepolitik, die den Zusammenhang von Arbeiten und Wohnen als ihre Aufgabe begreift.

Das gilt ganz besonders für Ballungsräume wie Berlin, selbst dann, wenn sich Fragen des Flächenbedarfs für die Industrie aufgrund neuer Kooperationsmöglichkeiten mit der DDR in Zukunft ganz anders stellen als in der Vergangenheit

Industriegebiete hier - Schlafstätten dort - so kann ein moderner Ballungsraum nicht aussehen, der durch Lebensqualität ausgewiesen sein soll.

Eine industriepolitische Offensive für Berlin erfordert sozial und ökologisch ausgewiesene Konzepte eines integrierten Arbeitens und Wohnens.

6. Entwicklung einer Industriepolitik und -produktion, die begreift, dass jeder Beschäftigte das Recht auf moderne Produktionsmittel und -konzepte hat.

Damit meine ich nicht den Einsatz von Computern zu einer immer stärkeren Leistungsintensivierung und -kontrolle, wie wir es in den Betrieben täglich erleben.

Gemeint sind moderne Produktionskonzepte, die die Arbeitsteilung zurücknehmen, die Qualifikation und damit auch die Entlohnung erhöhen sowie Belastungen tatsächlich abbauen statt sie nur zu verlagern.

Ein sehr weites Aufgabenfeld für Unternehmen, die Arbeitswissenschaften, die Gewerkschaften sowie die fertigungstechnischen Forschungsinstitute, die in dieser Stadt angesiedelt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit habe ich sechs Zielpunkte für eine regionale industrie-politische Offensive umrissen. Natürlich weiß auch ich, dass sich diese Punkte nicht von Heute auf Morgen verwirklichen lassen - insbesondere dann nicht, wenn ich mir die Ausgangsposition vor Augen halte.

Aber wichtig ist doch wohl eine grobe Zielorientierung, um zu wissen, wohin wir wollen. Und genau diese Zielorientierung vermisste ich in der regionalen Strukturpolitik.

Um die genannten Zielsetzungen in die Tat umzusetzen, wäre ein regionales Entwicklungskonzept erforderlich.

Dieses Konzept liegt nicht vor und auch ich kann es nicht aus dem Hut zaubern. Machbar ist es nur als gemeinsame Anstrengung aller Verantwortlichen in dieser Stadt.

Dennoch möchte ich abschließend kurz eine Strategie skizzieren, mit welchen Instrumenten ich mir die Erarbeitung eines derartigen Entwicklungskonzeptes vorstellen kann.

Dabei will ich unmittelbar an die Erfahrungen gewerkschaftlicher Arbeit anknüpfen, das heißt auf der betrieblichen Ebene ansetzen und daraus Konsequenzen für den Aufbau regionalpolitischer Instrumente ziehen.

Entscheidend für jegliche regionale Strukturentwicklungen sind die Investitionen der Unternehmen.

Sie, die Unternehmer, sind in erster Linie gefordert wenn es um eine veränderte Industriepolitik für Berlin geht. Sie stehen in der Verantwortung!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, allein mit dieser Forderung wird sich wohl keine müde Investitionsmark bewegen lassen.

Die Frage ist daher, was können Belegschaften, was können Interessenvertretungen und Gewerkschaften tun, um betriebliche Investitionspolitik zu beeinflussen.

Wir alle wissen, dass unsere Mitbestimmungsmöglichkeiten gering sind. Dennoch bieten sich Initiativmöglichkeiten für eine gewerkschaftliche Betriebspolitik an, die sich aus der strukturpolitischen Arbeit der IG Metall in den letzten Jahren ergeben haben.

Diese Ansätze, ihre Chancen und Probleme müssen wir in einem viel stärkeren Maße auch für Berlin diskutieren.

Ich nenne erstens den Beschäftigungsplan.

Beschäftigungsplan statt Sozialplan war zum Beispiel eine Forderung, die die Kolleginnen und Kollegen der Firma SEL im Oktober vergangenen Jahres auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall hier in Berlin erhoben haben.

Ihr erinnert Euch sicher an diese Bilder aus dem ICC.

Beschäftigungspläne zielen im Kern auf die Qualifizierung und Weiterbildung von Entlassung bedrohter Kolleginnen und Kollegen.

Zur Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses werden Sozialplanmittel in Verbindung mit Finanzmitteln der Bundesanstalt für Arbeit genutzt.

Parallel dazu werden Verfahren zwischen Geschäftsleitung und Interessenvertretung vereinbart - in der Regel paritätische Kommissionen -, die einer Erweiterung vorhandener Produktionsbereiche sowie die Aufnahme neuer Produkte zum Ziel haben.

Die Qualifizierung der Kolleginnen und Kollegen erfolgt im Hinblick auf die neuen Produktionslinien. Inzwischen sind in der Metallindustrie etwa 30 Beschäftigungspläne vereinbart worden.

Die vorliegenden Erfahrungen sind sehr unterschiedlich. Viele Kolleginnen und Kollegen entscheiden sich immer noch eher für Sozialplanmittel bei drohender Entlassung statt für Weiterbildung und Qualifizierung im Hinblick auf neue Arbeitsplätze. Ein wesentliches Problem unserer Beschäftigungsplanpolitik scheint mir zu sein, dass diese Pläne in der Regel zu spät ansetzen. Das heißt sie setzen zu einem Zeitpunkt an, da Produktionsstillegungen oder Betriebsschließungen schon unmittelbar bevorstehen.

Im Sinne einer qualifizierten Mitbestimmungspolitik und gewerkschaftlichen Strukturpolitik sollten Beschäftigungspläne entwickelt werden, wenn ein Betrieb floriert. Dann können in paritätisch besetzten Produkt- und Qualifizierungskommissionen Fragen des internen Strukturwandels der Unternehmen bearbeitet werden, die Belegschaften an diesen Arbeiten beteiligt werden!

In diese Richtung sollten unsere Überlegungen beim Thema Beschäftigungsplan gehen.

Ich nenne zweitens Technologie- und Qualifizierungsabkommen.

Neben dem „was“ der Produktion ist die Frage des „wie“ der Produktion von entscheidender Bedeutung.

Hier setzen betriebliche Technologie- oder Qualifizierungsabkommen an.

In Form von Betriebsvereinbarungen wird hier geregelt, an welchen Grundsätzen der Einsatz neuer Technologien ausgerichtet sein soll.

Wie die Einführungsprozesse ablaufen sollen.

Wie die Beteiligung von Belegschaft und Interessenvertretung gestaltet wird.

Welche Qualifizierungsprozesse stattfinden müssen usw.

In Berlin stehen uns für diese Fragen insbesondere die Beratungskapazitäten der Innovations- und Technologieberatungsstelle zur Verfügung.

Ich nenne drittens Beschäftigungsgesellschaften. Beschäftigungsgesellschaften weisen bereits über die betriebliche Ebene hinaus.

Sie versuchen betriebliche Beschäftigungsinitiativen mit regionalem Handeln eines Unternehmens und der öffentlichen Hand zu verbinden.

Durch Beschäftigungsgesellschaften soll der Erhalt bestehender aber bedrohter Arbeitsverhältnisse bis zum Übergang zu neuen Arbeitsmöglichkeiten gewährleistet werden. Dies können Arbeitsverhältnisse in einem anderen Unternehmensbereich oder in anderen Unternehmen sein.

Außerdem ist die öffentliche Hand im Rahmen von Beschäftigungsgesellschaften zur Koordination öffentlicher Hilfe und zur Mobilisierung von Nachfrage - zum Beispiel durch öffentliche Investitionsprogramme - aufgefordert.

Bei der Konstruktion von Beschäftigungsgesellschaften müssen zwei Elemente zusammengefügt sein.

- Sie sollen - mit Blick auf die Sozialbindung der Unternehmen - als Tochtergesellschaften gegründet werden.
- Sie sollten - mit Blick auf ihre gesellschaftliche Funktion - mit öffentlicher Kapitalbeteiligung ausgestattet werden.

Konzeptionelles Vorbild für diese Überlegungen ist die Beschäftigungsgesellschaft Stahl, die zwischen der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl sowie der IG Metall vor dem Hintergrund der Stahlkrise vereinbart wurde. Soweit in aller Kürze zum Konzept der Beschäftigungsgesellschaften.

Vielleicht wäre es sinnvoll - nach der Tarifrunde - einmal eine Fachkonferenz zu den Themen Beschäftigungspläne und Beschäftigungsgesellschaften durchzuführen.

Es bestände damit die Möglichkeit, bisher vorliegende Erfahrungen im Hinblick auf unsere eigene Praxis auszuwerten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

betriebliche Initiativen - insbesondere von Belegschaften, Interessenvertretungen und Gewerkschaften -, die auf eine beschäftigungsorientierte und standortfördernde Investitionspolitik zielen, haben auf Dauer nur Erfolgchancen, wenn sie in regionale Politikkonzepte einmünden.

Was wir brauchen ist ein Zusammenspiel von betrieblicher und regionaler Investitions- und Strukturpolitik.

Wie Ihr wisst, haben wir genau dies am Fall der Firma Rotaprint exemplarisch versucht.

In Zusammenarbeit mit den Kollegen von der Forschungs- und Beratungsgruppe FAST hatten wir dazu ein eigenständiges Konzept entwickelt. Wir sind leider damit gescheitert, am Widerstand des Senats, was ich besonders bedauere, sowie am Widerstand der Banken.

Dennoch lassen sich aus dem Beispiel Rotaprint Konsequenzen für die Verzahnung von betrieblichen Aktivitäten und einer regionalen Strukturpolitik ziehen.

Diese Überlegungen möchte ich Euch abschließend in sechs Punkten vorstellen.

1. Einrichtung von öffentlichen Fonds mit Risikokapital.

Wie Ihr wisst, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist im Fall Rotaprint durch den Zusammenbruch des Unternehmens eine Bürgschaftszahlung des Senats in Höhe von 20 Millionen DM an die Gläubigerbanken fällig geworden.

Das zeigt, Bürgschaften allein sind nicht sinnvoll, wenn ihre Vergabe nicht im Rahmen eines strukturpolitischen Entwicklungskonzeptes erfolgt.

Im Fall von Rotaprint wäre es wohl sinnvoller gewesen, das Geld gleich für beschäftigungspolitische Maßnahmen auszugeben.

Die Kosten für undurchsichtige Firmenpolitik und Missmanagement im Fall Rotaprint haben letztlich die Steuerzahler bezahlt sowie die Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeitsplätze verloren haben.

Wenn sich die öffentliche Hand im Interesse des Erhalts von Arbeitsplätzen finanziell für angeschlagene Unternehmer engagiert, dann muss sie nach meiner Meinung Einfluss auf einzelwirtschaftliche Entscheidungen des betreffenden Unternehmens sowie die Kontrolle des Managements haben.

Der Staat sollte daher Mitunternehmer auf Zeit werden. Aus diesem Grund schlage ich die Einrichtung von staatlichen Risiko-Kapital-Fonds vor.

Risiko-Kapital - oder neudeutsch auch Venture Capital - ist eine private Finanzierungsform, die im Besonderen von Banken in den letzten Jahren eingerichtet wurde.

Wie der Name sagt, ist es die Bereitstellung von Finanzmitteln für risikoreiche Investitionen.

Risiko-Kapital soll insbesondere die Neugründung von Unternehmen stützen und sieht bei erfolgreichen Gründungen entsprechende Gewinnbeteiligungen der Kreditgeber vor.

Anspruch und Praxis des Einsatzes des so genannten Risiko-Kapital durch Banken wäre aber ein eigenes Thema, auf das ich hier nicht näher eingehen will.

Private Risiko-Kapital-Fonds sind nicht das Vorbild für die von mir vorgeschlagenen staatlichen Fonds.

Die staatlichen Fonds hätten allein die Aufgabe, finanzielle Mittel für angeschlagene Unternehmen bereitzustellen - daher Risiko-Kapital-Fonds - und dabei gleichzeitig dem Staat die Möglichkeit eröffnen, für einen bestimmten Zeitraum auf die Verwendung der öffentlichen Mittel Einfluss auszuüben.

2. Nutzung bestehender Fonds für öffentliches Risikokapital

So utopisch der oben erwähnte Vorschlag auch erscheinen mag, es existieren in Berlin bereits Fonds, die im oben genannten Sinne zu nutzen wären: so genannte revolving Fonds.

Aus den Fonds werden Darlehen an kleine und mittlere Unternehmen vergeben. Es können sogar Beteiligungen an Unternehmen erworben werden.

Zur Verfügung gestellte Fonds-Mittel werden von den Unternehmen wieder zurückgezahlt, wenn ein befriedigendes und rentables Entwicklungsergebnis erreicht ist.

Beteiligungen an Unternehmen können ebenfalls wieder zurückgezogen und dem Fonds zugeführt werden. Dieses Finanzierungsinstrument steht bisher zur Förderung so genannter innovativer Unternehmen zur Verfügung. Es ist aber nicht einzusehen, warum diese Mittel nicht auch für Unternehmenssanierungen oder gar die Realisierung von Beschäftigungsplänen genutzt werden können.

Dazu wäre es aber erforderlich, das Fondsvolumen von bisher rund 70 Millionen DM erheblich auszuweiten.

3. Einrichtung einer regionalen Entwicklungsagentur

Die Verwendung der Fondsmittel müsste durch eine eigene öffentliche Institution erfolgen. Die Verwaltung der bestehenden Kreditfonds in ihrer heutigen Form ist dafür un-tauglich.

Zur institutionellen Umsetzung wäre an die Errichtung einer wirtschaftspolitischen Entwicklungsagentur, vergleichbar dem „Greater London Enterprise Boarding“, zu denken.

Eine Institution, die in über 100 Unternehmen mit Aufgaben der Konkursverhinderung und Restrukturierung betraut war. Auf Konzeption und Geschichte des GLEB kann ich hier nicht mehr eingehen.

In Berlin hätte eine vergleichbare Agentur die Aufgabe, nach politischen Vorgaben und Kontrollen, die zur Verfügung gestellten Finanzmittel, managementmässig und effektiv zur Unternehmenssanierung umzusetzen.

Die Formulierung von politischen Vorgaben und die Ausübung von Kontrolle wären Aufgaben eines Beirates, der sich aus Vertretern von Staat, Wirtschaft und Gewerkschaft zusammensetzt.

4. Ausbau der regionalen Entwicklungsagentur

In mittel- und längerfristiger Entwicklungsperspektive bietet es sich an, die Aufgaben der von mir vorgeschlagenen Entwicklungsagentur auszuweiten

Notwendig wäre die Erarbeitung einer regionalen Strukturentwicklungsplanung. Senatsprogramme wie „Arbeit und Umwelt“ oder „Ökologischer Stadtumbau“ wären in diesem Rahmen zum Beispiel in ein industrielles Entwicklungskonzept zu integrieren.

Eine weitere wichtige Aufgabe wäre die Abstimmung und Integration regionaler Förderinstrumente

Dazu würde auch die Entwicklung von Initiativen gehören, die es erlauben, den regionalen Bedarf aus den Bereichen Wohnen, Freizeit, Kultur usw. in stadtpolitische Entwicklungskonzepte umzusetzen.

5. Aufbau einer regionalen Strukturberichterstattung

Jede Regionalpolitik, die den Anspruch auf Strukturentwicklung ernst nimmt, braucht eine fundierte Strukturberichterstattung.

Dazu gehören unter anderem ökonomische Entwicklungsanalysen, Branchenanalysen, Erfassung technologischer Entwicklungslinien, Umweltbelastungen aus Industrieproduktionen, öffentlicher Verwaltung, privaten Haushalten usw.

Trotz umfangreicher Statistik besteht eine derartige Strukturberichterstattung, die Regionalpolitik aktuell und mit gezielt aufbereiteten Daten unterstützt, nicht.

Der Aufbau einer derartigen Strukturberichterstattung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Arbeit der von mir genannten Entwicklungsagentur.

6. Eine Reform der Berlin-Förderung ist unumgänglich!

Ich habe zu Beginn meiner Rede mehrfach darauf hingewiesen, dass die gut gemeinten Absichten vieler regionaler Initiativen und Programme an der „Tonnen-Ideologie“ der Berlin-Förderung scheitern.

Diese Problematik gilt natürlich auch für die hier skizzierten Vorschläge.

Allerdings würde ihre Realisierung erlauben, konkrete Anforderungen an eine notwendige Reform der Berlin-Förderung zu entwickeln.

Deshalb möchte ich abschließend noch einmal ausdrücklich feststellen:

Eine qualifizierte Industrie- und Beschäftigungspolitik ist ohne eine echte Reform der Berlin-Förderung in dieser Stadt nicht möglich. Dabei kann es überhaupt nicht um eine Kürzung des Fördervolumens gehen, wie es einigen Herren in Bonn sicher schon vorschwebt.

Allen politischen Veränderungen zum Trotz, hat sich die Lage der Stadt noch nicht so verändert, dass sie ohne die bestehenden Fördermittel auskommen würde. Es kann daher allein um den Umbau der bestehenden Instrumente gehen.

Letztlich wird die Zielsetzung der Reform eine Umstellung von der Anspruchsförderung zur Antragsförderung sein müssen. Nur auf diesem Wege lassen sich wohl Strukturentwicklungen positiv beeinflussen.

Kurzfristige Änderungen einer Novellierung müssten sich an folgenden Eckpunkten orientieren:

- a) Erhöhung der Wertschöpfungsquote,
- b) Vertiefung innerregionaler Verflechtungen,
- c) Verbesserung von Qualifikationsstruktur und Ausbildung,
- d) Sanktionierung umweltbelastender Produktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit möchte ich meine Ausführungen zur regionalen Strukturpolitik schließen.

Es ging mir nicht um die Darstellung einer geschlossenen Konzeption. Das kann ein Mensch allein auch nicht leisten.

Es ging allein um die Darstellung einiger Gedanken und Ideen, die jetzt weiter konkretisiert und diskutiert werden sollten. Dazu wünsche ich Euch in den Arbeitsgruppen viel Erfolg.

Herzlichen Dank für Eure Aufmerksamkeit.“

Quellen:

- Protokoll vom 16. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall BRD Berlin, Okt. 1989
- Dokumentation der IG Metall „Der gewerkschaftliche Einigungsprozess“
- Chronologische Übersicht der wichtigsten Arbeitsschritte auf dem Weg in die Einheitsgewerkschaft – A. Kunz – IG Metall Ost-Berlin
- Geschäftsberichte der IG Metall Verwaltungsstelle Berlin 1989-1991, 1991-1993

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel XIII
1990 bis 1997

Autor: Wolfgang Mähler

Vorbemerkungen zum Kapitel XIII

Dem folgenden Kapitel, zusammengestellt aus den vorgenannten Geschäftsberichten der Verwaltungsstelle Berlin, liegt der einfache Gedanke zugrunde, dass 100 Jahre Verwaltungsstelle Berlin erst 1997 komplett wurden. Frühere Festlegungen über die Zeitabschnitte und Kapitelzuordnungen endeten mit dem Kapitel XII.

Die Arbeitsgruppe Chronik folgte dem Gedanken der Vollständigkeit im September 2003 und ergänzt hiermit unter Verwendung der genannten Quellen das bereits fertig vorliegende Werk über 12 Kapitel um ein weiteres.

Die ereignisreichen Gewerkschaftsjahre 1990 bis 1992 in der Verwaltungsstelle Berlin

Da im Chronikteil Kapitel XII bereits ausführlich auf die politische Entwicklung eingegangen wurde, konzentriere ich mich auf die Herausbildung der Seniorenarbeit in der Verwaltungsstelle.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin hatte alles ihr mögliche getan, um den deutschen Einigungsprozess zu fördern und sozial auszugestalten. Das stellte die Organisation vor harte Bewährungsproben und schwer zu lösende Aufgaben.

Trotz aller Probleme war es gelungen, eine einheitliche, solidarische und kampffähige Interessenvertretung für alle in der Metall- und Elektrowirtschaft aufzubauen.

Noch im November 1989, nach der Öffnung Mauer kamen Hunderte von Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil Berlins und aus Brandenburg in die Verwaltungsstelle, um Material, Rat und Hilfe zu holen.

Die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle rief die ehrenamtlichen Funktionäre zur Unterstützung auf, da dieser Massenansturm kaum zu bewältigen war. Sehr viele folgten diesem Aufruf.

Damit begann das gewerkschaftliche Zusammenwachsen im Kreise der Mitglieder.

Zur Bildung eines Regionalausschusses der IGM für Berlin/Brandenburg kam es am 20. März 1990. Als paritätische Vorsitzende wurden Manfred Foede, 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Berlin, und Alfred Kunz, Bezirksvorstandsvorsitzender für Berlin-Ost, gewählt.

Im Oktober 1990 begann die Organisierung der Mitglieder-Übertritte aus der IG Metall Berlin-Ost in die Verwaltungsstelle Berlin.

Am 6.11.1990 wurde auf Empfehlung des Vorstandes (in Frankfurt/Main) eine Ausnahmeregelung für die Vertreterversammlung in Berlin angewendet.

Zu den 250 gewählten Vertretern aus dem Westteil der Stadt wurden weitere 250 aus dem Ostteil Berlins dazu gewählt. Zur Ortsverwaltung wurden acht Beisitzerinnen/Beisitzer hinzu gewählt. Auch ein neues Ortsstatut wurde beschlossen.

Seit dem 1.1.1991 ist die Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall vereinigt mit dem ehemaligen Ost- und Westteil der Stadt Berlin.

Ab Februar 1991 wurden neue Strukturen für Gesamtberlin entwickelt (→ Stadtteilgruppen).

Mit Bildung dieser Strukturen wurde die Arbeit des Büroleiters Alfred Kunz in der Wallstraße beendet.

Die erste Großveranstaltung mit Funktionären aus dem Ost- und Westteil der Stadt im Beuth-Saal (Wedding) befasste sich mit der Tarifsituation und der Arbeitsplatzvernichtung in Berlin.

Die Berliner IG Metall schlug Alarm: Nur wenige Monate nach der Deutschen Einheit droht der Metall- und Elektroindustrie der Spree-Metropole ein bislang beispielloser Arbeitsplatzabbau.

Im März 1991 hatte die Verwaltungsstelle Berlin über 120.000 Gewerkschaftsmitglieder. Damit ist sie die mitgliederstärkste Verwaltungsstelle Deutschlands. Die Metaller-Zeitung „Metall – Berlin“ erschien nun für ganz Berlin.

Trotz Regenschauer beteiligten sich am 1. Mai 1991 mehrere tausend Metallerinnen und Metaller am Demonstrationszug vom IGM-Haus aus durch das Brandenburger Tor zum Platz der Republik.

Auf Vertreterversammlungen, anlässlich Funktionärskonferenzen und Betriebsbesuchen wurde die Einbindung der Rentner in die Verwaltungsstelle gefordert, ähnlich der Veteranenarbeit in der ehemaligen DDR.

Eine Seniorenarbeit, welche betriebsbezogen war, gab es im Westteil der Stadt bis dahin nicht.

Unter dem Zwang der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des rapiden Anstiegs der Senioren-Anzahl beauftragte die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle Berlin ihren Politischen Sekretär, Klaus Gerbsch, sich der Senioren-Betreuung anzunehmen.

Die dazu notwendigen Vorbereitungen liefen an:

- Es galt Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen.
- Ein „Raum für Begegnungen“ musste geschaffen werden.
- Erforderliche Literatur für Beratungen und zur Einsicht war bereitzustellen.

Der Raum 121 der Verwaltungsstelle wurde zum Treffpunkt der Senioren festgelegt.

Er wurde aber auch Anlaufstelle für Neulinge für die Seniorenarbeit bzw. Interessierte.

Am 4.12.1991 wurde in der IGM-Verwaltungsstelle Berlin mit Beschluss der Ortsverwaltung ein Senioren-Arbeitskreis und seine Arbeitskreisleitung gebildet und konstituiert. Diesem Senioren-Arbeitskreis gehörten 21 Seniorinnen und Senioren aus allen Stadtteilen an.

Zum Sprecher der Senioren-Arbeitskreisleitung wurde am 4.12.1991 Kollege Alfred Kunz aus dem Ostteil der Stadt und zum stellvertretenden Sprecher Kollege Wolfgang Mähler aus dem Westteil gewählt.

Der Senioren-Arbeitskreis mit seiner Leitung setzte sich im Rahmen der Gesamtarbeit der Verwaltungsstelle für die Belange der 13.651 Seniorinnen und Senioren ein. Von denen erhielten 8.697 Personen Altersgeld und 4.954 Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld. Dies betraf fast ausschließlich Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt.

Der Inhalt der Arbeit wurde auf Basis der „Richtlinie des Vorstandes für die Aktivierung der Seniorenarbeit der IG Metall“ auf die aktuellen Probleme und speziellen Interessen der Seniorinnen und Senioren gerichtet.

Es folgten Beratungen und Informationen zum Vorruhestand, zum Altersübergangsgeld und zu Rentenfragen. Schwerpunkt der Informationen / Beratungen war auch die Gewerkschaft als Ansprechpartner in allen gewerkschaftlichen Belangen. Auch die Gespräche der Senioren miteinander waren sehr wichtig.

Zugleich richteten sich die Anstrengungen darauf, weitere Seniorinnen und Senioren in die Gesamtarbeit der IGM-Verwaltungsstelle einzubeziehen.

Mit den seit Januar 1992 eingerichteten „Mittwochsgesprächen“ mit Senioren/innen wurde begonnen, in der IG Metall-Verwaltungsstelle einen ständigen Ort der Begegnung zu schaffen.

Gesprächsgegenstand war z.B.

- Fragen zur Senioren-Betreuung durch die IGM; Leistungen der IGM; Möglichkeiten der eigenen Mitarbeit
- Probleme aus dem Rentenüberleitungsgesetz, aus der Vorruhestandsregelung und dem Altersübergangsgeld
- Gewährung von Unterstützung bei der Klärung von Problemen, die in Verbindung mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis bei älteren Kollegen/innen auftreten
- Beratungen zu Fragen der Zahlung von Betriebsrenten

Die Rechtsabteilung unterstützte die Beratungen thematisch bei Bedarf.

Der Senioren-Arbeitskreis und seine Leitung initiierte Aktivitäten zur Lösung weiterer Aufgaben. Das betraf die Herausgabe einer ersten Informationsbroschüre, die Ausarbeitung und Stellungnahme zur Tarifrunde 1992 im Westteil Berlins am Verhandlungsort durch die Delegierten des Arbeitskreises. Die Senioren-Arbeitskreis-Leitung löste ein Antragsbegehren zur Pflegeversicherung aus. Am 25. März 1992 wurde auf der Vertreterversammlung der Antrag beschlossen und weitergeleitet.

Dem Anliegen, in der Seniorenarbeit auch über die Stadtteile und im Rahmen der Stadtteile Anlaufstellen für Seniorinnen und Senioren in der IGM zu schaffen, konnte im Bereich Trepow/Köpenick erstmals gefolgt werden. Hier zeigten Kollegin Margot Gebhard und Kollege Waldemar Mertins hohes Engagement.

Kontakte hatte der Senioren-Arbeitskreis mit noch bestehenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Senioren-Arbeitskreisen hergestellt. Deren Sprecher wurden zu Beratungen eingeladen.

Um den Senioren/innen fachlich fundierte Auskünfte zu ihren Fragen zu erteilen, wurden Verbindungen zur LVA und BfA hergestellt und die Versichertenältesten mit einbezogen.

Im Februar 1992 fand in Berlin die „Verteilungspolitische Konferenz der IG Metall“ statt. Hier ging es um die 10jährige radikale Umverteilung des Arbeitseinkommens zu Gunsten der Gewinne. Es dürfen die Kosten der Einheit nicht länger allein den Arbeitnehmer/innen aufgebürdet werden.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin entwickelt unter Mitwirkung der Betriebsräte von KWK GmbH, KWO GmbH, ASLID Kabelwerk GmbH und Kabelwerk Schönow GmbH eine erste Strategie gegen die Treuhandanstalt.

Dem Alcatel Konzern wird wegen beabsichtigter Betriebsschließung der SEL AG Berlin Feindseligkeit und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

April 1992: Lage verschärft sich; in der <Neuen Welt> wird Dampf zur Tarifrunde 1992 unter Beteiligung der Senioren abgelassen.

Demonstrative Busfahrt der Elpro-Beschäftigten zur Treuhandanstalt gegen den Elpro-Verkauf. Erfolg: Abbruch der Verkaufsverhandlungen.

In Berlin werden Warnstreiks zur Durchsetzung der Tarif-Forderungen organisiert.

Über 5.000 Arbeitnehmer/innen folgen 1992 dem Aufruf zur 1. Mai – Kundgebung im Lustgarten (Tarif-Forderungen, gegen Sozialabbau und gegen Rassismus).

Für das Tarifgebiet I wird im Juni 1992 ein akzeptables Ergebnis erzielt: Gestaffelte Lohn- und Gehalterhöhungen sowie Anhebung der Sonderzahlungen und Absicherung der 36 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

September 1992: Warnstreik der Monteure zur Durchsetzung eines Bundes-Mantel-Tarifvertrages (BMTV).

Im Mittelpunkt der 11. Vertreterversammlung im November 1992 steht u. a. der geplante Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie (Stufenplan).

Die Arbeit der Senioren/innen in den Stadtteilgruppen lies den Bekanntheitsgrad des Senioren-Arbeitskreis wachsen. Damit wurde es möglich, Kandidaten aus dem Senioren-Arbeitskreis für den offenen Wahlkörper zu benennen.

Unter dem Titel „In der Tradition der Moderne“ wurde im Dezember 1992 unter dem Fernsehturm am Alexanderplatz eine Ausstellung zum 100jährigen Jubiläum der IG Metall gesamt eröffnet. Dort entstand die Idee des Kollegen Alfred Kunz, ebenfalls das 100jährige Bestehen der Verwaltungsstelle Berlin im Juni 1997 würdig zu begehen.

In zwei großen Jubilarfeiern in der Akademie der Künste wurden die Jubilare/innen, die ihre 40, 60, 70 oder gar 75jährige Mitgliedschaft in der IG Metall hatten, geehrt. Zu diesem Zeitpunkt waren 1.539 Kolleginnen und Kollegen 40 Jahre, 13 Mitglieder seit 60 Jahren, 9 Personen seit 70 Jahren und sogar zwei Jubilare bereits 75 Jahre Mitglied der IGM.

Die Zielstellung des Senioren-Arbeitskreises, die Interessen der Gewerkschaftsseniorinnen und Senioren zu vertreten, beinhaltete nicht die Bildung von Personengruppen.

Die Mitwirkungshandlungen des Senioren-Arbeitskreises wurden in und für die Verwaltungsstelle immer umfangreicher. Die Mittwochsgesprächsrunden reichten zur Bewältigung der Aufgaben nicht mehr aus. Es wurden innerhalb des Senioren-Arbeitskreis Arbeitsgruppen gebildet, die sich speziellen Themen widmeten, so z.B. die „AG Soziales“ mit ihrem Leiter Kollegen Alfred Kunz und die „AG Chronik“ unter Leitung des Kollegen Wolfgang Mähler.

Für die AG Soziales bestand die Notwendigkeit, sich durch Teilnahme an Schulungen spezifisches fachliches Wissen anzueignen; die AG Chronik begann mit der Sammlung von Fakten und Dokumenten für das Schreiben einer Chronik über das 100jährige Bestehen der IGM-Verwaltungsstelle Berlin.

Für die Vertreterversammlung wurden im offenen Wahlkörper 16 Kandidaten aus dem Senioren-Arbeitskreis gewählt, mit der Konsequenz, dass sich das Ortsstatut änderte.

Gleichzeitig wurden die Vertrauenskörperleitungen und Betriebsräte über das Wirken der AG Soziales informiert.

Der zunehmende Arbeitsplatzabbau in Berlin wirkte sich auch auf Aktivitäten der Verwaltungsstelle aus. Der Bedarf an Unterstützung und Beratung stieg rapide an.

Kollege Willi Heise aus dem Senioren-Arbeitskreis und ehemaliger Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Fritz-Werner Maschinenbau AG wurde hinsichtlich der Entwicklung eines Sozialplanes für den Spandauer Automaten-Betriebes angesprochen. Eine organisierte Beratung mit Betriebsrat und Senioren-Arbeitskreis -Mitgliedern zur Vorruhestandsregelung für ca. 15 Personen folgte.

Die erhöhte Arbeitsplatzvernichtung wirkte sich auch auf den Mitgliederbestand der IGM aus. Die Zahl der Austritte war wesentlich höher als die der Neueintritte. Entlassungs-Informationen der vorhandenen Betriebsräte erreichten die Verwaltungsstelle zu spät. Austrittserklärungen, zum Teil begründet mit der finanziellen Lage, konnten daher nicht abgewendet bzw. verhindert werden.

In Erkenntnis dieses Trends wurde seitens der Verwaltungsstelle die höchste Priorität auf den Erhalt der Mitgliedschaft in der IGM und die Gewinnung neuer Mitglieder zur Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft gesetzt. Die Mitwirkung des Seniorenarbeitskreises wurde hier gefordert.

Die Arbeitsgruppe Chronik mit ihrem Bemühen, eine akzeptable Konzeption zu entwickeln, trat unter den damaligen Umständen in den Hintergrund.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin in den Jahren 1993 bis 1995

Charakterisierend für den Zeitraum 1993 bis zum Frühjahr 1996 war die anhaltende hohe Zahl der Arbeitslosen in Berlin sowie im zunehmenden Maße die große Menge von Betriebsschließungen und Arbeitsstättenverlagerungen in und aus Berlin.

Diesen wirtschaftlichen und damit auch politischen Entwicklungen in der Stadt Berlin musste gewerkschaftlich entgegengetreten werden. Bereits die im vorherigen Berichtszeitraum fixierte Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit konnte ungeachtet der Anfeindungen aus Politik, Wirtschaft und den Medien für den Ost- und Westteil der Stadt durchgesetzt werden.

Erhebliche Personalveränderungen, begründet durch „interne Aufgabenverteilung“ und Ausfall durch Tod oder „in Rente gehen“ sowie finanziell notwendiger Personalabbau, verschärften die Situation bei der Umsetzung der Vorhaben des Berichtszeitraumes. Die unterstützende Bereitschaft des Senioren-Arbeitskreises mit seinen 23 Mitgliedern wurde genutzt. Gekürzt, aber anschaulich werden die gewerkschaftlichen Aktivitäten dieses Zeitraumes als Chronik dargestellt.

Wesentliche Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit waren:

- 1993
- Funktionärskonferenz in der Kongresshalle am Alexanderplatz
 - Wahlen zur Vertreterversammlung (1993 – 95)
 - Protest-Fahrt mit Alcatel – SEL –Beschäftigten nach Stuttgart
 - An Info-Ständen werden Berliner über aktuellen Tarifkonflikt informiert
 - IGM, Betriebsrat und Belegschaft von Elcatel kämpfen um Arbeitsplatzzerhalt
 - Großveranstaltung der Verwaltungsstelle Berlin im Sportforum
 - Im März auf der 1. Vertreterversammlung werden Bevollmächtigte gewählt
 - Dokumentarfilmwoche zu „Wende-Auswirkungen“
 - Warnstreikbeginn in Ostberliner Metall- und Elektroindustrie
 - 18.000 Metaller/innen beteiligen sich am Sternmarsch gegen Arbeitgeber-Verhalten
 - Auto-Corso als Solidaritätsbezeugung nach Brandenburg, Eisenhüttenstadt und Hennigsdorf
 - Urabstimmung für die Annahme der Tarifergebnisse im Mai 1993
 - Erster Streik in Berlin bei der Digital Equipment GmbH zwecks Firmentarif-Vertrag
 - Arbeitstagung der Verwaltungsstelle zur dualen Berufsausbildung
 - Schwedische Metallgewerkschafter bei der Verwaltungsstelle
 - Kündigung der Lohn-, Gehalts- und Urlaubsverträge durch den Arbeitgeberverband
 - Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Kodak-Absichten
 - Aktionswelle der IGM im Oktober gegen Arbeitsplatzvernichtung
 - Berufsschüler-Demonstration gegen Schließung von Ausbildungseinrichtungen
 - Vor dem Roten Rathaus wird eine „Mauer der Arbeitsplatzvernichtung“ errichtet
- 1994
- Funktionärskonferenz im Hotel „Berlin“ mit Walter Riester zur Tarifaueinandersetzung 1993/94
 - Start des „Montags-Treffen“ für Betriebsratsvorsitzende im Januar 1994
 - Bundesweiter Aktionstag der IGM gegen Blockadepolitik der Arbeitgeber
 - Protestaktionen am Internationalen Frauentag in Betrieben und vor dem R. Rathaus
 - Am 1. April beginnt die 39-Stunden-Arbeitswoche mit Lohnausgleich
 - Mai-Kundgebung mit etwa 3.000 Metaller/innen im Lustgarten
 - Beginn der Tarifverhandlungen für Heizung-, Klima- und Sanitärtechnik
 - Finnische Metallgewerkschafter zur Information in der Verwaltungsstelle Berlin
 - Beratung Vertrauenskörperleiter/innen im IGM-Haus

- Im September 1994 Abschluss eines Gesamtberliner-Tarifvertrages (Heizung, ...)
 - Die Belegschaft von Bosse bildet eine Arbeitsgruppe, um Arbeitsplätze zu retten
 - Dem Kollegen Max Engler gratuliert die Verwaltungsstelle Berlin zum 100sten Geburtstag
 - Die Verwaltungsstelle organisiert einen Theaterabend zum Thema „Staatenlos“
 - Die Verwaltungsstellen Berlin und Brandenburg organisieren Fachtagung zur Entwicklung im Schienen-Fahrzeugbau
 - Info-Stand vor dem Werktor der Fa. Pierburg GmbH zur Mitgliederwerbung
 - Schwerpunkt der 8. Vertreterversammlung im November 1994 „Industrie-Standort Berlin braucht Zukunft“
 - IGM-Jugend informiert über die Arbeit der Gewerkschaften
- 1995
- Forderungen der IGM zur 2. Tarifverhandlung werden durch Delegationen aus Berliner Metallbetrieben unterstützt
 - Auftaktveranstaltung zur Tarifrunde mit W. Riester, Zweiter Vorsitzende der IGM
 - Warnstreiks im Tarifgebiet I beginnen und steigern sich im Februar
 - Die Tarifkommission der IGM beantragt die Erklärung zum Scheitern der Tarifverhandlungen und die Urabstimmung
 - Außerordentliche Betriebsrätekonferenz im Februar 1995 „Vor dem Streik“
 - IGM Berlin-Forderung „Initiative gegen Anti-Streikparagrafen „ (§116 AFG)
 - IGM und Betriebsrat von Siemens-Kabelwerk kündigen Widerstand gegen Produktionsverlagerung an
 - Im April werden die Bezirke Berlin-Brandenburg und Sachsen zu einem Bezirk der IGM „Brandenburg-Sachsen“ vereint. Sitz der Verwaltungsstelle: Berlin.
Bezirksleiter: Hasso Düvel
 - Diskussion zur geplanten Länderfusion Berlin/Brandenburg mit Betriebsräten
 - Während der 10. Vertreterversammlung werden die Delegierten zum 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Berlin gewählt und die Anträge an ihn beschlossen
 - Im Juni 1995 beglückwünschen 400 Gratulanten den Ersten Bevollmächtigten der IGM Berlin, Manfred Foede, zum 25 jährigen Dienstjubiläum
 - Im Juli erhält der Kollege Franz Adam zu 100. Geburtstag die IGM-Gratulation
 - Erste Vertrauensleutekonferenz der Verwaltungsstelle Berlin nach den Neuwahlen
 - Die Verwaltungsstelle Berlin schlägt Alarm: Im August suchen noch 4.000 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz
 - Im September 1995 wurde die „KIEZ-Initiative“ durch die Verwaltungsstelle mit Beratungsmöglichkeiten und thematischen Mitgliedertreffs gestartet.
 - Feierlichkeiten anlässlich des Beginns der 35-Stunden-Woche im Tarifgebiet I
 - Klausur der Ortsverwaltung im Oktober 1995 in Wulkow, Thema „Neues Ortsstatut Mitgliederwerbung“
 - Feierliche (Wieder-)Einweihung des rekonstruierten IGM-Hauses im Oktober
 - Beginn des 18. Ordentlichen Gewerkschaftstages in Berlin im ICC
 - November: Auseinandersetzung während der 12. Vertreterversammlung zum Thema „Sozialraub-Strategie der Bundesregierung und der Arbeitgeber
 - Fortsetzung des Kampfes um Ausbildungsplätze für Jugendliche
 - IG Metall-Monteur und Beschäftigte aus ABS-Gesellschaften machen mobil **gegen** Sozialdumping und Sozialabbau - **für** eine aktive Arbeitsmarktpolitik
 - 11. Oktober 1995: Wahl des Kollegen Werner Moritz zum Ersten Sprecher des Senioren-Arbeitskreise in der Verwaltungsstelle Berlin

- November 1995: Jubilärfest erstmalig auch für Kollegen/innen mit 50jähriger Gewerkschaftszugehörigkeit

1996 Im Januar fordern Betriebsräte und Vertrauensleute aus Berliner AEG-Betrieben in Frankfurt/M beim Verkauf ihrer Betriebe von der Konzernleitung verbindliche Arbeitsplatzzusagen.

IGM und Betriebsräte von der Fritz Werner & Niles AG fordern eine Auffanggesellschaft nach gestellten Konkursantrag.

Der AEG-Konzern will das Transformatorenwerk (TRO) in Schöneweide schließen.

Die Beschäftigten der AEG-TRO protestieren in 2 Kundengebungen.

Ein neues Ortsstatut wird im März durch die 13. Vertreterversammlung beschlossen.

Schweigemarsch der Beschäftigten von AEG-TRO durch Schöneweide gegen die Betriebsschließung.

Zum „Bündnis für Arbeit“ wurde im März 1996 im IGM-Haus eine Tageskonferenz durchgeführt.

Einige Zahlen /Fakten zum Berichtszeitraum 1993-1995

Das Brutto-Inlandsprodukt entwickelte sich uneinheitlich in Berlin; 1993 um 0,7% fallend, 1994 folgt eine Steigerungsrate von 1,4 Prozent. 1995 hatte sich tendenziell eine Stagnation abgezeichnet. Westberlins Entwicklung lag im negativen Bereich, die Ostberlins wies ein deutliches Wachsen in den drei Jahren aus.

Gemeldete Personen in Berlin

1995 (September)	3.471.535 Personen
1994 (31.12.)	3.452.284 “
1993 (31.12.)	3.475.392 “
1992 (31.12.)	3.465.748 “

Die Zahl der Erwerbstätigen in Gesamtberlin war seit 1989 (1.791.000) rückläufig. 1995 gab es nur noch etwa 1.514.000 erwerbstätige Personen.

Seniorenarbeit

Der am 4. Februar 1991 ins Leben gerufene, sich konstituierte Seniorenarbeitskreis wurde fester Bestandteil der Arbeit der Verwaltungsstelle Berlin. Die ehrenamtliche Mitwirkung der 28 Arbeitskreismitglieder bei der Organisation von Veranstaltungen, bei der Betreuung von aus dem Erwerbsleben ausgetretenen IGM-Mitgliedern war auch Gegenstand dieses Berichtszeitraumes. Informationen zu Renten, Vorruhestand, Abfindungen, über Mieten, Versicherungen und weitere Mitgliedschaft in der IGM wurden mit Sachkunde gegeben.

Ein gesonderter Anlaufpunkt für nachfragende Arbeitnehmer war die Großbaustelle Potsdamer Platz.

Die Berliner Verwaltungsstelle der IGM von 1996 bis zum 100jährigen Bestehen 1997

Die Komplettierung chronologischer Aufzeichnungen zum 100jährigen Bestehen der Verwaltungsstelle Berlin setzt das Nachschlagen im vorhandenen Geschäftsbericht für die Jahre 1996 bis 1999, herausgegeben im Februar 2000, voraus.

Der 1. Bevollmächtigte des Ortsvorstandes, Arno Hager, charakterisiert diesen Abschnitt durch zwei dominante Aspekte so:

„Erstens von der Berliner Sondersituation, die von einem weiterhin rigorosen Strukturwandel gekennzeichnet ist, der bisher viele Arbeitsplätze in der Metallindustrie im ehemaligen Ost-Berlin sowie in West-Berlin vernichtet hat. Leidtragende dieser Entwicklung waren unsere Kolleginnen und Kollegen. ...“

„Zweitens prägte die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene neue Orientierung am <<Shareholder-Value>> unsere Arbeit. ...“

Übersetzt bedeutete dies die Ausrichtung der Wirtschaft auf maximale Rendite für die Aktienbesitzer (d. Verf.).

Unter diesen wirtschaftlichen und politisch geduldeten Bedingungen wurde die Arbeit der Verwaltungsstelle zum Kampfplatz der Arbeitnehmerinnen und -nehmer sowie Rentner und Arbeitslose gegen diese Willkür.

Berlins teilungsbedingter Branchenmix zeigt sich im Berichtszeitraum durch Unterrepräsentation des Maschinen- und Fahrzeugbaues und der überrepräsentierten Elektro-Industrie.

Der Berliner Wirtschaft fehlten moderne, forschungs- und entwicklungsintensive Unternehmens- und Finanzdienstleistungen. Der Bausektor war überproportional vertreten.

Der Finanzsektor sowie der Bankensektor waren in und für Berlin unterentwickelt.

In diesem Defizit-Feld wurde durch die Berliner IG Metall der Kampf um soziale Gerechtigkeit, um angemessene Tarifpolitik und Betriebsbetreuung betrieben.

Der Umbau von Unternehmen und Betrieben war eine ständige Herausforderung für die Betriebsräte und Vertrauenskörper.

„Die Liste von Fusionen, Joint Ventures(JV), Verkäufen und Arbeitsplatzabbau lässt sich vielen anderen Berliner Unternehmen erweitern. Hier nur eine Auswahl:

* ABB-Kraftwerke: 550 auf 320 Mitarbeiter; dann Joint Ventures mit Alstom-AAP

* Adtranz: 520 auf 350 MA; dann JV mit Stadler; weiterer Abbau um 100 MA

* AEG-TRO: 500 MA; Schließung

* Alcatel-Lahnstr.: Schließung

* Alcatel- Kabel: 175 MA reduziert auf 35 MA

* AMC: 550 auf 300 MA (inklusive Firmenverkäufe)

* Bosch: 1.380 auf 1.080 MA und Teilverkauf an Motorola (US)

* Mercedes Benz: Fusion mit Chrysler (US) usw. “

Besonders beeindruckend war der hartnäckige Kampf der Alcatel-Beschäftigten um den Erhalt ihrer Neuköllner Arbeitsstätte und der Arbeitsplätze bei guter Auftragslage. Die große, von der IG Metall getragene Solidaritätswelle, offenbarte die Kraft, das Vertrauen und Macht zur Überwindung profitorientierter Konzern-Machenschaften.

Arbeitsplatzabbau und vielfältige Veränderungen in den Betrieben zogen rechtliche Auseinandersetzungen nach sich. Die IGM Verwaltungsstelle Berlin unterstützte ihre Mitglieder durch Beratungen und in der außergerichtlichen Vertretung.

Zur Unterstützung der betrieblichen IGM-Arbeit wurden 1997 in 32 Betrieben Vertrauenskörper gewählt. Damit wurde eine gute Basis für die Interessenvertretung geschaffen.

Ein entscheidendes Betätigungs- und Kampffeld waren die anstehenden Tarifvereinbarungen. Aktionstage, Warnstreiks und Protestkundgebungen wurden zur Durchsetzung des erzielten Tarifvertrages durchgeführt.

Zur effektiven Durchführung der gewerkschaftlichen Arbeit und zur politischen Willensbildung wurde die Stadtteilgruppenarbeit aufgebaut und deren Aktivitäten durch Betreuer angeleitet. Die betriebliche Ansiedlung war hier für die erfolgte Zuordnung maßgebend. Die Stadtteilgruppen gliederten sich wie folgt:

Gruppe	Stadtteile (Stadtbezirke)
1 Nord	Reinickendorf, Wedding
2 Spandau	Spandau
3 Zentrum	Charlottenburg, Tiergarten, Moabit, Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg
4 Süd-West	Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf
5 Süd-Ost	Kreuzberg, Neukölln
6 Tempelhof	Tempelhof
7 →	Pankow, Hohenschönhausen, Weißensee
8 →	Lichtenberg, Marzahn, Hellersdorf
9 →	Treptow, Köpenick

Die im Berichtszeitraum wirkende Ortsverwaltung wurde am 4. Juni 1996 für vier Jahre gewählt. Im Oktober 1996 wurde während der Klausurtagung in Wulkow die Richtung der künftigen OV-Arbeit festgelegt. Dabei fixierte Schwerpunkte waren die Tarif- und Lohnpolitik sowie die Zukunftssicherung der Verwaltungsstelle Berlin.

Wenig später deutete sich durch Arbeitsplatzvernichtung eine Krise der Metallindustrie ab, der auch ein Mitgliederschwund in der IGM folgte. Damit einher drohte der Berliner IGM eine Finanzkrise. Eine personelle Restrukturierung der Ortsverwaltung wurde beschlossen und umgesetzt. Aufgaben wurden neu zugeordnet, die Beschäftigtenanzahl reduziert, Verantwortlichkeiten neu geregelt.

Zur Anpassung des Bildungsniveaus der gewerkschaftlich aktiven Mitglieder an die sich verändernde Situation in der Arbeitswelt wurde das Bildungsangebot/Seminarangebot in der Folgezeit sowohl inhaltlich als auch zeitlich flexibler und stärker auf Anforderungen aus den Betrieben abgestimmt. Jugendseminare trugen zur Kontaktaufnahme mit der IGM bei und es konnten Mitglieder geworben werden.

Die gewerkschaftliche Jugend- und Frauenarbeit wurde wesentlich durch deren Ausschüsse gefördert. Es wurden Schwerpunkte der Arbeit festgelegt und Ziele erarbeitet, die Gegenstand hartnäckiger Auseinandersetzungen mit Politik und Wirtschaft waren.

Die Seniorenarbeit des Senioren-Arbeitskreis (SAK) lief unter dem Motto „Senioren für Senioren“. Er setzte sich für den Erhalt der Bindungen zwischen Mitglied und Verwaltungsstelle ein, organisierte Mitgliedertreffen und unterstützte die Verwaltungsstelle bei der Realisierung organisatorischer und gewerkschaftlicher Aufgaben. Auch wurde der Informationsdienst hinsichtlich Renten- und Sozialleistungen durch SAK-Mitglieder abgesichert.

Die Gründung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor 100 Jahren, am 16. Februar 1897, war ein wichtiger Anlass zum Feiern. Am Sonntag, dem 10. August 1997 bei Sonnenschein wurde vor dem Berliner Gewerkschaftshaus das Jubiläum festlich begangen. Erinnert wurde an Entbehrungen, an Kämpfe und an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung; aber auch die sich abzeichnende schwierige Arbeit bei der Gestaltung der Zukunft bewegte viele Festgäste im August 1997.

Quellenverzeichnis zu Kapitel XIII

1. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1990-1992
2. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1993-1995
3. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1996-1999

Verzeichnis der Bilder und Grafiken

[Kapitel I]

Abb. 1: Titelseite eines Mitgliedsbuches	Seite	7
Abb. 2: Aufruf: „An die Metallarbeiter in Berlin!“	Seite	8
Abb. 3: Massen-Versammlung, 26. Februar 1875	Seite	9
Abb. 4: Titelseite des Mitgliedbuches Nr. 6.433 vom Mai 1885	Seite	11
Abb. 5: Die Leiter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1897 bis 1922	Seite	14

[Kapitel Ia]

Abb. 6: Erstes Verbandsbüro der Verwaltungsstelle, Annenstr. 39	Seite	16
Abb. 7: Verbandsbüro im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15	Seite	17

[Kapitel II]

Abb. 8: 1907-1912 Erstes Verbandshaus der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin NW 6, Charité-Str. 3	Seite	24
--	-------	----

[Kapitel IV]

Abb. 9: Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Verwaltungsstelle Berlin, Liniestr. 83-85	Seite	36
Abb. 10: Karte Berlin und Umgebung „Wichtige Großbetriebe“	Seite	38
Abb. 11: Reichsgesetzblatt Nr. 26 von 1920	Seite	40
Abb. 12: Reichsgesetzblatt „(Betriebsrat-Befugnisse) (Betriebräte errichten)“	Seite	40
Abb. 13: Räte und Revolution in Deutschland, Aufruf zum Generalstreik vom 9. November 1918	Seite	41
Abb. 14: Reichspräsident Ebert „An das deutsche Volk“ vom 13. März 1920	Seite	41
Abb. 15: DMV-Information vom 13. März 1920 über die REAKTION	Seite	42
Abb. 16: Aufruf der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin	Seite	43
Abb. 17: Nachrichtenblatt der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin	Seite	44
Abb. 18: Aufruf zur Kundgebung am 19. März 1920, 2 Uhr nachmittags	Seite	45
Abb. 19: Neun-Punkte-Programm des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“	Seite	45
Abb. 20: Aufruf vom 18. März 1920 zur Fortsetzung des Generalstreiks	Seite	46
Abb. 21: Gewerkschaftskommission an Arbeiter und Angestellte - Streikabbruch	Seite	46
Abb. 22: Nachrichtenblatt der Zentral-Streikleitung von Groß-Berlin	Seite	47
Abb. 23: „Vorwärts“ vom 24. März 1920 (Morgenausgabe) - Regierungsumbildung	Seite	48
Abb. 24: Mitglieder der engeren Ortsverwaltung Berlin des DMV (1. Juni 1923)	Seite	49
Abb. 25: Das Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Deckblatt)	Seite	50

[Kapitel VI]

Abb. 26 Mitglieder der Militärregierung	Seite 82
Abb. 27: Das Reichstagsgebäude	Seite 83
Abb. 28: Der Endkampf um Berlin	Seite 83
Abb. 29: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation	Seite 84
Abb. 30: Gesichter gefangen genommener Deutscher Offiziere	Seite 84
Abb. 31: Soldaten auf dem Weg in die Gefangenschaft	Seite 84
Abb. 32: Die Deutsche Kapitulation (Urkunde)	Seite 85
Abb. 33: Befehl Nr. 1 des Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin	Seite 87
Abb. 34: Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10. Juni 1945	Seite 88
Abb. 35: Trinkwasserversorgung durch Straßenpumpe	Seite 89
Abb. 36: Auf der Suche nach Verwertbarem	Seite 89
Abb. 37: Zerstörte Werksanlage des Kabelwerkes Oberspree	Seite 90
Abb. 38: Luftaufnahme des Ruinenviertels um die Gedächtniskirche	Seite 91
Abb. 39: Amtseinführung des Berliner Magistrats am 19.5.1945	Seite 92
Abb. 40: Theodor Leipert –letzter Vorsitzender des ADGB	Seite 93
Abb. 41: Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses	Seite 95
Abb. 42: Teilnehmer der Konferenz von Potsdam im August 1945	Seite 98
Abb. 43: Flugblatt der IG Metall an alle Unorganisierten	Seite 100
Abb. 44: Aufräumarbeiten bei Bergmann-Borsig 1945 – Funktionäre packen mit an	Seite 102
Abb. 45: Mitglieder des provisorischen Vorstandes der IG Metall	Seite 102
Abb. 46: Portrait und Biografie des Kollegen Fritz Rettmann	Seite 103
Abb. 47: Der Vorsitzende der IG Metall Berlin, Fritz Rettmann, spricht zu Arbeitern	Seite 104
Abb. 48: Einweihung des Jugendheimes „Robert Dissmann“ der IG Metall am Seddinsee	Seite 107

[Kapitel VIII]

Abb. 49: Kontrollratsgesetz Nr. 35 vom 20. August 1946	Seite 132
Abb. 50: Office of Military Government, Ihr Gesuch um Anerkennung vom 18. Juni 1948	Seite 133
Abb. 51: Manpower Branch, HQ Military Government Kommissarische Leitung des FDGB (UGO) vom 9. Juli 1948	Seite 134
Abb. 52: Military Government Berlin (BRITISH SECTOR) Die Kommissarische Leitung des FDGB, Groß-Berlin (UGO)	Seite 135
Abb. 53: "Werbeplakate des Verbandes"	Seite 140
Abb. 54: Bezirksverbandsleitungen	Seite 146
Abb. 55: "Der gegenwärtige Sitz des Verbandes" (Berlin-Charlottenburg 9, Württembergallee 1 /Ecke Kaiserdamm)	Seite 147
Abb. 56: Organisationsplan 1949 (Metallarbeiter-Verband Groß Berlin)	Seite 148
Abb. 57: Der geschäftsführende Vorstand	Seite 148
Abb. 58: Die innere Organisation des Verbandes (1949)	Seite 149
Abb. 59: Die Organisation der Branchen (1949)	Seite 149
Abb. 60: "Urlaub" (Anordnung vom 26. November 1947)	Seite 150

Abb. 61: Protestaufruf der IG Metall für den 14. Juni 1954 im Sportpalast	Seite 164
Abb. 62: IG Metall-Aufruf zur Großkundgebung am 14. Juni 1954, 18 Uhr im Sportpalast	Seite 164
Abb. 63: Kollege Galle bei der Berichterstattung auf der Kundgebung im Sportpalast	Seite 165
Abb. 64: "Unsere Kollegen im überfüllten Sportpalast"	Seite 166
Abb. 65: „Streikposten vor einem Berliner Metallbetrieb“	Seite 167
Abb. 66: Demonstration der IG Metall in machtvollen Demonstrationszügen am 1. Mai	Seite 178
Abb. 67: 6. Ordentlicher Gewerkschaftstag in der Kongresshalle	Seite 180
Abb. 68: Aus dem Organisationsleben der Verwaltungsstelle Berlin 1957-1960 (Mitglieder / Beitrag)	Seite 181
Abb. 69: Aus Durchschnittsstundenverdiensten und -beiträgen in der Westberliner Metallindustrie 1957-1960	Seite 182
Abb. 70: Wählt den Betriebsrat - Wähler im Gespräch	Seite 183
Abb. 71: Statistik: - „Das Gesamtergebnis der Verwaltungsstelle Berlin - Metallindustrie 1957-1960“	Seite 184
Abb. 72: Die IG Metall demonstriert von der Kongresshalle zum Platz der Republik	Seite 185
Abb. 73: Die Kollegen Erich Galle und Horst Wagner überreichen der Senatorin Ella Kay 30.000 DM	Seite 186
Abb. 74: Eine gute Berufsausbildung ist das Ziel unserer Arbeit	Seite 187
Abb. 75: Das einschneidendste Ereignis „D i e M a u e r“	Seite 194
Abb. 76: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Stellenangebotes in Westberlin (Kurvendiagramm)	Seite 195
Abb. 77: Tabelle „Sozialprodukt und Produktivität 1960/1961“	Seite 196

Juli 2007

Herausgeber:
IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin

100 Jahre IG Metall
Verwaltungsstelle Berlin
18. Juni 1897 bis 1997

Kapitel XIII
1990 bis 1997

Autor: Wolfgang Mähler

Vorbemerkungen zum Kapitel XIII

Dem folgenden Kapitel, zusammengestellt aus den vorgenannten Geschäftsberichten der Verwaltungsstelle Berlin, liegt der einfache Gedanke zugrunde, dass 100 Jahre Verwaltungsstelle Berlin erst 1997 komplett wurden. Frühere Festlegungen über die Zeitabschnitte und Kapitelzuordnungen endeten mit dem Kapitel XII.

Die Arbeitsgruppe Chronik folgte dem Gedanken der Vollständigkeit im September 2003 und ergänzt hiermit unter Verwendung der genannten Quellen das bereits fertig vorliegende Werk über 12 Kapitel um ein weiteres.

Die ereignisreichen Gewerkschaftsjahre 1990 bis 1992 in der Verwaltungsstelle Berlin

Da im Chronikteil Kapitel XII bereits ausführlich auf die politische Entwicklung eingegangen wurde, konzentriere ich mich auf die Herausbildung der Seniorenarbeit in der Verwaltungsstelle.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin hatte alles ihr mögliche getan, um den deutschen Einigungsprozess zu fördern und sozial auszugestalten. Das stellte die Organisation vor harte Bewährungsproben und schwer zu lösende Aufgaben.

Trotz aller Probleme war es gelungen, eine einheitliche, solidarische und kampffähige Interessenvertretung für alle in der Metall- und Elektrowirtschaft aufzubauen.

Noch im November 1989, nach der Öffnung Mauer kamen Hunderte von Kolleginnen und Kollegen aus dem Ostteil Berlins und aus Brandenburg in die Verwaltungsstelle, um Material, Rat und Hilfe zu holen.

Die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle rief die ehrenamtlichen Funktionäre zur Unterstützung auf, da dieser Massenansturm kaum zu bewältigen war. Sehr viele folgten diesem Aufruf.

Damit begann das gewerkschaftliche Zusammenwachsen im Kreise der Mitglieder.

Zur Bildung eines Regionalausschusses der IGM für Berlin/Brandenburg kam es am 20. März 1990. Als paritätische Vorsitzende wurden Manfred Foede, 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Berlin, und Alfred Kunz, Bezirksvorstandsvorsitzender für Berlin-Ost, gewählt.

Im Oktober 1990 begann die Organisation der Mitglieder-Übertritte aus der IG Metall Berlin-Ost in die Verwaltungsstelle Berlin.

Am 6.11.1990 wurde auf Empfehlung des Vorstandes (in Frankfurt/Main) eine Ausnahmeregelung für die Vertreterversammlung in Berlin angewendet.

Zu den 250 gewählten Vertretern aus dem Westteil der Stadt wurden weitere 250 aus dem Ostteil Berlins dazu gewählt. Zur Ortsverwaltung wurden acht Beisitzerinnen/Beisitzer hinzu gewählt. Auch ein neues Ortsstatut wurde beschlossen.

Seit dem 1.1.1991 ist die Verwaltungsstelle Berlin der IG Metall vereinigt mit dem ehemaligen Ost- und Westteil der Stadt Berlin.

Ab Februar 1991 wurden neue Strukturen für Gesamtberlin entwickelt (→ Stadtteilgruppen).

Mit Bildung dieser Strukturen wurde die Arbeit des Büroleiters Alfred Kunz in der Wallstraße beendet.

Die erste Großveranstaltung mit Funktionären aus dem Ost- und Westteil der Stadt im Beuth-Saal (Wedding) befasste sich mit der Tarifsituation und der Arbeitsplatzvernichtung in Berlin.

Die Berliner IG Metall schlug Alarm: Nur wenige Monate nach der Deutschen Einheit droht der Metall- und Elektroindustrie der Spree-Metropole ein bislang beispielloser Arbeitsplatzabbau.

Im März 1991 hatte die Verwaltungsstelle Berlin über 120.000 Gewerkschaftsmitglieder. Damit ist sie die mitgliederstärkste Verwaltungsstelle Deutschlands. Die Metaller-Zeitung „Metall – Berlin“ erschien nun für ganz Berlin.

Trotz Regenschauer beteiligten sich am 1. Mai 1991 mehrere tausend Metallerinnen und Metaller am Demonstrationzug vom IGM-Haus aus durch das Brandenburger Tor zum Platz der Republik.

Auf Vertreterversammlungen, anlässlich Funktionärskonferenzen und Betriebsbesuchen wurde die Einbindung der Rentner in die Verwaltungsstelle gefordert, ähnlich der Veteranenarbeit in der ehemaligen DDR.

Eine Seniorenarbeit, welche betriebsbezogen war, gab es im Westteil der Stadt bis dahin nicht.

Unter dem Zwang der zunehmenden Arbeitslosigkeit und des rapiden Anstiegs der Senioren-Anzahl beauftragte die Geschäftsführung der Verwaltungsstelle Berlin ihren Politischen Sekretär, Klaus Gerbsch, sich der Senioren-Betreuung anzunehmen.

Die dazu notwendigen Vorbereitungen liefen an:

- Es galt Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit zu gewinnen.
- Ein „Raum für Begegnungen“ musste geschaffen werden.
- Erforderliche Literatur für Beratungen und zur Einsicht war bereitzustellen.

Der Raum 121 der Verwaltungsstelle wurde zum Treffpunkt der Senioren festgelegt.

Er wurde aber auch Anlaufstelle für Neulinge für die Seniorenarbeit bzw. Interessierte.

Am 4.12.1991 wurde in der IGM-Verwaltungsstelle Berlin mit Beschluss der Ortsverwaltung ein Senioren-Arbeitskreis und seine Arbeitskreisleitung gebildet und konstituiert. Diesem Senioren-Arbeitskreis gehörten 21 Seniorinnen und Senioren aus allen Stadtteilen an.

Zum Sprecher der Senioren-Arbeitskreisleitung wurde am 4.12.1991 Kollege Alfred Kunz aus dem Ostteil der Stadt und zum stellvertretenden Sprecher Kollege Wolfgang Mähler aus dem Westteil gewählt.

Der Senioren-Arbeitskreis mit seiner Leitung setzte sich im Rahmen der Gesamtarbeit der Verwaltungsstelle für die Belange der 13.651 Seniorinnen und Senioren ein. Von denen erhielten 8.697 Personen Altersgeld und 4.954 Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld. Dies betraf fast ausschließlich Mitglieder aus dem Ostteil der Stadt.

Der Inhalt der Arbeit wurde auf Basis der „Richtlinie des Vorstandes für die Aktivierung der Seniorenarbeit der IG Metall“ auf die aktuellen Probleme und speziellen Interessen der Seniorinnen und Senioren gerichtet.

Es folgten Beratungen und Informationen zum Vorruhestand, zum Altersübergangsgeld und zu Rentenfragen. Schwerpunkt der Informationen / Beratungen war auch die Gewerkschaft als Ansprechpartner in allen gewerkschaftlichen Belangen. Auch die Gespräche der Senioren miteinander waren sehr wichtig.

Zugleich richteten sich die Anstrengungen darauf, weitere Seniorinnen und Senioren in die Gesamtarbeit der IGM-Verwaltungsstelle einzubeziehen.

Mit den seit Januar 1992 eingerichteten „Mittwochsgesprächen“ mit Senioren/innen wurde begonnen, in der IG Metall-Verwaltungsstelle einen ständigen Ort der Begegnung zu schaffen.

Gesprächsgegenstand war z.B.

- Fragen zur Senioren-Betreuung durch die IGM; Leistungen der IGM; Möglichkeiten der eigenen Mitarbeit
- Probleme aus dem Rentenüberleitungsgesetz, aus der Vorruhestandsregelung und dem Altersübergangsgeld
- Gewährung von Unterstützung bei der Klärung von Problemen, die in Verbindung mit dem Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis bei älteren Kollegen/innen auftreten
- Beratungen zu Fragen der Zahlung von Betriebsrenten

Die Rechtsabteilung unterstützte die Beratungen thematisch bei Bedarf.

Der Senioren-Arbeitskreis und seine Leitung initiierte Aktivitäten zur Lösung weiterer Aufgaben. Das betraf die Herausgabe einer ersten Informationsbroschüre, die Ausarbeitung und Stellungnahme zur Tarifrunde 1992 im Westteil Berlins am Verhandlungsort durch die Delegierten des Arbeitskreises. Die Senioren-Arbeitskreis-Leitung löste ein Antragsbegehren zur Pflegeversicherung aus. Am 25. März 1992 wurde auf der Vertreterversammlung der Antrag beschlossen und weitergeleitet.

Dem Anliegen, in der Seniorenarbeit auch über die Stadtteile und im Rahmen der Stadtteile Anlaufstellen für Seniorinnen und Senioren in der IGM zu schaffen, konnte im Bereich Trepow/Köpenick erstmals gefolgt werden. Hier zeigten Kollegin Margot Gebhard und Kollege Waldemar Mertins hohes Engagement.

Kontakte hatte der Senioren-Arbeitskreis mit noch bestehenden betrieblichen und gewerkschaftlichen Senioren-Arbeitskreisen hergestellt. Deren Sprecher wurden zu Beratungen eingeladen.

Um den Senioren/innen fachlich fundierte Auskünfte zu ihren Fragen zu erteilen, wurden Verbindungen zur LVA und BfA hergestellt und die Versichertenältesten mit einbezogen.

Im Februar 1992 fand in Berlin die „Verteilungspolitische Konferenz der IG Metall“ statt. Hier ging es um die 10jährige radikale Umverteilung des Arbeitseinkommens zu Gunsten der Gewinne. Es dürfen die Kosten der Einheit nicht länger allein den Arbeitnehmer/innen aufgebürdet werden.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin entwickelt unter Mitwirkung der Betriebsräte von KWK GmbH, KWO GmbH, ASLID Kabelwerk GmbH und Kabelwerk Schönow GmbH eine erste Strategie gegen die Treuhandanstalt.

Dem Alcatel Konzern wird wegen beabsichtigter Betriebsschließung der SEL AG Berlin Feindseligkeit und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

April 1992: Lage verschärft sich; in der <Neuen Welt> wird Dampf zur Tarifrunde 1992 unter Beteiligung der Senioren abgelassen.

Demonstrative Busfahrt der Elpro-Beschäftigten zur Treuhandanstalt gegen den Elpro-Verkauf. Erfolg: Abbruch der Verkaufsverhandlungen.

In Berlin werden Warnstreiks zur Durchsetzung der Tarif-Forderungen organisiert.

Über 5.000 Arbeitnehmer/innen folgen 1992 dem Aufruf zur 1. Mai – Kundgebung im Lustgarten (Tarif-Forderungen, gegen Sozialabbau und gegen Rassismus).

Für das Tarifgebiet I wird im Juni 1992 ein akzeptables Ergebnis erzielt: Gestaffelte Lohn- und Gehalterhöhungen sowie Anhebung der Sonderzahlungen und Absicherung der 36 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich.

September 1992: Warnstreik der Monteure zur Durchsetzung eines Bundes-Mantel-Tarifvertrages (BMTV).

Im Mittelpunkt der 11. Vertreterversammlung im November 1992 steht u. a. der geplante Vertragsbruch des Arbeitgeberverbandes der Metall- und Elektroindustrie (Stufenplan).

Die Arbeit der Senioren/innen in den Stadtteilgruppen lies den Bekanntheitsgrad des Senioren-Arbeitskreis wachsen. Damit wurde es möglich, Kandidaten aus dem Senioren-Arbeitskreis für den offenen Wahlkörper zu benennen.

Unter dem Titel „In der Tradition der Moderne“ wurde im Dezember 1992 unter dem Fernsehturm am Alexanderplatz eine Ausstellung zum 100jährigen Jubiläum der IG Metall gesamt eröffnet. Dort entstand die Idee des Kollegen Alfred Kunz, ebenfalls das 100jährige Bestehen der Verwaltungsstelle Berlin im Juni 1997 würdig zu begehen.

In zwei großen Jubilarfeiern in der Akademie der Künste wurden die Jubilare/innen, die ihre 40, 60, 70 oder gar 75jährige Mitgliedschaft in der IG Metall hatten, geehrt. Zu diesem Zeitpunkt waren 1.539 Kolleginnen und Kollegen 40 Jahre, 13 Mitglieder seit 60 Jahren, 9 Personen seit 70 Jahren und sogar zwei Jubilare bereits 75 Jahre Mitglied der IGM.

Die Zielstellung des Senioren-Arbeitskreises, die Interessen der Gewerkschaftsseniorinnen und Senioren zu vertreten, beinhaltete nicht die Bildung von Personengruppen.

Die Mitwirkungshandlungen des Senioren-Arbeitskreises wurden in und für die Verwaltungsstelle immer umfangreicher. Die Mittwochsgesprächsrunden reichten zur Bewältigung der Aufgaben nicht mehr aus. Es wurden innerhalb des Senioren-Arbeitskreis Arbeitsgruppen gebildet, die sich speziellen Themen widmeten, so z.B. die „AG Soziales“ mit ihrem Leiter Kollegen Alfred Kunz und die „AG Chronik“ unter Leitung des Kollegen Wolfgang Mähler.

Für die AG Soziales bestand die Notwendigkeit, sich durch Teilnahme an Schulungen spezifisches fachliches Wissen anzueignen; die AG Chronik begann mit der Sammlung von Fakten und Dokumenten für das Schreiben einer Chronik über das 100jährige Bestehen der IGM-Verwaltungsstelle Berlin.

Für die Vertreterversammlung wurden im offenen Wahlkörper 16 Kandidaten aus dem Senioren-Arbeitskreis gewählt, mit der Konsequenz, dass sich das Ortsstatut änderte.

Gleichzeitig wurden die Vertrauenskörperleitungen und Betriebsräte über das Wirken der AG Soziales informiert.

Der zunehmende Arbeitsplatzabbau in Berlin wirkte sich auch auf Aktivitäten der Verwaltungsstelle aus. Der Bedarf an Unterstützung und Beratung stieg rapide an.

Kollege Willi Heise aus dem Senioren-Arbeitskreis und ehemaliger Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Fritz-Werner Maschinenbau AG wurde hinsichtlich der Entwicklung eines Sozialplanes für den Spandauer Automaten-Betriebes angesprochen. Eine organisierte Beratung mit Betriebsrat und Senioren-Arbeitskreis -Mitgliedern zur Vorruhestandsregelung für ca. 15 Personen folgte.

Die erhöhte Arbeitsplatzvernichtung wirkte sich auch auf den Mitgliederbestand der IGM aus. Die Zahl der Austritte war wesentlich höher als die der Neueintritte. Entlassungs-Informationen der vorhandenen Betriebsräte erreichten die Verwaltungsstelle zu spät. Austrittserklärungen, zum Teil begründet mit der finanziellen Lage, konnten daher nicht abgewendet bzw. verhindert werden.

In Erkenntnis dieses Trends wurde seitens der Verwaltungsstelle die höchste Priorität auf den Erhalt der Mitgliedschaft in der IGM und die Gewinnung neuer Mitglieder zur Stärkung der gewerkschaftlichen Kampfkraft gesetzt. Die Mitwirkung des Seniorenarbeitskreises wurde hier gefordert.

Die Arbeitsgruppe Chronik mit ihrem Bemühen, eine akzeptable Konzeption zu entwickeln, trat unter den damaligen Umständen in den Hintergrund.

Die IGM-Verwaltungsstelle Berlin in den Jahren 1993 bis 1995

Charakterisierend für den Zeitraum 1993 bis zum Frühjahr 1996 war die anhaltende hohe Zahl der Arbeitslosen in Berlin sowie im zunehmenden Maße die große Menge von Betriebsschließungen und Arbeitsstättenverlagerungen in und aus Berlin.

Diesen wirtschaftlichen und damit auch politischen Entwicklungen in der Stadt Berlin musste gewerkschaftlich entgegengetreten werden. Bereits die im vorherigen Berichtszeitraum fixierte Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit konnte ungeachtet der Anfeindungen aus Politik, Wirtschaft und den Medien für den Ost- und Westteil der Stadt durchgesetzt werden.

Erhebliche Personalveränderungen, begründet durch „interne Aufgabenverteilung“ und Ausfall durch Tod oder „in Rente gehen“ sowie finanziell notwendiger Personalabbau, verschärften die Situation bei der Umsetzung der Vorhaben des Berichtszeitraumes. Die unterstützende Bereitschaft des Senioren-Arbeitskreises mit seinen 23 Mitgliedern wurde genutzt. Gekürzt, aber anschaulich werden die gewerkschaftlichen Aktivitäten dieses Zeitraumes als Chronik dargestellt.

Wesentliche Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit waren:

- 1993
- Funktionärskonferenz in der Kongresshalle am Alexanderplatz
 - Wahlen zur Vertreterversammlung (1993 – 95)
 - Protest-Fahrt mit Alcatel – SEL –Beschäftigten nach Stuttgart
 - An Info-Ständen werden Berliner über aktuellen Tarifkonflikt informiert
 - IGM, Betriebsrat und Belegschaft von Elcatel kämpfen um Arbeitsplatzzerhalt
 - Großveranstaltung der Verwaltungsstelle Berlin im Sportforum
 - Im März auf der 1. Vertreterversammlung werden Bevollmächtigte gewählt
 - Dokumentarfilmwoche zu „Wende-Auswirkungen“
 - Warnstreikbeginn in Ostberliner Metall- und Elektroindustrie
 - 18.000 Metaller/innen beteiligen sich am Sternmarsch gegen Arbeitgeber-Verhalten
 - Auto-Corso als Solidaritätsbezeugung nach Brandenburg, Eisenhüttenstadt und Hennigsdorf
 - Urabstimmung für die Annahme der Tarifergebnisse im Mai 1993
 - Erster Streik in Berlin bei der Digital Equipment GmbH zwecks Firmentarif-Vertrag
 - Arbeitstagung der Verwaltungsstelle zur dualen Berufsausbildung
 - Schwedische Metallgewerkschafter bei der Verwaltungsstelle
 - Kündigung der Lohn-, Gehalts- und Urlaubsverträge durch den Arbeitgeberverband
 - Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Kodak-Absichten
 - Aktionswelle der IGM im Oktober gegen Arbeitsplatzvernichtung
 - Berufsschüler-Demonstration gegen Schließung von Ausbildungseinrichtungen
 - Vor dem Roten Rathaus wird eine „Mauer der Arbeitsplatzvernichtung“ errichtet
- 1994
- Funktionärskonferenz im Hotel „Berlin“ mit Walter Riester zur Tarifaueinandersetzung 1993/94
 - Start des „Montags-Treffen“ für Betriebsratsvorsitzende im Januar 1994
 - Bundesweiter Aktionstag der IGM gegen Blockadepolitik der Arbeitgeber
 - Protestaktionen am Internationalen Frauentag in Betrieben und vor dem R. Rathaus
 - Am 1. April beginnt die 39-Stunden-Arbeitswoche mit Lohnausgleich
 - Mai-Kundgebung mit etwa 3.000 Metaller/innen im Lustgarten
 - Beginn der Tarifverhandlungen für Heizung-, Klima- und Sanitärtechnik
 - Finnische Metallgewerkschafter zur Information in der Verwaltungsstelle Berlin
 - Beratung Vertrauenskörperleiter/innen im IGM-Haus

- Im September 1994 Abschluss eines Gesamtberliner-Tarifvertrages (Heizung, ...)
 - Die Belegschaft von Bosse bildet eine Arbeitsgruppe, um Arbeitsplätze zu retten
 - Dem Kollegen Max Engler gratuliert die Verwaltungsstelle Berlin zum 100sten Geburtstag
 - Die Verwaltungsstelle organisiert einen Theaterabend zum Thema „Staatenlos“
 - Die Verwaltungsstellen Berlin und Brandenburg organisieren Fachtagung zur Entwicklung im Schienen-Fahrzeugbau
 - Info-Stand vor dem Werktor der Fa. Pierburg GmbH zur Mitgliederwerbung
 - Schwerpunkt der 8. Vertreterversammlung im November 1994 „Industrie-Standort Berlin braucht Zukunft“
 - IGM-Jugend informiert über die Arbeit der Gewerkschaften
- 1995
- Forderungen der IGM zur 2. Tarifverhandlung werden durch Delegationen aus Berliner Metallbetrieben unterstützt
 - Auftaktveranstaltung zur Tarifrunde mit W. Riester, Zweiter Vorsitzende der IGM
 - Warnstreiks im Tarifgebiet I beginnen und steigern sich im Februar
 - Die Tarifkommission der IGM beantragt die Erklärung zum Scheitern der Tarifverhandlungen und die Urabstimmung
 - Außerordentliche Betriebsrätekonferenz im Februar 1995 „Vor dem Streik“
 - IGM Berlin-Forderung „Initiative gegen Anti-Streikparagrafen „ (§116 AFG)
 - IGM und Betriebsrat von Siemens-Kabelwerk kündigen Widerstand gegen Produktionsverlagerung an
 - Im April werden die Bezirke Berlin-Brandenburg und Sachsen zu einem Bezirk der IGM „Brandenburg-Sachsen“ vereint. Sitz der Verwaltungsstelle: Berlin.
Bezirksleiter: Hasso Düvel
 - Diskussion zur geplanten Länderfusion Berlin/Brandenburg mit Betriebsräten
 - Während der 10. Vertreterversammlung werden die Delegierten zum 18. Ordentlichen Gewerkschaftstag in Berlin gewählt und die Anträge an ihn beschlossen
 - Im Juni 1995 beglückwünschen 400 Gratulanten den Ersten Bevollmächtigten der IGM Berlin, Manfred Foede, zum 25 jährigen Dienstjubiläum
 - Im Juli erhält der Kollege Franz Adam zu 100. Geburtstag die IGM-Gratulation
 - Erste Vertrauensleutekonferenz der Verwaltungsstelle Berlin nach den Neuwahlen
 - Die Verwaltungsstelle Berlin schlägt Alarm: Im August suchen noch 4.000 Schulabgänger einen Ausbildungsplatz
 - Im September 1995 wurde die „KIEZ-Initiative“ durch die Verwaltungsstelle mit Beratungsmöglichkeiten und thematischen Mitgliedertreffs gestartet.
 - Feierlichkeiten anlässlich des Beginns der 35-Stunden-Woche im Tarifgebiet I
 - Klausur der Ortsverwaltung im Oktober 1995 in Wulkow, Thema „Neues Ortsstatut Mitgliederwerbung“
 - Feierliche (Wieder-)Einweihung des rekonstruierten IGM-Hauses im Oktober
 - Beginn des 18. Ordentlichen Gewerkschaftstages in Berlin im ICC
 - November: Auseinandersetzung während der 12. Vertreterversammlung zum Thema „Sozialraub-Strategie der Bundesregierung und der Arbeitgeber
 - Fortsetzung des Kampfes um Ausbildungsplätze für Jugendliche
 - IG Metall-Monteur und Beschäftigte aus ABS-Gesellschaften machen mobil **gegen** Sozialdumping und Sozialabbau - **für** eine aktive Arbeitsmarktpolitik
 - 11. Oktober 1995: Wahl des Kollegen Werner Moritz zum Ersten Sprecher des Senioren-Arbeitskreise in der Verwaltungsstelle Berlin

- November 1995: Jubilärfest erstmalig auch für Kollegen/innen mit 50jähriger Gewerkschaftszugehörigkeit

1996 Im Januar fordern Betriebsräte und Vertrauensleute aus Berliner AEG-Betrieben in Frankfurt/M beim Verkauf ihrer Betriebe von der Konzernleitung verbindliche Arbeitsplatzzusagen.

IGM und Betriebsräte von der Fritz Werner & Niles AG fordern eine Auffanggesellschaft nach gestellten Konkursantrag.

Der AEG-Konzern will das Transformatorenwerk (TRO) in Schöneweide schließen.

Die Beschäftigten der AEG-TRO protestieren in 2 Kundgebungen.

Ein neues Ortsstatut wird im März durch die 13. Vertreterversammlung beschlossen.

Schweigemarsch der Beschäftigten von AEG-TRO durch Schöneweide gegen die Betriebsschließung.

Zum „Bündnis für Arbeit“ wurde im März 1996 im IGM-Haus eine Tageskonferenz durchgeführt.

Einige Zahlen /Fakten zum Berichtszeitraum 1993-1995

Das Brutto-Inlandsprodukt entwickelte sich uneinheitlich in Berlin; 1993 um 0,7% fallend, 1994 folgt eine Steigerungsrate von 1,4 Prozent. 1995 hatte sich tendenziell eine Stagnation abgezeichnet. Westberlins Entwicklung lag im negativen Bereich, die Ostberlins wies ein deutliches Wachsen in den drei Jahren aus.

Gemeldete Personen in Berlin

1995 (September)	3.471.535 Personen
1994 (31.12.)	3.452.284 “
1993 (31.12.)	3.475.392 “
1992 (31.12.)	3.465.748 “

Die Zahl der Erwerbstätigen in Gesamtberlin war seit 1989 (1.791.000) rückläufig. 1995 gab es nur noch etwa 1.514.000 erwerbstätige Personen.

Seniorenarbeit

Der am 4. Februar 1991 ins Leben gerufene, sich konstituierte Seniorenarbeitskreis wurde fester Bestandteil der Arbeit der Verwaltungsstelle Berlin. Die ehrenamtliche Mitwirkung der 28 Arbeitskreismitglieder bei der Organisation von Veranstaltungen, bei der Betreuung von aus dem Erwerbsleben ausgetretenen IGM-Mitgliedern war auch Gegenstand dieses Berichtszeitraumes. Informationen zu Renten, Vorruhestand, Abfindungen, über Mieten, Versicherungen und weitere Mitgliedschaft in der IGM wurden mit Sachkunde gegeben.

Ein gesonderter Anlaufpunkt für nachfragende Arbeitnehmer war die Großbaustelle Potsdamer Platz.

Die Berliner Verwaltungsstelle der IGM von 1996 bis zum 100jährigen Bestehen 1997

Die Komplettierung chronologischer Aufzeichnungen zum 100jährigen Bestehen der Verwaltungsstelle Berlin setzt das Nachschlagen im vorhandenen Geschäftsbericht für die Jahre 1996 bis 1999, herausgegeben im Februar 2000, voraus.

Der 1. Bevollmächtigte des Ortsvorstandes, Arno Hager, charakterisiert diesen Abschnitt durch zwei dominante Aspekte so:

„Erstens von der Berliner Sondersituation, die von einem weiterhin rigorosen Strukturwandel gekennzeichnet ist, der bisher viele Arbeitsplätze in der Metallindustrie im ehemaligen Ost-Berlin sowie in West-Berlin vernichtet hat. Leidtragende dieser Entwicklung waren unsere Kolleginnen und Kollegen. ...“

„Zweitens prägte die fortschreitende Globalisierung der Wirtschaft und die damit verbundene neue Orientierung am <<Shareholder-Value>> unsere Arbeit. ...“

Übersetzt bedeutete dies die Ausrichtung der Wirtschaft auf maximale Rendite für die Aktienbesitzer (d. Verf.).

Unter diesen wirtschaftlichen und politisch geduldeten Bedingungen wurde die Arbeit der Verwaltungsstelle zum Kampfplatz der Arbeitnehmerinnen und -nehmer sowie Rentner und Arbeitslose gegen diese Willkür.

Berlins teilungsbedingter Branchenmix zeigt sich im Berichtszeitraum durch Unterrepräsentation des Maschinen- und Fahrzeugbaues und der überrepräsentierten Elektro-Industrie.

Der Berliner Wirtschaft fehlten moderne, forschungs- und entwicklungsintensive Unternehmens- und Finanzdienstleistungen. Der Bausektor war überproportional vertreten.

Der Finanzsektor sowie der Bankensektor waren in und für Berlin unterentwickelt.

In diesem Defizit-Feld wurde durch die Berliner IG Metall der Kampf um soziale Gerechtigkeit, um angemessene Tarifpolitik und Betriebsbetreuung betrieben.

Der Umbau von Unternehmen und Betrieben war eine ständige Herausforderung für die Betriebsräte und Vertrauenskörper.

„Die Liste von Fusionen, Joint Ventures(JV), Verkäufen und Arbeitsplatzabbau lässt sich vielen anderen Berliner Unternehmen erweitern. Hier nur eine Auswahl:

* ABB-Kraftwerke: 550 auf 320 Mitarbeiter; dann Joint Ventures mit Alstom-AAP

* Adtranz: 520 auf 350 MA; dann JV mit Stadler; weiterer Abbau um 100 MA

* AEG-TRO: 500 MA; Schließung

* Alcatel-Lahnstr.: Schließung

* Alcatel- Kabel: 175 MA reduziert auf 35 MA

* AMC: 550 auf 300 MA (inklusive Firmenverkäufe)

* Bosch: 1.380 auf 1.080 MA und Teilverkauf an Motorola (US)

* Mercedes Benz: Fusion mit Chrysler (US) usw. “

Besonders beeindruckend war der hartnäckige Kampf der Alcatel-Beschäftigten um den Erhalt ihrer Neuköllner Arbeitsstätte und der Arbeitsplätze bei guter Auftragslage. Die große, von der IG Metall getragene Solidaritätswelle, offenbarte die Kraft, das Vertrauen und Macht zur Überwindung profitorientierter Konzern-Machenschaften.

Arbeitsplatzabbau und vielfältige Veränderungen in den Betrieben zogen rechtliche Auseinandersetzungen nach sich. Die IGM Verwaltungsstelle Berlin unterstützte ihre Mitglieder durch Beratungen und in der außergerichtlichen Vertretung.

Zur Unterstützung der betrieblichen IGM-Arbeit wurden 1997 in 32 Betrieben Vertrauenskörper gewählt. Damit wurde eine gute Basis für die Interessenvertretung geschaffen.

Ein entscheidendes Betätigungs- und Kampffeld waren die anstehenden Tarifvereinbarungen. Aktionstage, Warnstreiks und Protestkundgebungen wurden zur Durchsetzung des erzielten Tarifvertrages durchgeführt.

Zur effektiven Durchführung der gewerkschaftlichen Arbeit und zur politischen Willensbildung wurde die Stadtteilgruppenarbeit aufgebaut und deren Aktivitäten durch Betreuer angeleitet. Die betriebliche Ansiedlung war hier für die erfolgte Zuordnung maßgebend. Die Stadtteilgruppen gliederten sich wie folgt:

Gruppe	Stadtteile (Stadtbezirke)
1 Nord	Reinickendorf, Wedding
2 Spandau	Spandau
3 Zentrum	Charlottenburg, Tiergarten, Moabit, Mitte, Friedrichshain, Prenzlauer Berg
4 Süd-West	Schöneberg, Steglitz, Zehlendorf
5 Süd-Ost	Kreuzberg, Neukölln
6 Tempelhof	Tempelhof
7 →	Pankow, Hohenschönhausen, Weißensee
8 →	Lichtenberg, Marzahn, Hellersdorf
9 →	Treptow, Köpenick

Die im Berichtszeitraum wirkende Ortsverwaltung wurde am 4. Juni 1996 für vier Jahre gewählt. Im Oktober 1996 wurde während der Klausurtagung in Wulkow die Richtung der künftigen OV-Arbeit festgelegt. Dabei fixierte Schwerpunkte waren die Tarif- und Lohnpolitik sowie die Zukunftssicherung der Verwaltungsstelle Berlin.

Wenig später deutete sich durch Arbeitsplatzvernichtung eine Krise der Metallindustrie ab, der auch ein Mitgliederschwund in der IGM folgte. Damit einher drohte der Berliner IGM eine Finanzkrise. Eine personelle Restrukturierung der Ortsverwaltung wurde beschlossen und umgesetzt. Aufgaben wurden neu zugeordnet, die Beschäftigtenanzahl reduziert, Verantwortlichkeiten neu geregelt.

Zur Anpassung des Bildungsniveaus der gewerkschaftlich aktiven Mitglieder an die sich verändernde Situation in der Arbeitswelt wurde das Bildungsangebot/Seminarangebot in der Folgezeit sowohl inhaltlich als auch zeitlich flexibler und stärker auf Anforderungen aus den Betrieben abgestimmt. Jugendseminare trugen zur Kontaktaufnahme mit der IGM bei und es konnten Mitglieder geworben werden.

Die gewerkschaftliche Jugend- und Frauenarbeit wurde wesentlich durch deren Ausschüsse gefördert. Es wurden Schwerpunkte der Arbeit festgelegt und Ziele erarbeitet, die Gegenstand hartnäckiger Auseinandersetzungen mit Politik und Wirtschaft waren.

Die Seniorenarbeit des Senioren-Arbeitskreis (SAK) lief unter dem Motto „Senioren für Senioren“. Er setzte sich für den Erhalt der Bindungen zwischen Mitglied und Verwaltungsstelle ein, organisierte Mitgliedertreffen und unterstützte die Verwaltungsstelle bei der Realisierung organisatorischer und gewerkschaftlicher Aufgaben. Auch wurde der Informationsdienst hinsichtlich Renten- und Sozialleistungen durch SAK-Mitglieder abgesichert.

Die Gründung der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes vor 100 Jahren, am 16. Februar 1897, war ein wichtiger Anlass zum Feiern. Am Sonntag, dem 10. August 1997 bei Sonnenschein wurde vor dem Berliner Gewerkschaftshaus das Jubiläum festlich begangen. Erinnert wurde an Entbehrungen, an Kämpfe und an die Errungenschaften der Arbeiterbewegung; aber auch die sich abzeichnende schwierige Arbeit bei der Gestaltung der Zukunft bewegte viele Festgäste im August 1997.

Quellenverzeichnis zu Kapitel XIII

1. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1990-1992
2. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1993-1995
3. Geschäftsbericht der IGM-Verwaltungsstelle Berlin 1996-1999

Verzeichnis der Bilder und Grafiken

[Kapitel I]

Abb. 1: Titelseite eines Mitgliedsbuches	Seite	7
Abb. 2: Aufruf: „An die Metallarbeiter in Berlin!“	Seite	8
Abb. 3: Massen-Versammlung, 26. Februar 1875	Seite	9
Abb. 4: Titelseite des Mitgliedbuches Nr. 6.433 vom Mai 1885	Seite	11
Abb. 5: Die Leiter der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes von 1897 bis 1922	Seite	14

[Kapitel Ia]

Abb. 6: Erstes Verbandsbüro der Verwaltungsstelle, Annenstr. 39	Seite	16
Abb. 7: Verbandsbüro im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15	Seite	17

[Kapitel II]

Abb. 8: 1907-1912 Erstes Verbandshaus der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Berlin NW 6, Charité-Str. 3	Seite	24
--	-------	----

[Kapitel IV]

Abb. 9: Verbandshaus des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Verwaltungsstelle Berlin, Liniestr. 83-85	Seite	36
Abb. 10: Karte Berlin und Umgebung „Wichtige Großbetriebe“	Seite	38
Abb. 11: Reichsgesetzblatt Nr. 26 von 1920	Seite	40
Abb. 12: Reichsgesetzblatt „(Betriebsrat-Befugnisse) (Betriebräte errichten)“	Seite	40
Abb. 13: Räte und Revolution in Deutschland, Aufruf zum Generalstreik vom 9. November 1918	Seite	41
Abb. 14: Reichspräsident Ebert „An das deutsche Volk“ vom 13. März 1920	Seite	41
Abb. 15: DMV-Information vom 13. März 1920 über die REAKTION	Seite	42
Abb. 16: Aufruf der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin	Seite	43
Abb. 17: Nachrichtenblatt der Zentralstreikleitung von Groß-Berlin	Seite	44
Abb. 18: Aufruf zur Kundgebung am 19. März 1920, 2 Uhr nachmittags	Seite	45
Abb. 19: Neun-Punkte-Programm des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“	Seite	45
Abb. 20: Aufruf vom 18. März 1920 zur Fortsetzung des Generalstreiks	Seite	46
Abb. 21: Gewerkschaftskommission an Arbeiter und Angestellte - Streikabbruch	Seite	46
Abb. 22: Nachrichtenblatt der Zentral-Streikleitung von Groß-Berlin	Seite	47
Abb. 23: „Vorwärts“ vom 24. März 1920 (Morgenausgabe) - Regierungsumbildung	Seite	48
Abb. 24: Mitglieder der engeren Ortsverwaltung Berlin des DMV (1. Juni 1923)	Seite	49
Abb. 25: Das Statut des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (Deckblatt)	Seite	50

[Kapitel VI]

Abb. 26 Mitglieder der Militärregierung	Seite 82
Abb. 27: Das Reichstagsgebäude	Seite 83
Abb. 28: Der Endkampf um Berlin	Seite 83
Abb. 29: Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation	Seite 84
Abb. 30: Gesichter gefangen genommener Deutscher Offiziere	Seite 84
Abb. 31: Soldaten auf dem Weg in die Gefangenschaft	Seite 84
Abb. 32: Die Deutsche Kapitulation (Urkunde)	Seite 85
Abb. 33: Befehl Nr. 1 des Stadtkommandanten Generaloberst Bersarin	Seite 87
Abb. 34: Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10. Juni 1945	Seite 88
Abb. 35: Trinkwasserversorgung durch Straßenpumpe	Seite 89
Abb. 36: Auf der Suche nach Verwertbarem	Seite 89
Abb. 37: Zerstörte Werksanlage des Kabelwerkes Oberspree	Seite 90
Abb. 38: Luftaufnahme des Ruinenviertels um die Gedächtniskirche	Seite 91
Abb. 39: Amtseinführung des Berliner Magistrats am 19.5.1945	Seite 92
Abb. 40: Theodor Leipert –letzter Vorsitzender des ADGB	Seite 93
Abb. 41: Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses	Seite 95
Abb. 42: Teilnehmer der Konferenz von Potsdam im August 1945	Seite 98
Abb. 43: Flugblatt der IG Metall an alle Unorganisierten	Seite 100
Abb. 44: Aufräumarbeiten bei Bergmann-Borsig 1945 – Funktionäre packen mit an	Seite 102
Abb. 45: Mitglieder des provisorischen Vorstandes der IG Metall	Seite 102
Abb. 46: Portrait und Biografie des Kollegen Fritz Rettmann	Seite 103
Abb. 47: Der Vorsitzende der IG Metall Berlin, Fritz Rettmann, spricht zu Arbeitern	Seite 104
Abb. 48: Einweihung des Jugendheimes „Robert Dissmann“ der IG Metall am Seddinsee	Seite 107

[Kapitel VIII]

Abb. 49: Kontrollratsgesetz Nr. 35 vom 20. August 1946	Seite 132
Abb. 50: Office of Military Government, Ihr Gesuch um Anerkennung vom 18. Juni 1948	Seite 133
Abb. 51: Manpower Branch, HQ Military Government Kommissarische Leitung des FDGB (UGO) vom 9. Juli 1948	Seite 134
Abb. 52: Military Government Berlin (BRITISH SECTOR) Die Kommissarische Leitung des FDGB, Groß-Berlin (UGO)	Seite 135
Abb. 53: "Werbeplakate des Verbandes"	Seite 140
Abb. 54: Bezirksverbandsleitungen	Seite 146
Abb. 55: "Der gegenwärtige Sitz des Verbandes" (Berlin-Charlottenburg 9, Württembergallee 1 /Ecke Kaiserdamm)	Seite 147
Abb. 56: Organisationsplan 1949 (Metallarbeiter-Verband Groß Berlin)	Seite 148
Abb. 57: Der geschäftsführende Vorstand	Seite 148
Abb. 58: Die innere Organisation des Verbandes (1949)	Seite 149
Abb. 59: Die Organisation der Branchen (1949)	Seite 149
Abb. 60: "Urlaub" (Anordnung vom 26. November 1947)	Seite 150

Abb. 61: Protestaufruf der IG Metall für den 14. Juni 1954 im Sportpalast	Seite 164
Abb. 62: IG Metall-Aufruf zur Großkundgebung am 14. Juni 1954, 18 Uhr im Sportpalast	Seite 164
Abb. 63: Kollege Galle bei der Berichterstattung auf der Kundgebung im Sportpalast	Seite 165
Abb. 64: "Unsere Kollegen im überfüllten Sportpalast"	Seite 166
Abb. 65: „Streikposten vor einem Berliner Metallbetrieb“	Seite 167
Abb. 66: Demonstration der IG Metall in machtvollen Demonstrationszügen am 1. Mai	Seite 178
Abb. 67: 6. Ordentlicher Gewerkschaftstag in der Kongresshalle	Seite 180
Abb. 68: Aus dem Organisationsleben der Verwaltungsstelle Berlin 1957-1960 (Mitglieder / Beitrag)	Seite 181
Abb. 69: Aus Durchschnittsstundenverdiensten und -beiträgen in der Westberliner Metallindustrie 1957-1960	Seite 182
Abb. 70: Wählt den Betriebsrat - Wähler im Gespräch	Seite 183
Abb. 71: Statistik: - „Das Gesamtergebnis der Verwaltungsstelle Berlin - Metallindustrie 1957-1960“	Seite 184
Abb. 72: Die IG Metall demonstriert von der Kongresshalle zum Platz der Republik	Seite 185
Abb. 73: Die Kollegen Erich Galle und Horst Wagner überreichen der Senatorin Ella Kay 30.000 DM	Seite 186
Abb. 74: Eine gute Berufsausbildung ist das Ziel unserer Arbeit	Seite 187
Abb. 75: Das einschneidendste Ereignis „D i e M a u e r“	Seite 194
Abb. 76: Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit und des Stellenangebotes in Westberlin (Kurvendiagramm)	Seite 195
Abb. 77: Tabelle „Sozialprodukt und Produktivität 1960/1961“	Seite 196

Juli 2007

Herausgeber:
IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin